

BETEILIGUNGSMANAGEMENT



Beteiligungen des Landkreises Zwickau

2024

Inhaltsverzeichnis

1.	Vorwort	1
2.	Gesamtlagebericht über den Geschäftsverlauf und die Lage der unmittelbaren Beteiligungen ..	2
3.	Beteiligungen des Landkreises	7
3.1.	Unternehmensbeteiligungen und Zweckverbandsmitgliedschaften des Landkreises Zwickau	8
3.2.	Unmittelbare Beteiligungen des Landkreises Zwickau	9
3.3.	Mittelbare Beteiligungen des Landkreises Zwickau	10
3.4.	Mitgliedschaft des Landkreises Zwickau in Zweckverbänden und deren Beteiligungen	11
4.	Finanzbeziehungen des Landkreises	12
5.	Beteiligungen an privatrechtlichen Unternehmen	15
5.1.	Rudolf Virchow Klinikum Glauchau gGmbH	16
5.2.	Rudolf Virchow Wohnen & Pflegen gGmbH	22
5.3.	Pleißental-Klinik GmbH	27
5.4.	Pleißental-Med GmbH	34
5.5.	Gemeinnützige Heimbetriebsgesellschaft mbH Kirchberg	38
5.6.	Tourismus und Sport GmbH	44
5.7.	Kommunalentsorgung Chemnitzer Land GmbH (KECL)	49
5.8.	Entsorgungsgesellschaft Zwickauer Land mbH	54
5.9.	Autobus GmbH Sachsen – Regionalverkehr i. L.	59
5.10.	Gemeinnützige Aus-, Fortbildungs- und Umschulungsgesellschaft mbH Oberlungwitz	63
5.11.	Heinrich-Braun-Klinikum gemeinnützige GmbH	68
5.12.	HBK-Poliklinik gemeinnützige GmbH	72
5.13.	HBK-Service gemeinnützige GmbH	75
5.14.	HBK-Diagnostik GmbH	77
5.15.	HBK Verwaltung und Bildung gemeinnützige GmbH	79
5.16.	Senioren- und Seniorenpflegeheim gemeinnützige GmbH Zwickau	81
5.17.	Verkehrssicherheitszentrum am Sachsenring GmbH & Co. KG	84
5.18.	Verkehrssicherheitszentrum Verwaltung GmbH Sachsenring	87
5.19.	Business and Innovation Centre Zwickau GmbH	90
6.	Zweckverbände	93
6.1.	Kommunaler Sozialverband Sachsen (KSV Sachsen)	94
6.2.	Zweckverband Abfallwirtschaft Südwestsachsen (ZAS)	98
6.3.	Zweckverband Verkehrsverbund Mittelsachsen	102
6.4.	Zweckverband Studieninstitut für Kommunale Verwaltung Südsachsen	110
6.5.	Planungsverband Region Chemnitz	112
6.6.	Kulturraum Vogtland-Zwickau	115

INHALTSVERZEICHNIS

6.7.	Sparkassenzweckverband Chemnitz.....	118
6.8.	Zweckverband Kommunale Informationsverarbeitung Sachsen (KISA)	119
6.9.	Rettungszweckverband "Südwestsachsen".....	122
6.10.	Zweckverband für Tierkörperbeseitigung Sachsen	127
7.	Formelverzeichnis	130
8.	Kennzahlen	131
9.	Fachbegriffe	132
10.	Abkürzungen.....	134
11.	Impressum	137
12.	Anlagen.....	138
	Anlage 1: Beteiligungsbericht des zweckverbandes Kommunale Informationsverarbeitung Sachsen (KISA).....	138

Beteiligungsunternehmen in alphabetischer Reihenfolge

Autobus GmbH Sachsen - Regionalverkehr	57
Business and Innovation Centre Zwickau GmbH	89
Entsorgungsgesellschaft Zwickauer Land mbH	52
Gemeinnützige Aus-, Fortbildungs- und Umschulungsgesellschaft mbH Oberlungwitz	61
Gemeinnützige Heimbetriebsgesellschaft mbH Kirchberg	36
HBK Verwaltung und Bildung gemeinnützige GmbH	78
HBK-Diagnostik GmbH	76
HBK-Poliklinik gemeinnützige GmbH	71
HBK-Service gemeinnützige GmbH	74
Heinrich-Braun-Klinikum gemeinnützige GmbH	67
Kommunalentsorgung Chemnitzer Land GmbH (KECL)	47
Kommunaler Sozialverband Sachsen (KSV Sachsen)	93
Kulturraum Vogtland-Zwickau	114
Planungsverband Region Chemnitz	111
Pleißental-Klinik GmbH	25
Pleißental-Med GmbH	32
Rettungszweckverband "Südwestsachsen"	121
Rudolf Virchow Klinikum Glauchau gGmbH	14
Rudolf Virchow Wohnen & Pflegen gGmbH	20
Senioren- und Seniorenpflegeheim gemeinnützige GmbH Zwickau	80
Sparkassenzweckverband Chemnitz	117
Tourismus und Sport GmbH	42
Verkehrssicherheitszentrum am Sachsenring GmbH & Co. KG	83
Verkehrssicherheitszentrum Verwaltung GmbH Sachsenring	86
Zweckverband Abfallwirtschaft Südwestsachsen (ZAS)	97
Zweckverband für Tierkörperbeseitigung Sachsen	125
Zweckverband Kommunale Informationsverarbeitung Sachsen (KISA)	118
Zweckverband Studieninstitut für Kommunale Verwaltung Südsachsen	109
Zweckverband Verkehrsverbund Mittelsachsen	101

1. Vorwort

Der **Beteiligungsbericht** nach § 99 der SächsGemO soll wesentlich zur Transparenz der Kommunalverwaltung hinsichtlich Ihrer Aufgabenerfüllung durch ausgegliederte, organisatorisch und finanzwirtschaftlich verselbstständigte Bereiche beitragen. Der Beteiligungsbericht dient als Informationsinstrument nicht nur den kommunalen Entscheidungsträgern in Ausübung ihrer Steuerungsfunktion, sondern auch der Rechtsaufsichtsbehörde sowie der interessierten Öffentlichkeit. Neben den allgemeinen Daten der Beteiligungsgesellschaften informiert er auch über die Entwicklung und die wirtschaftliche Lage der Beteiligungen des Landkreises Zwickau, in dem Grundzüge des Geschäftsverlaufs dargestellt werden. Weiterhin beinhaltet der Bericht auch Informationen über die Zweckverbände, in denen der Landkreis Zwickau Mitglied ist.

Der vorliegende Bericht basiert auf den Jahresergebnissen der Unternehmen von 2024 und ist gemäß § 63 SächsLKrO i. V. m. § 99 Abs. 2 SächsGemO dem Kreistag vorzulegen.

Auf die wichtigsten Probleme und die Lage der Gesellschaften wird mit einer kurzen Auswertung der Ergebnisse des Berichtsjahres und einer Vorschau auf die Entwicklung aufmerksam gemacht.

Der Beteiligungsbericht gibt einen Überblick über die im Berichtsjahr vorherrschende Beteiligungslandschaft. So war der Landkreis Zwickau alleiniger Gesellschafter von sieben Unternehmen und an weiteren fünf Gesellschaften unmittelbar sowie an sechs Gesellschaften mittelbar beteiligt. Hinzu kommt die Mitgliedschaft des Landkreises in zehn Zweckverbänden.

Veränderungen des Beteiligungsportfolios ergaben sich im Vergleich zum Vorjahr keine.

Der Beteiligungsbericht wurde nach den Anforderungen des § 99 der SächsGemO gefertigt und wird zur Einsichtnahme für die Öffentlichkeit vom Landkreis verfügbar gehalten. Entsprechend § 99 Abs. 4 SächsGemO erfolgt die Bekanntmachung im elektronischen Amtsblatt des Landkreises Zwickau.

GESAMTLAGEBERICHT ÜBER DEN GESCHÄFTSVERLAUF UND DIE LAGE DER UNMITTELBAREN BETEILIGUNGEN

2. Gesamtlagebericht über den Geschäftsverlauf und die Lage der unmittelbaren Beteiligungen

Die im Berichtsjahr 2024 wesentlichsten Ergebnisse der einzelnen Eigen- und Beteiligungsgesellschaften des Landkreises Zwickau sollen mit nachstehenden Ausführungen aufgezeigt werden.

Rudolf Virchow Klinikum Glauchau gGmbH

Die Hauptgeschäftszweige des Konzerns bestehen im Betrieb eines Allgemeinkrankenhauses sowie vollstationäre Pflegeeinrichtungen. Daneben gibt es eine Vielzahl weiterer Geschäftssparten. Die Wesentlichen davon sind ein Rehabilitationszentrum für psychisch kranke Menschen, eine Lieferapotheke, ein Medizinisches Versorgungszentrum sowie ein Gesundheitszentrum.

Das Klinikum sichert die regionale Patientenversorgung mit 320 vollstationären Betten und 48 tagesklinischen Plätzen. Die Rudolf Virchow Wohnen & Pflegen gGmbH (nachfolgend Tochterunternehmen genannt) verfügt über eine Kapazität von insgesamt 204 vollstationären Pflegeplätzen.

Das Klinikum sowie sein Tochterunternehmen konnten das Geschäftsjahr 2024 mit einem positiven Ergebnis abschließen. Um die Leistungsentwicklung auf dem erreichten Niveau zu stabilisieren, erfolgten in 2024 Investitionen in Sachanlagen in Höhe von 10.183 TEuro. Die bedeutendsten Investitionen im Klinikum stellten die Weiterführung des Projekts „Umbau Zentralsterilisation/ Neuordnung der Aufbereitung für Medizinprodukte“ sowie die Anschaffung eines Röntengerätes dar.

Liquiditätsengpässe sind nicht zu erkennen.

Pleißental-Klinik GmbH

Gegenstand der Gesellschaft ist der Betrieb eines Allgemeinkrankenhauses einschließlich der zugehörigen Ausbildungsstätten, Nebeneinrichtungen und Nebenbetrieben.

Die Pleißental-Klinik verfügt derzeit über 240 Planbetten im Bereich Chirurgie, Frauenheilkunde und Geburtshilfe, Innere Medizin und Allgemeinmedizin inklusive Akutgeriatrie sowie Kinder- und Jugendmedizin.

Mit erfolgreicher Etablierung der Tochtergesellschaft Pleißental-Med GmbH als medizinisches Versorgungszentrum für die Bereiche Gynäkologie und Orthopädie wird seit dem 1. April 2023 ein Beitrag für die Sicherstellung einer stabilen Versorgung der Patientinnen und Patienten in der Region mit facharztspezifischen Leistungen geleistet. Das Ziel, dadurch eine gewisse Zuweiserbindung an die Pleißental-Klinik zu generieren, kann als gelungen bezeichnet werden.

Die Pleißental-Klinik in Werdau hat am 18. Juni 2024 ein Schutzschirmverfahren eingeleitet, um ihre Finanzen neu zu ordnen und die medizinische Versorgung der Menschen in und um Crimmitschau, Werdau und den angrenzenden Gemeinden langfristig abzusichern. Der laufende Betrieb ist davon nicht betroffen; alle Leistungen werden vollumfänglich weiter erbracht. Die Klinik sieht sich – wie viele Krankenhäuser bundesweit – mit stark gestiegenen Kosten und sinkenden Erlösen konfrontiert. Ziel des Verfahrens ist die Entwicklung eines tragfähigen Sanierungsplans bis Oktober 2025. Eine Reduzierung der medizinischen Leistungen ist dabei nicht geplant. Der Landkreis als Träger unterstützt den eingeschlagenen Kurs ausdrücklich.

Heinrich-Braun-Klinikum gGmbH

Das HBK gGmbH ist ein Krankenhaus der Schwerpunktversorgung an den Standorten Zwickau (2x), Kirchberg und Glauchau und verfügt krankenhaushausplanerisch über 1.072 Betten und 83 tagesklinischen Plätzen in mehr als 30 Kliniken und medizinischen Abteilungen und hält damit alle wesentlichen Fachrichtungen vor.

Die Gesellschaft erzielte einen Jahresfehlbetrag i. H. v. 5.739 TEuro.

GESAMTLAGEBERICHT ÜBER DEN GESCHÄFTSVERLAUF UND DIE LAGE DER UNMITTELBAREN BETEILIGUNGEN

Die umfassende Krankenhausreform und die Einführung eines Transformationsfonds markieren den Beginn einer tiefgreifenden Neuordnung des stationären Sektors. Doch die Umsetzung bringt für viele Häuser erhebliche Herausforderungen mit sich – finanziell, strukturell und personell.

Als hochmodernes Krankenhaus investiert das Klinikum auf anhaltend hohem Niveau in die Sanierung von Bestandsgebäuden, in Neubauten und in modernste Medizintechnik. So beliefen sich die Instandhaltungsaufwendungen in 2024 auf 10.053 TEuro.

Im Wirtschaftsjahr war die Finanzlage der Gesellschaft stabil und die Liquidität gesichert.

Gemeinnützige Heimbetriebsgesellschaft mbH Kirchberg

Zweck des Unternehmens mit seinen 258 Beschäftigten ist der Betrieb von Altenwohn-, Alten- und Pflegeheimen sowie Heimen für behinderte Menschen, von ambulanten Pflegediensten, von altersgerechten und betreuten Wohnungen und Mahlzeitendiensten.

Das erneut positive Jahresergebnis der Gesellschaft resultiert im Wesentlichen auf die höheren Entgelte für alle Einrichtungen.

Um eine hohe Auslastung der Pflegeplätze sicherzustellen, werden durch umfangreiche Werterhaltungs- und Modernisierungsmaßnahmen die Wohn- und Pflegebedingungen ständig verbessert. In 2024 wurden 811 TEuro für Instandhaltungen aufgewendet.

Risiken bestehen weiterhin aufgrund des hohen Wettbewerbs innerhalb der Altenpflegeeinrichtungen in der Region sowie dem sich weiter verschärfenden Fachkräftemangel im Pflegesektor.

Die Gesamtentwicklung der Gesellschaft im Geschäftsjahr kann als positiv eingeschätzt werden und die Liquidität war zu jeder Zeit gesichert.

Tourismus und Sport GmbH

Zu den Geschäftsbereichen der Tourismus und Sport GmbH gehören das Erholungsgebiet Stausee Oberwald in Callenberg mit Badensee, Bungalowsiedlung und Campingplatz, die Sachsenlandhalle in Glauchau, eine multifunktional nutzbare Sport- und Kultureinrichtung mit 3-Feldersporthalle, Kultursaal, Bowling- und Kegelanlage sowie Gaststättenbereich und das Schloss in Waldenburg.

Der Stausee Oberwald stellt für die Tourismus und Sport GmbH den mit Abstand größten und wirtschaftlich stärksten Bereich dar, auch wenn die Erträge hauptsächlich in den Monaten Mai bis September erwirtschaftet werden. Die vordergründig auf das Thema Baden ausgerichteten Möglichkeiten der Freizeit- und Urlaubsgestaltung sind sehr witterungsabhängig.

Alle drei Bereiche werden touristisch-kulturell genutzt und deren Angebote und personellen Ressourcen im wirtschaftlichen Sinne der GmbH vernetzt.

Das Geschäftsjahr 2024 schloss mit einem Jahresverlust i. H. v. 194 TEuro ab. Ursächlich für dieses Ergebnis waren die hohen Energie- und Personalkosten, trotz gestiegener Umsatzerlöse um 10 %.

Der Landkreis stellte der Tourismus und Sport GmbH zur Sicherung des Gesellschaftszweckes einen Zuschuss i. H. v. 400 TEuro zur Verfügung, so dass die Liquidität des Unternehmens gesichert war.

Risiken werden in der Entwicklung der Personalkosten gesehen sowie in der Abhängigkeit zum Wetter, insbesondere beim Stausee Oberwald. Dies hat Auswirkungen auf die Liquidität des Unternehmens.

Die Geschäftsführung der Gesellschaft wird verantwortungsbewusst und unter Berücksichtigung aller möglichen Risiken die wirtschaftliche Entwicklung der GmbH positiv vorantreiben. Ziel dabei ist es, wieder eine Balance zwischen notwendigen Ausgaben und erzielbaren Einnahmen zu finden.

GESAMTLAGEBERICHT ÜBER DEN GESCHÄFTSVERLAUF UND DIE LAGE DER UNMITTELBAREN BETEILIGUNGEN

Kommunalentsorgung Chemnitzer Land GmbH (KECL)

Zu den Aufgaben der Gesellschaft zählen das Einsammeln und der Transport von gemischten Siedlungsabfällen, sperrigen Abfällen und Bioabfällen, die Einsammlung und der Transport von Pappe, Papier und Kartonagen, die Sammlung von Elektroschrott in der betriebseigenen Sammelstelle sowie die Ausrüstung der Haushalte und Unternehmen mit entsprechenden Abfallsammelbehältern. Damit wurde die KECL durch den Landkreis beauftragt.

Im Geschäftsjahr 2024 wurden wieder höhere Mengen gesammelt und transportiert. Den gestiegenen Kosten wurde mit Einsparmaßnahmen begegnet, was sich positiv im Betriebsergebnis widerspiegelt. Es konnte in 2024 ein positives Jahresergebnis (469 TEuro) erzielt werden.

Im Geschäftsjahr erfolgte die Anschaffung von zwei Abfallsammelfahrzeugen mit alternativen Bio-CNG-Antrieben sowie eines Fahrzeuges mit konventionellen Dieselantrieb.

Zum 31. Dezember 2024 standen der Gesellschaft ausreichend liquide Mittel zur Verfügung. Insgesamt ist die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der KECL als stabil einzuschätzen.

Entsorgungsgesellschaft Zwickauer Land mbH

Die Gesellschaft ist mit den Aufgaben der Abfallentsorgung im Landkreis befasst. Hierzu gehören die Einsammlung und der Transport von gemischten Siedlungsabfällen, Sperrmüll und Bioabfällen, von Papier, Pappe und Kartonagen sowie die Betreibung und Bewirtschaftung der Hausmülldeponie Lohe.

Die im Vergleich zum Vorjahr gestiegenen Umsatzerlöse beruhen im Wesentlichen auf der Erhöhung der Entgelte für die durch die EGZ erbrachten Leistungen entsprechend des Abfallentsorgungsvertrages.

Die in den Vorjahren hohen Kostensteigerungen stabilisierten sich. Auch bei den gesammelten Abfallmengen von gemischten Siedlungsabfällen konnte im Vergleich zum Vorjahr eine konstante Entwicklung festgestellt werden. Somit konnte ein Jahresüberschuss i. H. v. 308 TEuro ausgewiesen werden.

Als wesentlichste Investitionen der Gesellschaft sind fünf Sammelfahrzeuge und eines Transporters zu nennen.

Die wiederum erhöhten Rückstellungen sind hauptsächlich durch zu erwartende Kosten auf den Abschluss der Deponie Lohe zu begründen.

Die Finanzlage der Entsorgungsgesellschaft Zwickauer Land mbH kann dennoch als stabil eingeschätzt werden. Es standen zum 31. Dezember 2024 ausreichend liquide Mittel zur Verfügung. Gegenüber dem Vorjahr verbesserte sich die Liquidität.

Die Herstellung der Oberflächenabdichtung der Deponie Lohe soll ab 2027 ff. erfolgen, wobei in Abhängigkeit der Preisentwicklung im Baubereich noch zeitliche Verschiebungen möglich sind. Mit dem Deponieabschluss verringert sich die Liquidität der Gesellschaft erheblich.

Bestandsgefährdende Risiken liegen derzeit nicht vor.

Gemeinnützige Aus-, Fortbildungs- und Umschulungsgesellschaft mbH Oberlungwitz

Der Gesellschaftszweck der Gemeinnützige Aus-, Fortbildungs- und Umschulungsgesellschaft mbH Oberlungwitz beinhaltet die Bildung, Erziehung und Betreuung von Kindern, Schülerinnen und Schülern sowie von Jugendlichen. Eine Kindertagesstätte und die Kinder- und Jugendwohngruppen sowie die Tätigkeit in der Schulsozialarbeit ergänzen das Spektrum von Bildung und Erziehung.

Das Geschäftsjahr 2024 verlief regelmäßig.

GESAMTLAGEBERICHT ÜBER DEN GESCHÄFTSVERLAUF UND DIE LAGE DER UNMITTELBAREN BETEILIGUNGEN

Die Finanzierung der Bildungs- und Betreuungsmaßnahmen war jederzeit gewährleistet. Allerdings konnten die gestiegenen Kosten nicht in den laufenden Ausschreibungsmaßnahmen eingearbeitet werden.

Zielstellung der GAFUG war auch in 2024, die notwendigen Umstrukturierungs- und Veränderungsprozesse weiter voranzubringen. Schwerpunkt lag dabei auf der gesetzeskonformen und prüfsicheren Umsetzung der Bildungsmaßnahmen, um das Vertrauen der Auftraggeber zu verbessern und auszubauen.

Die Gesellschaft schließt das Jahr 2024 mit einem Jahresüberschuss ab. Die Liquidität des Unternehmens war während des Geschäftsjahres durchgehend gewährleistet.

Die wesentlichen Risiken in der zukünftigen Entwicklung der Gesellschaft bestehen auch weiterhin in der Abhängigkeit politischer Entscheidungen bezüglich der Förderung von Bildungs- und Erziehungsprojekten und der Bereitstellung der dazugehörigen finanziellen Mittel durch die öffentlichen Ämter, Agenturen und die Wirtschaft.

Autobus GmbH Sachsen – Regionalverkehr i. L.

Die Aufgabe der Autobus GmbH Sachsen - Regionalverkehr i. L. besteht in der Vorhaltung und Überlassung der Infrastruktur zur Durchführung des Öffentlichen Personennahverkehrs auf dem Gebiet des Landkreises Zwickau. Hierzu kann sich die Gesellschaft Dritter bedienen und bei Zweckmäßigkeit private Personenbeförderungsunternehmen als Subunternehmer einbinden.

Die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen des Unternehmens werden durch einen Betriebspachtvertrag definiert, der zum 1. Januar 2019 mit dem neuen Betreiber Regionalverkehr Westsachsen GmbH (RVW) geschlossen worden ist und die Regelungen für die Verpachtung des Verkehrshofes beinhaltet.

Die Gesellschaft hat den Betriebshof an die RVW zum 31. Mai 2024 verkauft. Dies hatte die Einleitung der Liquidation des Unternehmens zur Folge. Mit Gesellschafterbeschluss vom 6. Mai 2024 wurde die Liquidation ab 1. Juni 2024 beschlossen.

Das Rumpfgeschäftsjahr 05/2025 schließt mit einem Jahresüberschuss (53 TEuro) ab, was auf Zinserträge i. H. v. 47 TEuro zurückzuführen ist.

Die Liquidation soll planmäßig nach Ablauf des Sperrjahres sowie nach Erteilung der Unbedenklichkeitserklärung durch das zuständige Finanzamt abgeschlossen werden.

Verkehrssicherheitszentrum am Sachsenring GmbH & Co. KG

Die Verkehrssicherheitszentrum am Sachsenring GmbH & Co. KG ist eine multifunktionale Fahrtrainingsanlage. Das Unternehmenskonzept stützt sich auf drei Säulen; Fahrtrainingszentrum, Veranstaltungsgelände für Events und nicht permanente Rennstrecke.

Es werden mehrstufige Fahrsicherheitstrainings für Autos, Motorräder, Busse und LKWs über Sportfahrerlehrgänge, Incentives für spezielle Kunden, Mitarbeiter- und Motivationsseminare oder Firmenfeiern bis hin zu Pressekonferenzen, Produktpräsentationen und noch vieles mehr angeboten.

Des Weiteren vermietet die Gesellschaft die Trainingspiste der Rennstrecke an externe Veranstalter von Sicherheits- und Rennstreckentrainings sowie an den ADAC Sachsen zum Zwecke der Durchführung der Motorsportveranstaltungen am Sachsenring.

Im Geschäftsjahr war im Vergleich zum Vorjahr ein Umsatzrückgang zu verzeichnen. Der Geschäftsverlauf wurde als eher ungünstig eingeschätzt. Es konnte dennoch ein Jahresüberschuss i. H. v. 355 TEuro erzielt werden.

Die Liquidität der Verkehrssicherheitszentrum am Sachsenring GmbH & Co. KG war trotz Minderung durch den Bau der Lärmschutzwand ganzjährig gesichert.

GESAMTLAGEBERICHT ÜBER DEN GESCHÄFTSVERLAUF UND DIE LAGE DER UNMITTELBAREN BETEILIGUNGEN

Verkehrssicherheitszentrum Verwaltung GmbH Sachsenring

Die Gesellschaft fungiert als Komplementärin der Verkehrssicherheitszentrum am Sachsenring GmbH & Co. KG.

Aus dem Beteiligungsverhältnis des Landkreises Zwickau an der Verkehrssicherheitszentrum Verwaltung GmbH Sachsenring in Höhe von 16,00 % ergibt sich für den Landkreis Zwickau keine finanzielle Belastung.

Die Geschäftsführung schätzt den Geschäftsverlauf 2024 als günstig ein, da wieder ein Jahresüberschuss (886 Euro) erwirtschaftet werden konnte.

Die Liquidität wird über die Verkehrssicherheitszentrum am Sachsenring GmbH & Co. KG sichergestellt.

Business and Innovation Centre Zwickau GmbH

Der Bereich Vermietung ist das Hauptgeschäftsfeld der BIC Zwickau GmbH. Dabei steht hauptsächlich die Immobilie in Stenn zur Verfügung, die zum Verkauf steht. Hierzu fasste die Gesellschafterversammlung in 2022 einen Grundsatzbeschluss.

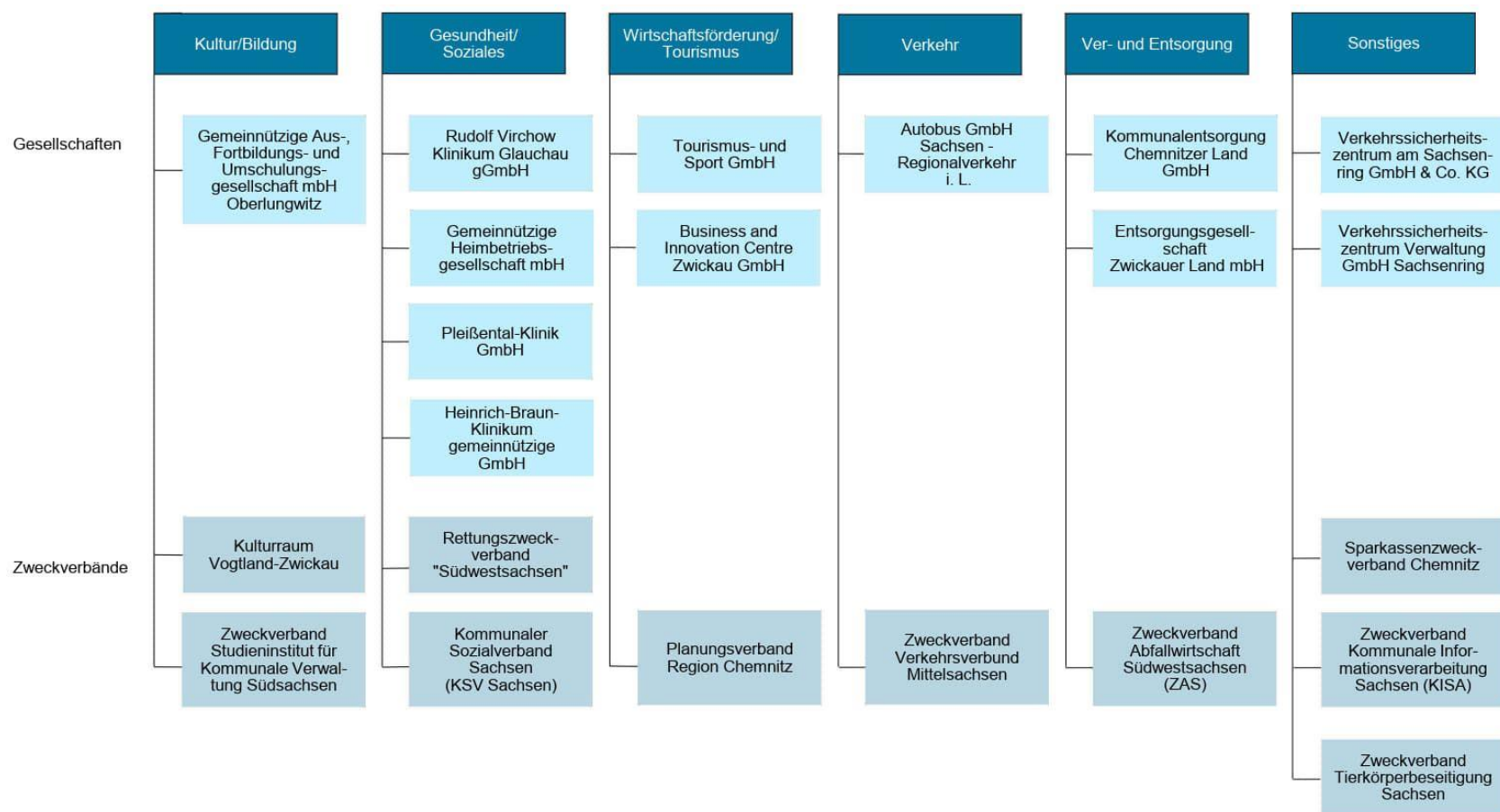
Der Jahresabschluss zum 31. Dezember 2024 konnte nicht fristgemäß aufgestellt werden. Dies ist der ungeklärten Lage des Verkaufs der Immobilie Stenn geschuldet. Eine Erstellung der Bilanz durch den Steuerberater und die Prüfung durch die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft kann erst nach Klärung der entstehenden Sonderpostenentwicklung festgestellt werden.

Die Gesellschafter der BIC Zwickau GmbH beabsichtigen eine Neuausrichtung der Gesellschaft. Die Geschäftsführung wurde beauftragt ein finanziell tragfähiges Konzept vorzulegen.

3. Beteiligungen des Landkreises

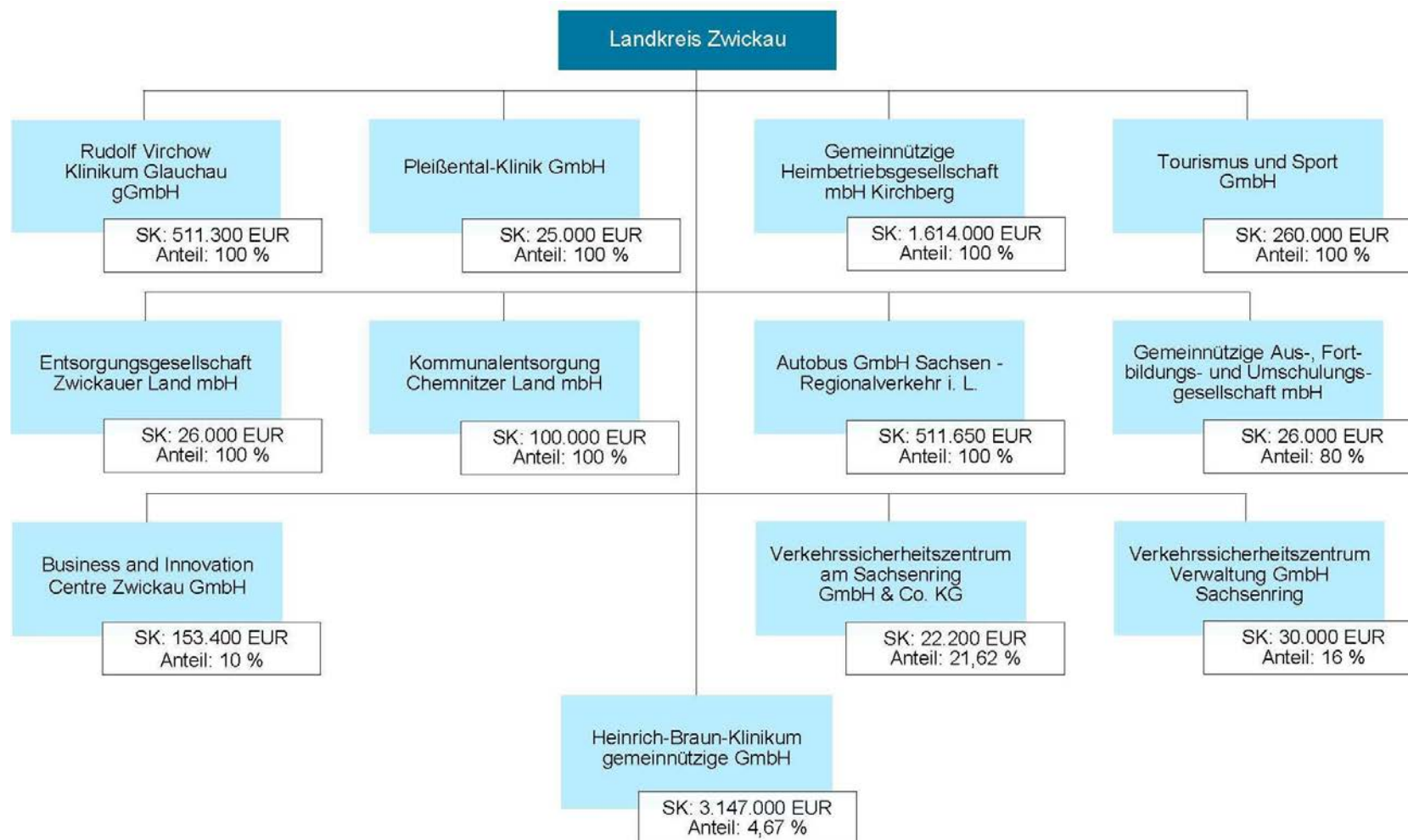
BETEILIGUNGEN DES LANDKREISES

3.1. UNTERNEHMENSBEILIGUNGEN UND ZWECKVERBANDSMITGLIEDSCHAFTEN DES LANDKREISES ZWICKAU



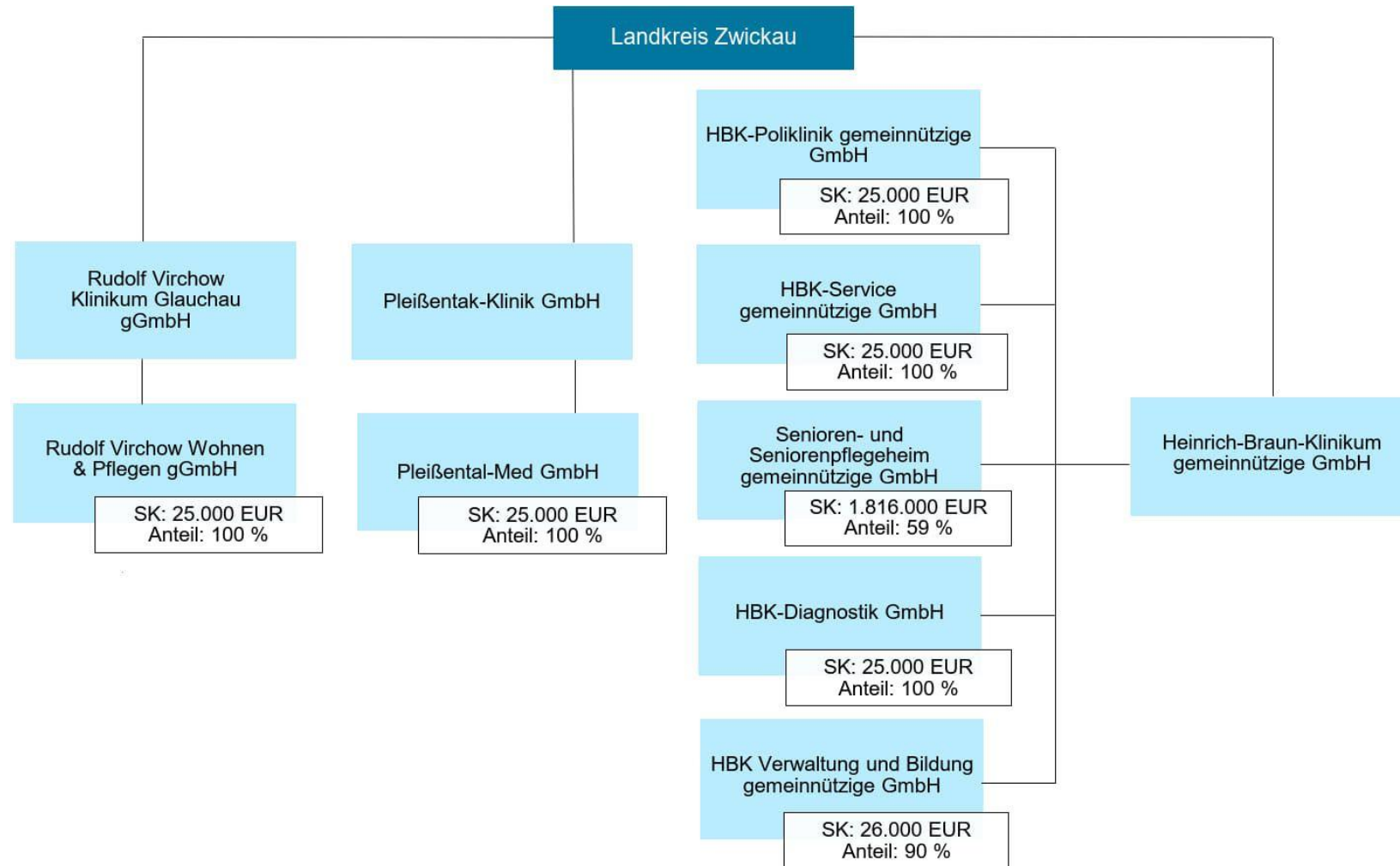
BETEILIGUNGEN DES LANDKREISES

3.2. UNMITTELBARE BETEILIGUNGEN DES LANDKREISES ZWICKAU



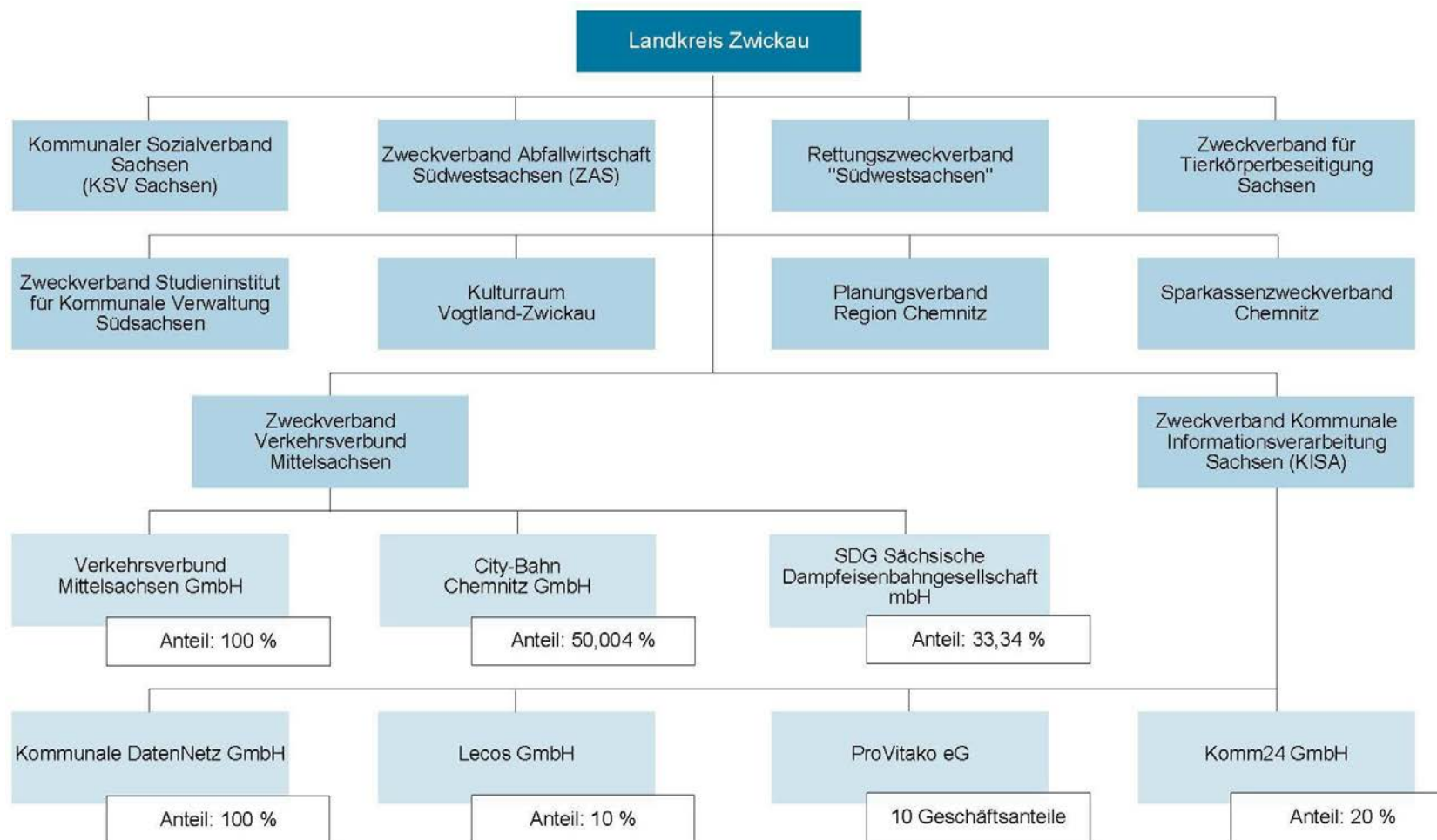
BETEILIGUNGEN DES LANDKREISES

3.3. MITTELBARE BETEILIGUNGEN DES LANDKREISES ZWICKAU



BETEILIGUNGEN DES LANDKREISES

3.4. MITGLIEDSCHAFT DES LANDKREISES ZWICKAU IN ZWECKVERBÄNDEN UND DEREN BETEILIGUNGEN



4. Finanzbeziehungen des Landkreises

FINANZBEZIEHUNGEN DES LANDKREISES

Name des Unternehmens, Zweckverbandes	Stammeinlage/Haftungskapital			Umlagen, Kostenerstattungen und sonstige Zuschüsse des Landkreises		Gewinnabführung an den Landkreis		Darlehen des Landkreises		Bürgschaften/sonstige Gewährleistungen des Landkreises (Restsaldo zum 31. Dezember)
	Gesamt in EUR	Anteil absolut in EUR	Anteil in %	2023 in EUR	2024 in EUR	2023 in EUR	2024 in EUR	2023 in EUR	2024 in EUR	in EUR
Kultur/Bildung										
Gemeinnützige Aus-, Fort-bildungs- und Umschulungs-gesellschaft mbH Oberlungwitz	26.000	20.800	80,00	-	-	-	-	-	-	-
Kulturraum Vogtland-Zwickau	-	-	-	3.152.370,61	3.156.401,79	-	-	-	-	-
Zweckverband Studieninstitut für Kommunale Verwaltung Südsachsen	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Gesundheit/Soziales										
Rudolf Virchow Klinikum Glauchau gGmbH	511.300	511.300	100,00	-	-	-	-	-	-	-
Gemeinnützige Heimbetriebsgesellschaft mbH	1.614.000	1.614.000	100,00	-	-	-	-	-	-	-
Pleißental-Klinik GmbH	25.000	25.000	100,00	-	-	-	-	-	-	2.300.000
Heinrich-Braun-Klinikum gemeinnützige GmbH	3.147.000	147.000	4,67	-	-	-	-	-	-	-
Rettungszweckverband "Südwestsachsen"	-	-	-	2.127.198,00	2.124.609,00	-	-	-	-	-
Kommunaler Sozialverband Sachsen	-	-	-	54.384.506,12	50.980.620,74	-	-	-	-	-
Wirtschaftsförderung/Tourismus										
Tourismus- und Sport GmbH	260.000	260.000	100,00	400.000,00	400.000,00	-	-	-	-	-
Business and Innovation Centre Zwickau GmbH	153.400	15.340	10,00	-	-	-	-	-	-	-
Planungsverband Region Chemnitz	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-

FINANZBEZIEHUNGEN DES LANDKREISES

Name des Unternehmens, Zweckverbandes	Stammeinlage/Haftungskapital			Umlagen, Kostenerstattungen und sonstige Zuschüsse des Landkreises		Gewinnabführung an den Landkreis		Darlehen des Landkreises		Bürgschaften/sonstige Gewährleistungen des Landkreises (Restsaldo zum 31. Dezember)
	Gesamt in EUR	Anteil absolut in EUR	Anteil in %	2023 in EUR	2024 in EUR	2023 in EUR	2024 in EUR	2023 in EUR	2024 in EUR	in EUR
Verkehr										
Autobus GmbH Sachsen- Regionalverkehr	511.650	511.650	100,00	-	-	-	-	-	-	-
Zweckverband Verkehrsverbund Mittelsachsen	-	-	-	12.897.079,27	15.173.384,28	-	-	-	-	-
Ver- und Entsorgung										
Kommunalentsorgung Chemnitzer Land GmbH	100.000	100.000	100,00	-	-	-	-	-	-	-
Entsorgungsgesellschaft Zwickauer Land mbH	26.000	26.000	100,00	-	-	-	-	-	-	-
Zweckverband Abfallwirtschaft Südwestsachsen (ZAS)	-	-	-	403.183,87	433.300,00	-	-	-	-	-
Sonstiges										
Verkehrssicherheitszentrum am Sachsenring GmbH & Co. KG	22.200	4.800	21,62	-	-	-	-	-	-	-
Verkehrssicherheitszentrum Verwaltung GmbH Sachsenring	30.000	4.800	16,00	-	-	-	-	-	-	-
Sparkassenzweckverband Chemnitz	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Zweckverband Kommunale Informationsverarbeitung Sachsen (KISA)	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Zweckverband Tierkörperbeseitigung Sachsen	-	-	-	97.224,00	98.190,00	-	-	-	-	-
Gesamt	6.426.550	3.240.690		73.461.562	72.366.506	0	0	0	0	2.300.000

5. Beteiligungen an privatrechtlichen Unternehmen

Hierbei wird gemäß § 99 Abs. 3 SächsGemO nach unmittelbarer oder mittelbarer bzw. mehr oder weniger als 25%iger Beteiligung des Landkreises unterschieden, was eine differenzierte Darstellung bedingt.

BETEILIGUNGEN AN PRIVATRECHTLICHEN UNTERNEHMEN

5.1. RUDOLF VIRCHOW KLINIKUM GLAUCHAU GGMBH

FIRMENDATEN

ANSCHRIFT	Virchowstraße 18
FIRMENSITZ	08371 Glauchau
TELEFON	03763 43-0
E-MAIL	info@klinikum-glauchau.de
WEBSEITE	http://www.klinikum-glauchau.de
RECHTSFORM	gGmbH
GRÜNDUNGSDATUM	17.08.1995
GESCHÄFTSJAHRESBEGINN	Januar

BETEILIGUNGSQUOTEN¹ Nominal _____ 100% / - / 100%
KAPITAL Stammkapital _____ 511.300 EUR

GESELLSCHAFTER Landkreis Zwickau _____ 511.300 EUR (100,00%)
TOCHTERUNTERNEHMEN

Rudolf Virchow Wohnen & Pflegen gGmbH 25.000 EUR (100,00%)

UNTERNEHMENSgegenstand

Die Gesellschaft verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige und mildtätige Zwecke im Sinne des Abschnitts „Steuerbegünstigte Zwecke“ der Abgabenordnung.

Zwecke der Gesellschaft sind:

- die Förderung des öffentlichen Gesundheitswesens und der öffentlichen Gesundheitspflege,
- die Förderung der Jugend- und Altenhilfe,
- die Förderung des Wohlfahrtswesens,
- die Förderung des Sports sowie
- die Unterstützung von Personen aller Altersgruppen, die infolge ihres körperlichen, geistigen oder seelischen Zustandes der Hilfe bedürfen.

Die Gesellschaft dient im Rahmen ihrer sachlichen Möglichkeiten der stationären und ambulanten Untersuchung und Behandlung von Patienten, der Durchführung damit in Zusammenhang stehender Maßnahmen der Vor- und Nachsorge sowie sonstiger gesundheitsfördernder Maßnahmen, ohne Rücksicht auf Staatszugehörigkeit, Konfession, Rasse, Geschlecht und Wohnsitz.

Die Förderung des öffentlichen Gesundheitswesens wird verwirklicht durch den Betrieb eines Allgemeinkrankenhauses im Sinne des § 67 der Abgabenordnung am Standort Glauchau mit den unmittelbar dem Betrieb des Krankenhauses dienenden Ausbildungsstätten, den Einrichtungen der mit dem Betrieb des Krankenhauses im Zusammenhang stehenden Vor- und Nachsorge und der Gesundheitsförderung, den sonstigen Nebeneinrichtungen und Nebenbetrieben sowie die Bereitstellung von Grundstücken, Räumlichkeiten und sonstigen Sachen für Dritte zur Förderung des öffentlichen Gesundheitswesens oder der Altenhilfe sowie durch die bedarfsgerechte Bereitstellung und Erbringung stationärer und ambulanter medizinischer Leistungen.

Die Förderung der Jugend- und Altenhilfe wird insbesondere verwirklicht durch die Betreibung von

¹ unmittelbar / mittelbar / gesamt

BETEILIGUNGEN AN PRIVATRECHTLICHEN UNTERNEHMEN

Altenwohn- und Pflegeheimen, Einrichtungen der Kurzzeitpflege und der Tagespflege sowie ambulanter Pflegedienste.

Die Förderung des Wohlfahrtswesens wird insbesondere verwirklicht durch die Teilnahme an der ambulanten ärztlichen und nichtärztlichen Betreuung der Bevölkerung, durch den Betrieb von medizinischen Versorgungszentren im Sinne von § 98 SGB V und von Einrichtungen für integrierte Versorgungsformen zum Zwecke der Diagnostik, Therapie, Pflege und Rehabilitation.

Die Förderung des Wohlfahrtswesens wird auch verwirklicht durch den Betrieb von Vorsorge und Rehabilitationseinrichtungen im Sinne von § 111 SGB V und § 35 SGB IX.

Die Förderung des Sports wird verwirklicht durch den Betrieb eines Schwimmbades sowie einer Sporthalle mit der Möglichkeit der öffentlichen Nutzung.

Die Unterstützung von Personen aller Altersgruppen, die infolge ihres körperlichen, geistigen oder seelischen Zustandes der Hilfe bedürfen, wird verwirklicht durch den Betrieb von Einrichtungen der Behindertenhilfe, insbesondere Behindertenwerkstätten, Wohnheimen und Wohngruppen.

Der Zweck der Gesellschaft wird weiterhin durch den Betrieb von Einrichtungen des betreuten Wohnens verfolgt.

Die Gesellschaft ist berechtigt nach Zustimmung des Landkreises Zwickau, Zweigniederlassungen zu errichten, andere Unternehmen gleicher oder ähnlicher Art nach Maßgabe des Absatzes 5 zu errichten, zu erwerben, sich an solchen zu beteiligen und alle sonstigen, dem Gesellschaftszweck im weitesten Sinne förderliche Maßnahmen durchzuführen.

Des Weiteren darf die Gesellschaft ein anderes Unternehmen nur unterhalten, übernehmen oder sich daran beteiligen, wenn im Gesellschaftsvertrag dieses Unternehmens Regelungen aufgenommen werden, die den § 96 a Abs. 1 Nummern 1 und 2 sowie 4 bis 13 SächsGemO entsprechen, sofern sie allein oder zusammen mit anderen Gesellschaftern, für die ebenfalls diese Verpflichtung besteht, eine zur Änderung des Gesellschaftsvertrages berechtigende Mehrheit der Anteile hat.

Die Gesellschaft kann alle Geschäfte eingehen, die zur Erreichung, Förderung und Erhaltung des Gesellschaftszweckes dienlich sind.

Die Gesellschaft ist selbstlos tätig. Sie verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke. Es darf keine Person durch Ausgaben, die dem Zweck der Gesellschaft fremd sind, oder durch unverhältnismäßig hohe Vergütungen begünstigt werden.

Mittel der Gesellschaft dürfen nur für die satzungsmäßigen Zwecke verwendet werden. Die Gesellschafter dürfen keine Gewinnanteile und in ihrer Eigenschaft als Gesellschafter auch keine sonstigen Zuwendungen aus Mitteln der Gesellschaft erhalten. Sie erhalten bei ihrem Ausscheiden oder bei Auflösung der Gesellschaft oder bei Wegfall steuerbegünstigter Zwecke nicht mehr als ihre eingezahlten Kapitalanteile und den gemeinen Wert ihrer geleisteten Sacheinlagen zurück.

Bei Auflösung der Gesellschaft oder bei Wegfall steuerbegünstigter Zwecke fällt das Vermögen der Gesellschaft, soweit es die eingezahlten Kapitalanteile der Gesellschafter und den gemeinen Wert der von den Gesellschaftern geleisteten Sacheinlagen übersteigt, an den Landkreis Zwickau, der es unmittelbar und ausschließlich für gemeinnützige oder mildtätige Zwecke zu verwenden hat.

AUFSICHTSRAT

MITGLIED

Herr Dr. Wolfgang Elsel
(ab 22.08.2024)

Herr Dr. Florian Gräßler
(bis 21.08.2024)

Frau Angelika Hölzel
(bis 21.08.2024)

Frau Angelika Hölzel
(ab 22.08.2024)

BETEILIGUNGEN AN PRIVATRECHTLICHEN UNTERNEHMEN

Frau Daniela Pfeifer (bis 21.08.2024)
Frau Daniela Pfeifer (ab 22.08.2024)
Herr Sven Quilitzsch (ab 22.08.2024, bis 10.12.2024)
Frau Marina Salzwedel (bis 21.08.2024)
Herr Kevin Scheibel (ab 22.08.2024)
Herr Prof. Dr. Joachim Schindler (bis 21.08.2024)
Herr Frank Schmidt (ab 11.12.2024)
Herr Andreas Weber (bis 21.08.2024)
Herr Andreas Weber (ab 22.08.2024)

VORSITZ

Herr Jens Hinkelmann (ab 22.08.2024)
Frau Ines Springer (bis 21.08.2024)

GESCHÄFTSFÜHRUNG

GESCHÄFTSFÜHRER/-IN

Herr Christian Wagner

WIRTSCHAFTSPRÜFER/-IN

Solidaris Revisions-GmbH

MITARBEITERANZAHL

851

LAGEBERICHT (AUSZUGSWEISE WIEDERGABE)

Wirtschaftsbericht

Die Rudolf Virchow Klinikum Glauchau gGmbH konnte trotz der systembedingten Betriebskostenunterfinanzierung, wodurch die inflationäre Entwicklung der letzten beiden Jahre kaum ausgeglichen wurde, ein leicht positives Jahresergebnis erzielen. Die Prognose eines Jahresfehlbetrages in Höhe von 6.064 TEUR wurde um 6.323 TEUR unterschritten. Das Jahresergebnis des Geschäftsjahres 2024 fiel von 982 TEUR in 2023 auf 259 TEUR. Das operative Ergebnis fiel dabei von -1.224 TEUR auf -4.756 TEUR. Die Hauptursache hierfür lag in der Erhöhung der Personalkosten. [...]

Im Geschäftsjahr 2024 beschäftigte die Rudolf Virchow Klinikum Glauchau gGmbH durchschnittlich 851 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nach Köpfen gegenüber 837 im Vorjahr.

Kapitalstruktur

Die Laufzeit des Fremdkapitals liegt mit Ausnahme von Einbehalten aus Baurechnungen unter einem Jahr.

Investitionen

Insgesamt wurden im Geschäftsjahr 2024 Investitionen in immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen in Höhe von 7.241 TEUR getätigt. Die bedeutendsten Investitionen stellten die Weiterführung des Projekts „Umbau Zentralsterilisation/ Neuordnung der Aufbereitungseinheit für Medizinprodukte“ sowie die Anschaffung eines Röntgengerätes Ziehm Vision RFT 3D dar.

BETEILIGUNGEN AN PRIVATRECHTLICHEN UNTERNEHMEN

Die zugewiesenen Pauschalfördermittel in Höhe von 1.333 TEUR wurden den Anforderungen entsprechend im Haus verwendet.

Liquidität

Der Finanzmittelbestand betrug am Ende des Geschäftsjahres 8.599 TEUR (Vorjahr: 10.116 TEUR). Die wesentlichen Zugänge zu den liquiden Mitteln wurden aus der Veränderung der Vorräte, Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie sonstiger Aktiva, aus den Abschreibungen auf das mit Eigenmitteln finanzierte Anlagevermögen finanziert. Die wesentlichen Minderungen der Finanzmittel resultieren aus Investitionen in das Anlagevermögen (ohne Finanzanlagen) von 7.241 TEUR. Die Liquiditätsverhältnisse sind geordnet. Liquiditätsengpässe sind nicht zu erkennen.

Vermögenslage

Die Vermögenslage ist solide. Die Eigenkapitalquote beträgt wie im Vorjahr 68,9 %. Die Erhöhung des Gesamtvermögens um 417 TEUR resultiert aus den Erhöhungen des langfristig gebundenen Vermögens um 3.473 TEUR und der Abnahme des kurzfristig gebundenen Vermögens um 3.056 TEUR. Die Erhöhung des langfristig gebundenen Vermögens resultiert aus den Erhöhungen der immateriellen Vermögensgegenstände und Sachanlagen (+ 1.712 TEUR) sowie der Finanzanlagen (+1.761 TEUR). Die Investitionstätigkeit in das immaterielle und das Sachanlagevermögen übertraf wiederum deutlich die planmäßigen Abschreibungen.

Hauptursache für die Abnahme des kurzfristig gebundenen Vermögens sind im Wesentlichen die Verringerung der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen (- 7.356 TEUR) und der flüssigen Mittel (- 1.517 TEUR) bei gleichzeitiger Erhöhung der Forderungen nach dem Krankenhausfinanzierungsrecht (+ 4.655 TEUR). Der Bestand der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen konnte damit weiter deutlich gesenkt werden. Die Geschäftsführung sieht diesen dennoch als optimierungsbedürftig und wird weitere Maßnahmen zur Verbesserung des Forderungsmanagements mit dem Medizincontrolling einleiten.

Prognosebericht

Nach Ansicht der Geschäftsführung wird das Geschäftsjahr 2025 hauptsächlich durch das am 5. Dezember 2024 in Kraft getretene Krankenhausversorgungsverbesserungsgesetz dominiert. Auch wenn das Gesetz eine budgetneutrale Phase bis 2026 vorsieht, sich für das Prognosejahr also noch keine direkten wirtschaftlichen Auswirkungen ergeben, entfaltet es bereits jetzt seine Wirkungen. Insbesondere wird die ab 2027 geltende Krankenhausplanung nach Leistungsgruppen die Möglichkeiten der Häuser, an ihrer gegenwärtigen Leistungserbringung in voller Breite festhalten zu können, verändern. [...]

Auch für 2025 steht die Frage, ob der Gesetzgeber eingreifen wird, um die Krankenhäuser beim Umgang mit den extrem gestiegenen Personal- und sonstigen Kosten mit zusätzlichen finanziellen Mitteln zu unterstützen. [...]

Auch der regional bestehende Mangel an Ärzten und sonstigem qualifizierten Personal wird sich bis Ende 2025 aller Voraussicht nach weiter verschärfen. [...]

Für das Jahr 2025 wurde vor allem aufgrund der prognostizierten sich extrem entwickelnden Personalkosten ein negatives Jahresergebnis in Höhe von – 6.503 TEUR prognostiziert. Insgesamt erwartet die Geschäftsführung einen preislich und mengenmäßig stagnierenden Markt bei steigenden Kosten und einer sich aufgrund der Einführung von Leistungsgruppen und Hybrid-DRG deutlich veränderten Nachfragestruktur, insbesondere im stationären Setting. In diesem Markt wird sich das Haus dank seiner Finanzausstattung noch behaupten können. Dafür ist es notwendig, dass die Chancen, welche sich aus der Veränderung der Nachfragestruktur ergeben, rechtzeitig erkannt und genutzt werden.

Die Risikolage der Gesellschaft kann für das 2025 als beherrschbar beurteilt werden.

Chancen und Risiken

Die Gesamtrisikolage hat sich durch das am 5. Dezember 2024 in Kraft getretene Krankenhausver-

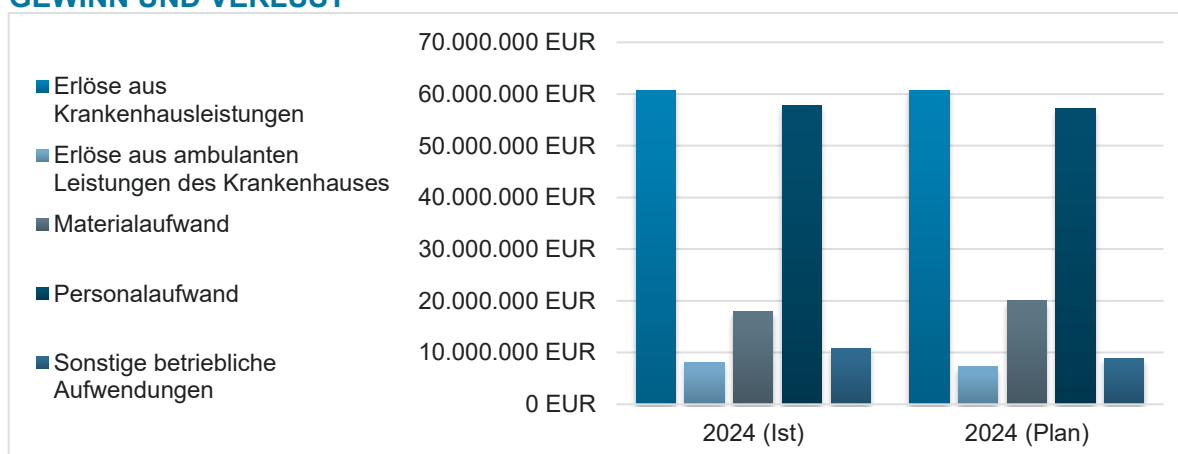
BETEILIGUNGEN AN PRIVATRECHTLICHEN UNTERNEHMEN

sorgungsverbesserungsgesetz stark verändert. Insbesondere wird die ab 2027 geltende Krankenhausplanung nach Leistungsgruppen die Möglichkeiten der Häuser, an ihrer gegenwärtigen Leistungserbringung in voller Breite festhalten zu können, verändern.

Ein Risikofrüherkennungs- und Überwachungssystem ist eingerichtet. Dadurch sind in geeigneter Form die erforderlichen Maßnahmen getroffen worden, um mögliche Risiken, sofern sie vom Krankenhaus beeinflussbar sind, frühzeitig zu erkennen und rechtzeitig Gegenmaßnahmen einleiten zu können. Nach Überprüfung der Risikolage zum Ende des Geschäftsjahres 2024 kommen wir zu dem Gesamtergebnis, dass bestandsgefährdende Risiken für die Gesellschaft nicht bestehen.

FINANZDATEN

GEWINN UND VERLUST



Alle Angaben in EUR

	2024 (IST)	2024 (PLAN)
Erlöse aus Krankenhausleistungen	60.675.655,08	60.783.000,00
Erlöse aus Wahlleistungen	51.780,85	48.000,00
Erlöse aus ambulanten Leistungen des Krankenhauses	8.083.545,49	7.248.000,00
Nutzungsentgelte und sonstige Abgaben der Ärzte	477.198,15	432.000,00
Umsatzerlöse nach § 277 Absatz 1 HGB	14.013.225,87	10.572.000,00
Sonstige Erlöse	-	-
Bestandsveränderungen	-55.090,01	-
Zuweisungen und Zuschüsse der öffentlichen Hand	1.212.001,52	1.236.000,00
Sonstige betriebliche Erträge	3.733.462,45	1.524.000,00
Materialaufwand	17.879.434,59	20.119.000,00
dar.: Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	13.596.553,02	15.294.000,00
dar.: Lebensmittel und bezogene Leistungen	4.282.881,57	4.825.000,00
Personalaufwand	57.720.948,32	57.255.000,00
dar.: Löhne und Gehälter	48.795.175,88	47.713.000,00
dar.: soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	8.925.772,44	9.542.000,00
Erträge aus Fördermitteln nach dem KHG	6.180.296,98	3.365.000,00
Erträge aus Zuwendungen zur Finanzierung von Investitionen	3.887.216,36	1.037.000,00

BETEILIGUNGEN AN PRIVATRECHTLICHEN UNTERNEHMEN

Erträge aus der Auflösung von SoPo/Vblk. nach dem KHG und auf Grund sonstiger Zuwendungen zur Finanzierung des AV	2.289.419,62	2.316.000,00
Aufwendungen aus Fördermitteln nach dem KHG	3.969.661,07	1.037.000,00
Aufwendungen aus der Zuführung zu SoPo/Vblk. nach dem KHG und auf Grund sonstiger Zuwendungen zur Finanzierung des AV	3.969.661,07	1.037.000,00
Abschreibungen	5.172.901,24	5.206.000,00
Sonstige betriebliche Aufwendungen	10.719.509,67	8.873.000,00
Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanz-AV	969.570,66	1.178.000,00
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	231.288,48	118.000,00
Abschreibungen auf Finanzanlagen und Wertpapiere des UV	-	-
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	8.720,72	6.000,00
Steuern vom Einkommen und Ertrag	103.906,15	60.000,00
Sonstige Steuern	-261.399,50	12.000,00
Jahresergebnis	259.253,26	-6.064.000,00

BILANZ UND LEISTUNGSKENNZAHLEN

	2022 (IST)	2023 (IST)	2024 (IST)
Anlagendeckung I (%)	95,6	92,9	90,2
Vermögensstruktur (%)	69,8	74,2	76,4
Eigenkapitalquote (%)	66,8	68,9	68,9
Eigenkapitalrendite (%)	1,2	1,0	0,3
Fremdkapitalquote (%)	19,3	17,3	16,3
Gesamtkapitalrendite (%)	0,8	0,7	0,2
Liquidität 1. Grades (%)	81,5	91,8	86,5
Pro-Kopf-Umsatz (EUR)	96.588,83	94.209,11	97.886,49

BETEILIGUNGEN AN PRIVATRECHTLICHEN UNTERNEHMEN

5.2. RUDOLF VIRCHOW WOHNEN & PFLEGEN GGBH

FIRMENDATEN

ANSCHRIFT	Heinrich-Mauersberger-Ring 23
FIRMENSITZ	09212 Limbach-Oberfrohna
TELEFON	03722 891-0
E-MAIL	info@rv-wohnen-pflegen.de
WEBSEITE	http://www.rv-wohnen-pflegen.de
RECHTSFORM	gGmbH
GRÜNDUNGSDATUM	20.12.2001
GESCHÄFTSJAHRESBEGINN	Januar

BETEILIGUNGSQUOTEN ²	Nominal _____ - / 100% / 100%
KAPITAL	Stammkapital _____ 25.000 EUR

GESELLSCHAFTER	Rudolf Virchow Klinikum Glauchau gGmbH _____ 25.000 EUR (100,00%)
----------------	--

UNTERNEHMENSgegenstand

Die Gesellschaft verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige und mildtätige Zwecke im Sinne des Abschnitts „Steuerbegünstigte Zwecke“ der Abgabenordnung.

Zwecke der Gesellschaft sind die Förderung der Altenhilfe und des Wohlfahrtswesens sowie die Unterstützung von Personen aller Altersgruppen, die infolge ihres körperlichen, geistigen oder seelischen Zustands der Hilfe bedürfen.

Die Gesellschaftszwecke werden insbesondere verwirklicht durch:

- die Betreuung von Altenheimen, Altenwohnheimen, Pflegeheimen und sonstigen Pflegeeinrichtungen;
- den Betrieb von Einrichtungen der Behindertenhilfe, insbesondere Wohnheime, Wohngruppen und
- den Betrieb von Einrichtungen des betreuten Wohnens.

Die Gesellschaft kann nach Zustimmung des Landkreises Zwickau im Rahmen der gesetzlichen Vorschriften alle Geschäfte betreiben, die dem Gesellschaftszweck unmittelbar oder mittelbar zu dienen geeignet sind. Sie kann sich zur Erfüllung ihrer Aufgaben an anderen Unternehmen mit gleicher, ähnlicher oder verwandter Art beteiligen und solche Unternehmen sowie Hilfsbetriebe errichten, erwerben und verpachten.

Des Weiteren darf die Gesellschaft ein anderes Unternehmen nur unterhalten, übernehmen oder sich daran beteiligen, wenn im Gesellschaftsvertrag dieses Unternehmens Regelungen aufgenommen werden, die den § 96 a Abs. 1 Nummern 1 und 2 sowie 4 bis 13 SächsGemO entsprechen, sofern sie allein oder zusammen mit anderen Gesellschaftern, für die ebenfalls diese Verpflichtung besteht, eine zur Änderung des Gesellschaftsvertrages berechtigte Mehrheit der Anteile hat.

Die Gesellschaft ist selbstlos tätig; sie verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke. Es darf keine Person durch Ausgaben, die dem Zweck der Gesellschaft fremd sind oder durch unverhältnismäßig hohe Vergütungen begünstigt werden.

² unmittelbar / mittelbar / gesamt

BETEILIGUNGEN AN PRIVATRECHTLICHEN UNTERNEHMEN

Mittel der Gesellschaft dürfen nur für die satzungsmäßigen Zwecke verwendet werden. Die Gesellschafter dürfen keine Gewinnanteile und keine sonstigen Zuwendungen aus Mitteln der Gesellschaft erhalten. Sie erhalten bei ihrem Ausscheiden oder bei Auflösung der Gesellschaft oder bei Wegfall steuerbegünstigter Zwecke nicht mehr als ihre eingezahlten Kapitalanteile und den gemeinen Wert ihrer geleisteten Sacheinlagen zurück.

Bei Auflösung der Gesellschaft oder bei Wegfall steuerbegünstigter Zwecke fällt das Vermögen der Gesellschaft, soweit es die eingezahlten Kapitalanteile der Gesellschafter und den gemeinen Wert der von den Gesellschaftern geleisteten Sacheinlagen übersteigt, an die Rudolf Virchow Klinikum Glauchau gGmbH, die es unmittelbar und ausschließlich für gemeinnützige oder mildtätige Zwecke zu verwenden hat.

GESCHÄFTSFÜHRUNG

GESCHÄFTSFÜHRER/-IN

Herr Christian Wagner

WIRTSCHAFTSPRÜFER/-IN

Solidaris Revisions-GmbH

MITARBEITERANZAHL

128

LAGEBERICHT (AUSZUGSWEISE WIEDERGABE)

Wirtschaftsbericht

Das Geschäftsjahr 2024 war, nach Beendigung der Pandemie des SARS-CoV-2 Virus, Bezug nehmend auf die Auslastung im Haus Am Wasserturm, bei durchschnittlich 80,90 % nicht zufriedenstellend. Im direkten lokalen Umfeld der Einrichtung befinden sich mehrere Mitbewerber mit stationären Angeboten. Im Haus Am Lustgarten in Waldenburg konnte die hohe Auslastung von 98,33 % gehalten werden. Trotz dieser Situation ist das Geschäftsjahr 2024 wirtschaftlich stabil verlaufen. Eine Qualitätsprüfungen nach § 114 Abs. 1 SGB XI durch den Medizinischen Dienst wurde im August 2024 im Haus am Wasserturm und im Dezember 2024 im Haus am Lustgarten durchgeführt. Im März 2023 wurde die Generalsanierung der Großküche im Haus Am Wasserturm abgeschlossen und eine Fremdfirma begann im April 2023 mit der internen Beköstigung der Heimbewohner. Mit diesem Vorgang konnte eine beachtliche Qualitätssteigerung in der Versorgung der Pflegebedürftigen erzielt werden.

Ertragslage

Das Jahresergebnis des Geschäftsjahres 2024 sank von 137,5 TEUR auf 100,6 TEUR. Den um 321 TEUR erhöhten Erträgen steht eine Erhöhung im Aufwandsbereich in Höhe von 358 TEUR gegenüber. Das im Wirtschaftsplan 2024, aufgrund der nicht vorhersehbaren Entwicklung der Inflation, vorsichtig prognostizierte Ergebnis in Höhe von 238,5 TEUR wurde um 137,9 TEUR unterschritten. Das prognostizierte Jahresergebnis wurde nicht realisiert, die ständig steigende Inflation konnte durch entsprechende Gegenmaßnahmen nicht so schnell abgefedert werden. Die Auslastung der Pflegeheime betrug 89,78 %.

Im Zeitraum vom 1. Januar 2024 bis zum 31. Dezember 2024 sind die Erträge aus allgemeinen Pflegeleistungen, die Erträge aus Unterkunft und Verpflegung sowie die Erträge aus der gesonderten Berechnung von Investitionskosten gegenüber Pflegebedürftigen im Vergleich zum Vorjahr insgesamt um 2,57 % gestiegen.

Die Pflegesätze für das Haus Am Wasserturm wurden im Februar 2024 komplett neu verhandelt und traten zum 1. April 2024 in Kraft. Für das Haus Am Lustgarten wurden im Januar 2024 die Pflegesätze in vereinfachter Form verhandelt. Die vereinbarten Entgelte traten zum 1. Februar 2024 in Kraft.

BETEILIGUNGEN AN PRIVATRECHTLICHEN UNTERNEHMEN

Die Nachfrage nach Pflegeplätzen in Waldenburg war im Jahr 2024 weiterhin hoch. Mit 98,33 % konnte eine sehr gute Auslastung erreicht werden. Die Kapazitätsauslastung im Haus Am Wasserturm blieb konstant gegenüber dem Vorjahr in Höhe von 80,90. Die starke Konkurrenzsituation in Limbach-Oberfrohna macht die Auslastung der Pflegeplätze schwierig.

Im Geschäftsjahr 2024 wurden durchschnittlich 103,87 Mitarbeiter (Vorjahr: 109,23 Mitarbeiter) beschäftigt.

Finanzlage

Die Finanzanlage ist als stabil zu bezeichnen. Das Finanzmanagement ist darauf ausgerichtet, Verbindlichkeiten stets innerhalb der Zahlungsfrist zu begleichen und Forderungen innerhalb der Zahlungsziele zu vereinnahmen. Die Kapitalstruktur hat sich weiter verbessert. Die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie die sonstigen Verbindlichkeiten betragen 1,49 % vom Gesamtkapital. Im Geschäftsjahr 2024 wurden Investitionen in Höhe von 3.055,1 TEUR getätigt.

Finanzielle und nicht finanzielle Leistungsindikatoren

Die Gesellschaft erzielte einen positiven Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit in Höhe von 312 TEUR. Der Cashflow aus der Investitionstätigkeit beläuft sich auf -3.055 TEUR und für Finanzierungstätigkeit auf 1.494 TEUR. Somit hat sich der Finanzmittelbestand im Vergleich zum Vorjahr um 1.249 TEUR verringert. Die Eigenkapitalrentabilität betrug im laufenden Geschäftsjahr 0,6 %.

Prognosebericht

Um eine stabile Ertragslage zu sichern, ist die größte Herausforderung, die Verbesserung der Belegungssituation des Hauses trotz enormer Konkurrenzsituation vor Ort (neue Einrichtungen in der Stadt deutlich zu verbessern.) Dabei ist die Gratwanderung der Gewinnung neuer Bewohner und gleichzeitigem Aufbau geeigneter Fachkräfte zu meistern. Darüber hinaus ist es auch weiterhin notwendig, die Belegungsstruktur hinsichtlich der Pflegegradverteilung prospektiv möglichst genau einzuschätzen bzw. ein aktives Belegungsmanagement zu betreiben.

Das Hauptziel der Rudolf Virchow Wohnen & Pflegen gemeinnützige GmbH wird im Jahr 2025 darin bestehen, mit den vorhandenen Mitteln und Ressourcen die zur Erfüllung des Versorgungsvertrages notwendigen Pflege- und Betreuungsaufgaben wirtschaftlich vertretbar zu erbringen und dabei gleichzeitig die Vorgaben der Leistungs- und Qualitätsvereinbarung umzusetzen.

Chancen- und Risikobericht

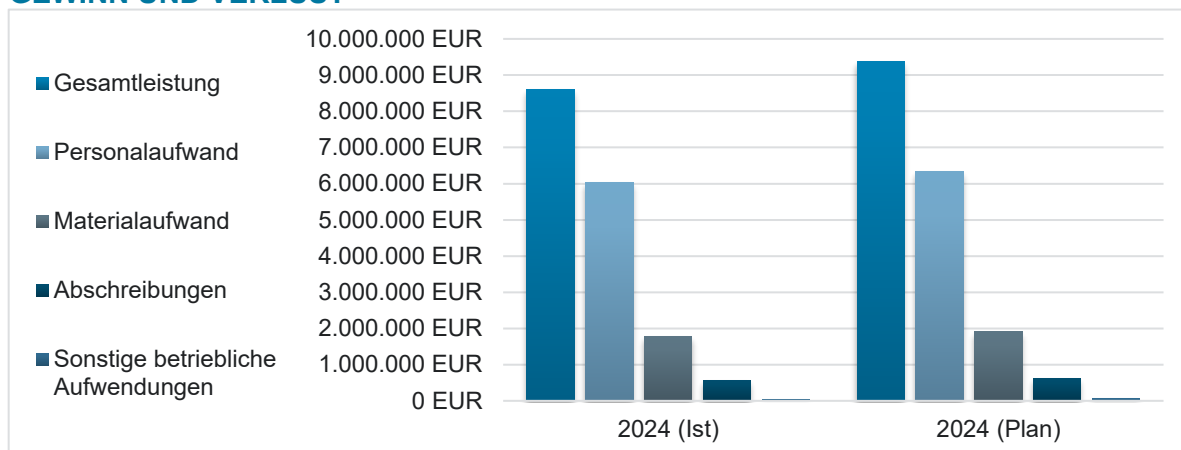
Nach Überprüfung der Risikolage zu Ende des Geschäftsjahres 2024 kommen wir zu dem Gesamtergebnis, das bestandsgefährdende Risiken für die Gesellschaft nicht bestehen.

Der Wettbewerb um hinreichend qualifiziertes Personal besitzt höchste Priorität, um auch zukünftig den Fortbestand und die Weiterentwicklung beider Pflegeheime sichern zu können. Im Fokus steht die Mitarbeiterbindung gleichermaßen wie die Gewinnung neuer Mitarbeiter. Hierfür sind weiterhin geeignete Instrumente wie zum Beispiel ein betriebliches Gesundheitsmanagement zu schaffen und auszubauen, um als attraktiver Arbeitgeber in der Region zu gelten.

BETEILIGUNGEN AN PRIVATRECHTLICHEN UNTERNEHMEN

FINANZDATEN

GEWINN UND VERLUST



Alle Angaben in EUR

	2024 (IST)	2024 (PLAN)
Erträge aus ambulanter, teilstationärer und vollstationärer Pflege sowie aus Kurzzeitpflege	6.105.471,36	7.012.100,00
Erträge aus Unterkunft und Verpflegung	1.441.572,54	1.461.600,00
Erträge aus gesonderter Berechnung von Investitionskosten gegenüber Pflegebedürftigen	692.638,81	781.900,00
Umsatzerlöse nach § 277 Abs. 1 HGB soweit nicht in Nr. 1 bis 4 enthalten	96.114,46	56.500,00
Zuweisungen und Zuschüsse zu Betriebskosten	90.539,17	-
Sonstige betriebliche Erträge	171.218,13	52.000,00
Gesamtleistung	8.597.554,47	9.364.100,00
Personalaufwand	6.033.071,57	6.343.780,00
dar.: Löhne und Gehälter	4.515.068,48	5.247.450,00
dar.: Sozialabgaben, Altersversorgung und sonstige Aufwendungen	1.518.003,09	1.096.330,00
Materialaufwand	1.765.482,61	1.906.270,00
dar.: Lebensmittel	363.977,14	391.800,00
dar.: Aufwendungen für Zusatzleistungen	95.430,59	91.400,00
dar.: Wasser, Energie, Brennstoffe	296.174,40	483.270,00
dar.: Wirtschaftsbedarf/Verwaltungsbedarf	1.009.900,48	939.800,00
Steuern, Abgaben, Versicherungen	56.577,98	66.900,00
Mieten, Pacht, Leasing	9.487,01	36.260,00
Zwischenergebnis	732.935,30	1.010.890,00
Erträge aus Auflösung von Sonderposten	108.883,00	108.883,00
Abschreibungen	567.329,37	620.500,00
dar.: auf immaterielle Vermögensgegenstände des AV	-	620.500,00
dar.: auf Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	-	-
Aufwendungen für Instandhaltung und Instandsetzung	294.126,93	194.300,00
Sonstige betriebliche Aufwendungen	33.088,60	69.500,00
Zwischenergebnis	-52.726,60	235.473,00

BETEILIGUNGEN AN PRIVATRECHTLICHEN UNTERNEHMEN

Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanz-AV	114.340,89	3.000,00
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	49.866,80	-
Jahresergebnis	100.625,09	238.473,00

BILANZ UND LEISTUNGSKENNZAHLEN

	2022 (IST)	2023 (IST)	2024 (IST)
Anlagendeckung I (%)	105,1	104,1	90,1
Vermögensstruktur (%)	78,4	78,8	86,1
Eigenkapitalquote (%)	82,3	82,0	77,6
Eigenkapitalrendite (%)	4,8	0,9	0,6
Fremdkapitalquote (%)	7,1	8,0	13,5
Gesamtkapitalrendite (%)	4,0	0,7	0,5
Liquidität 1. Grades (%)	933,4	611,9	133,5
Pro-Kopf-Umsatz (EUR)	58.721,75	62.253,48	65.123,42

BETEILIGUNGEN AN PRIVATRECHTLICHEN UNTERNEHMEN

5.3. PLEIßENTAL-KLINIK GMBH

FIRMENDATEN

ANSCHRIFT	Ronneburger Straße 106
FIRMENSITZ	08412 Werdau
TELEFON	03761 444-0
E-MAIL	info@pleissental-klinik.de
WEBSEITE	http://www.pleissentalklinik.de
RECHTSFORM	gGmbH
GRÜNDUNGSDATUM	06.02.2004
GESCHÄFTSJAHRESBEGINN	Januar

BETEILIGUNGSQUOTEN³ Nominal _____ 100% / - / 100%
KAPITAL Stammkapital _____ 25.000 EUR

GESELLSCHAFTER TOCHTERUNTERNEHMEN Landkreis Zwickau _____ 25.000 EUR (100,00%)

Pleißental-Med GmbH 25.000 EUR (100,00%)

UNTERNEHMENSgegenstand

Die Gesellschaft verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige und mildtätige Zwecke im Sinne des Abschnitts „Steuerbegünstigte Zwecke“ der Abgabenordnung.

Zwecke der Gesellschaft sind:

- die Förderung des öffentlichen Gesundheitswesens und der öffentlichen Gesundheitspflege,
- die Förderung der Jugend- und Altenhilfe,
- die Förderung des Wohlfahrtswesens sowie
- die Unterstützung von Personen aller Altersgruppen, die infolge ihres körperlichen, geistigen oder seelischen Zustandes der Hilfe bedürfen.

Die Gesellschaft dient im Rahmen ihrer sachlichen Möglichkeiten der stationären und ambulanten Untersuchung und Behandlung von Patienten, der Durchführung damit in Zusammenhang stehender Maßnahmen der Vor- und Nachsorge sowie sonstiger gesundheitsfördernder Maßnahmen, ohne Rücksicht auf Staatszugehörigkeit, Konfession, Rasse, Geschlecht und Wohnsitz.

Die Förderung des öffentlichen Gesundheitswesens wird verwirklicht durch den Betrieb eines Allgemeinkrankenhauses im Sinne des § 67 der Abgabenordnung am Standort Werdau mit den unmittelbar dem Betrieb des Krankenhauses dienenden Ausbildungsstätten, den Einrichtungen der mit dem Betrieb des Krankenhauses im Zusammenhang stehenden Vor- und Nachsorge und der Gesundheitsförderung, den sonstigen Nebeneinrichtungen und Nebenbetrieben sowie die Bereitstellung von Grundstücken, Räumlichkeiten und sonstigen Sachen für Dritte zur Förderung des öffentlichen Gesundheitswesens oder der Altenhilfe sowie durch die bedarfsgerechte Bereitstellung und Erbringung stationärer und ambulanter medizinischer Leistungen.

Die Förderung der Jugend- und Altenhilfe wird insbesondere verwirklicht durch die Betreuung von Altenwohn- und Pflegeheimen, Einrichtungen der Kurzzeitpflege und der Tagespflege sowie ambulanter Pflegedienste.

³ unmittelbar / mittelbar / gesamt

BETEILIGUNGEN AN PRIVATRECHTLICHEN UNTERNEHMEN

Die Förderung des Wohlfahrtswesens wird insbesondere verwirklicht durch die Teilnahme an der ambulanten ärztlichen und nichtärztlichen Betreuung der Bevölkerung, durch die Gründung und den Betrieb von medizinischen Versorgungszentren im Sinne von § 98 SGB V und von Einrichtungen für integrierte Versorgungsformen zum Zwecke der Diagnostik, Therapie, Pflege und Rehabilitation. Der Zweck der Gesellschaft wird weiterhin durch den Betrieb von Einrichtungen des betreuten Wohnens verfolgt.

Die Gesellschaft ist berechtigt, im Rahmen der gesetzlichen Vorschriften, der Bestimmungen des Gesellschaftsvertrages und unter Beachtung der Gemeinnützigkeit alle Geschäfte und sonstigen Maßnahmen vorzunehmen, die dieser Zweckbestimmung dienlich erscheinen. Hierzu gehören auch, nach Zustimmung des Landkreises Zwickau, die Errichtung und Übernahme, weiterer Gesellschaften und die Beteiligung an anderen Gesellschaften, soweit die Zweckbestimmung des Abs. 2 gewahrt bleibt.

Des Weiteren darf die Gesellschaft ein anderes Unternehmen nur unterhalten, übernehmen oder sich daran beteiligen, wenn im Gesellschaftsvertrag dieses Unternehmens Regelungen aufgenommen werden, die den § 96 a Abs. 1 Nummern 1 und 2 sowie 4 bis 13 SächsGemO entsprechen, sofern sie allein oder zusammen mit anderen Gesellschaftern, für die ebenfalls diese Verpflichtung besteht, eine zur Änderung des Gesellschaftsvertrages berechtigende Mehrheit der Anteile hat.

Die Gesellschaft ist selbstlos tätig; sie verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke. Etwaige Überschüsse oder sonstige Mittel der Gesellschaft dürfen nur für die satzungsmäßigen Zwecke verwendet werden.

Es darf keine Person durch Ausgaben, die dem Zweck der Gesellschaft fremd sind, oder durch unverhältnismäßig hohe Vergütungen begünstigt werden.

Die Gesellschafter dürfen keine Gewinnanteile und in ihrer Eigenschaft als Gesellschafter auch keine sonstigen Zuwendungen aus Mitteln der Gesellschaft erhalten. Die Gesellschafter erhalten bei ihrem Ausscheiden oder bei der Auflösung der Gesellschaft oder bei Wegfall steuerbegünstigter Zwecke nicht mehr als ihre eingezahlten Kapitalanteile und den gemeinen Wert ihrer geleisteten Sacheinlagen zurück.

Bei Auflösung oder Aufhebung der Gesellschaft oder bei Wegfall steuerbegünstigter Zwecke fällt das Vermögen der Gesellschaft, soweit es nicht nach Abs. 8 den Gesellschaftern zurück zu gewähren ist, an den Landkreis Zwickau zurück, der es unmittelbar und ausschließlich für gemeinnützige Zwecke zu verwenden hat.

AUFSICHTSRAT

MITGLIED

Herr Stefan Czarnecki
(bis 21.08.2024)

Herr Prof. Dr. Gerd Drechsler
(bis 21.08.2024)

Herr Heiko Döhler
(ab 22.08.2024)

Herr Bernd Gerber
(bis 21.08.2024)

Herr Bernd Gerber
(ab 22.08.2024)

Herr Andreas Gerold
(bis 21.08.2024)

Herr Andreas Gerold
(ab 22.08.2024)

Herr Steffen Gruna
(bis 21.08.2024)

BETEILIGUNGEN AN PRIVATRECHTLICHEN UNTERNEHMEN

Herr Jan Löffler
(bis 21.08.2024)

Herr Jan Löffler
(ab 22.08.2024)

Herr André Raphael
(bis 21.08.2024)

Herr André Raphael
(ab 22.08.2024)

Herr Heiko Schütze
(ab 22.08.2024)

Herr Jens Breinfeld
(ab 22.08.2024)

Herr Andreas Weigel
(bis 21.08.2024)

Herr Alexander Weiß
(ab 22.08.2024)

VORSITZ

Frau Angelika Hölzel
(bis 21.08.2024)

Frau Angelika Hölzel
(ab 22.08.2024)

GESCHÄFTSFÜHRUNG

GESCHÄFTSFÜHRER/-IN

Herr Uwe Hantzsch

WIRTSCHAFTSPRÜFER/-IN

Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Eureos GmbH

LAGEBERICHT (AUSZUGSWEISE WIEDERGABE)

Geschäftsverlauf

Die Pleißenental-Klinik GmbH, Werdau, (im Folgenden kurz: „Pleißenental-Klinik“) ist in den Krankenhausplan des Freistaates Sachsen, 12. Fortschreibung vom 30. August 2018 aufgenommen und laut Bescheid vom 4. September 2018 der Leistungsstufe Regelversorgung mit einer Gesamtkapazität von 240 Betten in den Fachgebieten:

- Chirurgie
- Frauenheilkunde und Geburtshilfe
- Innere Medizin und Allgemeinmedizin inklusive Akutgeriatrie
- Kinder- und Jugendmedizin

zugeordnet.

Die wirtschaftliche Sicherung der Pleißenental-Klinik wird durch öffentliche Förderung für Investitionskosten und durch die Vergütung der vereinbarten leistungsgerechten Entgelte durch die Kostenträger (in der Regel Krankenkassen) gewährleistet.

Die Entgeltverhandlung für das Jahr 2023 fand am 29. Juni statt. Die Entgeltvereinbarung für den Vereinbarungszeitraum 1. Januar bis 31. Dezember 2023 vom 25. Juli 2023 wurde durch das Sächsische Staatsministerium für Soziales und Verbraucherschutz (SMS) mit Bescheid vom 29. September 2023 genehmigt. Im Ergebnis der Entgeltverhandlung wurde - auch als Konsequenz der SARS-CoV-2-bedingten Leistungsrückgänge in den Jahren 2020-2022 - gegenüber dem Vorjahr (8.527 Fälle inkl. Überlieger-Fälle am Jahresanfang) eine Verringerung der Fallzahl um 446 Fälle auf

BETEILIGUNGEN AN PRIVATRECHTLICHEN UNTERNEHMEN

8.081 Fälle (inkl. Überlieger-Fälle am Jahresanfang) sowie eine Absenkung der effektiven aDRG-Bewertungsrelation um 299,819 auf insgesamt 5.900,193 Punkte vereinbart.

Unter Berücksichtigung der konsentierten Zusatzentgelte E2 nach § 7 Abs. 1 Nr. 2 KHEntgG (TEUR 50) sowie unter Bereinigung nach § 4a Abs. 1 Satz 3 KHEntgG (TEUR 1.694 verringert sich das vereinbarte Erlösbudget gem. § 4 Abs. 2 KHEntgG im Vergleich zum Vorjahreszeitraum von TEUR 23.766 auf TEUR 21.923.

Zur Finanzierung der Pflegepersonalkosten für die unmittelbare Patientenversorgung auf bettenführenden Stationen nach § 17b Abs. 4 KHG konnte gemäß § 6a KHEntgG ein krankenhausindividuelles Pflegebudget einschließlich der Ausgleichs (TEUR -679) in Höhe von TEUR 7.855 (TEUR -1.273 gegenüber 2022) mit den Kostenträgern vereinbart werden.

Die Gesamtsumme der sonstigen vereinbarten Budgetbestandteile (inkl. Ausgleichs) beläuft sich auf TEUR 569, hierbei werden u. a. die Anforderungen des Infektionsschutzgesetzes nach § 4 Abs. 9 KHEntgG, die Teilnahme an der Notfallversorgung gemäß § 9 Abs. 1a Nr. 5 KHEntgG, der Betrieb der Telematikinfrastruktur nach § 377 SGB V sowie das Ausbildungsbudget nach § 17a KHG durch die Kostenträger teilfinanziert.

Investitionen erfolgten im Berichtsjahr 2023 in Höhe von insgesamt TEUR 3.427.

Im Jahresdurchschnitt waren im Geschäftsjahr 338,56 Vollkräfte im aktiven Beschäftigungsverhältnis - d. h. nach Bereinigung um entgeltwirksame Ausfallzeiten (u. a. Beschäftigungsverbot, Mutterschutz, Elternzeit, Langzeiterkrankung) - arbeitsvertraglich gebunden.

Für die mittelbar durch den Anstieg der Energiepreise verursachten Kostensteigerungen erhielten zugelassene Krankenhäuser – auch die Pleißental-Klinik – für den Zeitraum vom 1. Oktober 2022 bis zum 30. April 2024 zwei krankenhausindividuelle Ausgleichszahlungen zum pauschalen Ausgleich ihrer gestiegenen Kosten für den Bezug von leitungsgebundenem Erdgas, leitungsgebundener Fernwärme und leitungsgebundenem Strom aus der Liquiditätsreserve des Gesundheitsfonds nach § 26f KHG. Die jeweilige Höhe der Ausgleichzahlung ergab sich aus Multiplikation der aufgestellten Betten je Krankenhaus mit einem durch das Bundesamt für Soziale Sicherung ermittelten Betrages je Bett (5.288,52 EUR) und wurde im März, April und Dezember 2023 an die Häuser ausbezahlt.

Lage der Gesellschaft

Das bilanzielle Eigenkapital reduzierte sich um den Jahresfehlbetrag 2023 (TEUR 424). Die Eigenkapitalquote (bereinigt um die Sonder- und Ausgleichsposten) beträgt zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2023 42,4 % (31. Dezember 2022: 40,8 %).

Die Pleißental-Klinik verfügte zum Stichtag 31. Dezember 2023 über TEUR 3.657 liquide Mittel. Die Liquidität war im gesamten Geschäftsjahr 2023 jederzeit gesichert. Kreditverbindlichkeiten bestanden in Höhe von TEUR 2.890.

Das Geschäftsjahr 2023 schließt mit einem Jahresfehlbetrag i. H. v. TEUR -424 (Vj. TEUR -67) ab. Hauptgründe für diese rückläufige Entwicklung sind die negative Leistungsentwicklung im Vergleich zum Vorjahr, die Honoraraufwendungen im ärztlichen Dienst, inflationsbedingte gegenüber 2021, gesunkenen Leistungen sowie die pandemische Situation im I. Quartal, inflationsbedingte Preissteigerungen in nahezu allen Segmenten sowie die erhöhten Personalaufwendungen, wobei alle möglichen Personalveränderungen in Form von Nicht-Nachbesetzungen realisiert wurden.

Bewertung der Kennzahlen gemäß § 99 Abs. 3 Nr. 3 SächsGemO

Dem Anlagevermögen ohne Anlagen im Bau (TEUR 7.350; Vj. TEUR 9.397) der Gesellschaft stehen Sonderposten aus Zuwendungen zur Finanzierung des Sachanlagevermögens (TEUR 3.822; 5.593) gegenüber. Das aus Eigenmitteln finanzierte langfristige Vermögen hat sich gegenüber dem Vorjahr um TEUR 276 vermindert. Gemessen an der um den Sonderposten aus Zuwendungen zur Finan-

BETEILIGUNGEN AN PRIVATRECHTLICHEN UNTERNEHMEN

zierung des Sachanlagevermögens und um den Ausgleichsposten aus Eigenmittelförderung korrigierten Bilanzsumme beträgt das aus Eigenmitteln finanzierte langfristige Vermögen 39,5 % (Vj. 32,0 %) der Bilanzsumme.

Die Investitionsdeckung beträgt 121,6 %, d. h. die Nettoinvestition des Geschäftsjahres war höher als die Abschreibungen des Geschäftsjahres.

Kapitalstruktur

Die Fremdkapitalquote erhöhte sich von 59,2 % auf 67,6 %, die Eigenkapitalquote verminderte sich dementsprechend von 40,8 % auf 32,4 %.

Liquidität

Die Liquidität war zu jeder Zeit gesichert. Die liquiden Mittel erhöhten sich um TEUR 1.508 von TEUR 2.149 auf TEUR 3.657.

Rentabilität

Die Eigenkapitalrentabilität beträgt -6,8 % (Vj. -1,0 %). Die Gesamtkapitalrentabilität hat sich von -0,4 auf -2,2 % erhöht.

Geschäftserfolg

Die Erlöse stiegen von TEUR 36.967 auf TEUR 37.373. Dabei erwirtschaftete die Gesellschaft im Geschäftsjahr einen Jahresfehlbetrag in Höhe von TEUR 424. Bei jahresdurchschnittlich 438 (Vj. 447) beschäftigten Arbeitnehmern wurde ein Pro-Kopf-Umsatz von rd. TEUR 85 (Vj. TEUR 83) erzielt. Die Gesamtentwicklung der Gesellschaft im Geschäftsjahr wird als nicht zufriedenstellend eingeschätzt.

Zukünftige Chancen und Risiken

Gesamtaussage

Für das Jahr 2023 hat sich die Gesamtsituation der Gesellschaft stabilisiert, auch wenn der Gesamtleistungsverlauf war durch leicht rückläufige stationäre Fallzahlen gekennzeichnet war. Die Fallwanderung von vollstationären Behandlungen hin zu ambulant durchführbaren Operationen ist in der gesamten Klinik zu verzeichnen und weiter anhaltend. Durch die Geschäftsleitung wurden kontinuierlich kostensenkende Maßnahmen eingeleitet und im Personal- und Sachkostenbereich realisiert. Der Sachkostenbereich bot dafür – auch inflationsbedingt – leider nur sehr wenige Möglichkeiten. Insgesamt ist dort ein massiver Kostenanstieg zu verzeichnen.

Prognosebericht

Mit erfolgreicher Etablierung der Tochtergesellschaft Pleißenental-Med GmbH als medizinisches Versorgungszentrum für die Bereiche Gynäkologie und Orthopädie wird seit dem 1. April 2023 ein Beitrag für die Sicherstellung einer stabilen Versorgung der Patientinnen und Patienten in der Region mit facharztspezifischen Leistungen geleistet. Das Ziel, dadurch eine gewisse Zuweiserbindung an die Pleißenental-Klinik zu generieren, kann -insbesondere seit dem IV. Quartal 2023- als gelungen bezeichnet werden. Für die Verbesserung einer flächendeckenden Versorgung in der Region und zur Festigung des Zuweiserverhaltens wird das Angebot in 2024 um eine Praxis für Chirurgie sowie für Psychotherapie am Standort Werdau und eine weitere Praxis für Orthopädie/Chirurgie in Crimmitschau erweitert.

Mit der Verpflichtung von Ärztinnen und Ärzten aus der im letzten Jahr geschlossenen Paracelsus-Klinik Reichenbach gelang es, eine stabile Zuweiserbindung auch in den vogtländischen Bereich hinein zu etablieren und eine Lenkung der Patientenströme aus den nun nicht mehr versorgten Gebieten in Richtung Pleißenental-Klinik zu erreichen.

Das im Vorjahr an der Pleißenental-Klinik begonnene Projekt „Erweiterungsbau und Umbau Zentralen Notaufnahme“ befindet sich -nach Grundsteinlegung und Richtfest- nach wie vor in der aktiven Bauphase. Durch die Erlangung sämtlicher Genehmigungen konnten die geplanten Terminketten sowie die projektierten Kostenkalkulationen bislang nahezu eingehalten werden. Eine Fertigstellung des Objektes ist für Ende 2025 geplant.

BETEILIGUNGEN AN PRIVATRECHTLICHEN UNTERNEHMEN

Die Umbaumaßnahmen des Bereichs der Zentralen Notaufnahme begannen im III. Quartal 2023 und führen nach wie vor zu diversen Einschränkungen. Durch eine geschickte Bauablaufsteuerung ist eine stabile Patientenversorgung dennoch jederzeit sichergestellt.

Der unter Annahme einer fortwährenden Versorgungs- und Vergütungsstruktur analog des Jahres 2023 aufgestellte Wirtschaftsplan 2024 weist einen Jahresfehlbetrag in Höhe von TEUR 208 aus. Die Mittelfristplanung sieht auch für das Jahr 2025 einen Jahresfehlbetrag und für 2026 bei tendenziell steigenden Erlösen – auch durch Inbetriebnahme der Geriatrie – ein positives Jahresergebnis vor.

FINANZDATEN

GEWINN UND VERLUST



Alle Angaben in EUR

	2024 (PLAN)
Erlöse aus Krankenhausleistungen	34.319.340,50
Erlöse aus Wahlleistungen	54.350,00
Erlöse aus ambulanten Leistungen des Krankenhauses	1.264.100,00
Nutzungsentgelte und sonstige Abgaben der Ärzte	152.000,00
Umsatzerlöse nach § 277 Absatz 1 HGB	1.462.772,00
Sonstige Erlöse	-
Bestandsveränderungen	-
Zuweisungen und Zuschüsse der öffentlichen Hand	30.808,00
Sonstige betriebliche Erträge	35.898,00
Materialaufwand	8.638.896,00
dar.: Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	-
dar.: Lebensmittel und bezogene Leistungen	-
Personalaufwand	28.393.157,00
dar.: Löhne und Gehälter	-
dar.: soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	-
Erträge aus Fördermitteln nach dem KHG	2.469.165,41
Erträge aus Zuwendungen zur Finanzierung von Investitionen	1.019.165,41

BETEILIGUNGEN AN PRIVATRECHTLICHEN UNTERNEHMEN

Erträge aus der Auflösung von SoPo/Vblk. nach dem KHG und auf Grund sonstiger Zuwendungen zur Finanzierung des AV	1.450.000,00
Aufwendungen aus Fördermitteln nach dem KHG	1.059.165,41
Aufwendungen aus der Zuführung zu SoPo/Vblk. nach dem KHG und auf Grund sonstiger Zuwendungen zur Finanzierung des AV	1.059.165,41
Abschreibungen	1.410.000,00
Sonstige betriebliche Aufwendungen	3.093.039,00
Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanz-AV	-
DRG	680,23
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	-
Abschreibungen auf Finanzanlagen und Wertpapiere des UV	-
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	105.000,00
Steuern vom Einkommen und Ertrag	-
Sonstige Steuern	1.200,00
Jahresergebnis	-2.911.343,27

BILANZ UND LEISTUNGSKENNZAHLEN

	2022 (IST)	2023 (IST)
Anlagendeckung I (%)	106,8	97,4
Vermögensstruktur (%)	40,4	40,9
Eigenkapitalquote (%)	43,1	39,8
Eigenkapitalrendite (%)	-0,6	-3,8
Fremdkapitalquote (%)	35,9	45,7
Gesamtkapitalrendite (%)	-0,2	-1,3
Liquidität 1. Grades (%)	29,0	32,3
Pro-Kopf-Umsatz (EUR)	103.636,38	83.794,27

FINANZBEZIEHUNGEN

Alle Angaben in EUR

	2024 (IST)
Gewährleistungsgarantien	2.300.000,00

ANMERKUNGEN

Die Feststellung des Jahresabschlusses für das Wirtschaftsjahr 2024 steht noch aus. Aus diesem Grund beziehen sich die Angaben auf den Lagebericht des Prüfberichtes zum 31. Dezember 2023. Ein Ausweis der Ist-Daten für 2024 kann somit auch nicht erfolgen.

BETEILIGUNGEN AN PRIVATRECHTLICHEN UNTERNEHMEN

5.4. PLEIßENTAL-MED GMBH

FIRMENDATEN

ANSCHRIFT	Ronneburger Straße 106
FIRMENSITZ	08412 Werdau
TELEFON	03761 444-0
E-MAIL	info@pleissental-med.de
WEBSEITE	http://www.pleissentalklinik.de
RECHTSFORM	GmbH
GRÜNDUNGSDATUM	13.04.2022
GESCHÄFTSJAHRESBEGINN	Januar
LETZTE ÄNDERUNG DES GESELLSCHAFTERVERTRAGES	23.03.2023
BETEILIGUNGSQUOTEN ⁴ KAPITAL	Nominal _____ - / 100% / 100% Stammkapital _____ 25.000 EUR
GESELLSCHAFTER	Pleißental-Klinik GmbH _____ 25.000 EUR (100,00%)

UNTERNEHMENSgegenstand

Gesellschaft verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige und mildtätige Zwecke im Sinne des Abschnitts „Steuerbegünstigte Zwecke“ der Abgabenordnung.

Zwecke der Gesellschaft sind:

- die Förderung des öffentlichen Gesundheitswesens und der öffentlichen Gesundheitspflege und
- die Förderung des Wohlfahrtswesens.

Die Gesellschaft dient im Rahmen ihrer sachlichen Möglichkeiten der ambulanten Untersuchung und Behandlung von Patienten, der Durchführung damit in Zusammenhang stehender Maßnahmen der Vor- und Nachsorge sowie sonstiger gesundheitsfördernder Maßnahmen, ohne Rücksicht auf Staatszugehörigkeit, Konfession, Rasse, Geschlecht und Wohnsitz.

Die Förderung des öffentlichen Gesundheitswesens wird verwirklicht durch den Betrieb eines Medizinischen Versorgungszentrums im Sinne des § 67 der Abgabenordnung am Standort Werdau und anderen Standorten innerhalb des Landkreises Zwickau.

Die Förderung des Wohlfahrtswesens wird insbesondere verwirklicht durch die Teilnahme an der ambulanten ärztlichen und nichtärztlichen Betreuung der Bevölkerung durch die Gründung und den Betrieb von medizinischen Versorgungszentren im Sinne von § 98 SGB V.

GESCHÄFTSFÜHRUNG

GESCHÄFTSFÜHRER/-IN

Herr Uwe Hantzsch

⁴ unmittelbar / mittelbar / gesamt

BETEILIGUNGEN AN PRIVATRECHTLICHEN UNTERNEHMEN

WIRTSCHAFTSPRÜFER/-IN

Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Eureos GmbH

LAGEBERICHT (AUSZUGSWEISE WIEDERGABE)

Ziele der Gesellschaft

Die Gesellschaft „Pleißental-Med GmbH“ mit dem Sitz in Werdau, Ronneburger Straße 106, wurde zum Zweck der Förderung des öffentlichen Gesundheitswesens, der öffentlichen Gesundheitspflege und des Wohlfahrtswesens am 23.03.2022 gegründet.

A Alleinige Gesellschafterin ist die Pleißental-Klinik GmbH, die damit auch 100 % der Stimmenanteile hält. Mit der Gesellschaftergründung wurde der Grundstein für den Betrieb von Medizinischen Versorgungszentren (nachfolgend „MVZ“) und somit die Teilnahme an der vertragsärztlichen Versorgung gelegt. Die eng vernetzte Kooperation zwischen ambulanter und stationärer Versorgung bietet für die Patienten sektorenübergreifend viele Vorteile. Unser Ziel ist neben einem erweiterten und optimal aufeinander abgestimmten medizinischen Angebot für die Patienten, die Sicherstellung der fachärztlichen Versorgung in und um Werdau und in Crimmitschau. Die Synergiepotentiale durch die räumliche Nähe zwischen Klinik und Arztpraxen können genutzt werden. Durch die Übernahme von Vertragsarztsitzen und die Anstellung von Ärzten trägt die Pleißental-Med GmbH dazu bei, dass Arztpraxen in Werdau und Crimmitschau weitergeführt werden. Die Pleißental-Med GmbH hat den offiziellen Geschäftsbetrieb am 01.04.2023 mit der Übernahme einer Facharztpraxis für Gynäkologie und Geburtshilfe mit zwei Vertragsarztsitzen an der neu gegründeten Hauptbetriebsstätte aufgenommen. Zum 01.07.2023 wurde ein weiterer Vertragsarztsitz mit orthopädischem Schwerpunkt an der neu gegründeten Nebenbetriebsstätte am Klinikstandort etabliert.

Geschäftsverlauf

Vom Betriebsbeginn des MVZ Pleißental-Med GmbH im 2. Quartal bis zum 4. Quartal 2023 ist die Zahl der behandelten Patienten stetig gestiegen. Am 31.12.2023 waren 5 Ärzte und 5 Medizinische Fachangestellte angestellt.

Die Jahresrechnung 2023 der Pleißental-Med GmbH schließt mit einem Jahresfehlbetrag in Höhe von 80.389 €.

Die Entwicklung der Patientenzahlen muss 2024 weiterverfolgt und optimiert werden. Die Hauptaufgabe und das Hauptziel für 2024 ist jedoch ein strukturstarkes MVZ zu etablieren und bestehende Kooperationen weiter auszubauen. Dazu müssen sowohl finanzielle als auch personelle Ressourcen bereitgestellt werden.

Die Pleißental-Med GmbH plant im 1. Halbjahr 2024 eine Erweiterung des MVZ um jeweils einen Vertragsarztsitz Orthopädie und Chirurgie. Für die Etablierung der Vertragsarztsitze wird eine Strukturanpassung der Betriebsstätten erforderlich. Mit der Verlagerung der Hauptbetriebsstätte an den Klinikstandort, zur Inbetriebnahme weiterer Facharztpraxen, sind umfangreiche Bauarbeiten verbunden. Am Standort Crimmitschau soll eine neue Nebenbetriebsstätte gegründet werden, um die ambulante chirurgische und orthopädische Patientenversorgung sicherzustellen und ein festes Einzugsgebiet für die Kliniken zu erhalten.

Die Facharztpraxis für Gynäkologie und Geburtshilfe soll jeweils mit einem Vertragsarztsitz an der neu zu gründenden Hauptbetriebsstätte in Werdau und der Nebenbetriebsstätte in Crimmitschau eröffnet werden.

Im Hinblick auf den gegenwärtigen Bedarfsplan und der praktischen Erfahrung, hat sich die Geschäftsleitung der Pleißental-Med GmbH entschlossen, einen vollen Vertragsarztsitz im Fachbereich Psychotherapie an der neuen Hauptbetriebsstätte am Klinikstandort zu etablieren.

BETEILIGUNGEN AN PRIVATRECHTLICHEN UNTERNEHMEN

Chancen und Risiken

Durch die räumliche Nähe der unterschiedlichen Gesundheitsdienstleister soll ein vermehrter Austausch unter diesen gefördert werden. Das MVZ möchte hierbei eine entscheidende und federführende Rolle zur Verknüpfung des ambulanten und stationären Sektors einnehmen.

Investitionsrisiko

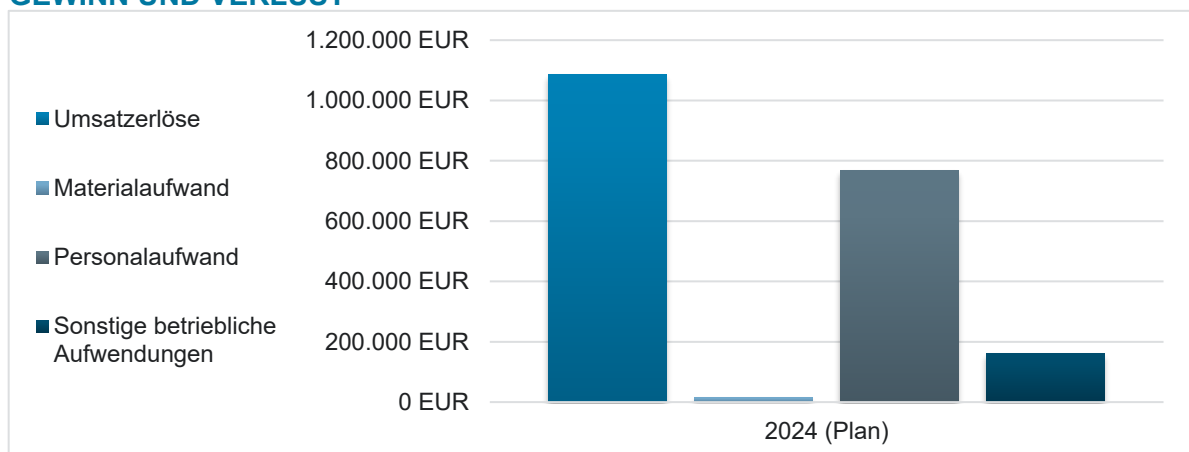
Mit der Gründung und dem Betriebsstart des MVZ im April 2023 sind für die noch junge Gesellschaft erhebliche finanzielle Belastungen in Form von Investitionskosten zur Sicherstellung der Betriebsfähigkeit und zur Erweiterung durch die Übernahme neuer Vertragsarztsitze zu erwarten. Die Realisierung kann durch die Aufnahme eines Gesellschafterdarlehens gewährleistet werden. Um die Tilgung planmäßig zu garantieren, muss eine vollumfängliche und wirtschaftliche Leistungserbringung und Abrechnung der Leistungen der angestellten Ärzte erfolgen. Durch die Übernahme von Praxissitzen mit bereits festem und erweiterbarem Patientenstamm, sind planmäßig die Einnahmen und die Liquidität der Gesellschaft gesichert.

Personalrisiko

Zwischen der Pleißenatal-Med GmbH und den angestellten Ärzten bzw. dem übrigen nichtärztlichen Personal besteht eine starke Abhängigkeit. Zur Aufnahme des Geschäftsbetriebs wird die Gesellschaft das Personal der bestehenden Praxen im Rahmen eines Betriebsübergangs arbeitsvertraglich binden. Das Risiko, dass Ärzte unerwartet ausscheiden, ist zunächst auf den Krankheitsfall begrenzt. Dies würde jedoch Umsatzeinbußen und eine zwingende Nachbesetzung des Sitzes innerhalb von zwölf Monaten zur Konsequenz haben. Der zu verzeichnende Mangel an Ärzten und medizinischen Fachangestellten betrifft ländliche Regionen in besonderem Maße. Durch das permanente Fördern einer guten Teamstruktur, einer attraktiven, leistungsorientierten Vergütung und eines modernen Arbeitsumfeldes versucht die Geschäftsführung dieses Risiko so weit wie möglich zu reduzieren.

FINANZDATEN

GEWINN UND VERLUST



BETEILIGUNGEN AN PRIVATRECHTLICHEN UNTERNEHMEN

Alle Angaben in EUR

	2024 (PLAN)
Umsatzerlöse	1.084.725,00
Bestandsveränderungen	-
Erträge aus Zuwendungen	-
dar.: Auflösung aus Sonderposten	-
Sonstige betriebliche Erträge	-
Materialaufwand	16.000,00
dar.: Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	14.500,00
dar.: Aufwendungen für bezogene Leistungen	1.500,00
Personalaufwand	767.334,00
dar.: Löhne und Gehälter	658.656,00
dar.: soziale Abgaben	108.678,00
Sonstige betriebliche Aufwendungen	160.931,00
Abschreibungen	50.563,00
Aufwendungen aus Verlustübernahme	-
Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanz-AV	-
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	-
Abschreibungen auf Finanzanlagen und Wertpapiere des UV	-
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	82.381,00
Steuern vom Einkommen und Ertrag	-
Sonstige Steuern	1.200,00
Jahresergebnis	6.316,00

BILANZ UND LEISTUNGSKENNZAHLEN

	2022 (IST)	2023 (IST)
Anlagendeckung I (%)	-	0,0
Vermögensstruktur (%)	-	66,1
Eigenkapitalquote (%)	96,7	0,0
Eigenkapitalrendite (%)	-16,6	-
Fremdkapitalquote (%)	3,3	100,0
Gesamtkapitalrendite (%)	-16,0	-10,8
Liquidität 1. Grades (%)	-	6,6
Pro-Kopf-Umsatz (EUR)	-	47.558,86

ANMERKUNGEN

Die Feststellung des Jahresabschlusses für das Wirtschaftsjahr 2024 steht noch aus. Aus diesem Grund beziehen sich die Angaben auf den Lagebericht des Prüfberichtes zum 31. Dezember 2023. Ein Ausweis der Ist-Daten für 2024 kann somit auch nicht erfolgen.

BETEILIGUNGEN AN PRIVATRECHTLICHEN UNTERNEHMEN

5.5. GEMEINNÜTZIGE HEIMBETRIEBSGESELLSCHAFT MBH KIRCHBERG

FIRMENDATEN

ANSCHRIFT	Niedercrinitzer Straße 1B
FIRMENSITZ	08107 Kirchberg
TELEFON	037602 88-100
E-MAIL	info@heimbetriebsgesellschaft-kirchberg.de
WEBSEITE	http://www.heimbetriebsgesellschaft-kirchberg.de
RECHTSFORM	GmbH
GRÜNDUNGSDATUM	24.03.1994
GESCHÄFTSJAHRESBEGINN	Januar

BETEILIGUNGSQUOTEN ⁵	Nominal _____ 100% / - / 100%
KAPITAL	Stammkapital _____ 1.614.000 EUR

GESELLSCHAFTER	Landkreis Zwickau _____ 1.614.000 EUR (100,00%)
----------------	---

UNTERNEHMENSgegenstand

Die Gesellschaft verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige und mildtätige Zwecke im Sinne des Abschnitts „Steuerbegünstigte Zwecke“ der Abgabenordnung. Zweck der Gesellschaft ist die Förderung der Altenhilfe, des öffentlichen Gesundheitswesens und die Unterstützung hilfsbedürftiger Personen durch die Betreuung älterer und pflegebedürftiger sowie behinderter Menschen in Heimen und Wohnungen. Der Gesellschaftszweck wird verwirklicht insbesondere durch den Betrieb von Altenwohn-, Alten- und Pflegeheimen sowie Heimen für behinderte Menschen, von ambulanten Pflegediensten, von altersgerechten und betreuten Wohnungen und Mahlzeitendiensten (Essen auf Rädern).

Vorrangiges Ziel der Gesellschaft ist es, ein an den Grundsätzen der Menschenwürde ausgerichtetes Leben im Heim zu sichern und eine angemessene Qualität der Betreuung und Pflege zu gewährleisten.

Die Gesellschaft ist berechtigt, im Rahmen der gesetzlichen Vorschriften, der Bestimmungen des Gesellschaftsvertrages und unter Beachtung der Gemeinnützigkeit alle Geschäfte und Maßnahmen vorzunehmen, die dieser Zweckbestimmung dienlich erscheinen. Hierzu gehören auch, nach Zustimmung des Landkreises Zwickau, die Errichtung und Übernahme weiterer Gesellschaften sowie die Beteiligung an anderen Gesellschaften, soweit die Zweckbestimmung des Abs. 2 gewahrt bleibt.

Des Weiteren darf die Gesellschaft ein anderes Unternehmen nur unterhalten, übernehmen oder sich daran beteiligen, wenn im Gesellschaftsvertrag dieses Unternehmens Regelungen aufgenommen werden, die den § 96 a Abs. 1 Nummern 1 und 2 sowie 4 bis 13 SächsGemO entsprechen, sofern sie allein oder zusammen mit anderen Gesellschaftern, für die ebenfalls diese Verpflichtung besteht, eine zur Änderung des Gesellschaftsvertrages berechtigende Mehrheit der Anteile hat.

Die Gesellschaft ist selbstlos tätig; sie verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke. Etwasige Überschüsse oder sonstige Mittel der Gesellschaft dürfen nur für die satzungsmäßigen Zwecke verwendet werden.

Niemand darf durch Ausgaben, die dem Zweck der Gesellschaft fremd sind oder der durch unverhältnismäßig hohe Vergütungen begünstigt werden.

⁵ unmittelbar / mittelbar / gesamt

BETEILIGUNGEN AN PRIVATRECHTLICHEN UNTERNEHMEN

Die Gesellschafter dürfen keine Gewinnanteile und in ihrer Eigenschaft als Gesellschafter auch keine sonstigen Zuwendungen aus Mitteln der Gesellschaft erhalten. Die Gesellschafter erhalten bei ihrem Ausscheiden oder bei der Auflösung der Körperschaft oder bei Wegfall steuerbegünstigter Zwecke nicht mehr als ihre eingezahlten Kapitalanteile und den gemeinen Wert ihrer geleisteten Sacheinlagen zurück.

Bei Auflösung oder Aufhebung der Körperschaft oder bei Wegfall steuerbegünstigter Zwecke fällt das Vermögen der Körperschaft soweit es nicht nach Abs. 7 den Gesellschaftern zurück zu gewähren ist, an den Landkreis Zwickau zurück, der es unmittelbar und ausschließlich für gemeinnützige und mildtätige Zwecke zu verwenden hat.

AUFSICHTSRAT

MITGLIED

Herr Dr. Bernd-Heinz Ebert
(ab 22.08.2024)

Herr Tronje Hagen
(bis 21.08.2024)

Herr René Hahn
(ab 22.08.2024)

Frau Sabine Kallweit
(bis 21.08.2024)

Frau Sabine Kallweit
(ab 22.08.2024)

Herr Maik Kaufmann
(bis 21.08.2024)

Frau Kerstin Nicolaus
(bis 21.08.2024)

Frau Dorothee Obst
(bis 21.08.2024)

Frau Dorothee Obst
(ab 22.08.2024)

Herr Frank Schmidt
(ab 22.08.2024)

VORSITZ

Frau Angelika Hölzel
(bis 21.08.2024)

Frau Angelika Hölzel
(ab 22.08.2024)

GESCHÄFTSFÜHRUNG

GESCHÄFTSFÜHRER/-IN

Frau Anke Herzig

WIRTSCHAFTSPRÜFER/-IN

Falk Slomiany & Koll. GmbH

MITARBEITERANZAHL

257

BETEILIGUNGEN AN PRIVATRECHTLICHEN UNTERNEHMEN

LAGEBERICHT (AUSZUGSWEISE WIEDERGABE)

Geschäftsverlauf und Lage der Gesellschaft

Insgesamt verlief das Geschäftsjahr 2024 für das Unternehmen erfolgreich. Mit den Pflegekassen wurden ab August, September und Oktober 2024 für die Pflegeheime unterjährig beginnend neue Entgelte für Laufzeiten von jeweils 12 Monaten verhandelt, die sich insgesamt positiv auf das Gesamtergebnis auswirken. Die Entgelte des ambulanten Dienstes für SGB XI Leistungen wurden ab Januar und SGB V Leistungen ab September 2024 neu vereinbart.

Für alle unsere Einrichtungen für Menschen mit Behinderung wurden 2023 erstmalig seit Einführung des Bundesteilhabegesetzes Vollverhandlungen mit dem KSV Sachsen geführt, welche in Umsetzung einer 2. Anpassungsstufe ab Januar 2024 zur Vergütungssteigerung für Bewohner und Ertragssteigerung für das Unternehmen führten.

Zunehmend problematisch stellt sich die Gewinnung und Bindung von Pflege- und Betreuungsfachkräften, insbesondere von geeigneten Auszubildenden für diese Berufe, trotz deutlich verbesserter Vergütung, dar.

Monatlich erzielte Ergebnisse, Auslastungen und Pflegegradverteilungen wurden mit den Einrichtungsleitungen regelmäßig bewertet und geeignete Maßnahmen zur Steuerung abgestimmt. Die Prüfung und Anpassung bestehender Verträge mit Lieferanten und Dienstleistern wurde unter Berücksichtigung der deutlich gestiegenen Kosten intensiviert, um diese so gut wie möglich zu optimieren. Die gesamte Druck- und Kopiertechnik wurde Anfang 2024 umgestellt und erfolgt jetzt über Leasing.

Notwendige Wartungs- und Instandhaltungsmaßnahmen wurden durchgeführt. Geplante Investitionen in den Einrichtungen/ Arbeiten zur Werterhaltung der Immobilien wurden beauftragt und realisiert, konnten jedoch wegen der Lieferzeiten in 2024 begonnen, aber erst zu Beginn des Jahres 2025 abgeschlossen werden.

Ertragslage

Im Geschäftsjahr 2024 wurde ein Jahresüberschuss in Höhe von TEUR 640 erwirtschaftet.

Im Geschäftsjahr 2024 waren im Unternehmen durchschnittlich 258 Mitarbeiter (einschließlich 8 Auszubildende und 11 geringfügig Beschäftigte) und die Geschäftsführerin beschäftigt. Im Vergleich zum Vorjahr bedeutet dies insoweit eine Steigerung um 9 Mitarbeiter [...].

Die Personalaufwendungen haben sich gegenüber dem Vorjahr um insgesamt TEUR 870 (Vorjahr um TEUR 728) erhöht. Dies ist auf die Weiterentwicklung der tarifreuen Vergütungen nach Gesundheitsversorgungsweiterentwicklungsgesetz (GVWG) im Pflegebereich, die Steigerung der Vergütungen für die Mitarbeiter in den Einrichtungen für Menschen mit Behinderung und in den Funktionsbereichen Hauswirtschaft und Haushandwerk zurückzuführen.

Die Kosten für Materialaufwand einschließlich für dort enthaltene bezogene Leistungen haben sich im Vergleich zum Vorjahr um TEUR 45 verringert. Die darin enthaltenen Kosten für Personalleasing fallen gegenüber dem Vorjahr um TEUR 42 geringer aus, da vakante Stellen z. T. nachbesetzt werden konnten und geringere Auslastungen einen geringeren Personalbedarf erforderten. Gänzlich verzichtet werden kann zur Absicherung von Diensten und Einhaltung der Fachkraftquoten auf derartige Dienstleistungen leider nicht.

Für Instandhaltungen wurden TEUR 811 aufgewendet. Dies waren TEUR 294 mehr als im Vorjahr.

Vermögens- und Finanzlage, Bewertung der Kennzahlen gemäß § 99 Abs. 3 Nr. 3 SächsGemO

Die Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft ist solide.

Investitionen

Für Investitionen wurden TEUR 91 aus Eigenmitteln aufgewendet, insbesondere für Einrichtungen und Ausstattungen in den Einrichtungen und ein Fahrzeug. Damit wurden TEUR 33 mehr investiert als im Vorjahr.

BETEILIGUNGEN AN PRIVATRECHTLICHEN UNTERNEHMEN

Vermögenssituation

Das lang- und mittelfristige Vermögen (TEUR 8.921) der Gesellschaft an der insgesamt gestiegenen Bilanzsumme (TEUR 17.080) beträgt 52,2 % (Vorjahr 57,0 %). Unter Berücksichtigung dessen beträgt das kurzfristige Vermögen (TEUR 8.115) 47,5 % (Vorjahr 42,8 %) der Bilanzsumme.

Das Anlagevermögen ist langfristig vollständig durch das Eigenkapital und den Sonderposten aus Zuschüssen und Zuweisungen zur Finanzierung des Sachanlagevermögens gedeckt.

Kapitalstruktur

Das Eigenkapital stieg um den Jahresüberschuss 2024 (TEUR 640) auf TEUR 13.022. Die bilanzielle Eigenkapitalquote erhöhte sich von 74,9 % auf 76,2 %. Unter Hinzurechnung des eigenkapitalähnlichen Sonderpostens verringerte sich die wirtschaftliche Eigenkapitalquote von 95,4 % auf 94,9 %. Die Fremdkapitalquote erhöhte sich von 4,6 % auf 5,0 %.

Liquidität

Die Liquidität war im Geschäftsjahr 2024 durchgängig gesichert. Der Bestand an liquiden Mitteln erhöhte sich von TEUR 6.190 auf TEUR 7.321. Die Effektivverschuldung der Gesellschaft ist negativ (Nichtverschuldung). Die liquiden Mittel übersteigen dabei das kurzfristige Fremdkapital um TEUR 6.455 (Vorjahr TEUR 5.436).

Rentabilität und Produktivität

Die Eigenkapitalrentabilität liegt bei 4,9 % und ist zum Vorjahr (1,9 %) gestiegen. Die Gesamtkapitalrentabilität ist von 1,4 % im Vorjahr auf 3,8 % gestiegen.

Bei einschließlich der Geschäftsführerin 258 im Jahresdurchschnitt beschäftigten Mitarbeitern (Vorjahr 249) wurde ein Pro-Kopf-Umsatz von TEUR 56 (Vorjahr TEUR 53) erzielt.

Geschäftserfolg

Die Gesamtentwicklung der Gesellschaft im Geschäftsjahr kann positiv eingeschätzt werden. Die Gesellschaft erwirtschaftete im Geschäftsjahr einen Jahresüberschuss in Höhe von TEUR 640.

Chancen und Risikobericht

Der anhaltende Fachkräftemangel und die daraus resultierenden Schwierigkeiten der Gewinnung und Bindung neuer Mitarbeiter stellen ein Risiko dar, welches künftig zu Kapazitätsengpässen und Qualitätseinbußen führen könnte.

Als Chance betrachten wir die gezielte Rekrutierung künftiger Fachkräfte aus dem Ausland. Im Juni 2025 wird die Ankunft indischer Interessenten für die im September 2025 beginnende generalistische Pflegeausbildung erwartet. Diese sollen vor Beginn der Ausbildung gezielt in deutscher Pflegefachsprache geschult und gleichzeitig in die praktische Tätigkeit in einer Pflegeeinrichtung eingeführt werden. Denkbar ist zukünftig auch die direkte Anwerbung bereits ausgebildeter Fachkräfte.

Die zu erwartenden weiter steigenden Lohnkosten sowie inflationsbedingte Preissteigerungen bei Medien (Energie, Gas, Wasser), Lebensmitteln, medizinischem Bedarf und Fremdleistungen können perspektivisch die Wirtschaftlichkeit belasten.

Alle wesentlichen Risiken werden regelmäßig bewertet. Aktuell werden keine Risiken gesehen, die den Fortbestand des Unternehmens gefährden. Für das laufende Geschäftsjahr werden eine stabile Entwicklung bzw. ein moderates Wachstum erwartet.

Prognosebericht

Das breite Angebotsspektrum, welches sich über betreutes Wohnen, ambulante Pflege, Kurzzeit- und vollstationäre Pflege sowie die Betreuung von Menschen mit Behinderungen erstreckt, wirkt sich positiv aus. Für das laufende Geschäftsjahr rechnen wir mit einer stabilen Nachfrage.

Wir erwarten, dass die Herausforderungen der Gewinnung und Bindung von Mitarbeitern unter Berücksichtigung des anhaltenden Fachkräftemangels bestehen bleiben. Deshalb werden wir begon-

BETEILIGUNGEN AN PRIVATRECHTLICHEN UNTERNEHMEN

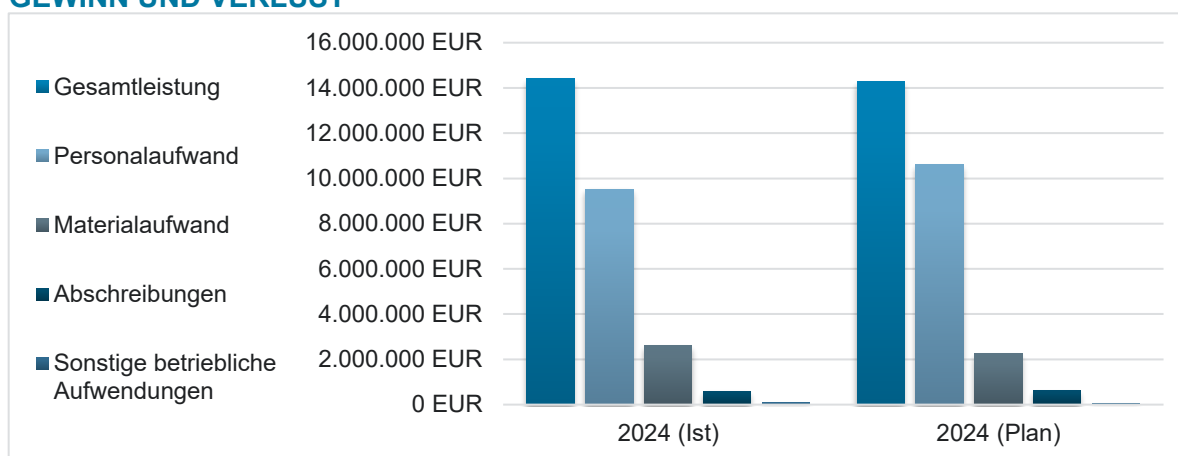
nene Maßnahmen (Vermittlungsprämien, Willkommensprämien, betriebliches Gesundheitsmanagement...) fortsetzen und ggf. weitere finanzierbare Angebote prüfen. Wir werden die gesetzlich geplanten Weiterentwicklungen der Pflegeversicherung oder Tariftreue (GVWG) umsetzen.

Die Liquidität und Finanzierung von notwendigen Investitionen werden auch zukünftig als gesichert angesehen.

Insgesamt wird für das laufende Geschäftsjahr eine stabile Entwicklung mit leichten Wachstumsimpulsen erwartet.

FINANZDATEN

GEWINN UND VERLUST



Alle Angaben in EUR

	2024 (IST)	2024 (PLAN)
Erträge aus ambulanter, teilstationärer und vollstationärer Pflege sowie aus Kurzzeitpflege	8.077.177,16	7.621.155,00
Erträge aus Unterkunft und Verpflegung	1.663.923,31	1.714.723,00
Erträge aus Zusatzleistungen und Transportleistungen	17.162,15	18.236,00
Erträge aus gesonderter Berechnung von Investitionskosten gegenüber Pflegebedürftigen	786.218,82	780.497,00
Umsatzerlöse nach § 277 Abs. 1 HGB soweit nicht in Nr. 1 bis 4 enthalten	153.542,10	110.576,00
Zuweisungen und Zuschüsse zu Betriebskosten	371.560,12	290.635,00
Sonstige betriebliche Erträge	16.141,13	0,00
Gesamtleistung	14.430.702,69	14.296.161,00
Personalaufwand	9.524.253,08	10.620.475,00
dar.: Löhne und Gehälter	7.651.723,35	8.291.511,00
dar.: Sozialabgaben, Altersversorgung und sonstige Aufwendungen	1.872.529,73	2.328.964,00
Materialaufwand	2.599.296,54	2.274.477,00
dar.: Lebensmittel	683.322,37	781.804,00
dar.: Aufwendungen für Zusatzleistungen	2.275,38	2.672,00
dar.: Wasser, Energie, Brennstoffe	572.497,80	544.523,00
dar.: Wirtschaftsbedarf/Verwaltungsbedarf	1.341.200,99	945.478,00
Steuern, Abgaben, Versicherungen	356.326,77	364.166,00
Mieten, Pacht, Leasing	21.468,98	15.387,00

BETEILIGUNGEN AN PRIVATRECHTLICHEN UNTERNEHMEN

Zwischenergebnis	1.929.357,32	1.021.256,00
Erträge aus Auflösung von Sonderposten	203.349,00	203.349,00
Abschreibungen	597.839,01	644.917,00
dar.: auf immaterielle Vermögensgegenstände des AV	597.839,01	-
dar.: auf Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	-	-
Aufwendungen für Instandhaltung und Instandsetzung	811.191,35	464.760,00
Sonstige betriebliche Aufwendungen	101.986,73	62.351,00
Zwischenergebnis	621.689,23	52.577,00
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	21.260,08	-
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	2.620,14	-
Jahresergebnis	640.329,17	52.577,00
Entnahmen aus Rücklagen	182.000,00	-
Bilanzergebnis	1.163.734,17	-

BILANZ UND LEISTUNGSKENNZAHLEN

	2022 (IST)	2023 (IST)	2024 (IST)
Anlagendeckung I (%)	121,3	131,3	146,0
Vermögensstruktur (%)	59,4	57,0	52,2
Eigenkapitalquote (%)	72,1	74,9	76,2
Eigenkapitalrendite (%)	4,1	1,9	4,9
Fremdkapitalquote (%)	6,5	4,6	5,0
Gesamtkapitalrendite (%)	3,0	1,4	3,8
Liquidität 1. Grades (%)	1.862,0	1.607,3	2.301,4
Pro-Kopf-Umsatz (EUR)	45.986,11	38.036,33	41.626,55

BETEILIGUNGEN AN PRIVATRECHTLICHEN UNTERNEHMEN

5.6. TOURISMUS UND SPORT GMBH

FIRMENDATEN

ANSCHRIFT	Stausee Oberwald
FIRMENSITZ	09337 Callenberg
TELEFON	03723 4182-0
TELEFAX	03723 4182-19
E-MAIL	info@stausee-oberwald.de.de
WEBSEITE	http://www.tourismusundsport.de
RECHTSFORM	GmbH
GRÜNDUNGSDATUM	31.03.1993
GESCHÄFTSJAHRESBEGINN	Januar
LETZTE ÄNDERUNG DES GESELLSCHAFTERVERTRAGES	03.02.2017
BETEILIGUNGSQUOTEN ⁶ KAPITAL	Nominal _____ 100% / - / 100% Stammkapital _____ 260.000 EUR
GESELLSCHAFTER	Landkreis Zwickau _____ 260.000 EUR (100,00%)

UNTERNEHMENSgegenstand

Die Gesellschaft ist das Dienstleistungsunternehmen des Landkreises Zwickau für die Erfüllung wesentlicher Aufgaben in den Bereichen Sport, Kultur, Tourismus und Naherholung.

Gegenstand des Unternehmens sind alle Maßnahmen, die der Entwicklung, Betreibung sowie wirtschaftlichen und funktionellen Sicherstellung von kommunalen Freizeiteinrichtungen dienen.

Die Gesellschaft ist zu allen Handlungen ermächtigt, die unmittelbar oder mittelbar dem vorstehenden Unternehmensgegenstand dienen oder förderlich erscheinen.

Die Gesellschaft darf mit Zustimmung des Landkreises Zwickau andere Unternehmen gleicher oder ähnlicher Art errichten, übernehmen und sich an ihnen beteiligen.

Des Weiteren darf die Gesellschaft ein anderes Unternehmen nur unterhalten, übernehmen oder sich daran beteiligen, wenn im Gesellschaftsvertrag dieses Unternehmens Regelungen aufgenommen werden, die den § 96a Abs. 1 Nummern 1 und 2 sowie 4 bis 13 SächsGemO entsprechen, sofern sie allein oder zusammen mit anderen Gesellschaftern, für die ebenfalls diese Verpflichtung besteht, eine zur Änderung des Gesellschaftsvertrages berechtigende Mehrheit der Anteile hat.

AUFSICHTSRAT

MITGLIED

Herr Thorsten Dahlberg (bis 21.08.2024)
Herr Lutz Dressel (bis 21.08.2024)
Herr Mike Gärtner (bis 21.08.2024)
Herr Günter Herbst (ab 22.08.2024)

⁶ unmittelbar / mittelbar / gesamt

BETEILIGUNGEN AN PRIVATRECHTLICHEN UNTERNEHMEN

Herr Erich Homilius (bis 21.08.2024)
Herr Erich Homilius (ab 22.08.2024)
Herr Thomas Koutzky (ab 22.08.2024)
Herr Sören Kristensen (ab 22.08.2024)
Herr Andreas Osse (bis 21.08.2024)
Herr Patrick Simmel (ab 22.08.2024)
Frau Ines Springer (bis 21.08.2024)
Herr Jörg Theilig (ab 22.08.2024)

VORSITZ

Herr Carsten Michaelis (bis 21.08.2024)
Herr Carsten Michaelis (ab 22.08.2024)

GESCHÄFTSFÜHRUNG

GESCHÄFTSFÜHRER/-IN

Herr Carsten Ehrig (ab 01.11.2024)
Frau Ina Klemm (bis 30.09.2024)

WIRTSCHAFTSPRÜFER/-IN

Herr Dr. Karl-Christian Stopp

MITARBEITERANZAHL

41

LAGEBERICHT (AUSZUGSWEISE WIEDERGABE)

Darstellung des Geschäftsverlaufes

Die GmbH versteht sich als Dienstleistungsunternehmen des Landkreises Zwickau für Belange von Sport, Kultur und Tourismus.

Das Unternehmen unterhält drei Geschäftsbereiche:

1. das Erholungsgebiet Stausee Oberwald in Callenberg, ein 50 ha großes Freizeitareal mit Badensee, Bungalowsiedlung, Campingplatz, Sommerrodelbahn sowie Adventure Golfanlage – seit dem Jahr 1993;
2. die Sachsenlandhalle in Glauchau, eine multifunktional nutzbare Sport- und Kultureinrichtung mit 3-Feldersporthalle, Kultursaal, Bowling- und Kegelanlage sowie Gaststättenbereich – seit dem Jahr 1996;
3. das Schloss in Waldenburg, ein ehemaliges Residenzschloss mit Möglichkeiten der Durchführung von Veranstaltungen, Schlossführungen, Trauungen u. v. m. – seit dem Jahr 2016.

Trotz, dass in allen drei Geschäftsbereichen die Umsatzzahlen vom Vorjahr teils deutlich übertroffen wurden, konnte das Geschäftsjahr 2024 nicht mit einem positiven Ergebnis abgeschlossen werden.

BETEILIGUNGEN AN PRIVATRECHTLICHEN UNTERNEHMEN

Der Verlust bewegt sich knapp über dem des Vorjahres, Alle drei Teile des Unternehmens kämpfen seit Jahren mit hohen Personal- und Materialkosten.

Dem Zuschuss des Landkreises Zwickau in Höhe von 400 T€ ist es unter anderem zu verdanken, dass auch in 2024 die Liquidität des Unternehmens gesichert war, wenngleich bereits im November 2024 Maßnahmen, in Form einer Darlehensaufnahme, zur Sicherung der Liquidität ab Anfang 2025 getroffen werden mussten.

Alle drei Bereiche, ihre Angebote und personelle Ressourcen werden im wirtschaftlichen Sinne der GmbH vernetzt und auch gegenseitig optimal genutzt.

Die Bilanzsumme liegt im Geschäftsjahr 2024 bei 3.448 T€, also über der Summe des Vorjahres (2023: 3.289,1 T€). Das Ergebnis des Geschäftsjahres 2024 weist vor allem aufgrund der anhaltend hohen Energiekosten und der abermals gestiegenen Personalkosten, trotz um 10 % gestiegenen Umsatzes, einen Verlust von 194 T€ auf.

Über den Zuschuss des Landkreises Zwickau und den Fördermitteln zur Erschließung des Südufers hinaus hat die GmbH keinen zusätzlichen Zuschuss erhalten. Die in 2024 ausgezahlten Fördermittel zur Erschließung des Südufers wurden als Sonderposten für Investitionszuschüsse verbucht und haben keinen positiven Einfluss auf den Ertrag.

Darstellung der Lage

Das Anlagevermögen hat am Ende des Berichtszeitraumes einen Buchwert von 2.931 T€ (2023: 3.045 T€). Hier ist die Fertigstellung des Projektes Südufer im kommenden Jahr mit einem Zuwachs zu rechnen. Der Anlagendeckungsgrad 2 im Vergleich des Eigenkapitals und langfristigen Verbindlichkeiten zum Anlagevermögen beträgt 85 %.

Aufgrund des Jahresfehlbetrages in Höhe von 194 T€ sinkt das Eigenkapital im Jahr 2024 auf 2.208 T€ (2023, 2.403 T€). Die Eigenkapitalquote des Unternehmens beträgt 64 %.

Die Darlehensverbindlichkeiten reduzierten sich von 412 T€ im Jahr 2023 auf 362 T€ im Geschäftsjahr 2024. Hier ist in 2025 mit einem Anstieg zu rechnen. Die Fremdkapitalquote des Unternehmens beträgt 12 %.

Auch im zu betrachtenden Geschäftsjahr war die Finanzausstattung des Unternehmens in umsatzschwachen Zeiten gesichert, wenngleich dies nur mit der Unterstützung durch die Zuschusszahlungen des Landkreises Zwickau möglich war. Das gilt im Wesentlichen auch für die Zahlungsfähigkeit des Unternehmens.

Ausblick auf die zukünftige Entwicklung, Chancen und Risiken

Die Tourismus und Sport GmbH hat seit mehreren Jahren einen negativen Cash Flow aus laufender Geschäftstätigkeit. Hauptkostenträger sind, wie schon vorab erwähnt, die stetig steigenden Personalkosten sowie die anhaltend hohen Materialaufwendungen.

In den kommenden Jahren ist im Bereich Energie mit einer Normalisierung zu rechnen. Entsprechende Verträge, welche die GmbH mittelfristig binden, wurden bereits unterzeichnet. Eine spürbare Entlastung wird aber erst im Jahr 2026 eintreten. Dadurch hat die GmbH die Chance, bei maßvollen Investitionen wieder mehr Liquidität aufzubauen.

Im Bereich Personal gilt es die vorhandenen Ressourcen optimal zu nutzen. So muss der flexible Standortwechsel von Mitarbeitern stärker fokussiert werden. [...] Die getroffenen Maßnahmen sind nach Absprache der Geschäftsleitung mit den Bereichsleitern getroffen worden, um eine höhere Akzeptanz in der Belegschaft zu erreichen. Auch dadurch besteht die Chance wieder ein Gleichgewicht von Einnahmen und Ausgaben zu erreichen. Skeptisch wird eine mögliche erneute Anhebung des Mindestlohnes gesehen, welcher die GmbH erneut vor sehr hohe Herausforderungen stellen würde [...].

Die weitere zukünftige Unterstützung des Landkreises ist existenziell notwendig für den Fortbestand der GmbH, da speziell die Bereiche Schloss und Sachsenlandhalle dauerhaft defizitär angelegt sind

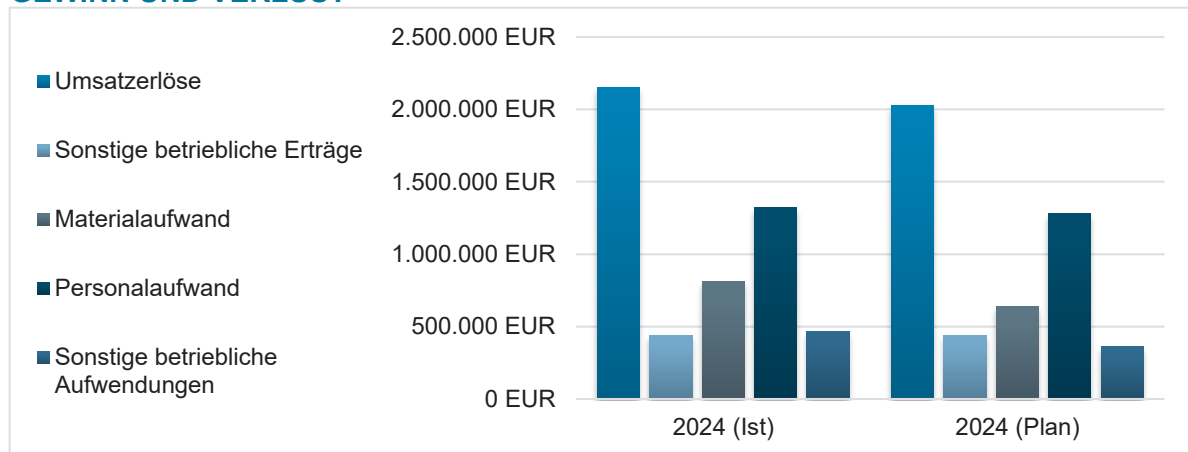
BETEILIGUNGEN AN PRIVATRECHTLICHEN UNTERNEHMEN

und hier lediglich Verlustminimierung durch bessere Auslastung und ressourcensparende Maßnahmen betrieben werden kann.

Weiterhin existenziell notwendig ist die Entwicklung am Stausee Oberwald. Hier bestehen sowohl Chancen als auch Risiken. Ohne diese Sparte hat die GmbH nicht ansatzweise die Chance kurz- und mittelfristig wieder finanzielle Stabilität zu erreichen. Hier muss es kurzfristig gelingen noch mehr Umsatz zu generieren [...]. Oberste Priorität hat derzeit die Fertigstellung des Projektes Südufer bis Ende September 2025. [...] Erste positive Synergieeffekte im Bereich Besucherzahlen und Vermietung sind frühestens im Sommer 2026 zu erwarten. Hierdurch hat die GmbH die Chance mehr Einnahmen zu generieren.

FINANZDATEN

GEWINN UND VERLUST



Alle Angaben in EUR

	2024 (IST)	2024 (PLAN)
Umsatzerlöse	2.153.541,61	2.025.000,00
Bestandsveränderungen	-	-
Sonstige betriebliche Erträge	439.372,67	438.000,00
Materialaufwand	813.381,13	638.000,00
dar.: Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	813.381,13	-
dar.: Aufwendungen für bezogene Leistungen	-	-
Personalaufwand	1.323.241,58	1.282.088,00
dar.: Löhne und Gehälter	1.095.381,87	-
dar.: soziale Abgaben	227.859,71	-
Sonstige betriebliche Aufwendungen	465.326,51	360.000,00
Abschreibungen	160.124,74	158.500,00
Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanz-AV	-	-
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	245,48	-
Abschreibungen auf Finanzanlagen und Wertpapiere des UV	-	-
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	14.276,32	10.150,00
Steuern vom Einkommen und Ertrag	-1,60	0,00
Sonstige Steuern	11.254,83	15.100,00
Jahresergebnis	-194.443,75	-838,00

BETEILIGUNGEN AN PRIVATRECHTLICHEN UNTERNEHMEN

BILANZ UND LEISTUNGSKENNZAHLEN

	2022 (IST)	2023 (IST)	2024 (IST)
Anlagendeckung I (%)	84,0	78,9	75,3
Vermögensstruktur (%)	86,8	92,6	85,0
Eigenkapitalquote (%)	72,9	73,1	64,0
Eigenkapitalrendite (%)	3,4	-7,5	-8,8
Fremdkapitalquote (%)	23,0	26,2	24,5
Gesamtkapitalrendite (%)	2,7	-5,2	-5,2
Liquidität 1. Grades (%)	100,4	46,0	100,5
Pro-Kopf-Umsatz (EUR)	46.336,20	48.476,52	52.525,41

FINANZBEZIEHUNGEN

Alle Angaben in EUR

	2024 (IST)
Leistungen des Landkreises	
Ertragszuschüsse	400.000,00-

BETEILIGUNGEN AN PRIVATRECHTLICHEN UNTERNEHMEN

5.7. KOMMUNALENTSORGUNG CHEMNITZER LAND GMBH (KECL)

FIRMENDATEN

ANSCHRIFT	Ringstraße 36 B
FIRMENSITZ	08371 Glauchau/ OT Reinholdshain
TELEFON	03763 404-0
TELEFAX	03763 404-123
E-MAIL	info@kecl.de
WEBSEITE	http://www.kecl.de
RECHTSFORM	GmbH
GRÜNDUNGSDATUM	01.12.2000
GESCHÄFTSJAHRESBEGINN	Januar
LETZTE ÄNDERUNG DES GESELLSCHAFTERVERTRAGES	03.02.2017
BETEILIGUNGSQUOTEN ⁷	Nominal _____ 100% / - / 100%
KAPITAL	Stammkapital _____ 100.000 EUR
GESELLSCHAFTER	Landkreis Zwickau _____ 100.000 EUR (100,00%)

UNTERNEHMENSgegenstand

Gegenstand der Gesellschaft ist die Durchführung von Aufgaben der Abfallentsorgung.

Die Gesellschaft ist zur Vornahme und Ausführung aller damit in Verbindung stehenden Geschäfte und Handlungen, soweit sie zur Erreichung des Gesellschaftszweckes als dienlich erscheinen oder die Unternehmen der Gesellschaft zur Förderung geeignet sind, berechtigt.

Die Gesellschaft darf nur mit Zustimmung des Landkreises Zwickau andere Unternehmen gleicher oder ähnlicher Art errichten, übernehmen oder sich an solchen in jeder Form beteiligen und bei dritten Unternehmen die Geschäftsführung übernehmen. Sie ist zur Errichtung von Zweigniederlassungen befugt.

Des Weiteren darf die Gesellschaft ein anderes Unternehmen nur unterhalten, übernehmen oder sich daran beteiligen, wenn im Gesellschaftsvertrag dieses Unternehmens Regelungen aufgenommen werden, die den § 96a Abs. 1 Nummern 1 und 2 sowie 4 bis 13 SächsGemO entsprechen, sofern sie allein oder zusammen mit anderen Gesellschaftern, für die ebenfalls diese Verpflichtung besteht, eine zur Änderung des Gesellschaftsvertrages berechtigende Mehrheit der Anteile hat.

Aufsichtsrat

Mitglied

Herr Jörg Banitz
(ab 22.08.2024)

Herr Andreas Gerold
(bis 21.08.2024)

Herr Friedrich Hähner-Springmühl
(bis 21.08.2024)

Herr Friedrich Hähner-Springmühl
(ab 22.08.2024)

⁷ unmittelbar / mittelbar / gesamt

BETEILIGUNGEN AN PRIVATRECHTLICHEN UNTERNEHMEN

Herr Karl Morgenstern
(ab 22.08.2024)

Herr Mario Müller
(bis 21.08.2024)

Herr Daniel Polster
(bis 21.08.2024)

Herr Robert Volkmann
(ab 22.08.2024)

VORSITZ

Herr Dr. Florian Gräßler
(bis 21.08.2024)

Herr Mario Müller
(ab 22.08.2024)

GESCHÄFTSFÜHRUNG

GESCHÄFTSFÜHRER/-IN

Herr Ronny Teuchert

WIRTSCHAFTSPRÜFER/-IN

Falk Slomiany & Koll. GmbH
(ab 01.01.2024)

MITARBEITERANZAHL

54

LAGEBERICHT (AUSZUGSWEISE WIEDERGABE)

Grundlagen der Gesellschaft

Die Gesellschaft ist weiterhin mit der inhousefähigen Fortführung von Aufgaben der Abfallentsorgung in definierten Sammelgebieten innerhalb der Landkreisgrenzen als Drittbeauftragter im Sinne des Kreislaufwirtschaftsgesetzes (KrWG) beauftragt. Zu den Aufgaben der KECL zählen weiterhin das Einsammeln und der Transport von gemischten Siedlungsabfällen, sperrigen Abfällen und Bioabfällen, die Einsammlung und der Transport von Pappe, Papier und Kartonagen, die Sammlung von Elektroschrott in der betriebseigenen Sammelstelle sowie die Ausrüstung der Haushalte und Unternehmen mit entsprechenden Abfallsammelbehältern.

Geschäftsverlauf und Lage

Über alle Fraktionen hinweg wurden im Geschäftsjahr 2024 mit 34.287 t (Vorjahr 34.251 t) 0,1 % höhere Mengen gesammelt und transportiert.

Auf Basis der genehmigten Kalkulationsansätze nach den Bestimmungen des Abfallentsorgungsvertrages erhöhte sich das vom Landkreis Zwickau gewährte pauschale Entgelt aufgrund gestiegener Tariflöhne, zu erwartender Preissteigerungen bei den Sach- und Dienstleistungskosten sowie der Verschiebung von variablen zu fixen Anteilen in der Preisstruktur, [...] um 34 % auf 3.978 TEUR auf 2.968 TEUR (Vorjahr: 2.622 TEUR). Die mengenabhängige Vergütung für das Sammeln und Befördern von Rest- und Bioabfällen, sperrigen Abfällen bzw. Altpapier i. H. v. 1.056 TEUR (Vorjahr: 1.484 TEUR) sank trotz gestiegener Sammelmengen aufgrund der Änderung von variablen zu fixen Anteilen in der Preisstruktur um 28,8 %.

Aufgrund gesetzlicher Vorschriften zum Rückwärtsfahren von Abfallsammelfahrzeugen und einer in diesem Zusammenhang durchgeführten Gefährdungsanalyse erfolgte im zweiten Halbjahr 2024 der Aufbau entsprechender Personalkapazitäten zur Absicherung einer Zwei-Mann-Besatzung bei der Sammlung und dem Transport der einzelnen Abfallfraktionen. Die Personalkosten lagen aufgrund eines effizienten und flexiblen Einsatzes des vorhandenen Personals 277 TEUR unter dem Planansatz 2024 und zeigt eine Reduzierung der Personalkostenquote gegenüber dem Wirtschaftsplan 2024 um 4,4 % auf 57,7 % sowie zum Vorjahr um 5,9 %.

BETEILIGUNGEN AN PRIVATRECHTLICHEN UNTERNEHMEN

Weitere Einsparungen konnten hauptsächlich im Bereich der Sachkosten realisiert werden. Vorbeugende Maßnahmen zur Instandhaltung der Fahrzeuge in der hausinternen Werkstatt, ein sorgsamer Umgang mit Betriebsmitteln und Hilfsstoffen stellten dabei wesentliche Maßnahmen zur Kostenreduzierung dar. Insbesondere die fortschreitende Modernisierung des Fahrzeugparks, ein in 2023 implementiertes Bonusprogramm zur Beteiligung der Mitarbeiter an den Einsparungen der Kraftstoffverbräuche sowie parallel durchgeführte Mitarbeiterschulungen zum ökonomischen Fahren ermöglichten eine Reduzierung der durchschnittlichen Kraftstoffverbräuche um 3,6 % (2024: 50,3 l/100 km, 2023: 52,2 l/100 km).

Mit einem Investitionsvolumen von 884 TEUR wurde im Rahmen einer europaweiten Ausschreibung am 06.02.2024 der Zuschlag für die Lieferung von zwei Abfallsammelfahrzeugen mit alternativen Bio-CNG-Antrieben sowie eines Fahrzeuges mit konventionellen Dieselantrieb mit einem zulässigen Gesamtgewicht von 26.000 kg erteilt. [...] Im Rahmen des Gesetzes über das Kommunale Energie- und Klimabudget (KomEKG) erhielt die Kommunalentsorgung Chemnitzer Land im Geschäftsjahr 2024 zur Finanzierung eines Fahrzeuges eine Zuwendung i. H. v. 250 TEUR, welche sich nachhaltig positiv auf die operativen Kosten und somit die Abfallgebühren auswirken und als Anschaffungskostenminderung bilanziert wird.

Ertragslage der Gesellschaft

Der Gesamtumsatz der Gesellschaft stieg von 4.593 TEUR in 2023 zu 5.302 TEUR in 2024 und bewegt sich auf dem Planansatz 2024. Die erhebliche Steigerung der Gesamtumsätze resultiert hauptsächlich aus der Erhöhung der Entgelte an den Landkreis Zwickau [...].

Die Gesellschaft erwirtschaftete einen Jahresüberschuss i. H. v. 469 TEUR. Im Jahresvergleich erhöhte sich das Ergebnis um 391 TEUR. Die Umsatzrentabilität vor Steuern beträgt 13 % (Vorjahr: 2,8 %).

Finanz- und Vermögenslage der Gesellschaft

Die Finanzlage der KECL ist unverändert stabil. Der Gesellschaft standen zum 31.12.2024 liquide Mittel i. H. v. 1.898 TEUR (Vorjahr: 1.525 TEUR) zur Verfügung. Die Liquidität der Gesellschaft hat sich um 373 TEUR erhöht.

Das kurzfristige Fremdkapital war zum Bilanzstichtag zu 274,6 % (Vorjahr: 382,8 %) durch flüssige Mittel und kurzfristige Forderungen gedeckt.

Die Liquidität der Gesellschaft war jederzeit gesichert.

Finanzielle Leistungsindikatoren

Im Geschäftsjahr 2024 wurden Investitionen i. H. v. 956 TEUR getätigt [...].

Die Veränderung der Liquidität der Gesellschaft resultiert aus einem Mittelzufluss aus laufender Geschäftstätigkeit i. H. v. 1.484 TEUR, dem Mittelabflüssen aus der Investitionstätigkeit von i. H. v. -956 TEUR sowie der Finanzierungstätigkeit i. H. v. -155 TEUR.

Die Eigenkapitalquote beträgt 81,7 % (Vorjahr: 84,7 %). Das Eigenkapital erhöhte sich um den erwirtschafteten Jahresüberschuss des Geschäftsjahres von 4.443 TEUR (2023) auf 4.912 TEUR (2024) und überdeckt die stichtagsbezogenen Kreditverbindlichkeiten.

Die Gesellschaft erwirtschaftete einen Jahresüberschuss von 469 TEUR. Die Eigenkapitalrentabilität stieg von 1,8 % im Vorjahr auf 9,5 % im Geschäftsjahr 2024.

Prognose-, Chancen- und Risikobericht der künftigen Entwicklung der Gesellschaft

Die Kernkompetenzen der Gesellschaft gilt es weiter zu entwickeln und auf das umfangreiche Spektrum der abfallrechtlich geregelten Sachverhalte mittels digitaler Transformation zu übertragen. Erste Erfolge zur Bewertung und Optimierung der Prozesse zur Erfassung und Sammlung haushaltsnaher Abfälle konnten im Geschäftsjahr 2024 realisiert werden. Im besonderen Fokus der nächsten Jahre wird dabei die Digitalisierung der operativen Prozesse sowie der Prozesse im Verwaltungsbereich stehen.

BETEILIGUNGEN AN PRIVATRECHTLICHEN UNTERNEHMEN

Unter Anwendung der Vorschriften des öffentlichen Preisrechts erstellte die Gesellschaft die Preiskalkulation der Leistungen auf Basis von Selbstkostenfestpreisen. Dabei wurden latente Einzelrisiken im kalkulatorischen Ansatz angemessen berücksichtigt.

Die investiven Maßnahmen für das aufgabennotwendige Betriebsvermögen sind im präzisierten Investitionsplan bis 2028 dargestellt.

Neu zu beschaffende Fahrzeuge werden mit digitaler Technik zur Fehler- und Verschleißüberwachung ausgerüstet sein, um auch präventiv Kosten und Umweltauswirkungen, die durch verschleppte Schäden entstehen könnten, entgegenzuwirken und die Verfügbarkeit des Fahrzeugparks zu erhöhen.

Auch der demografische Wandel wird für die Kommunalentsorgung Chemnitzer Land GmbH neue Fragestellungen aufwerfen. Das Durchschnittsalter liegt bei 49 Jahren. Die Gewinnung von Fachpersonal und auch die Erarbeitung von Konzepten zum altersgerechten Arbeiten wird im Mittelpunkt der Überlegungen stehen.

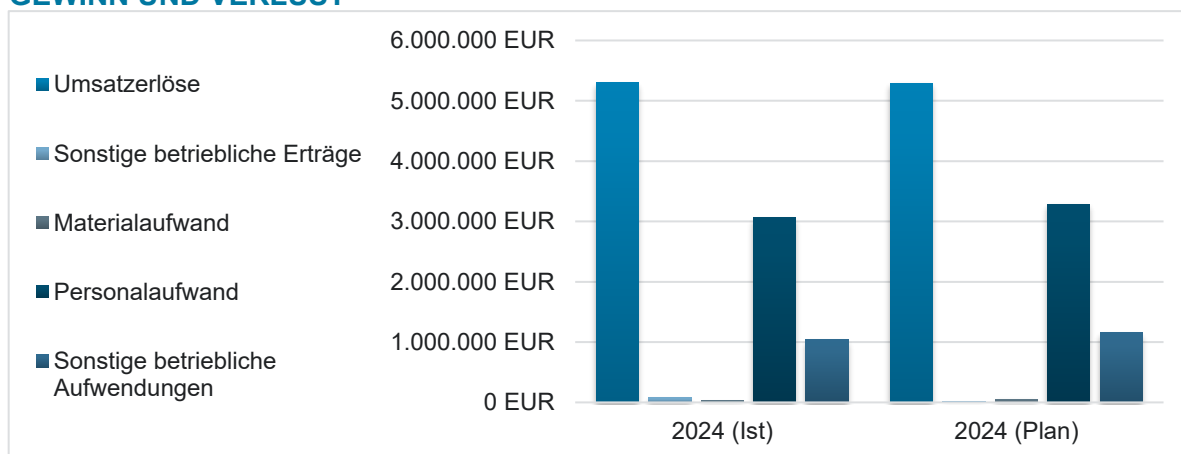
Der Gesamtumsatz der Gesellschaft wird sich nach unserem Planansatz für das Jahr 2025 auf insgesamt 5.266 TEUR einstellen.

Das Jahresergebnis wird mit 49 TEUR prognostiziert.

Die Ergebnisvorschau führt zu gleichbleibenden Gewinnerwartungen.

FINANZDATEN

GEWINN UND VERLUST



Alle Angaben in EUR

	2024 (IST)	2024 (PLAN)
Umsatzerlöse	5.301.832,11	5.293.000,00
Bestandsveränderungen	-	-
Sonstige betriebliche Erträge	75.163,95	20.000,00
Materialaufwand	28.826,74	54.300,00
dar.: Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	-	-
dar.: Aufwendungen für bezogene Leistungen	28.826,74	-
Personalaufwand	3.059.596,63	3.287.000,00
dar.: Löhne und Gehälter	2.468.574,22	-
dar.: soziale Abgaben	591.022,41	-
Sonstige betriebliche Aufwendungen	1.036.606,48	1.158.550,00

BETEILIGUNGEN AN PRIVATRECHTLICHEN UNTERNEHMEN

Abschreibungen	585.725,81	698.750,00
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	31.787,82	0,00
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	11.087,34	22.100,00
Steuern vom Einkommen und Ertrag	199.109,70	25.850,00
Sonstige Steuern	19.090,00	20.000,00
Jahresergebnis	468.741,18	46.450,00

BILANZ UND LEISTUNGSKENNZAHLEN

	2022 (IST)	2023 (IST)	2024 (IST)
Anlagendeckung I (%)	125,1	128,5	137,3
Vermögensstruktur (%)	70,4	66,0	59,5
Eigenkapitalquote (%)	88,1	84,7	81,7
Eigenkapitalrendite (%)	0,4	1,8	9,5
Fremdkapitalquote (%)	11,9	15,2	18,3
Gesamtkapitalrendite (%)	0,4	1,7	8,0
Liquidität 1. Grades (%)	603,3	544,7	376,3
Pro-Kopf-Umsatz (EUR)	76.493,84	86.667,96	98.182,08

BETEILIGUNGEN AN PRIVATRECHTLICHEN UNTERNEHMEN

5.8. ENTSORGUNGSGESELLSCHAFT ZWICKAUER LAND MBH

FIRMENDATEN

ANSCHRIFT	Lößnitzer Straße 98
FIRMENSITZ	08141 Reinsdorf
TELEFON	037603 521-0
TELEFAX	037603 521-23
E-MAIL	info@egzmbh.de
WEBSEITE	http://www.egzmbh.de
RECHTSFORM	GmbH
GRÜNDUNGSDATUM	17.02.1992
GESCHÄFTSJAHRESBEGINN	Januar
LETZTE ÄNDERUNG DES GESELLSCHAFTERVERTRAGES	09.02.2017
BETEILIGUNGSQUOTEN ⁸ KAPITAL	Nominal _____ 100% / - / 100% Stammkapital _____ 26.000 EUR
GESELLSCHAFTER	Landkreis Zwickau _____ 26.000 EUR (100,00%)

UNTERNEHMENSgegenstand

Der Gegenstand der Gesellschaft ist die Entsorgung (Beseitigung/Verwertung) von Abfällen. Die Entsorgungstätigkeit erfasst sowohl die überlassungspflichtigen Abfälle als auch Abfälle, die der Gesellschaft freiwillig überlassen werden. Die Gesellschaft ist berechtigt, Entsorgungstätigkeiten auch außerhalb des Landkreises wahrzunehmen.

Die Gesellschaft ist berechtigt, alle Geschäfte einzugehen, die geeignet sind, den Gesellschaftszweck zu fördern. Die Gesellschaft darf mit Zustimmung des Landkreises Zwickau andere Unternehmen gleicher oder ähnlicher Art errichten, übernehmen und sich an ihnen beteiligen. Sie ist zur Errichtung von Zweigniederlassungen befugt.

Des Weiteren darf die Gesellschaft ein anderes Unternehmen nur unterhalten, übernehmen oder sich daran beteiligen, wenn im Gesellschaftsvertrag dieses Unternehmens Regelungen aufgenommen werden, die den § 96a Abs. 1 Nummern 1 und 2 sowie 4 bis 13 SächsGemO entsprechen, sofern sie allein oder zusammen mit anderen Gesellschaftern, für die ebenfalls diese Verpflichtung besteht, eine zur Änderung des Gesellschaftsvertrages berechtigte Mehrheit der Anteile hat.

Aufsichtsrat

Mitglied

Herr Prof. Dr. Hans-Reinhard Berger (bis 21.08.2024)
Herr Stefan Feustel (bis 21.08.2024)
Herr Andreas Gerold (bis 21.08.2024)
Herr Andreas Gerold (ab 22.08.2024)

⁸ unmittelbar / mittelbar / gesamt

BETEILIGUNGEN AN PRIVATRECHTLICHEN UNTERNEHMEN

Herr Heiko Gumprecht
(ab 22.08.2024)

Herr Mario Müller
(bis 21.08.2024)

Herr Mario Müller
(ab 22.08.2024)

Herr Tino Obst
(bis 21.08.2024)

Herr Tino Obst
(ab 22.08.2024)

Herr Kay Träger
(ab 22.08.2024)

Herr Alexander Weiß
(bis 21.08.2024)

Herr Alexander Weiß
(ab 22.08.2024)

VORSITZ

Herr Dr. Ing. Michael Luther
(bis 21.08.2024)

Herr Dr. Ing. Michael Luther
(ab 22.08.2024)

GESCHÄFTSFÜHRUNG

GESCHÄFTSFÜHRER/-IN

Herr Dr. Michael Hahn

WIRTSCHAFTSPRÜFER/-IN

HKMS Treuhand GmbH Plauen

MITARBEITERANZAHL

57

LAGEBERICHT (AUSZUGSWEISE WIEDERGABE)

Grundlagen des Unternehmens

Die Grundlagen der Entsorgungsgesellschaft Zwickauer Land mbH (EGZ) haben sich im Geschäftsjahr 2024 nicht geändert. Die EGZ ist mit Aufgaben der Abfallentsorgung im Landkreis Zwickau befasst. Der Tätigkeitsbereich bezieht sich auf das Zwickauer Land und Teile der Stadt Zwickau. Zu den Aufgaben der EGZ gehören weiterhin die Einsammlung und der Transport von gemischten Siedlungsabfällen, Sperrmüll und Bioabfällen, die Einsammlung und der Transport von Pappe, Papier und Kartonagen sowie die Betreuung und Bewirtschaftung der Deponie Lohe. Das Einsammeln und der Transport der Restabfälle im Zwickauer Land und in Teilen der Stadt Zwickau wurde 2024 durch die EGZ selbst durchgeführt.

Die Aufgaben für die Betreuung und Bewirtschaftung der Deponie Lohe bezogen sich auf Maßnahmen im Zusammenhang mit der Nachsorge der Deponie Lohe sowie auf Maßnahmen zur Vorbereitung der Oberflächenabdichtung der Deponie Lohe. Für die Deponie Lohe wurde im September 2023 die Anhörung für den Genehmigungsentwurf für die beantragte Anpassung der Planung für die Deponie Lohe vorgelegt.

Die Betreuung des Erdstoffsagers wurde 2024 fortgeführt. Die Sauberhaltung von Flächen für Sammelgroßbehälter zur Erfassung von Glas und die Sammlung wilder Ablagerungen im Zwickauer Land und in der Stadt Zwickau wurden auch durch die EGZ durchgeführt. Die EGZ führt den Behälterdienst mit der Sammlung von Elektronikschrott, Metallschrott und Kunststoffen in ihrem Entsorgungsgebiet durch.

BETEILIGUNGEN AN PRIVATRECHTLICHEN UNTERNEHMEN

Die Ausrüstung von Behältern für die Erfassung von Papier, Pappen und Kartonagen mit Transpondern wurde 2024 fortgesetzt.

Gesamtwirtschaftliche, branchenbezogene Rahmenbedingungen

Die EGZ war gesamtwirtschaftlichen und branchenbezogenen Rahmenbedingungen bei der Durchführung ihrer Tätigkeiten unterworfen. Dabei reduzierten sich die in den Vorjahren festzustellenden hohen Kostensteigerungen und stabilisierten sich im Vergleich zu den Vorjahren. Die Reparaturkosten waren unauffällig. Auch die Kraftstoffkosten stabilisierten sich. Die Einstellung geeigneten Fahrpersonals bedarf einer vorausschauenden Planung unter Berücksichtigung von Reserven. Diese Rahmenbedingungen können durch die EGZ selbst nur in geringem Umfang beeinflusst werden.

Die gesammelten Abfallmengen von gemischten Siedlungsabfällen (Hausmüll, Sperrmüll und Bioabfall) haben sich im Vergleich zum Vorjahr konstant entwickelt. Die PPK-Sammelmenge reduzierte sich im Vergleich zum Vorjahr erneut.

Geschäftsverlauf

Im Geschäftsjahr 2024 betrugen die Umsatzerlöse 5.170 TEUR und liegen damit um 207 TEUR über den Umsatzerlösen des Geschäftsjahres 2023. Die Umsatzsteigerung beruht auf der Erhöhung der Entgelte für die durch die EGZ erbrachten Leistungen. Im Geschäftsjahr 2024 erfolgte eine anteilige Erstattung der Kraftstoffkosten an den Landkreis Zwickau.

Die Höhe der Umsatzerlöse wird durch die Sammelmenge im Entsorgungsgebiet beeinflusst.

Lage

Der Jahresüberschuss der Gesellschaft erhöht sich [...] von 202 TEUR (2023) um 106 TEUR auf 308 TEUR (2024). Zum 31. Dezember 2024 wird ein Bilanzgewinn in Höhe von 2.888 TEUR ausgewiesen.

Die Finanzlage der EGZ ist unverändert stabil. Der Gesellschaft stand zum 31.12.2024 ein Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten in Höhe von 11.436 TEUR (Vorjahr: 10.912 TEUR) zur Verfügung.

Im Geschäftsjahr 2024 wurden Investitionen in Höhe von 1.371 TEUR getätigt, die im Wesentlichen auf die Anschaffung von fünf Sammelfahrzeugen und eines Transporters entfielen.

Die Liquidität der Gesellschaft war jederzeit gesichert [...].

Prognosebericht

Die EGZ geht in den folgenden Geschäftsjahren von einer insgesamt positiven Entwicklung der Geschäftstätigkeit aus. Die EGZ erwartet 2025 steigende Umsätze und Aufwendungen, wobei die Positionen weitestgehend korrespondieren und dabei die Aufwendungen den Annahmen zu Kostensteigerungen entsprechen. Umsatzsteigerungen durch eine erhöhte Entsorgungstätigkeit werden nicht erwartet. Es wird unveränderten Sammelmengen und weiterhin hohen Kosten, insbesondere für Kraftstoffe und Reparaturen gerechnet.

Der Haustarifvertrag kann zum 30. April 2025 gekündigt werden. Ab Mai 2025 ist mit höheren Personalkosten zu rechnen, die sich dem Niveau des TVöD angleichen werden.

Die EGZ plant mittelfristig mit geringeren Jahresüberschüssen.

Chancen- und Risikobericht

Im Geschäftsjahr 2018 wurde die Anpassung der Planung für die Deponie Lohe, inklusive der Veränderung des Abdichtungssystems an den Stand der Technik, vorgenommen. Für diese Planung wurde im September 2023 die Anhörung zum Genehmigungsentwurf vorgelegt, zu der eine Stellungnahme mit Änderungsvorschlägen erarbeitet wurde, die der Landesdirektion Sachsen vorgelegt wurde. Die Genehmigung war durch die Landesdirektion Sachsen für das Geschäftsjahr 2024 zugesagt, allerdings wurde die Zusage nicht eingehalten. Die Genehmigung liegt noch nicht vor. Durch die Verzögerung bei der Erstellung der Genehmigung verschieben sich auch die Folgemaßnahmen.

BETEILIGUNGEN AN PRIVATRECHTLICHEN UNTERNEHMEN

Nunmehr soll die Ausführungsplanung 2025 erstellt werden. Nach der Ausschreibung der Leistungen im Jahr 2026 soll die Herstellung der Oberflächenabdichtung der Deponie Lohe in den Jahren ab 2027 ff. erfolgen.

Weiterhin wird unterstellt, dass die Entwicklung der Baukonjunktur zeitliche Veränderungen bewirken kann. Die Preisentwicklung im Baubereich stellt weiterhin ein Kostenrisiko für die Herstellung der Oberflächenabdichtung der Deponie Lohe dar.

Auf Grund der zeitlichen Verschiebungen der Herstellung der Oberflächenabdichtung wurde der Nachsorgezeitraum nochmals verlängert, und zwar bis 2059. Die Rückstellungen der Deponiefolgekosten wurden entsprechend angepasst.

Der Abschluss der Deponie Lohe stellt den größten Risikofaktor für die EGZ dar.

Mit dem Abfluss der Liquidität für die Oberflächenabdichtung der Deponie Lohe verringert sich die Liquidität der Gesellschaft. Zur Sicherung der Liquidität nach dem Aufbringen der Oberflächenabdichtung ist es weiterhin erforderlich, die Gewinne der Gesellschaft zu thesaurieren und ggf. Zwischenfinanzierungen während der Phase der Abdichtung der Deponie zu sichern.

Durch die Vereinbarung über die Abwicklung der Bewirtschaftung der Deponie Lohe wird nunmehr ein Zeitpunkt konkretisiert, ab dem die Deponie Lohe als Risiko für die EGZ entfällt.

Im Zusammenhang mit der Deponie Lohe sind auch die Risiken des Erdstofflagers der EGZ zu betrachten. Die wesentlichen Erdstoffmengen sollen vorzugsweise für die Oberflächenabdichtung für die Deponie Lohe eingesetzt werden.

Weitere Risikobereiche, insbesondere auch bestandsgefährdende Risiken, können aufgrund der Umsatztätigkeit und der Geschäftspolitik ausgeschlossen werden.

Bewertung der Kennzahlen gemäß § 99 Abs. 3 Nr. 3 SächsGemO

Vermögenssituation

Das lang- und mittelfristige Vermögen (2.271 TEUR) der Gesellschaft an der insgesamt gestiegenen Bilanzsumme (14.456 TEUR) beträgt rd. 16 %. Dementsprechend beträgt das kurzfristige Vermögen (12.186 TEUR) 84 % der Bilanzsumme. Die Investitionsdeckung beträgt 255 %, d. h. die Nettoinvestition des Geschäftsjahres ist höher als die Abschreibung des Geschäftsjahres.

Kapitalstruktur

Die Fremdkapitalquote ist leicht gestiegen und liegt bei 75 % und die Eigenkapitalquote bei 25 %.

Liquidität

Die Liquidität war zu jeder Zeit gesichert. Die liquiden Mittel erhöhten sich von 10.912 TEUR auf 11.438 TEUR. Die liquiden Mittel übersteigen dabei das kurzfristige Fremdkapital um 9.869 TEUR nach 9.569 TEUR im Vorjahr.

Rentabilität

Die Eigenkapitalrentabilität ist leicht gestiegen und beträgt 8 %. Die Gesamtkapitalrentabilität beträgt wie im Vorjahr 2 %.

Geschäftserfolg

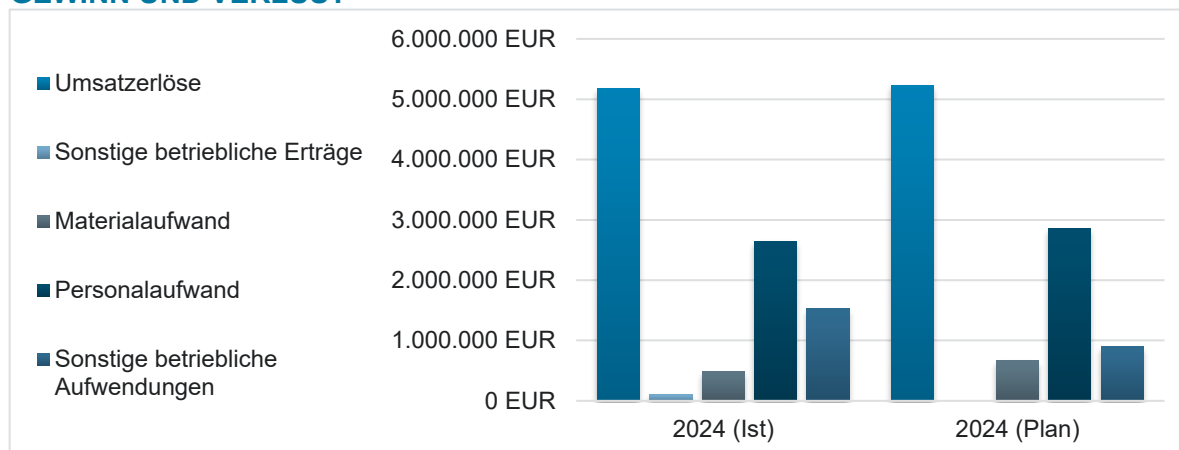
Die Umsatzerlöse erhöhten sich von 4.963 TEUR auf 5.170 TEUR. Dabei erwirtschaftete die Gesellschaft im Geschäftsjahr einen Jahresüberschuss von 308 TEUR. Bei im Jahresdurchschnitt 56,5 (Vorjahr 57) beschäftigten Arbeitnehmern wurde ein Pro-Kopf-Umsatz von rd. 92 TEUR nach rd. 87 TEUR im Vorjahr erzielt.

Die Gesamtentwicklung der Gesellschaft im Geschäftsjahr kann als zufriedenstellend eingeschätzt werden.

BETEILIGUNGEN AN PRIVATRECHTLICHEN UNTERNEHMEN

FINANZDATEN

GEWINN UND VERLUST



Alle Angaben in EUR

	2024 (IST)	2024 (PLAN)
Umsatzerlöse	5.170.304,92	5.236.000,00
Bestandsveränderungen	-	-
Sonstige betriebliche Erträge	106.516,98	-
Materialaufwand	487.502,93	661.000,00
dar.: Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	451.171,18	602.000,00
dar.: Aufwendungen für bezogene Leistungen	36.331,75	59.000,00
Personalaufwand	2.645.758,54	2.863.000,00
dar.: Löhne und Gehälter	2.139.394,97	2.303.000,00
dar.: soziale Abgaben	506.363,57	560.000,00
Sonstige betriebliche Aufwendungen	1.535.554,01	903.000,00
Abschreibungen	537.402,02	730.000,00
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	413.092,68	65.000,00
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	39.338,84	70.000,00
Steuern vom Einkommen und Ertrag	115.875,28	21.000,00
Sonstige Steuern	20.734,80	19.000,00
Jahresergebnis	307.748,16	34.000,00

BILANZ UND LEISTUNGSKENNZAHLEN

	2022 (IST)	2023 (IST)	2024 (IST)
Anlagendeckung I (%)	194,5	231,7	160,2
Vermögensstruktur (%)	13,8	11,0	15,7
Eigenkapitalquote (%)	26,8	25,6	25,2
Eigenkapitalrendite (%)	4,2	6,1	8,5
Fremdkapitalquote (%)	73,2	74,4	74,8
Gesamtkapitalrendite (%)	1,3	1,7	2,4
Liquidität 1. Grades (%)	1.479,2	1.275,9	-
Pro-Kopf-Umsatz (EUR)	83.740,34	87.073,36	90.707,10

BETEILIGUNGEN AN PRIVATRECHTLICHEN UNTERNEHMEN

5.9. AUTOBUS GMBH SACHSEN – REGIONALVERKEHR I. L.

FIRMENDATEN

ANSCHRIFT	Eichelbergstraße 10
FIRMENSITZ	09212 Limbach-Oberfrohna
TELEFON	0151 74500199
E-MAIL	nadin-pohlers@autobus-gmbh.de
RECHTSFORM	GmbH
GRÜNDUNGSDATUM	01.07.1991
GESCHÄFTSJAHRESBEGINN	Januar

BETEILIGUNGSQUOTEN⁹ Nominal _____ 100% / - / 100%
KAPITAL Stammkapital _____ 511.650 EUR

GESELLSCHAFTER Landkreis Zwickau _____ 511.650 EUR (100,00%)

UNTERNEHMENSgegenstand

Gegenstand des Unternehmens ist die Vorhaltung und Überlassung von Infrastruktur zur Durchführung des Öffentlichen Personennahverkehrs auf dem Gebiet des Landkreises Zwickau.

Ziel der Gesellschaft ist es, durch Maßnahmen nach Abs. 1 sicherzustellen, dass Beförderungsaufgaben effektiv und rationell, dabei bürgerfreundlich und unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Struktur auf dem Gebiet des Landkreises Zwickau, erbracht werden können. Die Gesellschaft hat diese Ziele unter Ausnutzung aller staatlichen Förderungsmöglichkeiten möglichst kostendeckend zu verwirklichen.

Zur Erfüllung des Unternehmensgegenstandes kann sich die Gesellschaft Dritter bedienen und bei Zweckmäßigkeit insbesondere private Personenbeförderungsunternehmen als Subunternehmen einbinden.

Sie darf sich nach Zustimmung des Landkreises Zwickau an anderen Unternehmen gleicher oder ähnlicher Art beteiligen oder derartige Unternehmen errichten, übernehmen und erwerben. Sie darf auch Geschäfte vornehmen, die zur Erreichung und Förderung des Unternehmenszwecks dienlich sein könnten.

Hierzu gehört auch die Befugnis, Zweigniederlassungen zu errichten und den Gelegenheitsverkehr im Rahmen eines Deckungsbeitrages durchzuführen sowie Nebengeschäfte, wie Auslastung technischer Kapazitäten durch Fremdaufträge. Die Gesellschaft ist zur Lehrausbildung berechtigt.

Des Weiteren darf die Gesellschaft ein anderes Unternehmen nur unterhalten, übernehmen oder sich daran beteiligen, wenn im Gesellschaftsvertrag dieses Unternehmens Regelungen aufgenommen werden, die den § 96 a Abs. 1 Nummern 1 und 2 sowie 4 bis 13 SächsGemO entsprechen, sofern sie allein oder zusammen mit anderen Gesellschaftern, für die ebenfalls diese Verpflichtung besteht, eine zur Änderung des Gesellschaftsvertrages berechtigende Mehrheit der Anteile hat.

Die Gesellschaft kann sich auch an Interessengemeinschaften, wie Tarifgemeinschaften, Verkehrsgemeinschaften, Verkehrsverbünden, beteiligen und Kooperationsabkommen mit anderen Verkehrsunternehmen abschließen.

⁹ unmittelbar / mittelbar / gesamt

BETEILIGUNGEN AN PRIVATRECHTLICHEN UNTERNEHMEN

AUFSICHTSRAT

MITGLIED

Herr Erich Homilius
(bis 21.08.2024)

Herr Erich Homilius
(ab 22.08.2024)

Herr Daniel Springer
(ab 22.08.2024)

Herr Matthias Ulbricht
(bis 21.08.2024)

VORSITZ

Herr Carsten Michaelis
(bis 21.08.2024)

Herr Carsten Michaelis
(ab 22.08.2024)

GESCHÄFTSFÜHRUNG

LIQUIDATOR/-IN

Frau Nadine Pohlert

WIRTSCHAFTSPRÜFER/-IN

M2audit GmbH

MITARBEITERANZAHL

1

LAGEBERICHT (AUSZUGSWEISE WIEDERGABE)

Grundlagen der Gesellschaft

Der Unternehmenszweck der Gesellschaft besteht in der Vorhaltung und Überlassung von Infrastruktur zur Durchführung des öffentlichen Personennahverkehrs auf dem Territorium des Landkreises Zwickau sowie angrenzender Ballungszentren. Die Gesellschaft hält dafür einen vollständigen Verkehrshof vor mit Betriebsdienstgebäude, bestehend aus einem Verwaltungstrakt einschließlich Inventar, einer Waschhalle für Fahrzeuge, einer Werkstatt einschließlich Maschinen und Werkzeuge und einer Wagenhalle. Letztere bietet Platz für die Abstellung von bis zu 50 Linienbussen. Seit 01.01.2019 besteht ein Pachtverhältnis mit der Regional Westsachsen GmbH (RVW) über die Verpachtung des Grundstücks, der aufstehenden Gebäude und baulichen Einrichtungen für eben genannten Verkehrshof. Das Pachtverhältnis ist bis 31.12.2028 geschlossen, wird jedoch mit dem Verkauf der gepachteten Immobilie an den Pächter vorzeitig beendet.

Geschäftsverlauf

Die Gesellschaft hat im Berichtsjahr Umsatzerlöse in Höhe von TEUR 58,9 erwirtschaftet. Darin enthalten sind Umsätze aus dem Kerngeschäft der Vermietung und Verpachtung in Höhe von TEUR 57,8 die zu 100% dem im Betriebspachtvertrag vereinbarten Pachtzins entsprechen.

Die übrigen Umsatzerlöse sind mit TEUR 0,9 beziffert und ergeben sich aus der Weiterberechnung von Betriebskosten wie u.a. Aufwendungen für Grundsteuer an die Pächterin RVW, wofür der Pachtvertrag die Grundlage darstellt.

Das Rumpfgeschäftsjahr 05/2024 schließt mit einem Jahresüberschuss von 52.565,33 EUR. Dabei ist das Jahresergebnis maßgeblich durch die Finanzerträge aus den Festgeldanlagen bei der DKB und Deutschen Bank in Höhe von TEUR 46,5 beeinflusst.

Das gezeichnete Kapital der Gesellschaft beträgt zum Bilanzstichtag TEUR 511,7 und ist im Vergleich zum Vorjahr nahezu konstant geblieben.

BETEILIGUNGEN AN PRIVATRECHTLICHEN UNTERNEHMEN

Das Eigenkapital ist zum Bilanzstichtag 31.05.2024 mit TEUR 4.694,1 beziffert und hat sich zum Vorjahr um TEUR 52,6 erhöht. Die bilanzielle Eigenkapitalquote beträgt 89,4 % und ist im Vergleich zum Vorjahr nahezu konstant geblieben.

Das Vermögen der Gesellschaft ist für das Geschäftsjahr per 05/2024 nach Saldierung des Sonderpostens für Investitionszuschüsse mit dem Sachanlagevermögen mit 4.749,3 TEUR beziffert.

Die Liquidität des Unternehmens war ganzjährig sichergestellt und ist von einem stabilen Verlauf gekennzeichnet.

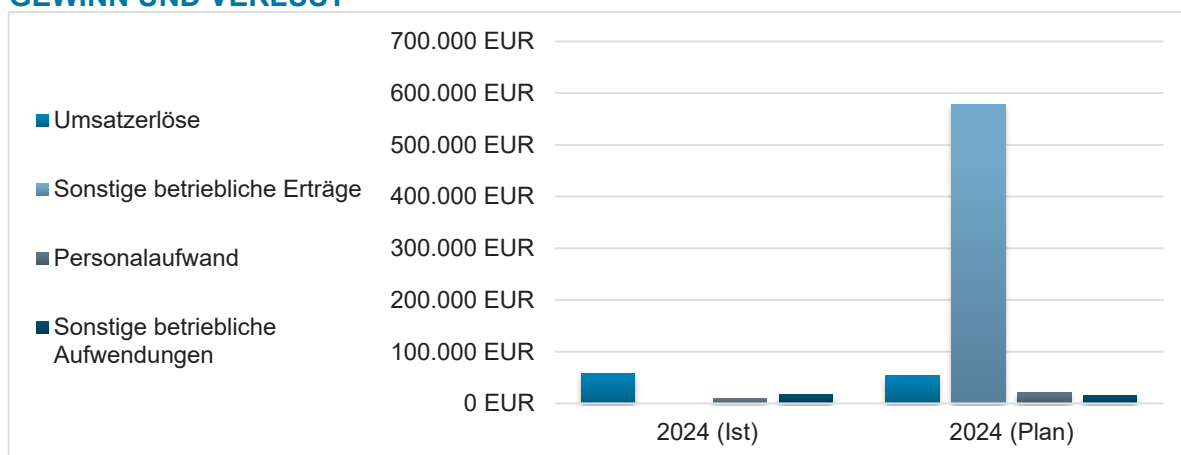
Chancen- und Risiken der künftigen Entwicklung

Wie bereits in den vorangegangenen Berichten festgehalten, gilt der Verkauf des Betriebshofes Pleiße an den jetzigen Pächter, die RVW als formuliertes Ziel der Gesellschaft. Der Verkauf wurde per Kaufvertrag am 31.05.2024 notariell vollzogen. Der Besitzübergang erfolgte mit der Kaufpreiszahlung am 01.08.2024. Folglich wurde am 06.05.2024 die Liquidation der Gesellschaft zum 01.06.2024 beschlossen. Jetzt gilt es im Rahmen des Sperrjahres alle noch bestehenden Geschäftsbeziehungen zu beenden.

Die Gesellschaft befindet sich in Liquidation. Diese soll planmäßig nach Ablauf des Sperrjahrs sowie nach Erteilung der Unbedenklichkeitsbescheinigung durch das zuständige Finanzamt abgeschlossen werden.

FINANZDATEN

GEWINN UND VERLUST



Alle Angaben in EUR

	2024 (IST)	2024 (PLAN)
Umsatzerlöse	58.681,72	53.246,00
Bestandsveränderungen	-	-
Sonstige betriebliche Erträge	660,65	579.012,00
Materialaufwand	-	-
dar.: Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	-	-
dar.: Aufwendungen für bezogene Leistungen	-	-
Personalaufwand	9.184,63	21.984,00
dar.: Löhne und Gehälter	7.500,00	18.000,00
dar.: soziale Abgaben	1.684,63	3.984,00
Sonstige betriebliche Aufwendungen	16.834,07	16.137,00
Abschreibungen	4.112,00	3.815,00

BETEILIGUNGEN AN PRIVATRECHTLICHEN UNTERNEHMEN

Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	46.518,45	15.597,00
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-	-
Steuern vom Einkommen und Ertrag	21.370,15	179.259,00
Sonstige Steuern	1.794,64	3.592,00
Jahresergebnis	52.565,33	423.068,00

BILANZ UND LEISTUNGSKENNZAHLEN

	2022 (IST)	2023 (IST)	2024 (IST)
Anlagendeckung I (%)	457,8	488,3	496,0
Vermögensstruktur (%)	19,5	18,3	18,0
Eigenkapitalquote (%)	89,4	89,5	89,4
Eigenkapitalrendite (%)	0,2	1,3	1,1
Fremdkapitalquote (%)	0,3	0,8	1,1
Gesamtkapitalrendite (%)	0,4	1,2	1,0
Liquidität 1. Grades (%)	91.580,5	45.546,5	23.751,4
Pro-Kopf-Umsatz (EUR)	140.900,06	144.557,61	58.681,72

BETEILIGUNGEN AN PRIVATRECHTLICHEN UNTERNEHMEN

5.10. GEMEINNÜTZIGE AUS-, FORTBILDUNGS- UND UMSCHULUNGSGESELLSCHAFT MBH OBERLUNGWITZ

FIRMENDATEN

ANSCHRIFT	Hofer Straße 159
FIRMENSITZ	09353 Oberlungwitz
TELEFON	03723 6523-0
TELEFAX	03723 6523-23
E-MAIL	leitung@gafug.de
WEBSEITE	http://www.gafug.de
RECHTSFORM	GmbH
GRÜNDUNGSDATUM	16.10.1991
GESCHÄFTSJAHRESBEGINN	Januar
LETZTE ÄNDERUNG DES GESELLSCHAFTERVERTRAGES	17.02.2017

BETEILIGUNGSQUOTEN ¹⁰	Nominal _____ 80% / - / 80%
KAPITAL	Stammkapital _____ 26.000 EUR

GESELLSCHAFTER	Landkreis Zwickau _____ 20.800 EUR (80,00%)
	Herr Reinhard Roßner _____ 5.200 EUR (20,00%)

UNTERNEHMENSgegenstand

Die Gesellschaft verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne des Abschnitts "Steuerbegünstigte Zwecke" der Abgabenordnung.

Zweck der Gesellschaft ist die Förderung der Erziehung, Jugendhilfe, Volks- und Berufsbildung. Der Satzungszweck wird verwirklicht insbesondere durch die Errichtung und Betreibung von Kindertageseinrichtungen sowie Kinder- und Jugendwohngruppen, Durchführung der Berufsvorbereitung, Berufsorientierung, Ausbildung, Weiterbildung und Umschulung von Menschen in allen Bereichen der Industrie, des Handwerks, der Landwirtschaft und Forsten sowie des Hotel- und Gastgewerbes.

Zur Erfüllung aller damit verbundenen Aufgaben kann die Gesellschaft sämtliche Geschäfte betreiben, die ihrem Hauptzweck zu dienen geeignet sind. Sie darf insbesondere bebaute und unbebaute Grundstücke erwerben, pachten, veräußern oder weitervermieten sowie sich nach Maßgabe des § 96 Abs. 1 SächsGemO sowie des Absatzes 4 dieses Paragraphen mit anderen Gesellschaften, öffentlichen oder nichtöffentlichen Trägern, zusammenschließen, sofern es dem Gesellschaftszweck - sei es mittelbar oder unmittelbar - dienlich ist.

Die Gesellschaft darf nur mit Zustimmung des Landkreises Zwickau andere Unternehmen errichten, übernehmen oder sich an ihnen beteiligen. Des Weiteren darf die Gesellschaft ein anderes Unternehmen nur unterhalten, übernehmen oder sich daran beteiligen, wenn im Gesellschaftsvertrag dieses Unternehmens Regelungen aufgenommen werden, die den § 96 a Abs. 1 Nummern 1 und 2 sowie 4 bis 13 SächsGemO entsprechen, sofern sie allein oder zusammen mit anderen Gesellschaftern, für die ebenfalls diese Verpflichtung besteht, eine zur Änderung des Gesellschaftsvertrages berechtigte Mehrheit der Anteile hat.

Die Gesellschaft ist selbstlos tätig; sie verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke.

¹⁰ unmittelbar / mittelbar / gesamt

BETEILIGUNGEN AN PRIVATRECHTLICHEN UNTERNEHMEN

Mittel der Gesellschaft dürfen nur für die satzungsgemäßen Zwecke verwendet werden. Die Gesellschafter dürfen keine Gewinnanteile und auch keine sonstigen Zuwendungen aus Mitteln der Gesellschaft erhalten. Sie erhalten bei ihrem Ausscheiden oder bei Auflösung der Gesellschaft oder bei Wegfall steuerbegünstigter Zwecke nicht mehr als ihre eingezahlten Kapitalanteile und den gemeinen Wert ihrer geleisteten Sacheinlagen zurück.

Es darf keine Person durch Ausgaben, die dem Zweck der Gesellschaft fremd sind, oder durch unverhältnismäßig hohe Vergütungen begünstigt werden.

Bei Auflösung der Gesellschaft oder bei Wegfall steuerbegünstigter Zwecke fällt das Vermögen der Gesellschaft, soweit es die eingezahlten Kapitalanteile der Gesellschafter und den gemeinen Wert der von den Gesellschaftern geleisteten Sacheinlagen übersteigt, an eine juristische Person des öffentlichen Rechts oder eine andere steuerbegünstigte Körperschaft zwecks Verwendung für die Förderung der Erziehung, Volks- und Berufsbildung.

AUFSICHTSRAT

MITGLIED

Herr Jörg Götze
(ab 22.08.2024)

Herr Mario Herrmann
(ab 22.08.2024)

Frau Angelika Hölzel
(bis 21.08.2024)

Frau Angelika Hölzel
(ab 22.08.2024)

Herr Thomas Nordheim
(bis 21.08.2024)

Herr Reinhard Roßner

Herr Prof. Dr. Lothar Ungerer
(bis 21.08.2024)

VORSITZ

Herr Tronje Hagen
(bis 21.08.2024)

Herr Tronje Hagen
(ab 22.08.2024)

GESCHÄFTSFÜHRUNG

GESCHÄFTSFÜHRER/-IN

Frau Eileen Heydel

WIRTSCHAFTSPRÜFER/-IN

HWS Vogtland GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

MITARBEITERANZAHL

115

LAGEBERICHT (AUSZUGSWEISE WIEDERGABE)

Grundlagen des Unternehmens

Die Geschäftstätigkeit der gemeinnützigen Aus-, Fortbildungs- und Umschulungsgesellschaft umfasst die Bildung, Erziehung und Betreuung von Kindern, Schülerinnen und Schülern sowie von Jugendlichen. Der Wirkungskreis des Unternehmens befindet sich im Landkreis Zwickau und im Erzgebirgskreis.

Der Bereich Bildung beinhaltet alle Maßnahmen im Übergang von Schule zum Beruf. Dazu zählen das Projekt „Praxisberatung an Oberschulen“, die Berufseinstiegsbegleitung, die Praxisbegleitung,

BETEILIGUNGEN AN PRIVATRECHTLICHEN UNTERNEHMEN

die Berufsvorbereitung (BVB), die berufliche außerbetriebliche Erstausbildung und die Verbundausbildung. Die Erziehung und Betreuung von Kindern und Jugendlichen beinhaltet die Kindertagesstätte „Kita vier Jahreszeiten“ und 4 Kinder- und Jugendwohngruppen „Alte Villa“ sowie die Tätigkeit in der Schulsozialarbeit.

Partner bei der Durchführung der Bildungsmaßnahmen sind die Agentur für Arbeit, das Jobcenter, die Jugendämter der Landkreise, die SAB, das Staatsministerium für Kultus sowie das Bundesministerium für Bildung und Forschung. Zur Vergrößerung des Wirkungskreises arbeitet die Gesellschaft in Bietergemeinschaften.

Neben der kostendeckenden Leistungserbringung ist eine qualitativ hochwertige Ausbildung und Betreuung für die Kinder, Jugendlichen und Erwachsenen das vorrangige Geschäftsziel.

Darstellung des Geschäftsverlaufes

Das Geschäftsjahr 2024 verlief regelmäßig. [...] Im Jahr 2024 fanden alle Maßnahmen ausnahmslos in Präsenz statt.

Die stetig steigenden Preise bei den Material- und Sachausgaben belasten das wirtschaftliche Ergebnis. Die Finanzierung der Bildungs- und Betreuungsmaßnahmen war jederzeit gewährleistet, jedoch konnten die gestiegenen Kosten im Laufe des Jahres nicht in den laufenden Ausschreibungsmaßnahmen eingearbeitet werden. Vereinzelt gab es finanzielle Einschränkungen durch Schulen, die Fördermittel für Berufsorientierungsmaßnahmen nicht wie geplant und beantragt abrufen konnten.

Die Mitarbeiterfluktuation sank gegenüber dem Jahr 2023, jedoch mussten viele Ressourcen für die Personalakquise besonders im Verwaltungsbereich, in die Nachbesetzung von Stellen und zeitaufwändige Einarbeitung von Mitarbeitern investiert werden.

Im Oktober 2023 begann der Prozess gegen einen leitenden Mitarbeiter, welcher wegen Betruges und Untreue im Jahr 2021 gekündigt wurde und gegen welchen Strafantrag gestellt wurde. [...] Da der ehemalige Mitarbeiter wiederholt nicht vor Gericht erschien, wurde er mit einem Strafbefehl verurteilt. Damit ist der Strafprozess abgeschlossen. [...] Der Bescheid über die Rückabwicklung der Maßnahme NaBi I bei der SAB steht noch aus. Die entsprechende Rückstellung dafür wurde bereits mit dem Jahresabschluss des Jahres 2021 gebildet und wird fortgeführt.

Das Jahr 2024 stand unter der Zielstellung, die notwendigen Umstrukturierungs- und Veränderungsprozesse weiter voranzubringen.

Im Januar 2024 fand erfolgreich ein Wiederholungsaudit statt, welches die Gültigkeit des Zertifikates für die Trägerzulassung und das Qualitätsmanagement bestätigte.

Darstellung der Lage des Unternehmens

Im Geschäftsjahr 2024 wurde ein Umsatz inklusive sonstiger betrieblicher Erträge in Höhe von TEUR 6.825 erzielt. Dies stellt ein Umsatzplus von 14,8 % gegenüber 2023 dar.

Das Jahr 2024 schloss mit einem Jahresüberschuss in Höhe von TEUR 102 (Vorjahr: TEUR 29) ab. Die Liquidität der Bildungsgesellschaft war während des Geschäftsjahres durchgehend gewährleistet.

Bericht über die zukünftige Entwicklung

Höhere Gewalt durch das Eintreten einer weltweiten pandemischen Situation stellt ein sehr großes Risiko für alle Unternehmen dar. [...] Ein weiteres wesentliches Risiko in der zukünftigen Entwicklung der GAFUG mbH besteht in der Abhängigkeit politischer Entscheidungen bezüglich einer geförderten Bildung und Erziehung und der Bereitstellung der dazu benötigten finanziellen Mittel durch die öffentlichen Ämter, Agenturen und die Wirtschaft. [...] Hinzu kommen gesetzliche Auflagen in Form des Mindestlohns in der Aus- und Weiterbildung, welche einen nicht unerheblichen Einfluss auf die Entwicklung der Personalkosten haben.

Bei der Sächsischen Aufbaubank wurden die Fördermittel deutlich eingeschränkt.

BETEILIGUNGEN AN PRIVATRECHTLICHEN UNTERNEHMEN

Demografisch bedingt sind die Kinderzahlen rückläufig. Hier gilt es rechtzeitig entsprechend gegen-zusteuern, sowohl kostenseitig als auch im Hinblick auf die Attraktivität der Einrichtung.

Die Erfahrungen der letzten Jahre haben gezeigt, dass zur Risikobetrachtung für kommende Zeit-räume ebenfalls der Fachkräfte- und Personalmangel berücksichtigt werden muss. Es wird immer schwieriger, geeignetes qualifiziertes Fachpersonal für die Bereiche der Bildung, Betreuung und Er-ziehung zu finden. Auf dem gegenwärtigen Arbeitsmarkt fehlen vor allem Stützlehrer, Psychologen, Sozialpädagogen und Lehrkräfte mit den für die Maßnahmen erforderlichen Abschlüssen und Quali-fizierungen.

Die materiell-technischen Risiken liegen vornehmlich in den zu erwartenden Reparaturen und In-standhaltungsarbeiten im Stammhaus, im Kinder- und Jugendheim sowie an den Außenanlagen und im Fuhrpark. Die Ausstattung der Werkstätten entspricht nicht dem derzeitigen Stand der Tech-nik und wird schrittweise in den kommenden Jahren erneuert werden, um die aktuellen und gefor-derten Bildungsinhalte vermitteln zu können. Eine fortschreibende Erneuerung der digitalen Ausstat-tung ist erforderlich, um auch zukünftig Bildungsangebote durchführen zu können.

Um Risiken frühzeitig zu erkennen und qualitative Aussagen zur Rentabilität von Maßnahmen täti-gen zu können, wird an der Einführung eines Controllings gearbeitet.

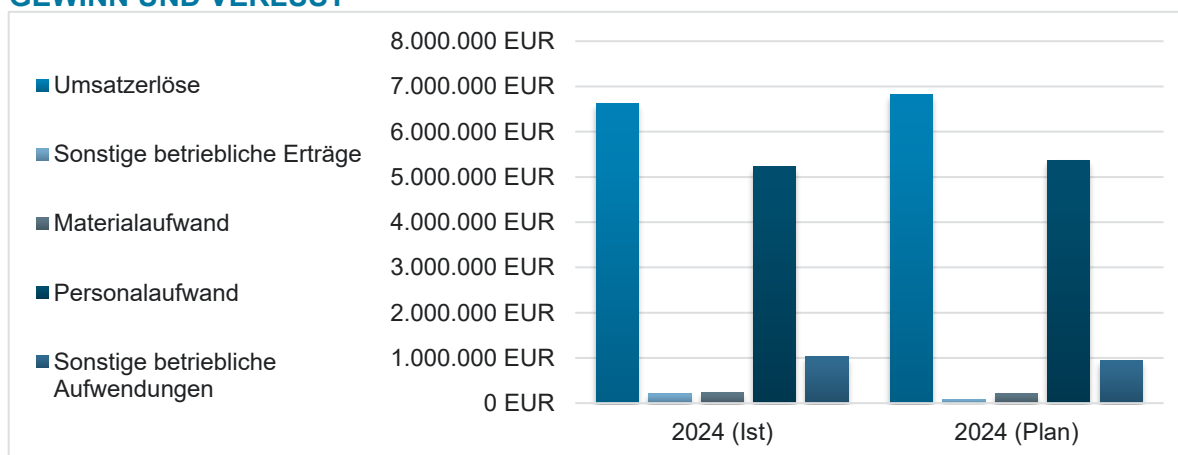
Eine Fortbestandsgefährdung der Gesellschaft ist zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht erkennbar.

Die Prognosen für den Bildungsmarkt bleiben schwierig. Aufgrund der aktuellen wirtschaftlichen Krise, jedoch fehlender Haushaltsmittel in Bund, Ländern und Kommunen erwarten wir nur be-grenzte arbeits- und bildungsmarktpolitische Maßnahmen im Interesse der Arbeits- und Tätigkeits-bereiche der GAFUG mbH.

Die Liquidität und die Finanzierung von Investitionen werden trotz der schwierigen gesamtgesell-schaftlichen Lage auch in den Folgejahren durch bestehende Liquiditätsreserven und der im Jahres-ergebnis enthaltenen, nicht zahlungswirksamen Abschreibungen als weiterhin stabil prognostiziert.

FINANZDATEN

GEWINN UND VERLUST



BETEILIGUNGEN AN PRIVATRECHTLICHEN UNTERNEHMEN

Alle Angaben in EUR

	2024 (IST)	2024 (PLAN)
Umsatzerlöse	6.616.833,81	6.812.000,00
Bestandsveränderungen	-	-
Erträge aus Zuwendungen	-	-
dar.: Auflösung aus Sonderposten	-	-
Sonstige betriebliche Erträge	207.933,37	86.000,00
Materialaufwand	227.650,84	213.000,00
dar.: Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	197.787,09	-
dar.: Aufwendungen für bezogene Leistungen	29.863,75	-
Personalaufwand	5.238.913,11	5.357.000,00
dar.: Löhne und Gehälter	4.296.373,17	-
dar.: soziale Abgaben	942.539,94	-
Sonstige betriebliche Aufwendungen	1.028.869,94	949.000,00
Abschreibungen	207.487,31	235.000,00
Aufwendungen aus Verlustübernahme	-	-
Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanz-AV	-	-
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	4.106,03	275,00
Abschreibungen auf Finanzanlagen und Wertpapiere des UV	-	-
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	20.777,45	0,00
Steuern vom Einkommen und Ertrag	134,33	500,00
Sonstige Steuern	2.914,61	1.850,00
Jahresergebnis	102.125,62	141.925,00

BILANZ UND LEISTUNGSKENNZAHLEN

	2022 (IST)	2023 (IST)	2024 (IST)
Anlagendeckung I (%)	130,9	137,3	143,6
Vermögensstruktur (%)	62,0	58,9	54,3
Eigenkapitalquote (%)	81,2	80,9	78,0
Eigenkapitalrendite (%)	-40,5	0,6	2,1
Fremdkapitalquote (%)	12,6	13,5	17,1
Gesamtkapitalrendite (%)	-32,9	0,5	1,9
Liquidität 1. Grades (%)	337,4	304,9	300,1
Pro-Kopf-Umsatz (EUR)	50.203,37	55.514,85	57.537,69

BETEILIGUNGEN AN PRIVATRECHTLICHEN UNTERNEHMEN

5.11. HEINRICH-BRAUN-KLINIKUM GEMEINNÜTZIGE GMBH

FIRMENDATEN

ANSCHRIFT	Karl-Keil-Straße 35
FIRMENSITZ	08060 Zwickau
TELEFON	0375 51-0
E-MAIL	geschaeftsfuehrung@hbk-zwickau.de
WEBSEITE	http://www.heinrich-braun-klinikum.de
RECHTSFORM	gGmbH
GRÜNDUNGSDATUM	02.08.2007
GESCHÄFTSJAHRESBEGINN	Januar
LETZTE ÄNDERUNG DES GESELLSCHAFTERVERTRAGES	13.04.2021

BETEILIGUNGSQUOTEN ¹¹	Nominal _____ 4,67% / - / 4,67%
KAPITAL	Stammkapital _____ 3.147.000 EUR

GESELLSCHAFTER	Stadt Zwickau _____ 3.000.000 EUR (95,33%)
	Landkreis Zwickau _____ 147.000 EUR (4,67%)

TOCHTERUNTERNEHMEN

HBK-Diagnostik GmbH	25.000 EUR (100,00%)
HBK-Poliklinik gemeinnützige GmbH	25.000 EUR (100,00%)
HBK-Service gemeinnützige GmbH	25.000 EUR (100,00%)
HBK Verwaltung und Bildung gemeinnützige GmbH	23.400 EUR (90,00%)
Senioren- und Seniorenpflegeheim gemeinnützige GmbH Zwickau	1.071.416 EUR (59,00%)

UNTERNEHMENSgegenstand

Die Heinrich-Braun-Klinikum gemeinnützige GmbH mit Sitz in Zwickau verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige und mildtätige Zwecke im Sinne des Abschnitts "Steuerbegünstigte Zwecke" der Abgabenordnung.

Zweck der Gesellschaft ist die Förderung des öffentlichen Gesundheitswesens vor allem im Raum Zwickau und Umgebung, insbesondere durch den Betrieb des Heinrich-Braun-Klinikums als Krankenhaus der Schwerpunktversorgung, und sonstiger, vor allem medizinischer Einrichtungen. Darüber hinaus sind weitere Zwecke der Gesellschaft die Förderung der Volks- und Berufsbildung, einschließlich der Studentenhilfe sowie die Förderung des Wohlfahrtswesens.

Zweck der Gesellschaft ist weiterhin die Betreibung von sozialen Einrichtungen zur Unterbringung, Betreuung, Förderung, Versorgung und Pflege alter, pflegebedürftiger und behinderter Menschen sowie zur Betreuung von Kindern.

Der Satzungszweck wird insbesondere verwirklicht durch

- voll-, vor-, nach-, teilstationäre und ambulante akute und rehabilitative Krankenversorgung,

¹¹ unmittelbar / mittelbar / gesamt

BETEILIGUNGEN AN PRIVATRECHTLICHEN UNTERNEHMEN

- ambulante Krankenversorgung der Bevölkerung im gesetzlich möglichen Rahmen, insbesondere die Teilnahme an der ambulanten ärztlichen und nichtärztlichen Betreuung der Bevölkerung durch die Gründung und den Betrieb von Medizinischen Versorgungszentren,
- Aus-, Fort- und Weiterbildung,
- Verfolgung wissenschaftlicher Fragestellungen insbesondere in der Funktion als akademisches Lehrkrankenhaus sowie mittels Durchführung von Studien in anderem Rahmen
- die Unterstützung von Personen gemäß § 53 AO, insbesondere durch Ermöglichung von erforderlicher medizinischer und pflegerischer Behandlung, jeweils im Rahmen des § 53 AO.

Unternehmensziel ist die optimale Versorgung der Bevölkerung mit medizinischen, pflegerischen und sozialen Leistungen in Fortführung des gegenwärtig hohen Standards in einer wirtschaftlich nachhaltigen Struktur mit einer eigenverantwortlichen ärztlichen, kaufmännischen und pflegerischen Leitung und einer hochmotivierten und qualifizierten Mitarbeiterschaft sowie eine optimale Positionierung des Klinikums im regionalen Wettbewerb.

Die Gesellschaft darf weitere Geschäfte betreiben, soweit diese dem Gesellschaftszweck dienlich sind oder mit ihm in Zusammenhang stehen. Insbesondere darf sie Medizinische Versorgungszentren gründen und betreiben. Zweck der Medizinischen Versorgungszentren ist der Betrieb zur Förderung des Wohlfahrtswesens (§ 52 Abs. 2 Nr. 9 AO), insbesondere durch die Einbringung ambulanter medizinischer Leistungen im Rahmen von Medizinischen Versorgungszentren nach § 95 SGB V.

Die Gesellschaft kann sich zur Erfüllung ihrer Aufgaben anderer Unternehmen bedienen, sich an ihnen beteiligen oder solche Unternehmen sowie Hilfs- und Nebenbetriebe errichten, erwerben oder pachten, mit Unternehmen kooperieren und Interessengemeinschaften eingehen.

Die Errichtung und Übernahme von Unternehmen sowie die Beteiligung an anderen Unternehmen bedarf der Zustimmung der Stadt Zwickau und des Landkreises Zwickau.

AUFSICHTSRAT

MITGLIED

Herr Tim Weigel
Herr Tristan Drechsel
Frau Steffi Heinzig
Frau Andrea Elsel
Frau Anja Telz
Herr Sebastian Lasch
Herr Dr. Ing. Michael Luther
Herr Sven Quilitzsch
Herr Dr. Christoph Scheurer

VORSITZ

Herr Lutz Feustel

GESCHÄFTSFÜHRUNG

GESCHÄFTSFÜHRER/-IN

Herr Rüdiger Glaß
Frau Bianca Steiner

WIRTSCHAFTSPRÜFER/-IN

Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Eureos GmbH

BETEILIGUNGEN AN PRIVATRECHTLICHEN UNTERNEHMEN

LAGEBERICHT (AUSZUGSWEISE WIEDERGABE)

Darstellung des Geschäftsverlaufes

Die HBK gGmbH ist ein Krankenhaus der Schwerpunktversorgung an den Standorten Zwickau (2x), Kirchberg und Glauchau. [...]

Um sich den zunehmend steigenden Anforderungen im Gesundheitswesen stellen zu können, wurden 2022 die Bereiche Verwaltung und Bildung in eine eigenständige Gesellschaft, die HBK Verwaltung und Bildung gemeinnützige GmbH, überführt. Die Ausgründung erfolgte mit Wirkung zum 1. Januar 2022 und ermöglicht die Öffnung für strategische Partnerschaften mit anderen regionalen Akteuren des Gesundheitswesens und eine Allianz gegen den Fachkräftemangel.

Ein weiterer bedeutender Schritt für die Entwicklung des Klinikums ist der am 12. Juli 2022 unterzeichnete Anteils- und Übertragungsvertrag mit der Paracelsus-Kliniken Deutschland GmbH & Co. KGaA über die Übertragung des Betriebes der Paracelsus-Klinik Zwickau im Rahmen eines Asset Deals. Die Übertragung der Vermögenswerte und Wirtschaftsgüter mit den zugehörigen Arbeits-, Vertrags- und Rechtsverhältnissen erfolgte im Wege der Einzelrechtsnachfolge und wurde zum 1. Dezember 2022 vollzogen. [...] Das Klinikum verfügt krankenhaushausplanerisch nun über 1.072 Betten und 83 tagesklinische Plätze in mehr als 30 Kliniken und medizinischen Abteilungen und hält damit alle wesentlichen Fachrichtungen vor. Als modernes Krankenhaus investiert das Klinikum auf anhaltend hohem Niveau in die Sanierung von Bestandsgebäuden, in Neubauten und in modernste Medizintechnik.

So wurden die im Jahr 2013 mit Eigenmitteln begonnenen Ausbau- und Modernisierungsmaßnahmen am Standort Kirchberg im Jahr 2022 beendet. Es wurde entschieden, den Standort in ein Fachklinikum für Neurorehabilitation umzuwandeln. Dies erfordert weitere Um- und Ausbauten. Um die dafür notwendigen Kapazitäten zu schaffen, wurde die akutmedizinische Versorgung zum 21. Dezember 2022 eingestellt.

Der Neubau Haus 1 wurde im Geschäftsjahr fortgesetzt und mit Eröffnung im Februar 2025 abgeschlossen. Hier erfolgt die Bündelung der Klinik für Innere Medizin/ Geriatrie sowie der Klinik für Innere Medizin V/ Pneumologie, pneumologische Onkologie, Beatmungs- und Schlafmedizin. [...] Das Klinikum hat circa 37 Millionen Euro investiert. Unterstützt wurde das Vorhaben mit knapp einer Million Euro vom Freistaat Sachsen, welche in die technische Ausstattung geflossen ist.

Zur Qualitätssicherung und Qualitätsverbesserung absolvierte das Klinikum im Wirtschaftsjahr wieder eine Re- und Neuzertifizierung. So wurde die Überregionale Stroke Unit, das Überregionale Traumazentrum in Zwickau, das Zentrum für Alterstraumatologie, das Endoprothetikzentrum der Maximalversorgung und die Nephrologische Schwerpunktambulanz, das Zentrum für Hypertonie sowie das Zentrum für Interdisziplinäre Gefäßmedizin erfolgreich rezertifiziert. Das Kompetenzzentrum für Adipositas- und Metabolische Chirurgie konnte in 2024 erfolgreich erstzertifiziert werden.

Um Patientinnen und Patienten mit Krebserkrankungen eine umfassende Versorgung mit modernster Technik, höchsten Qualitäts- und Behandlungsstandards zu bieten und bestmögliche Therapieergebnisse zu erzielen, wurde im Jahr 2023 das Onkologische Zentrum Zwickau gegründet. Dies stellt den organisatorischen Verbund aller an der Diagnostik, Therapie und Nachsorge von onkologischen Erkrankungen beteiligten Fachbereiche am Klinikum dar. Darüber hinaus besteht ein großes Netzwerk an spezialisierten Kooperationspartnern der Region wie niedergelassene Arztpraxen, Selbsthilfegruppen und Heilmittelversorgern. [...]

Darstellung der Lage der Gesellschaft

Im Wirtschaftsjahr 2024 erzielte das Klinikum aufgrund des zusätzlichen Abschreibungsaufwandes auf den Geschäfts- und Firmenwert des in 2022 erworbenen Standortes Werdauer Straße einen Jahresfehlbetrag in Höhe von TEUR 5.739 (Vorjahr: Jahresfehlbetrag TEUR 5.266).

Die Finanzlage war stabil und die Liquidität im Wirtschaftsjahr stets gesichert. Das langfristige Vermögen wird fristenadäquat finanziert.

BETEILIGUNGEN AN PRIVATRECHTLICHEN UNTERNEHMEN

Die HBK gGmbH hatte im Wirtschaftsjahr 2024 im Jahresmittel 2.030,17 Vollkräfte beschäftigt. Damit blieb der Personalbestand, in der Gesamtheit betrachtet, gegenüber dem Vorjahr beinahe unverändert. Allerdings fanden Umgliederungen einzelner Mitarbeiter in die Tochtergesellschaft statt, welche bei Erwerb des Standortes Werdauer Straße zunächst der HBK gGmbH zugeordnet waren. [...]

Der Materialaufwand für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe sowie die Aufwendungen für bezogene Leistungen haben sich gegenüber dem Vorjahr um TEUR 4.774 erhöht. Ursachen hierfür sind neben den allgemeinen Preissteigerungen auch die personalkostenbedingten Mehraufwendungen im Bereich der Geschäftsbesorgungsverträge mit den verbundenen Unternehmen.

Im Jahr 2024 wurden Instandhaltungsaufwendungen in Höhe von TEUR 10.053 (Vj. TEUR 11.767) vorgenommen.

Risiko- und Prognosebericht

Die wirtschaftliche Situation in Deutschland sowie die gleichzeitig geplante Krankenhausreform wirken sich unmittelbar und gravierend auf die deutschen Krankenhäuser aus. Die Prognose bleibt angespannt kritisch – sowohl finanziell als auch strukturell. Trotz zurückgehender Inflation bleibt das Kostenumfeld für Krankenhäuser herausfordernd. Energiepreise, Personalkosten und Investitionsaufwendungen bleiben auf hohem Niveau. Gleichzeitig stagniert die Refinanzierung über die Fallpauschalen, da diese nicht im selben Maße steigen und der demografische Wandel die Patientenstruktur hin zu komplexeren, aber weniger Fällen verändert.

Der Fachkräftemangel in der Pflege bleibt akut und zwingt die Häuser, Leistungen einzuschränken oder Stationen zu schließen. [...]

Die HBK gGmbH setzt in diesen herausfordernden Zeiten auf gut ausgebildetes Personal, Spezialisierung und Kompetenzbündelung durch Zentrenbildung sowie medizinische und bauliche Modernisierung.

Aufgrund unzureichender Investitionsförderung muss das Klinikum seine Vorhaben in der Vergangenheit zum Großteil aus Eigenmitteln finanzieren. Zuweilen ist festzustellen, dass Baumaßnahmen hierdurch verspätet begonnen werden können.

Somit erwarten wir im Vergleich zum aktuellen Geschäftsjahr keine Verbesserung des Ergebnisses.

BETEILIGUNGEN AN PRIVATRECHTLICHEN UNTERNEHMEN

5.12. HBK-POLIKLINIK GEMEINNÜTZIGE GMBH

FIRMENDATEN

ANSCHRIFT	Karl-Keil-Straße 35
FIRMENSITZ	08060 Zwickau
TELEFON	0375 51-0
E-MAIL	geschaefsfuehrung@hbk-zwickau.de
WEBSEITE	http://www.heinrich-braun-klinikum.de
RECHTSFORM	gGmbH
GRÜNDUNGSDATUM	01.08.2008
GESCHÄFTSJAHRESBEGINN	Januar

BETEILIGUNGSQUOTEN¹² Nominal _____ - / 4,67% / 4,67%
KAPITAL Stammkapital _____ 25.000 EUR

GESELLSCHAFTER Heinrich-Braun-Klinikum gemeinnützige GmbH
_____ 25.000 EUR (100,00%)

UNTERNEHMENSgegenstand

Die HBK-Poliklinik gemeinnützige GmbH in Zwickau verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne des Abschnitts "Steuerbegünstigte Zwecke" der Abgabenordnung.

Zweck der Gesellschaft ist die Förderung des öffentlichen Gesundheitswesens und der öffentlichen Gesundheitspflege sowie die Förderung des Wohlfahrtswesens vor allem im Raum Zwickau und Umgebung.

Der Satzungszweck wird insbesondere verwirklicht durch

- die Einbringung ambulanter medizinischer Leistungen im Rahmen von Medizinischen Versorgungszentren (MVZ) im Sinne des § 95 Abs. 1 SGB V,
- die Unterstützung von Personen gemäß § 53 AO, insbesondere durch Ermöglichung von erforderlicher medizinischer Behandlung.

GESCHÄFTSFÜHRUNG

GESCHÄFTSFÜHRER/-IN

Herr Michael Kamolz
Frau Bianca Steiner

WIRTSCHAFTSPRÜFER/-IN

Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Eureos GmbH

LAGEBERICHT (AUSZUGSWEISE WIEDERGABE)

Darstellung des Geschäftsverlaufes

Als 100-prozentige Tochtergesellschaft des Heinrich-Braun-Klinikums gemeinnützige GmbH liegt der Zweck der Gesellschaft in dem Betreiben von Medizinischen Versorgungszentren (MVZ).

¹² unmittelbar / mittelbar / gesamt

BETEILIGUNGEN AN PRIVATRECHTLICHEN UNTERNEHMEN

Ende 2024 werden:

- das MVZ Poliklinik am Neumarkt
- das MVZ Poliklinik West Strahlentherapie
- das MVZ Poliklinik West
- das MVZ Poliklinik West II
- das MVZ Poliklinik West III
- das MVZ Poliklinik Crimmitschau
- das MVZ Crimmitschau II
- das MVZ Poliklinik Kirchberg
- das MVZ Poliklinik am Borberg/Kirchberg
- das MVZ Poliklinik Burkersdorf
- das MVZ Poliklinik am Schwanenteich
- das MVZ Polimed
- das MVZ Poliklinik Gefäßzentrum Zwickau
- das MVZ Poliklinik Neuplanitz
- das MVZ Poliklinik Wilkau-Haßlau
- das MVZ Zwickau

betrieben.

Die HBK-Poliklinik gemeinnützige GmbH erreichte in den 16 betriebenen Medizinischen Versorgungszentren mit 84,25 KV-Sitzen im Geschäftsjahr 2024 eine Behandlungsfallzahl von 259.633. Im Geschäftsjahr 2023 mit 78,25 KV-Sitzen lag die Behandlungsfallzahl bei 237.233. Damit ergibt sich eine Steigerung von 9 %. Der Fallzahlenanstieg ist größtenteils auf die Verschmelzung der HBK MVZ Zwickau gemeinnützige GmbH zurückzuführen.

Darstellung der Lage der Gesellschaft

Insgesamt konnten TEUR 26.512 Erlöse aus ambulanten Leistungen erzielt werden. (Vorjahr: TEUR 22.937).

Sonstige betriebliche Erträge wurden i. H. v. TEUR 1.089 (Vorjahr: TEUR 628) erwirtschaftet. Diese resultieren aus Zuwendungen der öffentlichen Hand (TEUR 277), aus Nachberechnungen aus den Vorjahren (TEUR 311), Anlagenverkäufen (TEUR 211) sowie aus Erträgen aus der Auflösung von Rückstellungen i. H. v. TEUR 89.

Mit der Kassenärztlichen Vereinigung Sachsen wurden die Leistungen für alle vier Quartale 2024 abgerechnet.

Im Geschäftsjahr 2024 wurde ein Jahresverlust in Höhe von TEUR 296 erzielt (Vorjahr: Verlust TEUR 84) [...].

Der Personalaufwand des Geschäftsjahres beläuft sich auf TEUR 17.043 und liegt somit 13,8 Prozent über dem Vorjahreswert. Im Wesentlichen ergibt sich diese Veränderung durch die Verschmelzung, aus Tarifsteigerungen und die Inflationsausgleichszahlungen.

Der Materialaufwand ist im Vergleich zum Vorjahr um 18,1 Prozent gestiegen. Bei den Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffen kam es zu Steigerungen von 9,9 Prozent, die bezogenen Leistungen erhöhten

BETEILIGUNGEN AN PRIVATRECHTLICHEN UNTERNEHMEN

sich um 25,2 Prozent. Hierbei wirkten sich im Wesentlichen die Aufwendungen aus den Geschäftsbeziehungen mit der Gesellschafterin und mit ihr verbundenen Unternehmen aus.

Die flüssigen Mittel betragen zum 31. Dezember 2024 TEUR 1.089. Die Zahlungsfähigkeit war im Geschäftsjahr jederzeit gegeben.

Die Vermögens- und Kapitalstruktur ist für das Jahr 2024 ausgeglichen. Im Geschäftsjahr erfolgte eine Kapitalrückzahlung an die Gesellschafterin in Höhe von TEUR 250. Das Eigenkapital verringerte sich somit insgesamt um TEUR 546 auf TEUR 13.464. Daraus ergibt sich eine Eigenkapitalquote von 64,6 %. Die Bilanzsumme zum 31. Dezember 2024 ist im Vergleich zum Vorjahr von TEUR 880 auf TEUR 20.832 gesunken.

Risiko- und Prognosebericht

Für das kommende Geschäftsjahr wird mit zunehmenden Fallzahlen und Umsätzen gerechnet. Ergebnisbelastend werden sich deutlich steigende Personalkosten auswirken. Insgesamt wird dennoch mit einem leicht positiven Jahresergebnis gerechnet., sodass mit einem negativen Jahresergebnis gerechnet.

Der Fortbestand der Gesellschaft ist nachhaltig gesichert. Insgesamt wird in der ambulanten Versorgung mit einem weiterhin schwierigen Umfeld zu rechnen sein.

Die Risiken im Gesundheitssektor liegen vor allem in der Abhängigkeit von politischen und sonstigen Einflüssen und den daraus resultierenden Auswirkungen auf die Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft. Weitere Risiken liegen in den Tarifforderungen der Bundesärztekammer als auch des Marburger Bundes, die Auswirkungen auf die Personalkostenentwicklung der HBK-Poliklinik haben werden. Die Tarifabschlüsse übersteigen zunehmend die Erlöszuwächse, somit ist von einem steigenden Kostendruck auszugehen. Die Nachbesetzung von Sitzen wird eine enorme Herausforderung für die Zukunft darstellen.

Zum gegenwärtigen Zeitpunkt sind keine bestandsgefährdenden bzw. die Entwicklung wesentlich beeinträchtigenden Risiken erkennbar.

BETEILIGUNGEN AN PRIVATRECHTLICHEN UNTERNEHMEN

5.13. HBK-SERVICE GEMEINNÜTZIGE GMBH

FIRMENDATEN

ANSCHRIFT	Karl-Keil-Straße 35
FIRMENSITZ	08060 Zwickau
TELEFON	0375 51-0
E-MAIL	geschaeftsfuehrung@hbk-zwickau.de
WEBSEITE	http://www.heinrich-braun-klinikum.de
RECHTSFORM	GmbH
GRÜNDUNGSDATUM	02.07.2010
GESCHÄFTSJAHRESBEGINN	Januar

BETEILIGUNGSQUOTEN¹³ Nominal _____ - / 4,67% / 4,67%
KAPITAL Stammkapital _____ 25.000 EUR

GESELLSCHAFTER Heinrich-Braun-Klinikum gemeinnützige GmbH
_____ 25.000 EUR (100,00%)

UNTERNEHMENSgegenstand

Gegenstand des Unternehmens ist die Erbringung von Dienstleistungen an die "Heinrich-Braun-Klinikum Zwickau gemeinnützige GmbH" mit Sitz in Zwickau und an mit dieser verbundene Unternehmen in den Bereichen: Speisenversorgung, Technik, Hauswirtschaft und Logistik, Patientenservice sowie Physio- und Ergotherapie. Die Gesellschaft ist zu allen Geschäften und Maßnahmen berechtigt, die geeignet erscheinen, dem Gegenstand des Unternehmens zu dienen.

Die Gesellschaft darf weitere Geschäfte betreiben, soweit diese dem Gesellschaftszweck dienlich sind oder mit ihnen in Zusammenhang stehen. Die Gesellschaft kann sich zur Erfüllung ihrer Aufgaben anderer Unternehmen bedienen, sich an ihnen beteiligen oder solche Unternehmen sowie Hilfs- und Nebenbetriebe errichten, erwerben oder pachten, mit Unternehmen kooperieren und Interessengemeinschaften eingehen.

Die Errichtung und Übernahme von Unternehmen sowie die Beteiligung an anderen Unternehmen bedarf der Zustimmung der Stadt Zwickau und des Landkreises Zwickau.

Die Gesellschaft darf ein anderes Unternehmen nur unterhalten, übernehmen oder sich daran beteiligen, wenn den Nummern 1 und 2 sowie 4 bis 13 des § 96a Absatz 1 der Sächsischen Gemeindeordnung entsprechende Regelungen im Gesellschaftsvertrag dieses Unternehmens enthalten sind, sofern sie allein oder zusammen mit anderen Gesellschaften, für die ebenfalls dieses Verpflichtung besteht, eine zur Änderung des Gesellschaftsvertrags berechtigten Mehrheit der Anteile hat. Bei einer geringeren Beteiligung hat die Gesellschaft darauf hinzuwirken, dass die genannten Regelungen getroffen werden. Die Sätze 1 und 2 gelten entsprechend für Unternehmen in anderen Rechtsformen des privaten Rechts.

Die Dauer der Gesellschaft ist unbestimmt.

Das Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr.

GESCHÄFTSFÜHRUNG

GESCHÄFTSFÜHRER/-IN

Herr Rüdiger Glaß

¹³ unmittelbar / mittelbar / gesamt

BETEILIGUNGEN AN PRIVATRECHTLICHEN UNTERNEHMEN

WIRTSCHAFTSPRÜFER/-IN

Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Eureos GmbH

LAGEBERICHT (AUSZUGSWEISE WIEDERGABE)

Darstellung des Geschäftsverlaufes

Die HBK-Service gemeinnützige GmbH als hundertprozentige Tochter der Heinrich-Braun-Klinikum gemeinnützige GmbH ist beauftragt, alle wesentlichen Dienstleistungen um die Patientenversorgung zu organisieren. Insbesondere Reinigung, Speisensversorgung, Hol- und Bringedienst, Patientenservice, Physiotherapie, Technischer Dienst sowie das Schreibbüro sind Kernkompetenz der Gesellschaft.

Darstellung der Lage der Gesellschaft

Die HBK-Service gemeinnützige GmbH weist zum 31. Dezember 2024 ein positives Ergebnis von TEUR 24 (Vorjahr TEUR 28) aus.

Die Finanzlage war stabil und die Liquidität im Wirtschaftsjahr stets gesichert.

Die Umsatzerlöse in Höhe von TEUR 13.813 (Vorjahr TEUR 11.885) resultieren ausschließlich aus den Serviceverträgen mit der Gesellschafterin und verbundenen Unternehmen.

Sonstige betriebliche Erträge fielen in Höhe von TEUR 119 (Vorjahr TEUR 179) an und resultieren im Wesentlichen aus Erträgen aus der Auflösung von Rückstellungen und Erstattungen der öffentlichen Hand.

Die Gesellschaft hat im Jahresmittel 287,83 Vollkräfte (Vj. 274,71 VK) beschäftigt, für welche ein Personalaufwand i. H. v. TEUR 13.620 (Vj. TEUR 11.753) entstanden ist. Die Abweichung zum Vorjahr resultiert aus der Tarifsteigerung von 6 Prozent, der erfolgten Inflationsausgleichszahlung und aus höheren Beschäftigungszahlen. Die Beschäftigungszahlen sind in erster Linie aufgrund der Umgliederung des Personals am Standort Werdauer Straße in die HBK-Service gemeinnützige GmbH nach der zunächst nach Erwerb des Standortes erfolgten Eingliederung in die Heinrich-Braun-Klinikum gemeinnützige GmbH gestiegen.

Der Materialaufwand ergibt sich im Wesentlichen aus den Dienstleistungsverträgen mit der Gesellschafterin und der HBK Verwaltung und Bildung gemeinnützige GmbH.

Im sonstigen betrieblichen Aufwand sind Versicherungen, sonstige Verwaltungsgebühren, Fort- und Weiterbildungskosten sowie Personalleasing enthalten.

Risiko- und Prognosebericht

Für das kommende Geschäftsjahr gehen wir von leicht steigenden Umsätzen aus. Insgesamt erwarten wir ein positives Ergebnis.

BETEILIGUNGEN AN PRIVATRECHTLICHEN UNTERNEHMEN

5.14. HBK-DIAGNOSTIK GMBH

FIRMENDATEN

ANSCHRIFT	Karl-Keil-Straße 35
FIRMENSITZ	08060 Zwickau
TELEFON	0375 51-0
E-MAIL	ilab@hbk-zwickau.de
WEBSEITE	http://www.heinrich-braun-klinikum.de
RECHTSFORM	GmbH
GRÜNDUNGSDATUM	01.01.2019
GESCHÄFTSJAHRESBEGINN	Januar

BETEILIGUNGSQUOTEN¹⁴
KAPITAL Nominal _____ - / 4,67% / 4,67%
Stammkapital _____ 25.000 EUR

GESELLSCHAFTER Heinrich-Braun-Klinikum gemeinnützige GmbH
_____ 25.000 EUR (100,00%)

UNTERNEHMENSgegenstand

Gegenstand des Unternehmens ist die Erbringung von Leistungen im medizinischen Bereich, insbesondere Laborleistungen für die „Heinrich-Braun-Klinikum gemeinnützige GmbH“ mit Sitz in Zwickau und an mit dieser verbundenen Unternehmen. Sie kann Leistungen auch für andere Krankenhäuser, niedergelassene Ärzte, Medizinische Versorgungszentren oder sonstige Einrichtungen im Bereich des Gesundheitswesens erbringen. Die Gesellschaft ist zu allen Geschäften und Maßnahmen berechtigt, die geeignet erscheinen, dem Gegenstand des Unternehmens zu dienen. Die Gesellschaft ist insbesondere berechtigt, medizinische Versorgungszentren zu gründen, zu unterhalten und sich daran zu beteiligen.

GESCHÄFTSFÜHRUNG

GESCHÄFTSFÜHRER/-IN

Herr Dr. med. habil. Peter Reichardt

WIRTSCHAFTSPRÜFER/-IN

Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Eureos GmbH

LAGEBERICHT (AUSZUGSWEISE WIEDERGABE)

Darstellung zum Geschäftsverlauf

Die HBK-Diagnostik GmbH wurde 2019 als hundertprozentige Tochter der Heinrich-Braun-Klinikum gemeinnützige GmbH errichtet. Gegenstand des Unternehmens ist die Erbringung von Leistungen im medizinisch-technischen Bereich, insbesondere Laborleistungen, für die HBK gGmbH und damit verbundene Unternehmen sowie für andere Krankenhäuser und sonstige Einrichtungen des Gesundheitswesens.

Darstellung der Lage der Gesellschaft

Die Finanzlage der Gesellschaft war im Wirtschaftsjahr stabil und die Liquidität stets gesichert. Es wurde ein Jahresüberschuss von TEUR 52 (Vorjahr: TEUR 88) erzielt.

¹⁴ unmittelbar / mittelbar / gesamt

BETEILIGUNGEN AN PRIVATRECHTLICHEN UNTERNEHMEN

Ertragslage

Die HBK-Diagnostik GmbH erbrachte im Berichtsjahr fast ausschließlich Leistungen an die Gesellschafterin (TEUR 4.552 Vorjahr: TEUR 4.198). Durch die Leistungserbringung an Dritte erwirtschaftete die Gesellschaft Umsatzerlöse i. H. v. TEUR 4 (Vorjahr: TEUR 3).

Personalaufwand

Die Gesellschaft hat im Jahresmittel 32,49 Vollkräfte (Vorjahr: 32,59 Vollkräfte) beschäftigt, für welche ein Personalaufwand i. H. v. TEUR 2.170 (Vorjahr: TEUR 1.864) entstanden ist. Die Kostensteigerungen ergeben sich aus der Inflationsausgleichszahlung sowie der Rückstellungsbildung für erwartete Tarifsteigerungen, die sich gegebenenfalls aus den derzeit laufenden Tarifverhandlungen ergeben.

Materialaufwand

Der Materialaufwand (TEUR 1.910 Vorjahr: TEUR 1.780) ergibt sich größtenteils aus dem Laborbedarf (TEUR 1.457, Vorjahr: 1.397), Fremduntersuchungen (TEUR 358, Vorjahr: TEUR 313) und den bezogenen Leistungen aus Geschäftsbesorgungsverträgen mit verbundenen Unternehmen (TEUR 89, Vorjahr: TEUR 62). Die Entwicklung des Materialaufwands ergibt sich aus Leistungssteigerungen und deutlichen Preissteigerungen für Materialien und Reagenzien, welche durch die Kooperation mit dem Medizinischen Labor Westsachsen gemindert werden konnte.

Sonstiger Aufwand

Der sonstige betriebliche Aufwand (TEUR 494, Vorjahr: TEUR 514) ergibt sich im Wesentlichen aus EDV- und Organisationsaufwand (TEUR 40 Vorjahr: TEUR 32), Instandhaltungs- (TEUR 174, Vorjahr: TEUR 166) und Mietaufwand (TEUR 203, Vorjahr: TEUR 213).

Vermögens- und Finanzlage

Zum 31. Dezember 2024 betragen die flüssigen Mittel der Gesellschaft TEUR 423 (Vorjahr: TEUR 342). Die Zahlungsfähigkeit war im Geschäftsjahr jederzeit gegeben. Die Vermögens- und Kapitalstruktur ist für das Jahr 2024 ausgeglichen. Das Eigenkapital beträgt TEUR 131 (Vj. TEUR 227). Insgesamt betragen die Rückstellungen zum 31. Dezember 2024 TEUR 319 (Vorjahr: TEUR 127) und wurden maßgeblich für Personalverpflichtungen (TEUR 292) aus Urlaub, Mehrstunden Gehaltsnachzahlungen und die Erstellung des Jahresabschlusses (TEUR 16) gebildet.

Risiken und Chancen der künftigen Entwicklung

Für das kommende Wirtschaftsjahr gehen wir von weiter leicht steigenden Umsätzen aus, aber auch von weiter steigenden Einkaufspreisen. Zusätzlich stellen die von ver.di gesteuerten Tarifforderungen eine große Herausforderung für das Unternehmen dar. Wir gehen jedoch durch eine aktiv angepasste Einkaufspolitik und eine Steigerung der Wirtschaftlichkeit des Analysespektrums erneut von einem positiven Jahresergebnis aus.

BETEILIGUNGEN AN PRIVATRECHTLICHEN UNTERNEHMEN

5.15. HBK VERWALTUNG UND BILDUNG GEMEINNÜTZIGE GMBH

FIRMENDATEN

ANSCHRIFT	Karl-Keil-Straße 35
FIRMENSITZ	08060 Zwickau
RECHTSFORM	gGmbH
GRÜNDUNGSDATUM	18.07.2022
GESCHÄFTSJAHRESBEGINN	Januar

BETEILIGUNGSQUOTEN ¹⁵	Nominal _____ - / 4,62% / 4,62%
KAPITAL	Stammkapital _____ 26.000 EUR

GESELLSCHAFTER	Heinrich-Braun-Klinikum gemeinnützige GmbH _____ 23.400 EUR (90,00%) Senioren- und Seniorenpflegeheim gemeinnützige GmbH Zwickau _____ 2.600 EUR (10,00%)
----------------	--

UNTERNEHMENSgegenstand

Unternehmensziel ist die optimale Versorgung der Bevölkerung mit Leistungen der Volks- und Berufsbildung und medizinischen, pflegerischen und sozialen Leistungen durch die Erbringung von Kooperationsleistungen an gemeinnützige Körperschaften und den Bezug von Kooperationsleistungen von gemeinnützigen Körperschaften, insbesondere an die bzw. von der „Heinrich-Braun-Klinikum gemeinnützige GmbH“ mit Sitz in Zwickau und an mit dieser verbundenen Unternehmen in den Bereichen: Controlling einschließlich Medizincontrolling, Qualitätsmanagement, Justizariat, Finanz- und Rechnungswesen, Arbeit- und Umweltschutz, Unternehmenskommunikation, Technischer Dienst einschließlich Biomedizintechnik, Personalverwaltung, Patientenabrechnung, Bibliothek, Einkauf, Informatik, Standortverwaltung, Schreibdienst. Sie kann in untergeordnetem Umfang solche Leistungen auch für andere Krankenhäuser, niedergelassene Ärzte, Medizinische Versorgungszentren oder sonstige Einrichtungen im Bereich des Gesundheitswesens erbringen. Die Gesellschaft ist zu allen Geschäften und Maßnahmen berechtigt, die geeignet erscheinen, dem Gegenstand des Unternehmens zu dienen.

GESCHÄFTSFÜHRUNG

GESCHÄFTSFÜHRER/-IN

Herr Jens Geigenmüller
Herr Rüdiger Glaß
Herr Mirco Schmidt

LAGEBERICHT (AUSZUGSWEISE WIEDERGABE)

Darstellung des Geschäftsverlaufes

Mit Beschluss des Stadtrates der Stadt Zwickau vom 28. April 2022 und des Kreistagsbeschlusses vom 6. Juli 2022 wurde am 6. Juli 2022 durch notarielle Beurkundung des Gesellschaftsvertrages die HBK Verwaltung und Bildung gemeinnützige GmbH errichtet. Die Eintragung der Gesellschaft erfolgte im Handelsregister B des Amtsgerichtes Chemnitz unter der Nummer 35102.

Die Gesellschaft hat Wege der Ausgliederung zur Aufnahme gemäß Spaltungs- und Übernahmevertrag vom 2. August 2022 einen Teil des Vermögens der Heinrich-Braun-Klinikum gemeinnützige GmbH als Gesamtheit übernommen. Die Übertragung des Vermögens erfolgte mit Wirkung zum 1. Januar 2022.

¹⁵ unmittelbar / mittelbar / gesamt

BETEILIGUNGEN AN PRIVATRECHTLICHEN UNTERNEHMEN

Darstellung der Lage der Gesellschaft

Die HBK Verwaltung und Bildung gemeinnützige GmbH weist zum 31. Dezember 2024 ein positives Ergebnis von TEUR 7 (Vj. TEUR 12) aus.

Die Finanzlage war stabil und die Liquidität im Wirtschaftsjahr stets gesichert.

Die Umsatzerlöse in Höhe von TEUR 11.787 (Vj. TEUR 10.577) resultieren im Wesentlichen aus der Leistungserbringung an die Heinrich-Braun-Klinikum gemeinnützige GmbH und an mit dieser verbundene Unternehmen. Für Leistungen an Dritte, welche fast ausschließlich Leistungen des Bildungszentrums umfassen, wurde ein Umsatz in Höhe von TEUR 77 (Vj. TEUR 48) erzielt.

Sonstige betriebliche Erträge fielen in Höhe von TEUR 110 (Vj. TEUR 110) an und resultieren im Wesentlichen aus Erstattungen Dritter für laufenden Aufwand und aus Erträgen aus der Auflösung von Rückstellungen.

Die Gesellschaft hat im Jahresmittel 154,44 Vollkräfte beschäftigt, für welche ein Personalaufwand i. H. v. TEUR 10.459 entstanden ist. Im Vorjahr waren 142,15 Vollkräfte beschäftigt.

Der Materialaufwand i. H. v. TEUR 299 ergibt sich im Wesentlichen aus Wirtschaftsbedarf (TEUR 48) und aus bezogenen Leistungen von der Heinrich-Braun-Klinikum gemeinnützige GmbH und an mit dieser verbundene Unternehmen (TEUR 175) sowie Referentenhonoreare für das Bildungszentrum (TEUR 62).

Im sonstigen betrieblichen Aufwand (TEUR 1.015, Vj. TEUR 807) sind Mieten, Verwaltungsgebühren, EDV- und Organisationsaufwand sowie Fort- und Weiterbildungskosten enthalten.

Risiko- und Prognosebericht

Für das kommende Geschäftsjahr gehen wir von leicht steigenden Umsätzen aus und erwarten ein positives Ergebnis.

BETEILIGUNGEN AN PRIVATRECHTLICHEN UNTERNEHMEN

5.16. SENIOREN- UND SENIORENPFLEGEHEIM GEMEINNÜTZIGE GMBH ZWICKAU

FIRMENDATEN

ANSCHRIFT	Sternenstraße 5
FIRMENSITZ	08066 Zwickau
TELEFON	0375 44050-900
E-MAIL	info@ssh-zwickau.de
WEBSEITE	http://www.ssh-zwickau.de
RECHTSFORM	gGmbH
GRÜNDUNGSDATUM	01.09.1993
GESCHÄFTSJAHRESBEGINN	Januar

BETEILIGUNGSQUOTEN ¹⁶	Nominal _____ - / 4,18% / 4,18%
KAPITAL	Stammkapital _____ 1.816.000 EUR

GESELLSCHAFTER	Heinrich-Braun-Klinikum gemeinnützige GmbH _____ 1.071.416 EUR (59,00%) Senioren- und Seniorenpflegeheim gemeinnützige GmbH Zwickau _____ 617.464 EUR (34,00%) Stadt Zwickau _____ 127.120 EUR (7,00%)
----------------	--

TOCHTERUNTERNEHMEN

SSH Service GmbH	30.000 EUR (100,00%)
Äskulap Zwickau Pflegedienst gemeinnützige GmbH	58.299 EUR (78,57%)
Senioren- und Seniorenpflegeheim gemeinnützige GmbH Zwickau	617.464 EUR (34,00%)
HBK Verwaltung und Bildung gemeinnützige GmbH	2.600 EUR (10,00%)

UNTERNEHMENSgegenstand

Förderung der Alten- und Behindertenhilfe durch Betreiben von sozialen Einrichtungen sowie durch Erbringung von Kooperationsleistungen an andere steuerbegünstigte Körperschaften und Bezug von Kooperationsleistungen von anderen steuerbegünstigten Körperschaften. Das Unternehmen dient einem Gemeinbedarf zur Unterbringung, Betreuung, Förderung, Versorgung und Pflege alter, pflegebedürftiger und behinderter Menschen.

Der Satzungszweck wird insbesondere verwirklicht durch Besitz und Betrieb von betreuten Wohnformen für ältere oder behinderte Menschen, Spezialpflegeeinrichtungen, Altenpflegeeinrichtungen, Wohnheimen für behinderte Menschen sowie durch Erbringung von Kooperationsleistungen an steuerbegünstigte Tochterunternehmen der Senioren- und Seniorenpflegeheim GmbH und der Heinrich-Braun-Klinikum gemeinnützige GmbH, insbesondere an die SSH Service gemeinnützige GmbH, Äskulap Zwickau Pflegedienst gemeinnützige GmbH und an andere jeweils steuerbegünstigte Alten- und Pflegeeinrichtungen oder Bezug von Kooperationsleistungen von diesen steuerbegünstigten Körperschaften.

Die zu erbringenden bzw. bezogenen Kooperationsleistungen umfassen insbesondere Leistungen in den Bereichen Management- und Betriebsführung, Auftragsmanagement, Geschäftsbesorgung,

¹⁶ unmittelbar / mittelbar / gesamt

BETEILIGUNGEN AN PRIVATRECHTLICHEN UNTERNEHMEN

Personalverwaltung, Buchhaltung, Controlling, IT, Beschaffung und Einkauf, Vermietung und Nutzungsüberlassung sowie Leistungen in den Bereichen Bewirtschaftung, Catering, Reinigung, Facility-Dienstleistungen, Verwaltung, Beratung und Schulung von Spezialbetrieben und deren Nebenbetrieb, Belieferung mit Waren aller Art sowie Bildungsleistungen.

GESCHÄFTSFÜHRUNG

GESCHÄFTSFÜHRER/-IN

Herr Jens Geigenmüller

WIRTSCHAFTSPRÜFER/-IN

Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Eureos GmbH

LAGEBERICHT (AUSZUGSWEISE WIEDERGABE)

Darstellung des Geschäftsverlaufes

Das Wirtschaftsjahr 2024 stand unter dem Einfluss der Konsolidierung nach dem Ende der Corona-Pandemie sowie den Auswirkungen des Kriegs in der Ukraine mit Unsicherheiten, Lieferengpässen sowie enormen Preisanstiegen insbesondere bei Energie und Lebensmitteln. Der enormen Inflation in allen Bereichen sowie eine ständige Verschärfung der Personalsituation verbunden mit Tarifsteigerungen stellten die Geschäftsführung im täglichen Geschäft vor besondere Herausforderungen. Es wird zunehmend schwerer die gestiegenen Kosten bei Kostenträgern zu refinanzieren und gleichzeitig die ständig steigenden bürokratischen Anforderungen an Qualität, Gesetzen und Normen zu erfüllen. Dies schlägt sich in der in 2024 enorm gestiegenen Anzahl der Insolvenzen und Schließungen von Einrichtungen und Pflegediensten in Altenpflege nieder. [...]

Wesentliche Schwerpunkte im Wirtschaftsjahr 2024 für die SSH gGmbH waren im Einzelnen:

- engmaschiges und zeitnahes Controlling aller Bereiche um Maßnahmeschwerpunkte schnell zu erkennen
- Steuerung von Maßnahmen und Refinanzierung der inflationären Kostenentwicklung insbesondere Personal, Dienstleistung, Energie und Lebensmittel
- Koordinierung von erhöhten Personalausfällen durch Krankheit
- verstärkte Marketingmaßnahmen zur Personalgewinnung
- ständige Prüfung der gesetzlichen Anforderungen in Einrichtungen mit Kennzahlen Qualität, Auslastung, Personal und Sachkosten
- weitere Optimierung des internen Qualitätsmanagementsystems auf alle Bereiche mit Qualitätszielen und internen Audits
- Durchführung und Abschluss von geplanten Investitionen und Instandhaltungen insbesondere in Energieeinsparungsmaßnahmen, in den Digitalisierungsprozess.

Mit einer Auslastung der vollstationären Pflegeeinrichtungen von 96,22 % wurde das Niveau des Vorjahres um ca. 1,5 % gesteigert. Die Nachfrage nach Pflegeheimplätzen hat sich nach der Pandemie stabilisiert, nur Doppelzimmer waren schwer vermittelbar.

Hier zeigte sich der Wettbewerbsnachteil von Einrichtungen mit einem hohen Doppelzimmeranteil. [...] Durch hohe Krankenstände des Personals konnten vereinzelt keine Bewohner aufgenommen werden. Die Personalrekrutierung gestaltet sich oft schwierig, hat sich aber gegenüber dem Vorjahr verbessert.

Darstellung der Lage der Gesellschaft

Die Umsatzerlöse erhöhten sich mit TEUR 33.192 um TEUR 3.572 (12 %) zum Vorjahr. Dies ist

BETEILIGUNGEN AN PRIVATRECHTLICHEN UNTERNEHMEN

durch Steigerung der Vergütung der Kostensätze seit Oktober 2023 sowie einer Auslastungssteigerung von 1,5 % gegenüber dem Vorjahr erfolgt. Der Planwert wurde um TEUR 353 (1 %) übertroffen. [...]

Die Realisierung aller Aufgabenbereiche im Wirtschaftsjahr erfolgte mit durchschnittlich 440 Mitarbeitern (Vj. 427), davon waren 35 (Vj. 35) Auszubildende. Im Vergleich zum Vorjahr erhöhte sich die Mitarbeiterzahl in der SSH gGmbH um 13. [...]

Das Eigenkapital der Gesellschaft erhöhte sich um TEUR 3.690 auf TEUR 22.790. Der Wert kann als eine sehr solide Grundlage angesehen werden.

Der Bestand an liquiden Mitteln erhöhte sich im Geschäftsjahr zum Bilanzstichtag um TEUR 3.975 auf TEUR 13.613. Die Gesellschaft konnte jederzeit allen Zahlungsverpflichtungen nachkommen.

Risiko- und Prognosebericht

Von besonderer Bedeutung in der weiteren Entwicklung hinsichtlich einer Risikominimierung für den wirtschaftlichen Bereich ist die Zusammenarbeit innerhalb des HBK-Verbundes. Vor allem in der Umsetzung und Realisierung gemeinsamer Anstrengungen einer umfassenden Pflegeüberleitung, eines gemeinsamen Entlassungs- und Überleitungsmanagements sowie gemeinsamer wirtschaftlicher Strategien ist es möglich, gezielt die positive Entwicklung aller Partner zu beeinflussen. Mit der Integration des ambulanten Pflegedienstes 2020 wurden diese Effekte noch verstärkt und haben sich bestens bewährt. [...]

Unter dem Aspekt der Beachtung real bestehender Pflegeplatzkapazitäten in der Stadt Zwickau und im Landkreis Zwickau ist eine Auslastungsvorhersage zur Ermittlung gesicherter wirtschaftlicher Kennzahlen der SSH gGmbH in den nächsten Jahren nicht gegeben. Dies wird stark von gesetzlichen Regelungen, insbesondere vom Wettbewerb bestimmt. Die enorm gestiegenen aufzubringenden Eigenanteile haben dazu geführt, dass die Bewohner immer später in unsere Einrichtungen aufgenommen werden und die Verweildauern sich ständig verkürzen.

In den nächsten Jahren muss die Gesellschaft zunehmend in ihre Objekte investieren, um für Mitarbeiter attraktive Arbeitsbedingungen zu schaffen, den Anforderungen der Energiewende gerecht zu werden und damit ihre bestehende gute Position am und im Pflegemarkt zu sichern und auszubauen.

BETEILIGUNGEN AN PRIVATRECHTLICHEN UNTERNEHMEN

5.17. VERKEHRSSICHERHEITZENTRUM AM SACHSENRING GMBH & CO. KG

FIRMENDATEN

ANSCHRIFT	Am Sachsenring 2
FIRMENSITZ	09353 Oberlungwitz
TELEFON	03723 6533-0
TELEFAX	03723 6533-55
E-MAIL	info@sachsenring.de
WEBSEITE	http://www.sachsenring.de
RECHTSFORM	GmbH & Co. KG
GRÜNDUNGSDATUM	18.02.1994
GESCHÄFTSJAHRESBEGINN	Januar
LETZTE ÄNDERUNG DES GESELLSCHAFTERVERTRAGES	16.02.2017

BETEILIGUNGSQUOTEN ¹⁷	Nominal _____ 21,62% / - / 21,62%
KAPITAL	Komplementäreinlage _____ - EUR
	Kommanditeinlage _____ 22.200 EUR

GESELLSCHAFTER

KOMMANDITISTEN

ADAC Sachsen e. V.	_____ 7.800 EUR (35,14%)
BKP Beteiligungs GmbH	_____ 6.600 EUR (29,73%)
Landkreis Zwickau	_____ 4.800 EUR (21,62%)
Motor Presse Stuttgart GmbH & Co. KG	_____ 3.000 EUR (13,51%)

KOMPLEMENTÄR

Verkehrssicherheitszentrum Verwaltung GmbH
Sachsenring

TOCHTERUNTERNEHMEN

Verkehrssicherheitszentrum Verwaltung GmbH Sachsenring	7.800 EUR (26,00%)
--	--------------------

UNTERNEHMENSgegenstand

Gegenstand des Unternehmens ist die Errichtung, der Besitz und Betrieb eines Entwicklungszentrums Fahrzeug-, Sicherheits- und Verkehrssicherheitstechnik einschließlich des Angebotes von Laborleistungen für die gewerbliche Wirtschaft. Das Unternehmen führt dabei Dienstleistungen für Forschung, Entwicklung, wie z. B.:

- Produktentwicklung für Elektro- und Solarantriebe für Fahrzeuge,
- Langzeitversuche für Reifen und Fahrwerke auf verschiedenen Fahrbahnbelägen,
- Erprobung von Sicherheitseinrichtungen an Fahrzeugen (z. B. Crashtests),
- Entwicklung von Kleinserien und Tuningbausätzen,
- Messungen von Emissionen und Immissionen (Test von Lärmschutzwänden)

im Auftrag für dritte Unternehmen selbst durch.

¹⁷ unmittelbar / mittelbar / gesamt

BETEILIGUNGEN AN PRIVATRECHTLICHEN UNTERNEHMEN

Bestandteil des Unternehmens ist die Arbeit auf dem Gebiet zur Erhöhung der Verkehrssicherheit, insbesondere die Durchführung von Fahrsicherheitslehrgängen.

Daneben ist die Möglichkeit zur Durchführung von regionalen Leistungsschauen vorgesehen. Die Gegenstände des Unternehmens sollen auch dazu dienen, die Wirtschaftskraft des Landkreises Zwickau zu stärken, insbesondere seinen Bekanntheitsgrad zu steigern und den Fremdenverkehr zu fördern. Die Gesellschaft ist insoweit wirtschaftsfördernd tätig.

GESCHÄFTSFÜHRUNG

GESCHÄFTSFÜHRER/-IN

Herr Ruben Zeltner

WIRTSCHAFTSPRÜFER/-IN

Procontext Revision und Beratung GmbH

LAGEBERICHT (AUSZUGSWEISE WIEDERGABE)

Grundlagen des Unternehmens

Die VSZ am Sachsenring GmbH & Co. KG betreibt eine multifunktionelle Fahrtrainingsanlage. Das Unternehmenskonzept stützt sich auf drei Säulen. Die VSZ am Sachsenring GmbH & Co. KG ist ein Fahrtrainingszentrum, Veranstaltungsgelände für Events und nicht permanente Rennstrecke in einem. Die Angebotspalette reicht von mehrstufigen Fahrsicherheitstrainings für Autos, Motorräder, Bussen und LKW's über Sportfahrerlehrgänge, Incentives für spezielle Kunden, Mitarbeiter- und Motivationsseminare oder Firmenfeiern bis hin zu Pressekonferenzen, Produktpräsentationen und noch vieles mehr. Darüber hinaus vermietet die VSZ am Sachsenring GmbH & Co. KG die Trainingspiste der Rennstrecke an externe Veranstalter von Sicherheits- und Rennstreckentrainings. Zusätzlich vermietet die VSZ am Sachsenring GmbH & Co. KG die Rennstrecke "Sachsenring" an den ADAC Sachsen zum Zwecke der Durchführung von Motorsportveranstaltungen am Sachsenring.

Wirtschaftsbericht

Das Jahr 2024 verlief zufriedenstellend. Die Umsätze sind im Vergleich zum Vorjahr um 197,6 TEUR gesunken. Die Umsatzminderung resultiert aus dem Bereich Kurse.

Die Reparatur- und Instandhaltungskosten lagen deutlich über dem Vorjahr, was insbesondere aus den Reparaturen des FIA-Schutzzauns und der Schäden des Blitzschlages resultiert.

In 2024 wurde mit dem Bau der Lärmschutzwand entlang der B 180, welcher im Vergleich mit der Landesdirektion Sachsen vereinbart wurde, begonnen. Die Fertigstellung wird voraussichtlich Ende April 2025 erfolgen. Der Bau der Lärmschutzwand wird über die Sachsenring Grundstücksgesellschaft mbH & Co. KG realisiert. Die Finanzierung erfolgt über unsere Pachtvorauszahlungen für einen Zeitraum von 30 Jahren, was der Nutzungsdauer der Lärmschutzwand entspricht. Hierzu wurde Anfang Oktober 2024 der Pachtvertrag mit der Sachsenring Grundstücksgesellschaft mbH & Co. KG bis zum 31.12.2054 verlängert.

Mitte 2024 wurde eine Flächenphotovoltaikanlage mit einer Gesamtleistung von 345 kWp errichtet.

Anfang Januar 2025 erhielten wir den Bescheid über die Schlussabrechnung zur Überbrückungshilfe III. Die beschiedene Rückzahlung war um 80,4 TEUR höher wie beantragt. Gegen den Bescheid wurde Widerspruch erhoben. Aus Sicherheitsgründen wurde die Rückstellung für die Rückzahlung der Überbrückungshilfe um die 80,4 TEUR erhöht.

Insgesamt konnte ein Jahresüberschuss von 354,7 TEUR erzielt werden.

Insoweit schätzen wir den Geschäftsverlauf als eher ungünstig ein.

BETEILIGUNGEN AN PRIVATRECHTLICHEN UNTERNEHMEN

Lage der Gesellschaft

Die Vermögenslage unserer Gesellschaft ist nach wie vor sehr gut. Das Eigenkapital zum 31.12.2024 liegt bei 3.922 TEUR. Die Eigenkapitalquote beträgt 55,3 % und hat sich gegenüber dem Vorjahr um 0,5 %-Punkte verbessert.

Das Aktivvermögen von 7.087,6 TEUR hat sich gegenüber dem Vorjahr um 576,5 TEUR gesteigert und umfasst das Anlagevermögen in Höhe von 3.214,9 TEUR, das Umlaufvermögen in Höhe von 1.210,5 TEUR und den Rechnungsabgrenzungsposten in Höhe von 2.662,2 TEUR.

Die Schulden steigen um 227,7 TEUR auf 3.165,3 TEUR und umfassen Rückstellungen in Höhe von 414,4 TEUR, Verbindlichkeiten in Höhe von 1.761,4 TEUR und den Rechnungsabgrenzungsposten in Höhe von 989,5 TEUR.

Die Finanzlage kann als solide bezeichnet werden.

Chancen- und Risikobericht

Abgesehen von den üblichen Risiken, die sich aus unserer täglichen Arbeit ergeben, wie Beschaffungsrisiken, Personalrisiken, Vermietungsrisiken, Liquiditätsrisiken und Umweltschutzrisiken, sehen wir uns zusätzlich mit der schwächelnden Konjunktur und mit der weltpolitischen Lage konfrontiert. Diese Faktoren könnten sich auf zukünftige Kursbuchungen und somit auf unseren Umsatz negativ auswirken.

In der heutigen Zeit mit den Problemen zunehmenden Verkehrs als auch den Möglichkeiten interessanter Freizeitgestaltung sehen wir uns gut gerüstet, die sich daraus entwickelnden Bedürfnisse mit unserem Angebot zu bedienen. Auch das Umfeld der Rennstrecke „Sachsenring“ und deren Nutzung wird sich positiv auf die Angebotsnachfrage auswirken.

Prognosebericht

Die Prognose für das Jahr 2025 ist, auf Grund der derzeitigen Buchungen gut.

Insgesamt kann [...] davon ausgegangen werden, dass die vorhandene Liquidität ausreichend ist. Falls es dennoch zu Engpässen kommen sollte, hat unser Gesellschafter der ADAC Sachsen bereits eine Unterstützung mit einem Darlehen angeboten.

BETEILIGUNGEN AN PRIVATRECHTLICHEN UNTERNEHMEN

5.18. VERKEHRSSICHERHEITZENTRUM VERWALTUNG GMBH SACHSENRING

FIRMENDATEN

ANSCHRIFT	Am Sachsenring 2
FIRMENSITZ	09353 Oberlungwitz
TELEFON	03723 6533-0
TELEFAX	03723 6533-55
E-MAIL	info@sachsenring.de
WEBSEITE	http://www.sachsenring.de
RECHTSFORM	GmbH
GRÜNDUNGSDATUM	18.02.1994
GESCHÄFTSJAHRESBEGINN	Januar
LETZTE ÄNDERUNG DES GESELLSCHAFTERVERTRAGES	06.06.2016

BETEILIGUNGSQUOTEN ¹⁸	Nominal _____ 16% / 5,62% / 21,62%
KAPITAL	Stammkapital _____ 30.000 EUR

GESELLSCHAFTER	ADAC Sachsen e. V. _____ 7.800 EUR (26,00%)
	Verkehrssicherheitszentrum am Sachsenring GmbH & Co. KG _____ 7.800 EUR (26,00%)
	BKP Beteiligungs GmbH _____ 6.600 EUR (22,00%)
	Landkreis Zwickau _____ 4.800 EUR (16,00%)
	Motor Presse Stuttgart GmbH & Co. KG _____ 3.000 EUR (10,00%)

TOCHTERUNTERNEHMEN

UNTERNEHMENSgegenstand

Gegenstand des Unternehmens ist der Erwerb und die Verwaltung von Beteiligungen sowie die Übernahme der persönlichen Haftung und der Geschäftsführung bei Handelsgesellschaften, insbesondere die Beteiligung als persönlich haftende geschäftsführende Gesellschafterin an der Verkehrssicherheitszentrum am Sachsenring GmbH & Co. KG, die zum Gegenstand hat, die Errichtung, den Besitz und den Betrieb eines Entwicklungszentrums Fahrzeug-, Sicherheits- und Verkehrssicherheitstechnik einschließlich des Angebotes von Laborleistungen für die gewerbliche Wirtschaft. Das Unternehmen führt dabei Dienstleistungen für Forschung, Entwicklung, wie z. B.:

- Produktentwicklung für Elektro- und Solarantriebe für Fahrzeuge,
- Langzeitversuche für Reifen und Fahrwerke auf verschiedenen Fahrbahnbelägen,
- Erprobung von Sicherheitseinrichtungen an Fahrzeugen (z. B. Crashtests),
- Messungen von Emissionen und Immissionen (Test von Lärmschutzwänden)

im Auftrag für dritte Unternehmen selbst durch.

Bestandteil des Unternehmens ist die Arbeit auf dem Gebiet zur Erhöhung der Verkehrssicherheit, insbesondere die Durchführung von Fahrsicherheitslehrgängen.

¹⁸ unmittelbar / mittelbar / gesamt

BETEILIGUNGEN AN PRIVATRECHTLICHEN UNTERNEHMEN

Daneben ist die Möglichkeit zur Durchführung von regionalen Leistungsschauen vorgesehen. Die Gegenstände des Unternehmens sollen auch dazu dienen, die Wirtschaftskraft des Landkreises Zwickau zu stärken, insbesondere seinen Bekanntheitsgrad zu steigern und den Fremdenverkehr zu fördern. Die Gesellschaft ist insoweit wirtschaftsfördernd tätig.

GESCHÄFTSFÜHRUNG

GESCHÄFTSFÜHRER/-IN

Herr Ruben Zeltner

WIRTSCHAFTSPRÜFER/-IN

procontext Revision und Beratung GmbH

LAGEBERICHT (AUSZUGSWEISE WIEDERGABE)

Grundlagen des Unternehmens

Wir sind persönlich haftender Gesellschafter der Verkehrssicherheitszentrum am Sachsenring GmbH & Co. KG.

Wirtschaftsbericht

Die Haftungsvergütung und die Vergütung für die Geschäftsführung von T€ 122 haben die laufenden Kosten gedeckt. Es ergibt sich ein Jahresüberschuss von € 886,19. Insoweit schätzen wir den Geschäftsverlauf als günstig ein.

Chancen- und Risikobericht

Die Risikolage wird ganz wesentlich durch die gesellschaftsrechtliche Funktion als persönlich haftender Gesellschafter der Verkehrssicherheitszentrum am Sachsenring GmbH & Co. KG bestimmt.

Abgesehen von den üblichen Risiken, die sich aus der täglichen Arbeit der Verkehrssicherheitszentrum am Sachsenring GmbH & Co. KG ergeben, wie Beschaffungsrisiken, Personalrisiken, Vermietungsrisiken, Liquiditätsrisiken und Umweltschutzrisiken, sieht sich die Verkehrssicherheitszentrum am Sachsenring GmbH & Co. KG zusätzlich mit der Schwächelnden Konjunktur und mit der weltpolitischen Lage konfrontiert. Diese Faktoren könnten sich auf zukünftige Kursbuchungen und somit auf den Umsatz der Verkehrssicherheitszentrum am Sachsenring GmbH & Co. KG negativ auswirken.

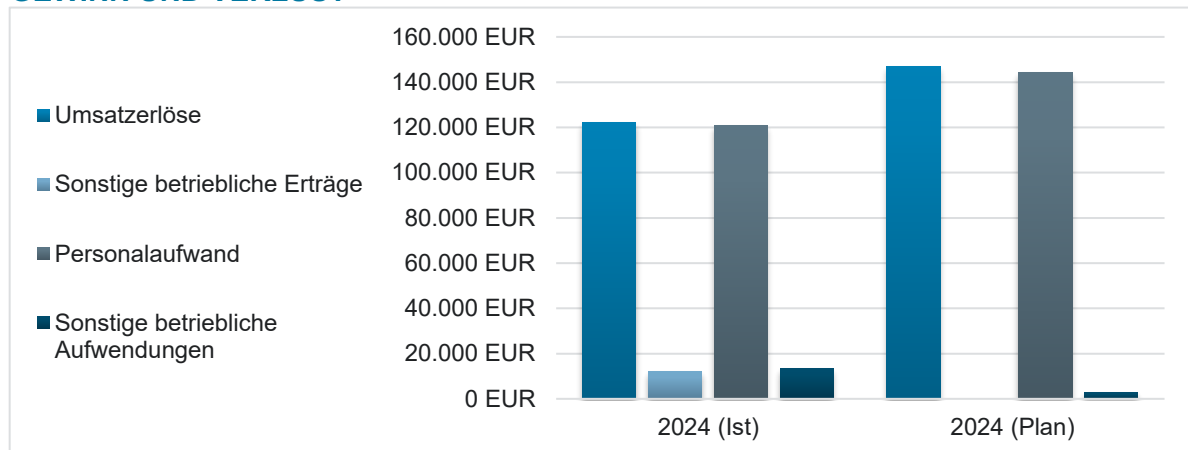
Chancen sind aufgrund des Gesellschaftszwecks nur bedingt gegeben.

Für das Geschäftsjahr 2025 erwarten wir wieder ein positives Ergebnis.

BETEILIGUNGEN AN PRIVATRECHTLICHEN UNTERNEHMEN

FINANZDATEN

GEWINN UND VERLUST



Alle Angaben in EUR

	2024 (IST)	2024 (PLAN)
Umsatzerlöse	122.196,47	146.800,00
Bestandsveränderungen	-	-
Erträge aus Zuwendungen	-	-
dar.: Auflösung aus Sonderposten	-	-
Sonstige betriebliche Erträge	11.906,48	-
Materialaufwand	-	-
dar.: Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	-	-
dar.: Aufwendungen für bezogene Leistungen	-	-
Personalaufwand	120.951,04	144.300,00
dar.: Löhne und Gehälter	109.789,70	-
dar.: soziale Abgaben	11.161,34	-
Sonstige betriebliche Aufwendungen	13.236,56	2.800,00
Abschreibungen	0,00	-
Aufwendungen aus Verlustübernahme	-	-
Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanz-AV	-	-
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	970,84	800,00
Abschreibungen auf Finanzanlagen und Wertpapiere des UV	-	-
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-	-
Steuern vom Einkommen und Ertrag	-	-
Sonstige Steuern	-	-
Jahresergebnis	886,19	500,00

BETEILIGUNGEN AN PRIVATRECHTLICHEN UNTERNEHMEN

5.19. BUSINESS AND INNOVATION CENTRE ZWICKAU GMBH

FIRMENDATEN

ANSCHRIFT	Lessingstraße 4
FIRMENSITZ	08058 Zwickau
TELEFON	0375 541-0
TELEFAX	0375 541-300
E-MAIL	bic@bic-zwickau.de
WEBSEITE	http://www.bic-zwickau.de
RECHTSFORM	GmbH
GRÜNDUNGSDATUM	11.06.1991
GESCHÄFTSJAHRESBEGINN	Januar
LETZTE ÄNDERUNG DES GESELLSCHAFTERVERTRAGES	17.09.2019

BETEILIGUNGSQUOTEN ¹⁹	Nominal	10% / - / 10%
KAPITAL	Stammkapital	153.400 EUR

GESELLSCHAFTER	Stadt Zwickau	92.040 EUR (60,00%)
	Sparkasse Zwickau	38.350 EUR (25,00%)
	Landkreis Zwickau	15.340 EUR (10,00%)
	IHK Chemnitz	7.670 EUR (5,00%)

UNTERNEHMENSgegenstand

Gegenstand des Unternehmens ist die Errichtung und der Betrieb eines Gründer- und Innovationszentrums sowie eines Technologieparks. Schwerpunkt der Geschäftstätigkeit ist dabei die Förderung von Unternehmensgründungen, Innovationen und Technologietransfer sowie das Angebot von Beratungs- und anderen Dienstleistungen mit wirtschaftsfördernder Zielstellung. Die Gesellschaft verfolgt vorrangig keine Gewinnerzielungsabsicht zum Zweck der Erlangung von finanziellen Vorteilen für ihre Gesellschafter. Die Gesellschaft ist zu allen Geschäften und Maßnahmen berechtigt, die den Gesellschaftszweck fördern. Hierbei kann sie sich an anderen Unternehmen beteiligen bzw. deren bedienen.

AUFSICHTSRAT

MITGLIED

Herr Dr. Martin Böttger
(bis 07.12.2024)

Herr Andreas Gerold
(ab 09.12.2024)

Herr Andreas Höpfner
(bis 07.12.2024)

Frau Grit Joseph
(ab 09.12.2024)

Herr Walther Kotyk
(ab 09.12.2024)

Herr Dirk Künzel
(bis 07.12.2024)

Herr Tino Obst
(bis 07.12.2024)

¹⁹ unmittelbar / mittelbar / gesamt

BETEILIGUNGEN AN PRIVATRECHTLICHEN UNTERNEHMEN

Herr Torsten Spranger

Herr Benjamin Strunz

(ab 09.12.2024)

VORSITZ

Frau Constance Arndt

(ab 09.12.2024)

Herr Josef Salzhuber

(bis 07.12.2024)

GESCHÄFTSFÜHRUNG

GESCHÄFTSFÜHRER/-IN

Frau Marianne Kahnt

(bis 30.06.2024)

Frau Torsten Kunz

(ab 01.02.2024)

Frau Melanie Kögler

(ab 01.07.2024)

WIRTSCHAFTSPRÜFER/-IN

Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Eureos GmbH

LAGEBERICHT (AUSZUGSWEISE WIEDERGABE)

Geschäftsverlauf und Rahmenbedingungen

Auch im Jahr 2023 sind die Auswirkungen der Corona-Krise spürbar. Die Arbeitswelt hat sich verändert und nach wie vor halten viele Unternehmen, u. a. auch Mieter in Stenn und in der Lessingstraße in Zwickau, am Arbeiten der Mitarbeiter im Homeoffice fest. Trotz dessen konnte die Auslastung der Büro- und Werkstattflächen weitestgehend stabil gehalten werden. Ein geringer Rückgang der Mieteinnahme ist dennoch zu verzeichnen.

Entsprechend der finanziellen Möglichkeiten sind kleinere Reparatur- und Sanierungsarbeiten an den Gebäuden durchgeführt worden. Größere Investitionen haben nicht stattgefunden.

Im Bereich der Dienstleistungen konnten die Aktivitäten auf ähnlichem Niveau wie im Vorjahr fortgeführt werden. Das Projekt „Welcome Center der Region Zwickau“ des Landkreises Zwickau konnte erfolgreich weitergeführt bzw. ausgebaut und durch das Projekt „JobBoosT“ ergänzt werden. Die Tätigkeiten des Projekts „Gründerzeit“, die teils durch die Stadt Zwickau, teils durch die BIC Zwickau GmbH umgesetzt worden sind, gingen im April 2023 gänzlich in die Verantwortung der BIC Zwickau GmbH über.

Zudem fand auf Wunsch der Gesellschafter ein Geschäftsführerwechsel statt. Die Geschäftsführertätigkeit von Hr. Sobe endete frühzeitig am 30.09.2023. Seit dem 01.07.2023 leitet Fr. Marianne Kahnt die Geschäfte der BIC Zwickau GmbH.

Lage des Unternehmens

Trotz des nicht im Wirtschaftsplan berücksichtigten Geschäftsführerwechsels fiel der für das Jahr 2023 prognostizierte Jahresfehlbetrag in Höhe von 76 T€ tatsächlich niedriger aus und beträgt 48 T€. Dies resultiert aus erhaltenen Fördermitteln für die Projekte „Welcome Center“ (TEUR 89) und „JobBoosT“ (TEUR 35). Dem gegenüber haben sich die Mieterträge (...) verringert. Dies ist auf die reduzierten Mieteinheiten des Hauptmieters zurückzuführen. Die Steigerung des Personalaufwandes ist auf die erhöhte Mitarbeiteranzahl, u. a. bedingt durch den Geschäftsführerwechsel, zurückzuführen und konnte nicht vollständig refinanziert werden.

Die Finanzierung der laufenden Geschäfte sowie die Durchführung der geplanten Investitionen waren zu jeder Zeit sichergestellt. Der Cashflow ist im Vergleich zum Vorjahr weiterhin positiv. Das Gut-

BETEILIGUNGEN AN PRIVATRECHTLICHEN UNTERNEHMEN

haben auf dem Geschäftskonto betrug zum Stichtag 109.950,57 €. Darüber hinaus verfügt die Gesellschaft über ein Depot beim Deka Investmentfonds. Die Depotübersicht weist zum 31.12.2023 einen Stand in Höhe von 335.344,45 € aus.

Entwicklung mit wesentlichen Chancen und Risiken

Für das Geschäftsjahr 2024 kann aus heutiger Sicht, trotz der sich verschlechternden weltpolitischen Lage und des schwierigen wirtschaftlichen Umfeldes, von einer stabilen Mieterstruktur ausgegangen werden.

Im Bereich der Dienstleistungen konnten die Aktivitäten stabilisiert werden. Die vom Landkreis Zwickau und der Stadt Zwickau in Auftrag gegebenen Projekte laufen weiter über das gesamte Geschäftsjahr 2024. Das initiierte Jobportal hat sich auf gutem Niveau etabliert und befindet sich im Ausbau.

Größere Sanierungsarbeiten oder Investitionen sind nicht geplant.

Die Gesellschafter der BIC Zwickau GmbH beabsichtigen eine Neuausrichtung der Gesellschaft hin zu einer Wirtschaftsförderungsgesellschaft der Region Zwickau mbH. Die Gesellschafter haben sich dazu bekannt, die entsprechenden Dienstleistungen, welche künftig die GmbH übernehmen soll, in ihren Haushalten entsprechend einzupreisen. Dies setzt ein Konzept voraus, was gemeinsam mit allen Akteuren und insbesondere mit der Wirtschaftsförderung der Stadt Zwickau von der Geschäftsführung der BIC GmbH entwickelt und umgesetzt wird. Daraus werden sich viele neue Geschäftsfelder und Projektideen ergeben, die die regionale Wirtschaftsförderung ergänzen und verstärken. Somit kann neben dem Ausbau der Vermietung von einer positiven finanziellen und inhaltlichen Entwicklung der Gesellschaft ausgegangen werden.

Die Neuausrichtung ist vom Willen der Gesellschafter und der Bereitstellung finanzieller Mittel dieser abhängig. Die künftigen Projekte müssen entsprechend durch Mittel der Gesellschafter oder durch Förderrichtlinien auf Landes-, Bundes- oder EU-Ebene untersetzt sein.

Sollte es an dem mittlerweile 25 Jahre alten Gebäude und dessen Betriebsausstattung zu kostenintensiven Reparaturen kommen, stellt dies ein wirtschaftliches Risiko dar.

ANMERKUNGEN

Die Feststellung des Jahresabschlusses für das Wirtschaftsjahr 2024 steht noch aus. Aus diesem Grund beziehen sich die Angaben auf den Lagebericht des Prüfberichtes zum 31. Dezember 2023.

6. Zweckverbände

ZWECKVERBÄNDE

6.1. KOMMUNALER SOZIALVERBAND SACHSEN (KSV SACHSEN)

FIRMENDATEN

ANSCHRIFT	Humboldtstraße 18
FIRMENSITZ	04105 Leipzig
TELEFON	0341 1266-0
TELEFAX	0341 1266-9700
E-MAIL	post@ksv-sachsen.de
WEBSEITE	http://www.ksv-sachsen.de
RECHTSFORM	KdöR
GRÜNDUNGSDATUM	22.01.1993
GESCHÄFTSJAHRESBEGINN	Januar

MITGLIEDER/STIMMEN

	Anteil in %	Stimmen
Stadt Dresden	12,50	6
Stadt Leipzig	12,50	6
Erzgebirgskreis	8,33	4
Landkreis Bautzen	8,33	4
Landkreis Mittelsachsen	8,33	4
Landkreis Zwickau	8,33	4
Landkreis Görlitz	6,25	3
Landkreis Leipzig	6,25	3
Landkreis Meißen	6,25	3
Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge	6,25	3
Stadt Chemnitz	6,25	3
Vogtlandkreis	6,25	3
Landkreis Nordsachsen	4,17	2
Gesamt		48

UNTERNEHMENSgegenstand

Die Aufgaben des Kommunalen Sozialverbandes Sachsen erstrecken sich nach Maßgabe der hierzu erlassenen besonderen Vorschriften auf die nachfolgenden Aufgaben des Sozialwesens und des Gesundheitswesens. Der Kommunale Sozialverband Sachsen ist

- überörtlicher Träger der Sozialhilfe,
- überörtliche Betreuungsbehörde,
- zuständig für die Aufgaben, die ihm durch das Landesjugendhilfegesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 29. September 1998 (SächsGVBl. S. 506), zuletzt geändert durch Artikel 40 des Gesetzes vom 29. Januar 2008 (SächsGVBl. S. 138, 168), in der jeweils geltenden Fassung, zugewiesen sind,
- zuständig für die Anerkennung und Förderung der niedrigschwelligen Betreuungsangebote gemäß § 45 b Abs. 1 Satz 3 Nr. 4 des Elften Buches Sozialgesetzbuch (SGB XI) - Soziale Pflegeversicherung - (Artikel 1 des Gesetzes vom 26. Mai 1994, BGBl. I S. 1014, 1015), das zuletzt durch Artikel 5 a des Gesetzes vom 19. Dezember 2007 (BGBl. I S. 3024, 3031) geändert worden ist, in der jeweils geltenden Fassung, die Förderung der Modellvorhaben nach § 45c Abs. 4 und 6 SGB XI sowie die Förderung ehrenamtlicher Strukturen und der Selbsthilfe nach § 45d SGB XI,

ZWECKVERBÄNDE

- zuständig für die Aufgaben nach § 7 Abs. 2 Nr. 1 und 3 des Gesetzes zur Durchführung des Bundesversorgungsgesetzes und weiterer sozialer Entschädigungsgesetze (SächsDGBVG) vom 29. Januar 2008 (SächsGVBl. S. 138, 176), in der jeweils geltenden Fassung,
- zuständige Landesbehörde für die Erteilung der Zustimmung zur gesonderten Berechnung und die Entgegennahme der Mitteilung der gesonderten Berechnung nach § 82 Abs. 3 Satz 3 und Abs. 4 Satz 2 SGB XI und den hierzu erlassenen landesrechtlichen Ausführungsvorschriften,
- zuständige Stelle nach § 1 Abs. 3 Satz 1 der Verordnung über die Erstattung von Aufwendungen für die gesetzliche Rentenversicherung der in Werkstätten beschäftigten Behinderten (Aufwendungserstattungs-Verordnung) vom 11. Juli 1975 (BGBl. I S. 1896), die zuletzt durch Verordnung vom 31. Mai 1994 (BGBl. I S. 1203) geändert worden ist, in der jeweils geltenden Fassung,
- die Zentrale Vermittlungsstelle (Kopfstelle) zum Renten Service im Rentenauskunftsverfahren,
- zuständig für Aufgaben nach dem Neunten Buch Sozialgesetzbuch (SGB IX) - Rehabilitation und Teilhabe behinderter Menschen - (Artikel 1 des Gesetzes vom 19. Juni 2001, BGBl. I S. 1046, 1047), zuletzt geändert durch Artikel 8 des Gesetzes vom 18. Dezember 2007 (BGBl. I S. 2894, 2999), in der jeweils geltenden Fassung, und gemäß § 15 a Abs. 1 Satz 5 und Abs. 2 des Sächsischen Gesetzes zur Ausführung des Sozialgesetzbuches (SächsAGSGB) vom 06. Juni 2002 (SächsGVBl. S. 168, 169), zuletzt geändert durch Artikel 44 des Gesetzes vom 29. Januar 2008 (SächsGVBl. S. 138, 174), in der jeweils geltenden Fassung,
- zuständig für die Aufgaben nach § 7 Satz 4 des Gesetzes über die Gewährung eines Landesblindengeldes und anderer Nachteilsausgleiche (Landesblindengeldgesetz - LBlindG) vom 14. Dezember 2001 (SächsGVBl. S. 714), das zuletzt durch Artikel 48 des Gesetzes vom 29. Januar 2008 (SächsGVBl. S. 138, 177), geändert worden ist, in der jeweils geltenden Fassung,
- zuständig für die Aufgaben des Integrationsamtes nach dem Neunten Buch Sozialgesetzbuch,
- zuständige Behörde gemäß § 23 Abs. 1 des Heimgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 5. November 2001 (BGBl. I S. 2970), das zuletzt durch Artikel 78 der Verordnung vom 31. Oktober 2006 (BGBl. I S. 2407, 2416) geändert worden ist, in der jeweils geltenden Fassung,
- zuständig für die in den §§ 1 und 7 Abs. 1 und 2 Nr. 2 SächsDGBVG genannten Aufgaben,
- zuständig für den Vollzug von Richtlinien zur Förderung nach § 9 Abs. 2 des Landesjugendhilfegesetzes (LJHG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 29. September 1998 (SächsGVBl. S. 506), das zuletzt durch Artikel 40 des Gesetzes vom 29. Januar 2008 (SächsGVBl. S. 138, 168) geändert worden ist, in der jeweils geltenden Fassung,
- zuständig für den Vollzug des Teils B Abschnitt 4 der Richtlinie zur Förderung der Chancengleichheit vom 22. Mai 2007 (SächsABl. S. 768),
- zuständige Behörde oder Stelle für den Vollzug der in § 1 Abs. 2 des Gesetzes über den Vollzug des Berufsrechts der akademischen Heilberufe und der Gesundheitsfachberufe sowie der arzneimittel- und apothekenrechtlichen Vorschriften (Heilberufezuständigkeitsengesetz - HeilbZuG) vom 09. Februar 2004 (SächsGVBl. S. 41), zuletzt geändert durch Artikel 61 des Gesetzes vom 29. Januar 2008 (SächsGVBl. S. 138, 180), in der jeweils geltenden Fassung, genannten Vorschriften, soweit nicht aufgrund einer Verordnung nach § 1 Abs. 2 oder 3 HeilbZuG etwas anderes bestimmt ist.

ZWECKVERBÄNDE

VERBANDSDIREKTOR/-IN

VERBANDSDIREKTOR/-IN

Frau Christin Wölk

VERBANDSVERSAMMLUNG

VORSITZ

Herr Henry Graichen
(bis 08.12.2024)

Herr Udo Witschas
(ab 09.12.2024)

LAGEBERICHT (AUSZUGSWEISE WIEDERGABE)

Nach § 21 SächsKomSozVG finden auf die Wirtschaftsführung des KSV Sachsen die für die Landkreise geltenden Vorschriften über die Gemeindegewirtschaft mit Ausnahme der Vorschriften über die Auslegung des Entwurfs der Haushaltssatzung und des Haushaltsplanes sowie der Jahresabschluss entsprechend Anwendung, soweit gesetzlich nichts anderes bestimmt ist.

Am 06.01.2023 beschloss die Verbandsversammlung die Haushaltssatzung und den Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2023.

Das Sächsische Staatsministerium des Innern hat als Rechtsaufsichtsbehörde mit Bescheid vom 01. März 2023 die Gesetzmäßigkeit der Haushaltssatzung bestätigt und die in § 5 festgesetzte Sozialumlage i. H. v. 10,2684609264 v. H. der Umlagegrundlagen der Landkreise und kreisfreien Städte genehmigt. Die öffentliche Bekanntmachung der Haushaltssatzung erfolgte im Sächsischen Amtsblatt, Amtlicher Anzeiger Nr. 12 vom 23. März 2023.

Der Höchstbetrag der Kassenkredite für den Kommunalhaushalt wurde auf 180,0 Mio. EUR festgesetzt.

Infolge des Überschusses in der Ergebnisrechnung schließt auch die Finanzrechnung mit einem positiven Saldo ab, der aber im Gegensatz zum Überschuss in der Ergebnisrechnung höher ausfällt. Ursache dafür sind die für 2023 gebildeten Rückstellungen für soziale Leistungen, welche in den Vorjahren niedriger ausfielen.

Die Aufnahme eines Kassenkredits zum Stichtag 31.12. war nicht erforderlich.

Infolge des Überschusses in der Ergebnisrechnung schließt auch die Finanzrechnung mit einem positiven Saldo ab, der aber im Gegensatz zum Überschuss in der Ergebnisrechnung höher ausfällt. Ursache dafür sind die für 2023 gebildeten Rückstellungen für soziale Leistungen, welche in den Vorjahren niedriger ausfielen. Rückstellungen haben keine Auswirkungen auf die Finanzrechnung.

Die Erhöhung der Bilanzsumme ist hauptsächlich auf die Ergebnisse der Ergebnis- und Finanzrechnung zurückzuführen. Dies spiegelt sich in größeren Abweichungen bei den Bilanzpositionen Umlaufvermögen (Liquiditätserhöhung), Kapitalposition (positives Ergebnis) und Rückstellungen wider.

Der Betrag der Sozialumlage setzt sich zusammen aus dem Gesamtzahlbetrag der Mitgliedskörperschaften in Höhe von 769,4 Mio. EUR sowie dem Entlastungsbetrag nach § 23 SächsAGSGB in Höhe von 5,0 Mio. EUR, welcher aus der Zuweisung des Freistaates Sachsen im Rahmen des FSV gespeist wird. [...] Weitere Erträge sind die Landeszuweisungen zur Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes [...].

Die sozialen Transferaufwendungen bilden mit Abstand die größte Position im Ergebnishaushalt des KSV Sachsen. [...] Die sozialen Transferaufwendungen (Aufwendungen der Sozialhilfe) erreichen ein Jahresergebnis von 810,2 Mio. EUR und liegen damit unter den geplanten Aufwendungen in Höhe von 844,6 Mio. EUR.

ZWECKVERBÄNDE

Die Liquidität [...] hat sich insbesondere auf Grund des positiven Zahlungsmittelsaldos aus laufender Verwaltungstätigkeit erhöht. Das Ergebnis aus 2022 hat sich um 92,4 Mio. EUR auf 157,4 Mio. EUR am Ende des Haushaltsjahres 2023 erhöht.

ANMERKUNGEN

Die Feststellung der Jahresrechnung für das Haushaltsjahr 2024 steht noch aus. Aus diesem Grund beziehen sich die Angaben auf den Rechenschaftsbericht der Jahresrechnung 2023.

FINANZDATEN

FINANZBEZIEHUNGEN

Alle Angaben in EUR

	2024 (IST)
Leistungen des Landkreises	
Laufende Umlagen	50.980.620,74

ZWECKVERBÄNDE

6.2. ZWECKVERBAND ABFALLWIRTSCHAFT SÜDWESTSACHSEN (ZAS)

FIRMENDATEN

ANSCHRIFT	Schlachthofstraße 12
FIRMENSITZ	09366 Stollberg
TELEFON	037296 66-200
TELEFAX	0372960 66-225
E-MAIL	info@za-sws.de
WEBSEITE	http://www.za-sws.de
RECHTSFORM	KdöR
GRÜNDUNGSDATUM	03.12.1993
GESCHÄFTSJAHRESBEGINN	Januar
LETZTE ÄNDERUNG DER SATZUNG	22.04.2022

MITGLIEDER/STIMMEN

	Anteil in %	Stimmen
Erzgebirgskreis	50,77	33
Landkreis Zwickau	49,23	32
Gesamt		65

UNTERNEHMENSgegenstand

Der Zweckverband erfüllt als öffentlich-rechtlicher Entsorgungsträger gemäß § 3 Abs. 2 Satz 1 SächsKrwBodSchG die Aufgabe, Abfallentsorgungsanlagen im Verbandsgebiet einschließlich der Anlagen zum Umschlagen von Abfällen nach § 5 zu errichten und zu betreiben. Der Betrieb umfasst auch alle zur Stilllegung und Nachsorge notwendigen Maßnahmen.

Der Zweckverband ist zuständig für die Entsorgung (Verwertung und Beseitigung) der ihm überlassenen Abfälle.

Satz 1 gilt nicht für das Gebiet „Altlandkreis Mittlerer Erzgebirgskreis“, soweit die Aufgaben auf den Abfallwirtschaftsverband Chemnitz (AWVC) gemäß Satzung vom 1. Juni 2017 in der jeweils aktuellen Fassung übergegangen sind.

Nach Maßgabe von § 4 Absatz 2 Satz 2 SächsABG wurden dem Zweckverband vom Erzgebirgskreis folgende weitere abfallwirtschaftliche Aufgaben übertragen:

sämtliche Aufgaben des Landkreises als öffentlich-rechtlicher Entsorgungsträger, insbesondere:

- Einsammeln und Befördern von Abfällen aus privaten Haushalten und aus anderen Herkunftsbereichen, die in dem Gebiet angefallen und dem öffentlichen Entsorgungsträger zu überlassen sind,
- Erlass und Vollzug der Abfallwirtschafts- und Gebührensatzung für das Gebiet des Erzgebirgskreises nach § 9 SächsKrwBodSchG,
- Ausübung der Abfallberatungspflicht nach § 11 SächsKrwBodSchG,
- Betrieb von Wertstoffhöfen

Grundlagen dafür sind:

- die Vereinbarung zur Übertragung von Aufgaben vom Landkreis Aue-Schwarzenberg auf den Zweckverband Abfallwirtschaft Südwestsachsen (ZAS) vom 28. Mai 2004

ZWECKVERBÄNDE

- die Vereinbarung zur Übertragung von Aufgaben vom Landkreis Stollberg auf den Zweckverband Abfallwirtschaft Südwestsachsen (ZAS) vom 28. Mai 2004
- der Vertrag zur Übertragung von Aufgaben der Abfallwirtschaft vom Landkreis Erzgebirgskreis auf den Zweckverband Abfallwirtschaft Südwestsachsen (ZAS) vom 02./04. Februar 2011 in der Fassung des Änderungsvertrages vom 20./27. Oktober 2014 und 10. Dezember 2020/6. Januar 2021.

Auf den Landkreis Zwickau sind folgende Aufgaben nach § 3 Abs. 3 SächsKrwBodSchG rückübertragen:

- Entsorgung von Kraftfahrzeugen oder Anhängern ohne gültige amtliche Kennzeichen im Sinne des § 20 Abs. 3 KrWG,
- Entsorgung von Abfällen gem. § 5 Abs. 1 SächsKrwBodSchG
- Entsorgung von Kleinmengen an Schadstoffen.

Grundlagen hierfür sind:

- der Übertragungsvertrag zwischen dem Landkreis Zwickau und dem Zweckverband Abfallwirtschaft Südwestsachsen vom 10.12.2009
- die Zustimmungsbescheid der Landesdirektion Sachsen zur Rückübertragung von Verbandsaufgaben vom 21.10.2015

Der Zweckverband erstellt nach Maßgabe von § 21 KrWG und § 6 Abs. 1 SächsKrwBodSchG in der jeweils geltenden Fassung im Rahmen seiner Aufgaben das Abfallwirtschaftskonzept und schreibt dieses fort.

Der Zweckverband erstellt nach Maßgabe von § 21 KrWG und § 6 Absatz 2 SächsKrwBodSchG in der jeweils geltenden Fassung im Rahmen seiner Aufgaben jährliche Abfallbilanzen.

Der Zweckverband kann sich zur Erfüllung seiner Aufgaben Dritter bedienen.

Der Zweckverband erlässt die für die Erfüllung seiner Aufgaben notwendigen Satzungen.

GESCHÄFTSFÜHRUNG

GESCHÄFTSFÜHRER/-IN

Frau Ramona Uhlig

VERBANDSVERSAMMLUNG

VORSITZ

Herr Carsten Michaelis

LAGEBERICHT (AUSZUGSWEISE WIEDERGABE)

Darstellung des Geschäftsverlaufes im Wirtschaftsjahr 2024

Aufgabenschwerpunkt des Jahres 2024 war die weitere Optimierung der Abläufe und Erschließung von Ressourcen bei Sammlung, Beförderung, Transport und Verwertung bzw. Entsorgung der Abfälle mit dem Ziel der Wirtschaftlichen Umsetzung der Abfallwirtschaftssatzung und der Gebührensatzung.

Die Umsatzerlöse des Abfallzweckverbandes setzen sich zusammen aus

- Umsatzerlösen aus Abfallgebühren,
- Erlösen aus der Verwertung von Papier und Pappe (PP) sowie anderen Abfällen (Metalle, Elektroschrott, Altholz),
- anderen Erlösen, insbesondere Erlöse aus Pachten, Stromerlöse der Blockheizkraftwerke zur Deponiegasverstromung,

ZWECKVERBÄNDE

- gewerblichen Erlösen aus BgA (Mitbenutzung Papiersammlung und Nebenentgelte der Systembetreiber, Containerdienst und Sperrmüllentsorgung).

Umsatzerlöse waren im Wirtschaftsplan 2024 in Höhe von 33.782.400,00 EUR eingestellt. Mit dem Jahresergebnis sind Erlöse in Höhe von 36.545.274,45 EUR zu verzeichnen.

Die für den Landkreis Zwickau erzielten Erlöse für PP in Höhe von 1.310.766,52 EUR (Vorjahr: 1.555.591,66 EUR) wurden an den Landkreis Zwickau ausgekehrt. Die Kosten für Umschlag, Transport und Handling wurden weiterberechnet.

Der ZAS ist Betreiber von 129 Deponien und Altlasten, davon 51 Deponien im Landkreis Zwickau und 78 Deponien im Erzgebirgskreis. Ausnahmen bilden die Deponie Lohe, mit deren Oberflächenabdichtung der ZAS den Landkreis Zwickau beauftragt hat und das Fäkalbecken Lauenhain/Dänkritz, deren Sanierung und Rekultivierung ebenfalls bis zur rechtskräftigen Bestätigung des Verwendungsnachweises dem Landkreis übertragen wurde.

Wirtschaftliche Lage

Im Ergebnis der Saldierung von Erträgen und Aufwendungen weist der Jahresabschluss zum Bilanzstichtag 31.12.2024 einen Jahresüberschuss in Höhe von 2.013.669,97 EUR aus.

Das bilanzielle Eigenkapital beläuft sich auf 0,00 EUR. Ursache sind die Fehlbeträge der Jahre 2015 bis 2019 sowie 2022. Mit dem Jahresergebnis 2024 verringert sich der nicht durch Eigenkapital gedeckte Fehlbetrag von 6.006.352,27 EUR auf 4.090.924,18 EUR.

Die Liquidität war im Wirtschaftsjahr 2024 durchgehend auf Grundlage der laufenden Gebühren, der Verwertungserlöse, der eingezahlten Rücklagen des Erzgebirgskreises, der vertraglichen Zahlungen des Landkreises Zwickau für Deponieaufgaben, der ausgereichten Fördermittel für Deponiesanierung sowie der verfügbaren Bankguthaben sichergestellt.

Prognosen, Chancen und Risiken

Im Wirtschaftsjahr 2024 kann eine positive Bilanz zum Geschäftsverlauf im Zweckverband Abfallwirtschaft gezogen werden. Die Liquidität des ZAS war im gesamten Wirtschaftsjahr uneingeschränkt gesichert.

Das bilanzielle Eigenkapital ist seit dem Jahresabschluss 2015 aufgezehrt. Die in den Wirtschaftsjahren 2015 bis 2019 sowie 2022 entstandenen Verluste sind ursächlich in den langfristigen Rückstellungen für Deponienachsorge und -sanierung begründet. Beantragte, aber seitens der Genehmigungsbehörde verzögerte Entlassungen von Deponien in die Nachsorgephase führen zur zeitlichen Verlängerung und somit Erhöhung der vorzuhaltenden Rückstellungen. Dieser Sachverhalt spiegelt nicht die wirtschaftliche Situation des ZAS wider.

Der Verlustvortrag aus den Jahren 2015 bis 2019 sowie 2022 beträgt insgesamt 10.338.015,98 EUR.

Nach § 12 SächsEigBVO können festgestellte Jahresverluste bis zu drei Jahre vorgetragen werden. Die Landesdirektion Sachsen hat mit Bestätigung des Wirtschaftsplanes 2025 den weiteren Vortrag der in den Wirtschaftsjahren 2015 bis 2019 entstandenen Jahresfehlbeträge rechtsaufsichtlich genehmigt.

Die Liquidität des ZAS gilt aufgrund laufender Gebühreneinnahmen, der vertraglichen Finanzierungsbeiträge der Mitgliedslandkreise und eigener verfügbarer finanzieller Mittel mittelfristig als gesichert.

ZWECKVERBÄNDE

FINANZDATEN

FINANZBEZIEHUNGEN

Alle Angaben in EUR

	2024 (IST)
Leistungen des Landkreises	
laufende Umlage	433.300,00

ZWECKVERBÄNDE

6.3. ZWECKVERBAND VERKEHRSVERBUND MITTELSACHSEN

FIRMENDATEN

ANSCHRIFT	Am Rathaus 2
FIRMENSITZ	09111 Chemnitz
TELEFON	0371 40008-0
TELEFAX	0371 40008-99
E-MAIL	post@vms.de
WEBSEITE	http://www.vms.de
RECHTSFORM	KdöR
GRÜNDUNGSDATUM	05.11.1997
GESCHÄFTSJAHRESBEGINN	Januar
LETZTE ÄNDERUNG DER SATZUNG	02.08.2024

MITGLIEDER/STIMMEN

	Anteil in %	Stimmen
Erzgebirgskreis	21,43	3
Landkreis Mittelsachsen	21,43	3
Landkreis Zwickau	21,43	3
Stadt Chemnitz	21,43	3
Stadt Zwickau	14,29	2
Gesamt		14

TOCHTERUNTERNEHMEN

Verkehrsverbund Mittelsachsen Gesellschaft mit beschränkter Haftung	3.000.000 EUR (100,00%)
City-Bahn Chemnitz GmbH	12.876 EUR (50,00%)
SDG Sächsische Dampfeisenbahngesellschaft, Annaberg-Buchholz	10.000 EUR (33,33%)

UNTERNEHMENSgegenstand

Der Zweckverband ist Träger der hoheitlichen Aufgaben gemäß dem ÖPNVG und hat somit insbesondere die Aufgabe, für das Verbandsgebiet einen attraktiven ÖPNV zu planen, zu organisieren und auszugestalten.

Der Zweckverband ist Aufgabenträger für den SPNV in seinem Verbandsgebiet gemäß § 4 Abs. 2 ÖPNVG.

Der Zweckverband erfüllt seine Aufgaben ohne Gewinnerzielungsabsicht und dient ausschließlich und unmittelbar gemeinnützigen Zwecken im Sinne des Steuerrechts.

Der Zweckverband hat in Abstimmung mit seinen Mitgliedern einen Nahverkehrsplan für das Verbandsgebiet zu erstellen, zu beschließen und fortzuschreiben.

Der Zweckverband ist des Weiteren

- Aufgabenträger für das Sonderverkehrsmittel „Drahtseilbahn Augustusburg“ gemäß § 1 Abs. 2 Satz 3 ÖPNVG,
- Aufgabenträger für die Planung, Organisation, Ausgestaltung und Durchführung der straßengebundenen Ersatzverkehre als dauerhaften Ersatz für vom Zweckverband abbestellte

ZWECKVERBÄNDE

SPNV-Verkehrsleistungen (Bahnersatzverkehr) im Gebiet der Stadt Chemnitz und des Landkreises Zwickau,

- Aufgabenträger für die Planung, Organisation, Ausgestaltung und Durchführung von Busverkehrsleistungen auf dem Gebiet des Erzgebirgskreises für Strecken bis zur deutsch-tschechischen Grenze für den grenzüberschreitenden Busverkehr und
- Maßnahmenträger des Nahverkehrsprojektes Chemnitzer Modell, Stufe 2 – Ausbau Chemnitz – Aue und des Nahverkehrsprojektes Chemnitzer Modell, Stufe 4 – Ausbau Chemnitz – Limbach-Oberfrohna. Diese Vorhaben umfassen die Verknüpfung der Eisenbahnstrecke Chemnitz – Aue im Bereich des Südbahnhofes mit dem Stadtbahnnetz Bernsdorfer Straße durch den Neubau der Straßenbahntrasse entlang der Reichenhainer Straße mit mehreren Zugangsstellen (Chemnitzer Modell, Stufe 2) sowie den Neubau des Straßenbahnzentrumsringes und der Straßenbahntrasse entlang der Hartmannstraße und der Leipziger Straße und dessen Verknüpfung mit der Eisenbahnstrecke nach Limbach-Oberfrohna (Chemnitzer Modell, Stufe 4). Zur Realisierung dieser Nahverkehrsprojekte errichtet der Zweckverband Verkehrsinfrastrukturanlagen auch des straßengebundenen ÖPNV, insbesondere Straßenbahntrassen. Eine eventuelle Umlage für die Erledigung dieser Aufgabe wird nur von der Stadt Chemnitz getragen.

Der Zweckverband erfüllt in Verwirklichung des Verbundgedankens insbesondere folgende weitere Aufgaben:

- Planung, Organisation, Ausgestaltung des SPNV sowie Mitwirkung an der Finanzierung von Verkehrsleistungen,
- Vereinbarung oder Auferlegung von Nahverkehrsleistungen im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel,
- Vorhaltung und Bewirtschaftung von Infrastruktur sowie Beschaffung und Beistellung von Fahrzeugen und Instandhaltungsanlagen,
- Koordination des kreisgrenzenüberschreitenden ÖPNV, insbesondere durch Entwicklung eines einheitlichen Netzes mit abgestimmten Fahrplänen,
- Entwicklung und Festlegung eines einheitlichen Tarifs, einheitlicher Tarifbestimmungen und einheitlicher Beförderungsbedingungen (Verbundtarif),
- Aufteilung der Beförderungsentgelte zwischen den Verkehrsunternehmen (Einnahmearteilung),
- Bereitstellung und Weiterentwicklung einer einheitlichen elektronischen Fahrplanauskunft in Zusammenarbeit mit den Verkehrsunternehmen,
- Entwicklung eines einheitlichen Vertriebs und Marketings des ÖPNV in Abstimmung mit den Verkehrsunternehmen,
- Ermittlung von Kostensätzen für Verkehre im Verbandsgebiet,
- Bestellung und Kontrolle der in § 4 Abs. (2) und § 4 Abs. (5) b) dieser Verbandssatzung genannten Verkehrsleistungen,
- Betrieb von Sonderverkehrsmitteln des ÖPNV,
- Vertrieb von Fahrscheinen des ÖPNV.

Der Zweckverband bedient sich zur Erfüllung seiner Aufgaben der Verkehrsverbund Mittelsachsen Gesellschaft mit beschränkter Haftung (VMS GmbH). Der Zweckverband ist alleiniger Gesellschafter der VMS GmbH. Der Zweckverband überträgt der VMS GmbH alle satzungsmäßigen nicht hoheitlichen Aufgaben. Bei der Erfüllung seiner hoheitlichen Aufgaben wird die VMS GmbH den Zweckverband beraten, unterstützen und alle vorbereitenden Arbeiten ausführen oder ausführen lassen, die

ZWECKVERBÄNDE

bis zum Abschluss von Verträgen bzw. bis zu den Beschlussfassungen in der Verbandsversammlung oder infolge dessen im hoheitlichen Bereich anfallen.

Der Zweckverband kann sich zur Erfüllung seiner Aufgaben außerdem Dritter bedienen. Er kann hierfür weitere Unternehmen gründen oder sich an solchen beteiligen. Die Übertragung von Aufgaben bedarf der Beschlussfassung durch die Verbandsversammlung. Einzelheiten sind vertraglich zu regeln.

Weitere Aufgabe des Zweckverbandes ist, die notwendige Beförderung der Schüler auf dem Schulweg zum Besuch der öffentlichen Schulen und der staatlich anerkannten Ersatzschulen freier Träger (§ 23 Absatz 3 SchulG) und den Ausbildungsverkehr zu fördern, zu organisieren, zu planen und seine Finanzierung zu regeln und zu kontrollieren.

Hinsichtlich der Schülerbeförderung werden allein die Aufgaben der Landkreise Mittelsachsen und Zwickau sowie des Erzgebirgskreises wahrgenommen.

Für die Erledigung dieser Aufgabe tragen allein die übertragenden Verbandsmitglieder die Kosten. Auf der Grundlage von § 60 Abs. 2 SächsKomZG werden die Ist-Kosten der Schülerbeförderung vom Zweckverband gegenüber den Landkreisen jährlich abgerechnet, soweit sie nicht durch entsprechende Einnahmen gedeckt sind. Die Kosten für die Durchführung der Beförderungs- bzw. Erstattungsleistungen werden den Landkreisen anteilig nach dem Verursacherprinzip zugeordnet. Personal- und sonstige Verwaltungsaufwendungen werden gedrittelt. Die Einzelheiten zu den Abrechnungsmodalitäten werden durch öffentlich-rechtlichen Finanzierungsvertrag geregelt.

Der Zweckverband bildet einen Beirat für die Aufgabe Schülerbeförderung. Die Landkreise Mittelsachsen und Zwickau sowie der Erzgebirgskreis entsenden in den Beirat jeweils drei Vertreter. Im Rahmen seiner Aufgabe hat der Beirat eine beratende Funktion.

GESCHÄFTSFÜHRUNG

GESCHÄFTSFÜHRER/-IN

Herr Mathias Korda

VERBANDSVERSAMMLUNG

VORSITZ

Herr Sven Schulze

LAGEBERICHT (AUSZUGSWEISE WIEDERGABE)

Rahmenbedingungen

Die Landkreise Erzgebirgskreis, Mittelsachsen und Zwickau sowie die kreisfreie Stadt Chemnitz und die Stadt Zwickau bilden zur Entwicklung und dauerhaften Sicherstellung eines einheitlichen, flächendeckenden, bedarfsgerechten, bürgernahen und effizienten Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) den Zweckverband Verkehrsverbund Mittelsachsen (ZVMS). Das Verbandsgebiet umfasst dabei das Territorium der Verbandsmitglieder.

Dem ZVMS obliegt die Abstimmung eines attraktiven zukunftsweisenden ÖPNV in Übereinstimmung mit den Verbandsmitgliedern sowie in Zusammenarbeit mit den von Verbandsmitgliedern getragenen kommunalen Verkehrsunternehmen, den im Verbandsgebiet tätigen privaten Verkehrsunternehmen und Unternehmen des Schienenpersonennahverkehrs (SPNV). Ziel ist dabei die Verbesserung der Verkehrsverteilung zugunsten des ÖPNV sowie die Unterstützung der kommunalen Gebietskörperschaften bei der Raumordnungsplanung und -entwicklung durch eine Erschließung mit ÖPNV (§ 3 Satzung des ZVMS).

Zur Aufgabenerfüllung (§ 5 Abs. 1 Verbandssatzung) bedient sich der ZVMS der Verkehrsverbund Mittelsachsen GmbH (VMS GmbH), deren alleiniger Gesellschafter er ist.

Finanzierungsgrundlagen des ZVMS

Mit der Änderung des Regionalisierungsgesetzes (RegG) und dem Erlass des Eisenbahnregulierungsgesetzes (ERegG) hat der Deutsche Bundestag zwei wesentliche Entscheidungen zur Finanzierung des Öffentlichen Personennahverkehrs getroffen:

Das RegG reglementiert den Anstieg der Entgelte für die Nutzung von Trassen und Stationen. Preis-anpassungen sind nur noch entsprechend dem Anstieg, der vom Bund an die Länder ausgereichten Regionalisierungsmittel gestattet.

Dies und die Erhöhung der Mittel nach dem Regionalisierungsgesetz für 2023 auf rund 9,8 Mrd. EUR (ohne die Mittel des Bundes zur Bekämpfung der Corona-Pandemie und der gestiegenen Kosten für Kraftstoff und Personal aufgrund des Ukraine-Konfliktes) und eine jährliche Dynamisierung dieses Betrages um 3,0 % auf Bundesebene, erfüllen eine notwendige Bedingung für eine langfristige Planungssicherheit.

Dem ZVMS stehen für die Finanzierung und Durchführung seiner Aufgaben zugewiesene Mittel des Landesamtes für Straßenbau und Verkehr (LASuV), Fördermittel für Investitionsprojekte sowie Kostenersatzungen der Landkreise für die Schülerbeförderung und Elternbeiträge zur Verfügung. Des Weiteren erhielt der ZVMS zur Finanzierung von Verkehrsleistungen auf der RB 37 (Glauchau-Gößnitz) 275 TEUR vom Freistaat Thüringen für 2023 und für die Finanzierung der Strecke IC 17 in 2023 2.300 TEUR vom Sächsischen Staatsministeriums für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr (SMWA).

Betriebsprüfung des Finanzamts und Rückforderungsbescheid des LASuV

Die Bildung einer allgemeinen Rücklage war im kameralen System gemäß § 20 SächsKomHVO möglich und der ZVMS machte davon Gebrauch, um die Finanzierung von Investitionsprogrammen künftiger Jahre sicherzustellen. Sofern nicht alle Zuweisungen des Verwaltungshaushaltes eines Jahres für Ausgaben benötigt wurden, wurde dieser Überschuss dem Vermögenshaushalt zugeführt um die Ausgaben für Investitionen zu decken. Ein verbleibender Restbetrag wurde der allgemeinen Rücklage zugeführt. Die Ermittlung und Buchung der allgemeinen Rücklage erfolgten im Rahmen der Erstellung des Jahresabschlusses.

Die Betriebsprüfung für die Jahre 2008 bis 2011 des Finanzamtes Chemnitz-Süd interpretierte diese Vorgehensweise anders. Sie unterstellte, dass es sich bei der allgemeinen Rücklage nicht um eine Verbindlichkeit mit Rückzahlungsverpflichtung der unverbrauchten Regionalisierungsmittel handelt, sondern vielmehr um körperschaftsteuerliche Gewinne, die zu versteuern sind. Am 26. Februar 2014 wurde der Betriebsprüfungsbericht übergeben, auf dessen Grundlage am 17. Juni 2016 die Steuerbescheide durch das Finanzamt Chemnitz-Mitte erlassen wurden. Aus den genannten Bescheiden ergab sich eine Nachzahlung für Körperschaftssteuer, Solidaritätszuschlag und Zinsen von 2.001 TEUR. Die Nachzahlung wurde 2016 geleistet, um den Zinslauf zu stoppen. Gegen die Steuerfestsetzung wurde Einspruch eingelegt.

Die Umstellung von der kameralen auf die doppelte Buchführungspflicht erfolgte mit Jahreswechsel 2012/2013. Dieser Wechsel fiel in den Betriebsprüfungszeitraum 2012 bis 2014.

Die Rechtsauffassung der Finanzverwaltung konnte auch in der Betriebsprüfung für die Jahre 2012 bis 2014, dass es sich bei den Zuführungen unverbrauchter Regionalisierungsmittel in die allgemeine Rücklage um körperschaftsteuerliche Gewinne handelt, nicht widerlegt werden. Dafür wurde im Jahresabschluss 2018 vorsorglich eine Steuerrückstellung von 6.096 TEUR gebildet. Im Jahr 2012 wurden nicht verwendete Regionalisierungsmittel von 6.331 TEUR auf das Jahr 2013 nach Genehmigung übertragen. Insoweit hat die Betriebsprüfung die Bildung einer Verbindlichkeit zum 31. Dezember 2013 in dieser Höhe anerkannt.

In den Jahresabschlüssen 2020 und 2021 wurde die Steuerrückstellung für körperschaftsteuerliche Gewinne (unverbrauchte Regionalisierungsmittel) aus der Betriebsprüfung für die Jahre 2012 bis 2014 jeweils um 284 TEUR erhöht.

Die Steuerrückstellung aus der Betriebsprüfung 2012 bis 2014 wurde im Jahresabschluss 2021 um 284 TEUR auf 6.948 TEUR erhöht.

Mit Schreiben vom 6. Januar 2021 [...] erhielt die Geschäftsstelle des ZVMS ein Schreiben des Landesamtes für Steuern und Finanzen (LSF). Das Schreiben stellt die Reaktion auf die Begründung zum Einspruch des ZVMS gegen die Bescheide aus der Betriebsprüfung 2008 bis 2011 und des Aufrechterhaltens des Einspruchs durch die KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft (KPMG) vom 28. Juni 2017 dar.

Die vom LSF vorgeschlagene ertragssteuerliche Behandlung der noch nicht verbrauchten Regionalisierungsmittel unterstellt, dass zunächst alle im Veranlagungszeitraum zugeflossenen Mittel ertragswirksam vereinnahmt werden, sodass zum Bilanzstichtag nunmehr keine Verbindlichkeit besteht. Erst wenn bekannt ist, ob im Folgejahr ein Antrag auf Übertragung der Mittel ins Folgejahr gestellt wurde, könne eine Verbindlichkeit bilanziert werden.

Nach intensiver Prüfung des Schreibens unter Einbeziehung unserer Steuerberaterin sowie der KPMG hatte der ZVMS die KPMG mit der Beantwortung des Schreibens des LSF beauftragt. In Abstimmung mit dem ZVMS übermittelte die KPMG am 8. April 2021 unser Antwortschreiben an das LSF. Die vom LSF aufgezeigte Bildung und Verzinsung einer Rückstellung für „unverbrauchte“ Regionalisierungsmittel statt einer Verbindlichkeit wird dahingehend vom ZVMS mitgetragen, dass der ZVMS einer Rückstellungsbildung zustimmt. Uneinigkeit besteht allerdings über die Höhe der Zuführungen und wie Entnahmen aus der Rückstellung abgebildet werden sowie über deren Verzinsung.

Mit Schreiben vom 21. Juli 2022 teilte das LSF dem ZVMS seine Ergebnisse bezüglich der Prüfung des Sachverhaltes unter Einbeziehung der vorgetragenen Argumente und nachgereichten Unterlagen zum maßgeblichen Bilanzstichtag, Zinssatz und der Minderung der Rückstellungshöhe durch Übertragungen und Entnahmen mit. Im Ergebnis kann festgehalten werden, dass das LSF bei dieser Prüfung zu keinem anderen Ergebnis gekommen ist, da die vorgetragenen Argumente und Unterlagen keine Berücksichtigung in der Urteilsbildung fanden. Festgehalten werden kann, dass keine Einspruchsentscheidung getroffen wird, solange die Punkte offen sind.

Um den offenen Punkt, die ertragssteuerliche Behandlung der Rücklage für unverbrauchte Regionalisierungsmittel aus der Betriebsprüfung 2008 bis 2011 abschließen zu können, erhielt der ZVMS vom Finanzamt Chemnitz-Mitte am 10. August 2022 die abschließenden Steuerbescheide für Körperschaftsteuer und Solidaritätszuschlag ohne das über das Einspruchsverfahren entschieden worden ist. Mit Eingang der Bescheide überwies das Finanzamt Chemnitz-Mitte dem ZVMS 2.038.455,30 EUR für zu viel entrichtete Körperschaftsteuer, Solidaritätszuschlag und Zinsen. Im Rahmen der Jahresabschlusserstellung 2022 wurde für die Jahre 2019 bis 2022 die Steuerrückstellung dahingehend korrigiert, da ab dem Jahr 2019 für Sachverhalte, die unter das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes [...] fallen, ein reduzierter Zinssatz von 0,5 % pro Monat anzuwenden sei. Zum 31. Dezember 2022 wurde die Steuerrückstellung für körperschaftsteuerliche Gewinne mit 6.437 TEUR bilanziert.

Im Jahresabschluss 2023 wurden 85 TEUR den Steuerrückstellungen für körperschaftssteuerliche Gewinne zugeführt. Die Einsprüche gegen die Körperschaftssteuerbescheide wurden am 8. August 2023 von der Finanzbehörde als unbegründet zurückgewiesen. Daraufhin wurde durch KPMG am 9. September 2023 Klage beim zuständigen Finanzgericht in Leipzig eingereicht. [...] Bei einem mündlichen Verhandlungstermin am 16. September 2024 beim Finanzgericht Leipzig konnte eine Einigung für die Jahre 2008 bis 2011 und 2012 bis 2017 erzielt werden. Zum Zeitpunkt der Jahresabschlusserstellung lag dazu noch kein Protokoll oder keine Berechnung vor. Die Geschäftsführung des ZVMS geht davon aus, dass dadurch keine wesentlichen Änderungen für den Jahresabschluss 2023 entstehen.

Im Rahmen der Betriebsprüfung für die Jahre 2015 bis 2017 wurde der Verwendungsnachweis 2017 neu erstellt und am 30. November 2018 geändert. In dieser Änderung wurde die Mittelübertragung zum 31. Dezember 2017 in Höhe der bestehenden Verbindlichkeit aus unverbrauchten Regionalisierungsmitteln mit 20.851.889,86 EUR beim LASuV beantragt.

Mit dem korrigierten Nachweis zur Mittelverwendung hat der ZVMS gegenüber dem LASuV angegeben, dass bis zum Jahr 2016 ausgereichte Regionalisierungsmittel in Höhe von 27.361.559,74 EUR

nicht verbraucht wurden. Die Mittel wurden nach Angabe des ZVMS einer Rücklage zugeführt, welche im Verwendungsnachweis für das Haushaltsjahr 2017 als Einzahlung gewertet wurden.

In Folge des berechtigten Verwendungsnachweises hat das LASuV mit Schreiben vom 11. Dezember 2018 dem ZVMS mitgeteilt, dass bis zur Entscheidung über die weitere Mittelverwendung die zur Übertragung beantragten Mittel von 20.851.889,86 EUR nicht zu verausgaben sind.

[...] Nach Ermittlung des LASuV ergaben sich nicht verbrauchte Regionalisierungsmittel von 28.130.900,13 EUR. Darüber hinaus hat der ZVMS gegenüber dem LASuV angegeben, dass zum 1. Januar 2008 eine Rücklage aus nicht verbrauchten Regionalisierungsmitteln von 8.906.526,81 EUR gebildet wurde. Das LASuV hat in Bezug auf die grundlegende Abrechnung der nach § 1 ÖPNVFinVO für das Jahr 2017 zugewiesenen Regionalisierungsmittel verbunden mit dem Antrag auf Mittelübertragung in das Haushaltsjahr 2018 einen Erstattungsanspruch des LASuV in Höhe von 37.037.426,94 EUR mit Bescheid vom 23. Dezember 2019 festgesetzt. [...] In dem Bescheid vom 23. Dezember 2019 hat das LASuV auf die Verzinsung des Erstattungsanspruches hingewiesen. Die Höhe der Zinsen wird in einem gesonderten Bescheid festgesetzt. Das LASuV hat für die aus den Jahresüberschüssen abgeleiteten nicht verwendeten Regionalisierungsmittel von 28.130.900,13 EUR unter der Bedingung, dass die Rückzahlung bis zum 31. Januar 2020 erfolgt wäre, nach vorläufiger Berechnung Zinsen in Höhe von 7.776.000,00 EUR ermittelt. Hinzu kämen die Zinsen für den Erstattungsanspruch aus der zum 1. Januar 2008 vorhandenen Rücklage in Höhe von 8.906.526,81 EUR.

Das LASuV stützt den festgesetzten Erstattungsanspruch auf die nicht zweckentsprechende Verwendung der Regionalisierungsmittel und führt im Weiteren aus, dass dem beantragten Mittelübertrag in das Jahr 2018 mangels einer gesetzlichen Grundlage nicht stattgegeben werden kann.

Darüber hinaus kann der ZVMS der Aufforderung des LASuV, die zur Übertragung beantragten Mittel in Höhe von 20.851.889,86 EUR nicht zu verausgaben, nicht nachkommen, da die Mittel zum Zeitpunkt des Bescheids des LASuV bereits verausgabt waren. Die Vermögensrechnung des ZVMS wies zum Bilanzstichtag am 31. Dezember 2019 liquide Mittel in Höhe von nur 7.431.288,22 EUR aus. Damit unterschreiten die zum Bilanzstichtag vorhandenen liquiden Mittel die gemäß der Vorgabe des LASuV nicht zu verausgabenden Mittel erheblich.

Der ZVMS hat mit Schreiben vom 20. Januar 2020 fristgemäß Widerspruch gegen den Bescheid des LASuV vom 23. Dezember 2019 eingelegt und mit Schreiben vom 4. Juni 2020 im Widerspruchsverfahren den Antrag gestellt, den Bescheid vom 23. Dezember 2019 hinsichtlich der Ablehnung der Mittelübertragung und der Rückforderung von Regionalisierungsmitteln aufzuheben.

In der Begründung führt der ZVMS aus, dass kein Erstattungsanspruch in Höhe von 37.037.426,94 EUR besteht. Nach Ansicht der ZVMS wurden die zugewiesenen Regionalisierungsmittel vollumfänglich zweckentsprechend verwendet. Die zweckentsprechende Verwendung wurde nach Ansicht des ZVMS gegenüber dem LASuV und dem SMWA ordnungsgemäß nachgewiesen.

Der gesetzliche Vertreter des ZVMS sowie der Geschäftsführer des ZVMS vertreten gemäß dem eingelegten Widerspruch die Ansicht, dass ein Rückerstattungsanspruch des LASuV nicht besteht, der Bescheid vom 23. Dezember 2019 demnach aufzuheben sei.

Am 11. Oktober 2021 erhielt die Geschäftsstelle ein Schreiben vom LASuV, welches deren Reaktion auf die Widerspruchsbegründung darstellt.

Am 27. Februar 2024 erließ das LASuV den Widerspruchsbescheid mit dem reduzierten Rückforderungsbetrag von 15.637.993,36 EUR. Daraufhin hat der ZVMS am 31. März 2024 beim zuständigen Verwaltungsgericht in Chemnitz Klage eingereicht und diese am 19. Juni 2024 begründet.

Der vom ZVMS gegenüber dem LASuV vertretenen Rechtsansicht folgend, wurde im Abschluss zum 31. Dezember 2023 der mögliche Erstattungsanspruch des LASuV nicht passiviert. Ebenfalls wurde eine mögliche Verpflichtung aus der Verzinsung des Erstattungsanspruches nicht passiviert.

Für den Fall, dass mögliche Erstattungs- und Verzinsungsansprüche des LASuV bestandskräftig werden würden, sind die am ZVMS beteiligten Gebietskörperschaften [...] gemäß § 15 der Satzung des ZVMS i. V. m. § 60 SächsKomZG gesetzlich und satzungsgemäß zur Deckung des Finanzbedarfs des ZVMS über eine Umlage verpflichtet – sofern die Ansprüche nicht aus eigenen Mitteln des ZVMS, verringerten Regionalisierungsmittel Zahlungen des LASuV im laufenden Jahr oder einer Kreditaufnahme gedeckt werden können.

Einem möglichen Erstattungs- und Verzinsungsanspruch des LASuV würde demnach korrespondierend ein gesetzlicher und satzungsgemäßer Erstattungsanspruch des ZVMS gegenüber den Verbandsmitgliedern folgen, insofern die Rückzahlungsverpflichtung bestehende Passivposten aus noch nicht zweckentsprechend verwendeten Regionalisierungsmitteln übersteigt.

Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Die Bilanzsumme verringerte sich im Vergleich zum 31. Dezember 2022 (40.278 TEUR) um 88.745 TEUR auf 311.533 TEUR.

Die operative Ertragslage wird hauptsächlich durch die Zuweisung staatlicher Mittel nach dem RegG bestimmt, die der Freistaat Sachsen auf der Grundlage der jeweils geltenden Verordnung (ÖPNVFinVO) des SMWA ausreicht. Gemäß der ÖPNVFinVO werden Mittel zur Finanzierung von Verkehrsleistungen im ÖPNV, insbesondere des SPNV, zur Abdeckung verbundbedingter Aufwendungen bei Verkehrskooperationen und Investitionen im ÖPNV eingesetzt.

Im Ergebnishaushalt standen Aufwendungen von 270.673 TEUR (Vorjahr: 331.065 TEUR) Erträgen von 270.672 TEUR (Vorjahr: 331.060 TEUR) und außerordentliche Erträge von 1 TEUR (Vorjahr: 5 TEUR) gegenüber, sodass der ZVMS das Haushaltsjahr 2023 genau wie im Vorjahr mit einem Jahresergebnis von 0 TEUR abschließt.

Die Finanzierung der Aufgabenerfüllung des ZVMS war im Berichtsjahr jederzeit gewährleistet.

Prognose-, Chancen- und Risikobericht

Einen großen Schwerpunkt bildet die Realisierung des Projektes „Chemnitzer Modell“ mit dem Ziel, eine Verknüpfung zwischen den Netzen der Eisenbahn und der Straßenbahn herzustellen, um mehrere Linien des SPNV umsteigefrei in das Stadtzentrum Chemnitz zu führen und die verbleibenden Umsteigebeziehungen zum regionalen und überregionalen Eisenbahnverkehr zu verbessern.

Eine entscheidende Voraussetzung für die Gewährleistung eines flächendeckenden integrierten Nahverkehrsangebotes auf Straße und Schiene in der Region Mittelsachsen ist die Bereitstellung finanzieller Mittel zur Aufgabenerfüllung in ausreichender Höhe.

Um die Vollendung des „Chemnitzer Modells“ und weiterer Investitionsvorhaben nicht zu gefährden, ist zum einem, ein auf den ZVMS bezogener Ausnahmetatbestand dahingehend geboten, dass abweichend von der in § 3 Abs. 2 Satz 3 Nr. 2 ÖPNVFinVO festgelegten Regelung („Ein Drittel zurückzuerstatten“) der ZVMS nicht verbrauchte Mittel als Eigenmittel zur Vollendung des „Chemnitzer Modells“ und weiterer wesentlicher Investitionen einsetzen darf.

Basierend auf den in der ÖPNVFinVO festgelegten, zugewiesenen Regionalisierungsmitteln strebt der Zweckverband auch für 2024 ein ausgeglichenes Ergebnis an.

Das Ziel der Weiterentwicklung des Öffentlichen Personennahverkehrs als integriertes Gesamtsystem wird auch weiterhin verfolgt. Gemeinsam mit dem Tourismusbereich sollen Verkehrskonzepte entwickelt werden und durch eine gemeinsame Vermarktung von Tourismus und Verkehr erhofft man sich die Erschließung neuer Potenziale.

Bestandsgefährdende und entwicklungsbeeinträchtigende Risiken werden gegenwärtig nicht gesehen. Die solide und nachhaltige Geschäftspolitik konnte auch im Jahr 2023 weitergeführt werden und wird auch für das bereits fortgeschrittene Jahr 2024 umgesetzt.

ZWECKVERBÄNDE

BETEILIGUNGSBERICHT DES ZWECKVERBANDES

Der Beteiligungsbericht des Zweckverbandes Verkehrsverbund Mittelsachsen für das Geschäftsjahr 2024 liegt noch nicht vor.

ANMERKUNGEN

Die Feststellung der Jahresrechnung für das Haushaltsjahr 2024 steht noch aus. Aus diesem Grund beziehen sich die Angaben auf den Rechenschaftsbericht der Jahresrechnung 2023.

FINANZDATEN

FINANZBEZIEHUNGEN

Alle Angaben in EUR

	2024 (IST)
Leistungen an den Landkreis	
Zahlungen für PlusBus-/TaktBus-Linien	328.437,69
Leistungen des Landkreises	
Kostenerstattung Schülerbeförderung	7.871.499,62
Kostenerstattung Bildungstickets	5.328.295,71
Kostenerstattung für den Ausbildungsverkehr	2.302.026,64

ZWECKVERBÄNDE

6.4. ZWECKVERBAND STUDIENINSTITUT FÜR KOMMUNALE VERWALTUNG SÜDSACHSEN

FIRMENDATEN

ANSCHRIFT	Schulstraße 38
FIRMENSITZ	09125 Chemnitz
TELEFON	0371 278629-0
TELEFAX	0371 278629-29
E-MAIL	post@skvs-sachsen.de
WEBSEITE	http://www.skvs-sachsen.de
RECHTSFORM	KdöR
GRÜNDUNGSDATUM	27.02.1993
GESCHÄFTSJAHRESBEGINN	Januar
LETZTE ÄNDERUNG DER SATZUNG	12.11.2021

MITGLIEDER/STIMMEN

	Anteil in %	Stimmen
Städte, Gemeinden, Landkreise, Verwaltungsverband	94,79	91
Landkreis Zwickau	5,21	5
Gesamt		96

UNTERNEHMENSgegenstand

Aufgabe des Zweckverbandes ist die Wahrnehmung von Aus-, Fort- und Weiterbildungsaufgaben seiner Mitglieder, insbesondere die ordnungsgemäße Vorbereitung von deren Bediensteten auf ihren Beruf und/oder die vor einer juristischen Person des öffentlichen Rechtes abzulegende Prüfung einschließlich der Abnahme gesetzlich vorgeschriebener und anderer Prüfungen, soweit dazu nicht Kraft Gesetzes oder sonstiger Rechtsvorschriften der Freistaat Sachsen zuständig ist.

Der Zweckverband kann auch weitere Aufgaben übernehmen, wie z. B. die Beratung in Fragen der Personal- und Organisationsentwicklung oder die Durchführung von Projektaufgaben.

Der Zweckverband kann auch Bedienstete von Nichtmitgliedern in deren Auftrag ausbilden, fortbilden und die gesetzlich vorgeschriebenen oder andere Prüfungen abnehmen, wenn die Kapazitäten des Zweckverbandes nicht bereits durch Inanspruchnahme seiner Mitglieder ausgeschöpft sind. Ein Anspruch der Nichtmitglieder hierauf besteht nicht.

Der Zweckverband hat das Recht, im Rahmen der Erfüllung seiner Aufgaben Satzungen zu erlassen.

GESCHÄFTSFÜHRUNG

INSTITUTSLEITER/-IN

Frau Dr. Annelie Pfannenstein-Löser

VERBANDSVERSAMMLUNG

VORSITZ

Herr Thomas Kunzmann

LAGEBERICHT (AUSZUGSWEISE WIEDERGABE)

Wirtschaftsbericht

Die Umsatzerlöse bewegen sich auf dem Niveau von 2021 und sanken somit im Vergleich zu 2023 um 34,71 % (2024: € 637.187,25 (Planansatz: € 779.845,15) / 2023: €976.006,75). Bei den Teilnehmerstunden kam es zu einem Rückgang (2024: 60.888 Teilnehmerstunden / 2023: 116.283 Teilnehmerstunden).

Die Aufwendungen für bezogene Leistungen haben sich gegenüber dem Vorjahr auf € 231.918,90 vermindert [...].

Der Zweckverband beschäftigte im Jahresdurchschnitt 6 teilzeitbeschäftigte Mitarbeiter. Der Personalaufwand betrug insgesamt € 380.023,69 [...].

Ausgaben im Bereich der Investitionen wurden im Geschäftsjahr keine getätigt.

Aufgrund der insgesamt weiterhin schwierigen Wirtschaftslage ergibt sich in 2024 ein negatives Jahresergebnis in Höhe von € 75.694,46 (Planansatz 2024: € -55.000,00).

Das Eigenkapital verminderte sich um den Jahresfehlbetrag 2024 auf € 1.229.404,42. Die Eigenkapitalquote sank auf 93,58 % (Vj. 93,89 %).

Der Verband verfügt über ausreichende Liquidität und war im gesamten Geschäftsjahr 2024 in der Lage, seine finanziellen Verpflichtungen zu erfüllen [...].

Insgesamt ist die Vermögens- und Finanzlage im Geschäftsjahr 2024 weiterhin als gut zu bezeichnen.

Prognose-, Chancen- und Risikobericht

Die Hauptrisiken für den Zweckverband ergeben sich aus den Veränderungen in der Nachfrage nach Aus- und Fortbildungsmaßnahmen und dem allgemeinen Kostenrisiko (Inflation). Diese Situation verschärft sich auf Grund der aktuellen gesamtpolitischen/gesamtwirtschaftlichen Lage in Europa zunehmend. Diese Risiken können durch die positiven Jahresergebnisse der Vorjahre abgefedert werden [...]. Der Fortbestand des Verbandes ist somit nicht gefährdet.

Insgesamt lässt die Einschätzung der Risikolage die Feststellung zu, dass im abgelaufenen Geschäftsjahr 2024 und in 2025 keine den Fortbestand des Zweckverbandes gefährdenden Risiken bestanden haben bzw. zum aktuellen Zeitpunkt bestehen und nach gegenwärtigem Kenntnisstand auch für einen mittelfristigen Zeitraum nicht erkennbar sind.

ZWECKVERBÄNDE

6.5. PLANUNGSVERBAND REGION CHEMNITZ

FIRMENDATEN

ANSCHRIFT	Werdauer Straße 62
FIRMENSITZ	08056 Zwickau
TELEFON	0375 289405-0
TELEFAX	0375 289405-90
E-MAIL	info@pv-rc.de
WEBSEITE	http://www.pv-rc.de
RECHTSFORM	KdöR
GRÜNDUNGSDATUM	01.08.2008
GESCHÄFTSJAHRESBEGINN	Januar

MITGLIEDER/STIMMEN

	Anteil in %	Stimmen
Erzgebirgskreis	21,43	6
Landkreis Mittelsachsen	21,43	6
Landkreis Zwickau	21,43	6
Stadt Chemnitz	17,86	5
Vogtlandkreis	17,86	5
Gesamt		28

UNTERNEHMENSgegenstand

Jeder Regionale Planungsverband hat für seine Planungsregion einen Regionalplan aufzustellen. In den Regionalplänen sind die Ziele und Grundsätze übergeordneter Planungsebenen auf der Grundlage einer Bewertung des Zustands von Natur und Landschaft, des regionalen Leitbildes sowie der Raumentwicklung räumlich und sachlich auszuformen. Die Regionalpläne müssen sich in die angestrebte Entwicklung des Landes einfügen, wie sie sich aus dem Landesentwicklungsplan sowie aus den für die Raumordnung und Landesentwicklung bedeutsamen Entscheidungen des Landtages ergibt. Bei der Aufstellung der Regionalpläne sind die für die Raumordnung und Landesentwicklung bedeutsamen Entscheidungen der Staatsregierung und der obersten Raumordnungs- und Landesplanungsbehörde zu berücksichtigen.

Für das Gebiet des Freistaates Sachsen obliegt die Aufgabe der Ausweisung der zur Erreichung der Flächenbeitragswerte notwendigen Flächen nach § 3 Absatz 1 in Verbindung mit Absatz 2 Satz 1 Nummer 2 des Windenergieflächenbedarfsgesetzes vom 20. Juli 2022 (BGBl. I S. 1353) den Regionalen Planungsverbänden als Pflichtaufgabe.

In den Regionalplänen sind Windenergiegebiete nach § 2 Nummer 1 des Windenergieflächenbedarfsgesetzes auszuweisen. Jeder Regionale Planungsverband hat für seine Planungsregion bis zum 31. Dezember 2027 mindestens 2,0 Prozent seiner Fläche gemäß Anlage 1 Spalte 2 des Windenergieflächenbedarfsgesetzes (Flächenbeitragswerte) in Form von Vorranggebieten auszuweisen.

Die Regionalen Planungsverbände können von der erforderlichen regionalen Flächenausweisung nach Absatz 2 Satz 2 abweichen, soweit gewährleistet ist, dass der gemäß Anlage 1 Spalte 2 des Windenergieflächenbedarfsgesetzes vorgegebene Flächenbeitragswert in der jeweiligen Planungsregion eingehalten wird. Zu diesem Zweck können die Regionalen Planungsverbände miteinander öffentlich-rechtliche Vereinbarungen treffen, in denen die Flächenkompensation zwischen den Regionalen Planungsverbänden verbindlich geregelt ist. Die Vereinbarung ist der obersten Raumord-

ZWECKVERBÄNDE

nungs- und Landesplanungsbehörde rechtzeitig vor dem Satzungsbeschluss über den fortgeschriebenen Regionalplan anzuzeigen und ist mit dem Nachweis der erfolgten Anzeige Teil des Beschlusses der Verbandsversammlung über den fortgeschriebenen Regionalplan.

Auf Ausweisungen im Sinne des Absatzes 2 Satz 2 ist das Ziel 5.1.3 des Landesentwicklungsplans 2013 vom 14. August 2013 (SächsGVBl. S. 582) nicht anzuwenden.

Die Regionalen Planungsverbände gestalten im Interesse der Regionalentwicklung die raumordnerische Zusammenarbeit in den Planungsregionen. Bei Handlungsfeldern mit hohem Koordinierungsaufwand obliegt ihnen die konzeptionelle Vorbereitung und die Umsetzungsbegleitung. Dabei gestalten sie die raumordnerische Zusammenarbeit insbesondere durch

- die kontinuierliche Erfassung und Bereitstellung raumbezogener Daten,
- die Initiierung und Koordination von regionalen und interkommunalen Netzwerken,
- Kooperationsstrukturen,
- Regionale Foren und Aktionsprogramme zu aktuellen Handlungsforderungen sowie
- Mitwirkung im Verfahren zur Förderung der Regionalentwicklung durch den Freistaat Sachsen gemäß der Richtlinie des Sächsischen Staatsministeriums des Innern zur Förderung der Regionalentwicklung vom 25. April 2013 (SächsABl. S. 475), zuletzt enthalten in der Verwaltungsvorschrift vom 4. Dezember 2017 (SächsABl. SDR. S. S 352), in der jeweils geltenden Fassung.

Die öffentlichen Stellen und Personen des Privatrechts nach § 4 Absatz 1 des Raumordnungsgesetzes haben ihre raumbedeutsamen Planungen und Maßnahmen aufeinander und untereinander abzustimmen. Raumbedeutsame Planungen und Maßnahmen, die erhebliche Auswirkungen auf Nachbarstaaten haben können, sind nach den Grundsätzen der Gegenseitigkeit und Gleichwertigkeit mit diesen abzustimmen.

Der obersten Raumordnungs- und Landesplanungsbehörde obliegt die landesweite Raumb Beobachtung. Die landesweite Raumb Beobachtung erfasst und analysiert fortlaufend die raumbedeutsamen Entwicklungen. Raumbedeutsame Entwicklungen sind insbesondere Planungen und Maßnahmen mit Bedeutung für die Verwirklichung der Ziele und Grundsätze des Landesentwicklungsplans. Hierüber erstellt die oberste Raumordnungs- und Landesplanungsbehörde zur Unterrichtung des Landtags regelmäßig, mindestens einmal in jeder Legislaturperiode, einen Bericht (Raumordnungsbericht). Hiervon unberührt bleibt die von den Regionalen Planungsverbänden im Rahmen ihrer Aufgabenerfüllung durchzuführende Raumb Beobachtung.

GESCHÄFTSFÜHRUNG

LEITER/-IN VERBANDSGESCHÄFTSSTELLE

Herr Sebastian Kropop

VERBANDSVERSAMMLUNG

VORSITZ

Herr Dirk Neubauer
(bis 30.09.2024)

Herr Sven Schulze
(ab 01.10.2024)

LAGEBERICHT (AUSZUGSWEISE WIEDERGABE)

Der Planungsverband Region Chemnitz ist einer von vier Planungsverbänden im Freistaat Sachsen. Er ist Träger der Regionalplanung für die gleichnamige Planungsregion, welche das Gebiet der kreisfreien Stadt Chemnitz sowie der Landkreise Erzgebirgskreis, Mittelsachsen, Vogtlandkreis und Zwickau umfasst.

ZWECKVERBÄNDE

Der Planungsverband verfügt über eine stabile Kassenlage. Die stetige Aufgabenerfüllung des Verbands war im gesamten Haushaltsjahr sichergestellt. Zudem verfügt der Planungsverband über ausreichend liquide Mittel, um alle Zahlungsverpflichtungen dauerhaft zu erfüllen. Der Verband ist schuldenfrei. Die Aufnahme von Krediten (inkl. Kassenkrediten) war im Haushaltsjahr nicht erforderlich.

Die im Haushalt dargestellten Erträge des Planungsverbands bestehen hauptsächlich aus dem Mehrbelastungsausgleich des Freistaates Sachsen. [...] Der Mehrbelastungsausgleich wird gemäß § 12 Abs. 2 SächsLPIG zur Erfüllung der übertragenen Pflichtaufgaben gewährt. Er soll sowohl die personellen Ressourcen als auch die Sachkosten, die zur Leistungserfüllung notwendig sind, ersetzen. Die Leistungserfüllung betrifft vorrangig die Regionalplanerstellung und die dazu notwendigen Verfahrensschritte, die auf Grund der Komplexität mehrere Jahre dauern.

Mit Hilfe von Fremdfinanzierungen kann sich der Planungsverband Projekten widmen, die für die aktuelle Situation in der Region von Bedeutung sind.

Die Bilanz des Planungsverbandes Region Chemnitz weist zum Stichtag 31. Dezember 2023 ein Vermögen im Wert von 2.291.385,46 EUR aus. Die Aktivseite der Bilanz besteht zu 54,7 % aus dem Umlaufvermögen und zu 45,0 % aus dem Anlagevermögen. Das Anlagevermögen selbst besteht zu 96,9 % aus Kapitalmarktpapieren gegenüber Kreditinstituten. Das Umlaufvermögen besteht zu 98,9 % aus liquiden Mitteln.

In der Ergebnisrechnung ist ersichtlich, dass die ordentlichen Erträge im Vergleich zum Vorjahr um 243.701,00 EUR höher ausfielen. Die ordentlichen Aufwendungen liegen 133.782,65 EUR über dem Vorjahreswert. In der Konsequenz erhöhte sich das ordentliche Ergebnis um 129.081,99 EUR auf 239.000,34 EUR (Vorjahr: 129.081,99 EUR). Die Hauptursache findet sich dabei in den Aufwendungen für die Erstellung und Herstellung des Regionalplans und in der durch den Freistaat Sachsen finanzierten neuen Pflichtaufgabe zur Umsetzung des Windenergieflächenbedarfsgesetzes.

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass sich eine Verbesserung des Ergebnisses im Vergleich zum Vorjahreszeitraum ergeben hat. Die Lage ist daher weiterhin als stabil einzuschätzen. Die Aufgabenerfüllung konnte zu jeder Zeit sichergestellt werden. Auch sind genügend Liquiditätsreserven vorhanden um alle Zahlungsverpflichtungen begleichen zu können. Auch in absehbarer Zeit wird der Verband keine Kredite für sein Normalgeschäft aufnehmen müssen.

Die Pflichtaufgaben wurden gemäß § 4 SächsLPIG mit dem Satzungsbeschluss des Regionalplanes Region Chemnitz und der Vorlage zur Genehmigung sowie der Auswertung der 2021 durchgeführten Unterrichtung der berührten öffentlichen Stellen und der Öffentlichkeit zum Entwurf des Sachlichen Teilregionalplans Wind; Regionales Windenergiekonzept erfüllt.

Die Verpflichtung, Raumordnungspläne aufzustellen und fortzuschreiben besteht auf Grund der mehrjährigen Planverfahren auch weiterhin. Das Verfahren zur Aufstellung des Regionalplan Region Chemnitz konnte aufgrund der Komplexität und der mehrstufigen Beteiligungsverfahren auch 2023 noch nicht abgeschlossen werden.

Positiv zu bewerten ist, dass der in Aufstellung befindliche Regionalplan nach seiner Fertigstellung zu einer gesteuerten nachhaltigen Entwicklung in der Planungsregion beiträgt.

Mögliche Risiken von besonderer Bedeutung bestehen nicht.

Der Planungsverband Region Chemnitz hat eine stabile Haushalts- und Finanzlage.

ANMERKUNGEN

Die Feststellung des Jahresabschlusses für das Haushaltsjahr 2024 steht noch aus. Aus diesem Grund beziehen sich die Angaben auf den Rechenschaftsbericht des Jahresabschlusses 2023.

ZWECKVERBÄNDE

6.6. KULTURRAUM VOGTLAND-ZWICKAU

FIRMENDATEN

ANSCHRIFT	Werdauer Straße 62
FIRMENSITZ	08056 Zwickau
TELEFON	0375 4402-27010
TELEFAX	0375 4402-27019
E-MAIL	mandy.lippold@landkreis-zwickau.de
WEBSEITE	http://www.kulturraum-vogtland-zwickau.de
RECHTSFORM	KdöR
GRÜNDUNGSDATUM	01.08.1994
GESCHÄFTSJAHRESBEGINN	Januar

MITGLIEDER/STIMMEN

	Anteil in %	Stimmen
Landkreis Zwickau	25,00	1
Stadt Plauen	25,00	1
Stadt Zwickau	25,00	1
Vogtlandkreis	25,00	1
Gesamt		4

UNTERNEHMENSgegenstand

Der Kulturraum fördert im Rahmen der im Haushaltsplan zur Verfügung gestellten Mittel und nach näherer Maßgabe der von ihm erlassenen Förderrichtlinien die jährlich festzulegenden Einrichtungen und Maßnahmen von regionaler Bedeutung.

KULTURKONVENT

VORSITZ

Herr Carsten Michaelis

KULTURSEKRETARIAT

KULTURSEKRETÄR/-IN

Frau Mandy Lippold

LAGEBERICHT (AUSZUGSWEISE WIEDERGABE)

Zur Erhaltung und Förderung kultureller Einrichtungen und Maßnahmen wurde der ländliche Kulturraum Vogtland-Zwickau gemäß § 1 Sächsisches Kulturraumgesetz (SächsKRG) als Gesamtrechtsnachfolger der Kulturräume Vogtland und Zwickauer Raum zum 1. August 2008 gebildet. Pflichtmitglieder des Kulturraumes sind der Vogtlandkreis und der Landkreis Zwickau (§ 1 Abs. 3 SächsKRG). Die ehemals kreisfreien Städte Plauen und Zwickau sind dem Kulturraum auf der Grundlage von § 7a SächsKRG zum 1. Januar 2009 als freiwillige Mitglieder beigetreten.

Dem Kulturkonvent gehören gemäß § 4 Abs. 3 und § 7a Abs. 2 SächsKRG die Landräte und Oberbürgermeister der Kulturraummitglieder als stimmberechtigte Mitglieder an.

Die Kulturkasse finanziert sich aus den Zuweisungen des Freistaates Sachsen gem. § 6 Abs. 2 Buchstabe a) SächsKRG und der von den Kulturraummitgliedern zu erhebenden Kulturumlage (§ 6 Abs. 3 SächsKRG).

Im Jahr 2023 erhielt der Kulturraum im Rahmen des Beschlusses zum Doppelhaushalt 2023/2024 des Freistaates Sachsen eine Landeszuweisung in Höhe von 14.837.212,88 Euro (Vorjahr:

ZWECKVERBÄNDE

13.966.144 Euro). Die zu erhebende Kulturumlage (=Mindestumlage) betrug 7.418.606,00 Euro (Vorjahr: 6.985.000 Euro) [...].

Gemäß § 6 Abs. 2 Buchstabe b SächsKRG erhielt der Kulturraum für Investitionsmaßnahmen lt. Zuwendungsbescheid vom 6. März 2024 204.833,77 Euro (Vorjahr 217.767,00 Euro), welche mit der Landeszuweisung an die Kulturräume ausgereicht wurde. [...] Die bewilligten Mittel wurden an die Letztempfänger weitergeleitet.

Weiterhin erhielt der Kulturraum Vogtland-Zwickau vom Freistaat Sachsen zusätzliche investive Verstärkungsmittel in Höhe von 464.564,53 Euro (Vorjahr: 460.941 Euro), die vom Kulturraum eigenständig bewirtschaftet werden konnten.

Somit belaufen sich die ordentlichen Erträge der Ergebnisrechnung des Jahres 2023 auf 23.428.889,77 Euro (Vorjahr: 21.936.068 Euro).

Der Kulturraum Vogtland-Zwickau gewährte nach § 3 Absatz 1 SächsKRG im Jahr 2023 Zuwendungen für 64 Einrichtungen und 61 kulturelle Projekte. Innerhalb der Netzwerkstelle Kulturelle Bildung des Kulturraumes konnten gem. der Förderrichtlinie zur Gewährung von Zuwendungen für Kleinprojekte des Kulturraumes vom 14. November 2017 Zuwendungen für Kleinprojekte gewährt werden. Innerhalb des Programmes „JEDER KITA EINEN KÜNSTLER“ konnten 32 Bewerbungen von Kindertageseinrichtungen und ihrer jeweiligen Künstler für eine Förderung berücksichtigt werden. An dem Programm „Museum trifft Schule“ nahmen von ursprünglichen 11 musealen Einrichtungen noch 6 Einrichtungen im Jahr 2023 teil und erhielten eine entsprechende Zuwendung. Über das gemeinsame Kooperationsprojekt mit dem benachbarten Kulturraum Erzgebirge-Mittelsachsen konnten im Jahr 2023 bezogen auf den Kulturraum Vogtland-Zwickau 259 Einzelprojekte gefördert und umgesetzt werden.

Für die institutionelle Förderung von regional bedeutsamen, kulturellen Einrichtungen gewährte der Kulturraum Vogtland-Zwickau im Jahr 2023 insgesamt Zuwendungen in Höhe von 19.124.565,78 Euro (Vorjahr: 18.610.854,75 Euro). [...] Für die Projektförderung wurden insgesamt 597.919,85 Euro (Vorjahr 784.585,22 Euro) an bewilligten Zuwendungen gewährt.

In der investiven Projektförderung konnte der Kulturraum im Jahr 2023 für 29 investive Maßnahmen Zuwendungen in Höhe von 1.295.729,79 Euro (Vorjahr 1.173.426 Euro) gewähren. Der Kulturraum förderte davon 11 investive Maßnahmen aus einem eigenen investiven Budget in Höhe von 423.958,54 Euro. Für fünf weitere investive Maßnahmen konnten im Rahmen des interregionalen Kulturlastenausgleiches gem. § 6 Abs. 2 Buchst. b SächsKRG Zuwendungen in Höhe von 254.358,85 Euro gewährt werden. [...]

In der Ergebnisrechnung werden die Transferleistungen mit 21.297.857,90 Euro ausgewiesen.

Insgesamt belaufen sich die in der Ergebnisrechnung im Jahr 2023 ausgewiesenen ordentlichen Aufwendungen auf 21.862.423,42 Euro (Vorjahr: 21.427.517,84 Euro).

In der Ergebnisrechnung ergibt sich abschließend ein Überschuss in Höhe von 1.576.466,35 Euro.

Zum 31. Dezember 2023 ergibt sich ein Zahlungsmittelsaldo aus laufender Verwaltungstätigkeit als Zahlungsmittelüberschuss in der Finanzrechnung in Höhe von 1.842.874,97 Euro. Der Kulturraum verzeichnete im Jahr 2023 einen Zugang im sonstigen Betriebs- und Geschäftsvermögen in Höhe von 1.408,54 Euro, so dass sich die Änderung des Finanzmittelbestandes im Haushaltsjahr 2023 auf 1.841.466,43 Euro reduziert.

Durch die verfügbaren Rücklagen aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses der Vorjahre stehen dem Kulturraum grundsätzlich [...] ausreichend Mittel zur Verfügung, um entsprechende Schwankungen der kommenden Jahre auszugleichen. Damit sind die Liquidität und die stetige Aufgabenerfüllung des Kulturraumes zumindest mittelfristig gesichert.

ZWECKVERBÄNDE

ANMERKUNGEN

Die Feststellung des Jahresabschlusses für das Haushaltsjahr 2024 steht noch aus. Aus diesem Grund beziehen sich die Angaben auf den Rechenschaftsbericht des Jahresabschlusses 2023.

FINANZDATEN

FINANZBEZIEHUNGEN

Alle Angaben in EUR

	2024 (IST)
Laufende Umlage	3.156.401,79

ZWECKVERBÄNDE

6.7. SPARKASSENZWECKVERBAND CHEMNITZ

FIRMENDATEN

ANSCHRIFT	Bahnhofstraße 51 (über Sparkasse Chemnitz)
FIRMENSITZ	09111 Chemnitz
TELEFON	0371 99-1010
TELEFAX	0371 99-1109
E-MAIL	enrico.langer@spk-chemnitz.de
RECHTSFORM	KdöR
GRÜNDUNGSDATUM	08.02.1993
GESCHÄFTSJAHRESBEGINN	Januar

MITGLIEDER/STIMMEN

	Anteil in %	Stimmen
Stadt Chemnitz	60,00	12
Landkreis Zwickau	40,00	8
Gesamt		20

UNTERNEHMENSgegenstand

Der Verband fördert das Sparkassenwesen im Gebiet seiner Mitglieder. Die zu diesem Zweck von ihm errichtete Sparkasse führt den Namen "Sparkasse Chemnitz" (im Nachfolgenden "Sparkasse" genannt).

Der Verband ist Träger der Sparkasse; im Übrigen gelten die gesetzlichen Bestimmungen über Sparkassenzweckverbände in ihrer jeweiligen Fassung.

Die Verbandsmitglieder dürfen weder selbst noch in irgendeiner Gesellschaftsform eine Sparkasse oder ein anderes Geldinstitut betreiben oder sich an einem solchen Unternehmen beteiligen.

VERBANDSVERSAMMLUNG

VORSITZ

Herr Carsten Michaelis

ANMERKUNGEN

Die erforderlichen Verwaltungsarbeiten des Zweckverbandes werden gemäß § 12 Abs. 2 der Verbandssatzung von der Sparkasse Chemnitz ausgeführt. Zudem trägt die Sparkasse Chemnitz nach § 12 Abs. 3 der Verbandssatzung den Verwaltungsaufwand und die sonstigen Kosten des Verbandes.

ZWECKVERBÄNDE

6.8. ZWECKVERBAND KOMMUNALE INFORMATIONSVERRARBEITUNG SACHSEN (KISA)

FIRMENDATEN

ANSCHRIFT	Eilenburger Straße 1 A
FIRMENSITZ	04317 Leipzig
TELEFON	0351 86652-120
TELEFAX	0351 86652-122
E-MAIL	post@kisa.it
WEBSEITE	http://www.kisa.it
RECHTSFORM	KdöR
GRÜNDUNGSDATUM	01.01.2004
GESCHÄFTSJAHRESBEGINN	Januar
LETZTE ÄNDERUNG DER SAT- ZUNG	07.02.2025

MITGLIEDER/STIMMEN

	Anteil in %	Stimmen
Landkreise, Städte, Gemeinden, Verwaltungsverbände, Zweckverbände und Sonstige Einrichtungen	99,36	3.093
Landkreis Zwickau	0,64	20
Gesamt		3.113

TOCHTERUNTERNEHMEN

KDN-Kommunale DatenNetz GmbH	60.000 EUR (100,00%)
Komm24GmbH	5.000 EUR (20,00%)
Lecos GmbH	20.000 EUR (10,00%)
ProVitago eG	5.000 EUR (2,22%)

UNTERNEHMENSgegenstand

Der Zweckverband stellt seinen Mitgliedern Datenverarbeitungsverfahren, Datenübertragungsnetze, Datenverarbeitungsleistungen und zugehörige Serviceleistungen zur Erledigung oder Vereinfachung von Verwaltungsaufgaben mit technikunterstützter Informationsverarbeitung zur Verfügung, welche die Mitglieder ganz oder teilweise in freier Entscheidung nutzen können.

Zu den Leistungen und Aufgaben des Zweckverbandes gehören insbesondere die nachfolgend aufgezählten:

- Wartung, Pflege, Weiterentwicklung und erforderlichenfalls geordnete Ablösung der bereitgestellten Verfahren,
- Gewährleistung eines möglichst integrierten Einsatzes der angebotenen Verfahren durch Bereitstellung entsprechender Schnittstellen,
- Beratung und Unterstützung der Mitglieder sowie der sonstigen Kunden in allen Fragen, die mit den Leistungen nach Abs. 1 im Zusammenhang stehen, in allen sonstigen Anwendungsfragen und bei der Auswahl, Beschaffung und Nutzung von Hardware und Software, wobei Rechtsberatung ausgeschlossen ist,
- Durchführung von Schulungen,

ZWECKVERBÄNDE

- Erwerb von Gebietslizenzen und Abschluss von Rahmenverträgen mit Dritten über Lieferungen und Leistungen,
- Bereitstellung eines Übertragungsnetzes zur Nutzung der Datenverarbeitungsverfahren und für andere Netzdienste,
- Vertretung der Interessen der Verbandsmitglieder auf dem Gebiet der technikunterstützten Informationsverarbeitung,
- Erwerb und Überlassung von Informationstechnik sowie damit verbundene Betreiberleistungen.
- Der Verband stellt beruflich qualifiziertes und sachkundiges Personal bereit, das befähigt ist, als Datenschutzbeauftragter gemäß Art. 37 Datenschutz-Grundverordnung Verwendung finden. Mitglieder der KISA erhalten das Entscheidungsrecht, bereitgestelltes Personal zum Datenschutzbeauftragten gemäß Art. 37 Datenschutz-Grundverordnung bei Verfügbarkeit zu benennen. Im Falle seiner Benennung erfüllt der jeweilige Datenschutzbeauftragte seine Pflichten und Aufgaben gegenüber der Geschäftsleitung des Verbandes unabhängig und berichtet unmittelbar und ausschließlich dem Verantwortlichen, d. h. der benennenden Stelle. Allein im Falle von Vertragsstörungen zwischen dem Verband und einem Verbandsmitglied bei der Wahrnehmung der Aufgabe, ist der Verband befugt, das von ihm gestellte Personal zum erbrachten Leistungsumfang zu befragen.

Der Verband kann sich zur Erfüllung einzelner Aufgaben Dritter bedienen. Hierbei muss vertraglich sichergestellt sein, dass alle Normen des Datenschutzes ausnahmslos eingehalten werden und dass dies jederzeit durchsetzbar ist.

Der Zweckverband erbringt seine Leistungen im Wesentlichen für seine Verbandsmitglieder. Im Rahmen der vorhandenen Kapazitäten kann er Leistungen auch für Dritte erbringen. Der Drittgeschäftsanteil darf einen Wert von 20 % des durchschnittlichen Gesamtumsatzes der vergangenen drei Jahre nicht erreichen oder überschreiten.

Der Verband arbeitet kostendeckend. Die Erzielung eines Gewinnes wird nicht angestrebt.

GESCHÄFTSFÜHRUNG

GESCHÄFTSFÜHRER/-IN

Herr Andreas Bitter

VERBANDSVERSAMMLUNG

VORSITZ

Herr Ralf Rother

LAGEBERICHT (AUSZUGSWEISE WIEDERGABE)

Grundlagen des Unternehmens

Der Zweckverband Kommunale Informationsverarbeitung Sachsen (KISA) ist ein Zweckverband mit Sitz in Leipzig. KISA ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts und arbeitet auf der Grundlage des Sächsischen Gesetzes über kommunale Zusammenarbeit.

Mitglieder von KISA sind Städte, Gemeinden, Landkreise, Verwaltungsverbände, Zweckverbände und sonstige Einrichtungen, darunter auch juristische Personen des Privatrechts. [...] Die Gesamtzahl der Mitglieder belief sich zum 31.12.2024 auf 291 Mitglieder.

Der Zweckverband KISA erbringt seine Leistungen im Wesentlichen gegenüber seinen Verbandsmitgliedern. Es können im Rahmen der vorhandenen Kapazitäten in einem beschränkten Maß auch Leistungen an Dritte erbracht werden. Der Verband arbeitet kostendeckend, eine Gewinnerzielungsabsicht besteht nicht.

ZWECKVERBÄNDE

Der Zweckverband stellt seinen Mitgliedern und Kunden im öffentlichen Sektor integrierte IT-Lösungen zur Verfügung. Das Portfolio bietet ein umfassendes Spektrum sicherer, komfortabler und nachhaltiger Verfahren, Dienstleistungen und Infrastruktur zur Vereinfachung der Verwaltungsaufgaben. Schwerpunkte darunter sind die Softwareanwendungen u. a. im Einwohner-, Finanz- und Personalwesen sowie das Dokumentenmanagement.

Neben zahlreichen weiteren Softwarelösungen für den kommunalen Bedarf bietet das Portfolio von KISA auch Beratungsleistungen zu Hard- und Software in Kommunalverwaltungen und Schulen, zur Digitalisierung der Verwaltungsleistungen, zur Informationssicherheit, zur Datensicherheit sowie für IT-Infrastruktur an.

Wirtschaftsbericht

Die Verbesserung der Servicequalität, eine gute Erreichbarkeit und beschleunigte Reaktions- und Lösungszeiten waren für KISA im Jahr 2024 ein herausforderndes Thema.

KISA unterstützte die Kunden im Jahr 2024 umfassend bei der Durchführung der EU- und Kommunalwahlen.

Im Vergleich zum Vorjahr konnte der Umsatz in 2024 deutlich gesteigert werden, er liegt 7 Mio. € über dem Vorjahresniveau. Damit wurde der Planansatz um knapp 1 Mio. € verfehlt.

Gesamtaussage

Zum Jahresende 2024 entstand ein positives Ergebnis von 264 T€ (Vorjahr 251 T €), was deutlich über der Prognose lag. Es wurde wie geplant keine Umlage erhoben.

Ursachen für das positive Ergebnis im Vergleich zum Planansatz waren insbesondere:

- geringere Personalaufwendungen aufgrund nicht besetzter Stellen
- periodenfremde Erträge
- Auflösung von Rückstellungen
- Ausnutzung aller vertretbaren Einsparmöglichkeiten

KISA kalkuliert die Preise kostendeckend bzw. passt die Produkt- und Dienstleistungspreise bei Preissteigerungen der Lieferanten und Hersteller kontinuierlich an.

Prognosebericht

Für das Jahr 2024 wurde die Haushaltssatzung mit Wirtschaftsplan mit Bescheid vom 21.10.2024 durch die Landesdirektion Sachsen genehmigt. Die Haushaltssatzung sieht einen Jahresfehlbetrag von 747 T€, eine entsprechende Entnahme aus der Gewinnrücklage zur Deckung des Jahresfehlbetrages, keine Erhebung von Umlagen, keine Aufnahme von Kassenkrediten und einen Gesamtbetrag der Kreditaufnahmen für Investitionen in Höhe von 1.831 T€ vor. Der Endbestand der liquiden Mittel zum 31.12.2025 wurde mit 6.046 T€ prognostiziert. Der Zweckverband ist ganzjährig mit ausreichend Liquidität ausgestattet.

BETEILIGUNGSBERICHT DES ZWECKVERBANDES

Der Beteiligungsbericht des Zweckverbandes Kommunale Informationsverarbeitung Sachsen (KISA) ist der Anlage beigelegt.

ZWECKVERBÄNDE

6.9. RETTUNGSZWECKVERBAND "SÜDWESTSACHSEN"

FIRMENDATEN

ANSCHRIFT	Poeppigstraße 6
FIRMENSITZ	08529 Plauen
TELEFON	03741 457-0
TELEFAX	03741 457-111
E-MAIL	briefkasten@rztv-sws.de
WEBSEITE	http://www.rztv-sws.de
RECHTSFORM	KdöR
GRÜNDUNGSDATUM	18.08.1995
GESCHÄFTSJAHRESBEGINN	Januar

MITGLIEDER/STIMMEN

	Anteil in %	Stimmen
Landkreis Zwickau	50,00	1
Vogtlandkreis	50,00	1
Gesamt		2

UNTERNEHMENSgegenstand

Der Zweckverband ist Träger des bodengebundenen Rettungsdienstes in seinem Verbandsgebiet. Er hat insbesondere die Aufgaben:

- die Sicherstellung - ausgenommen die notärztliche Sicherstellung - einer bedarfsgerechten Versorgung der Bevölkerung mit Leistungen der Notfallrettung - einschließlich Bergwacht und Wasserrettungsdienste, soweit sie Aufgaben der Notfallrettung wahrnehmen - und des Krankentransportes;
- auf der Grundlage des Sächsischen Gesetzes über den Brandschutz, Rettungsdienst und Katastrophenschutz (SächsBRKG) i. V. m. der Sächsischen Landesrettungsdienstplanungsverordnung (SächsLRettDPVO) in den jeweils gültigen Fassungen einen Bereichsplan aufzustellen;
- den Bereitschaftsbeirat für den Rettungsdienst zu bestellen und ihn in grundsätzlichen Angelegenheiten anzuhören; Erlass einer Geschäftsordnung für den Bereichsbeirat;
- durch öffentlich-rechtlichen Vertrag die Durchführung von Notfallrettung und Krankentransport nach einem Vergabeverfahren auf private Hilfsorganisationen oder auf andere Unternehmer (Leistungserbringer) zu übertragen;
- den Rettungsdienst selbst durchzuführen, soweit die bedarfsgerechte Versorgung mit Leistungen des Rettungsdienstes nicht nach Ziffer 4 sichergestellt ist;
- die Integrierte Regionalleitstelle (IRLS) zu errichten, zu unterhalten und zu betreiben; die Verbandsmitglieder übertragen ihre diesbezüglichen Zuständigkeiten, die sich aus § 11 Abs. 1 und § 34 Abs. 2 SächsBRKG ergeben, auf den Zweckverband;
- gemeindeübergreifenden Alarmierungs- und Nachrichtenübermittlungssysteme zu errichten, zu unterhalten und zu betreiben; die Verbandsmitglieder übertragen ihre diesbezüglichen Zuständigkeiten, die sich aus § 7 Abs. 1 Ziffer 2 SächsBRKG ergeben, auf den Zweckverband;
- die Rettungswachen und die sonstigen für die Durchführung der Notfallrettung oder des Krankentransportes benötigten baulichen Anlagen zu errichten und zu unterhalten;

ZWECKVERBÄNDE

- die zur Durchführung von Notfallrettung und Krankentransport benötigten Fahrzeuge - einschließlich der erforderlichen Ausrüstung und Ausstattung - im Benehmen mit den Kostenträgern nach Bedarf und wirtschaftlichen Gesichtspunkten selbst zu beschaffen und zu unterhalten;
- einen hauptamtlichen Ärztlichen Leiter Rettungsdienst und dessen hauptamtlichen Vertreter zu bestellen, die insbesondere Festlegungen zur Sicherung der Qualität der rettungsdienstlichen Versorgung treffen und deren Umsetzung überwachen; der Ärztliche Leiter Rettungsdienst und dessen Vertreter erfüllen zugleich die gesetzlichen Aufgaben des Ärztlichen Leiters der Integrierten Regionalliegestelle;
- ehrenamtlich tätige Leitende Notärzte zu bestellen, die bei der rettungsdienstlichen Versorgung einer großen Anzahl von Verletzten oder Erkrankten die ärztliche Versorgung koordinieren;
- ehrenamtlich tätige Organisatorische Leiter Rettungsdienst zu bestellen, die den Leitenden Notarzt bei taktischen und organisatorischen Aufgaben am Schadensort unterstützen;
- die Sicherstellung der rettungsdienstlichen Versorgung bei einem Großschadensereignis, insbesondere durch organisatorische und planerische Vorsorgemaßnahmen, unter anderem in Verbindung mit den unteren Brandschutz-, Rettungsdienst- und Katastrophenschutzbehörden der Verbandsmitglieder Schnell-Einsatz-Gruppen (SEG) aufzustellen und gemäß § 39 SächsBRKG im Katastrophenschutz mitzuwirken;
- für die Durchführung des Rettungsdienstes auf der Grundlage des § 32 SächsBRKG einheitliche, leistungsgerechte Benutzungsentgelte für alle in der gesetzlichen Krankenversicherung versicherten Benutzer mit den Kostenträgern zu vereinbaren;
- für alle nicht in der gesetzlichen Krankenversicherung versicherten Benutzer des Rettungsdienstes Gebühren durch Satzung festzulegen;
- für die Qualitätssicherung der medizinischen Leistungen kann der Zweckverband eigene Fortbildungen anbieten und durchführen;
- die Ersthelferausbildung der Bevölkerung mit dem Ziel zu fördern, das therapiefreie Intervall bei Notfallpatienten zu verkürzen; die Ersthelferausbildung ist durch die Leistungserbringer nach Ziffer 4 durchzuführen;
- Durchführung von Projekten oder Förderung solcher, die im Kontext zur demografischen Entwicklung, zur langfristigen Stabilisierung der Systeme der ärztlichen bzw. notärztlichen Versorgung sowie der Gefahrenabwehr dienen;
- Unterhaltung von Serviceeinrichtungen für den Endgerätesupport des Rettungsdienstes im BOS-Digitalfunknetz, welche auch durch die Feuerwehr oder den Katastrophenschutz genutzt werden können; die Betreuung kann durch Vertrag auf Dritte übertragen werden.

Zur Erfüllung einiger oben genannten Aufgaben - insbesondere der Betreuung der Integrierten Regionalliegestelle - bedient sich der Verband der Berufsfeuerwehr Zwickau. Er schließt hierzu einen öffentlich-rechtlichen Vertrag mit der Großen Kreisstadt Zwickau in ihrer Funktion als Träger der Berufsfeuerwehr.

Der Zweckverband arbeitet im Rahmen der Notfallseelsorge/Krisenintervention organisatorisch und koordinierend mit. Er berücksichtigt hierbei insbesondere den seelsorgerischen Auftrag der Kirchen sowie die besonderen Fähigkeiten anderer Organisationen. Er kann selbst Träger eines oder mehrerer Teams sein.

GESCHÄFTSFÜHRUNG

GESCHÄFTSFÜHRER/-IN

Herr Jens Leistner

LAGEBERICHT (AUSZUGSWEISE WIEDERGABE)

Wirtschaftsbericht

Das Einsatzniveau für die RTW-Einsätze ist im Vergleich zum Vorjahr konstant geblieben. Lediglich die KTW-Einsätze haben den Negativtrend aus den Jahren vor der Coronapandemie fortgesetzt.

Der Einsatzrückgang im Bereich der NEF-Einsätze ist unter anderem in der Implementierung des neuen Berufsbildes des Notfallsanitäters und dessen damit verbundener Kompetenzen am Einsatzort zu erklären.

Die kumulierte Hilfsfrist für das Berichtsjahr lag bei 89,675 % und ist dabei gegenüber dem Vorjahr um 0,295 % gesunken.

Die eingeleiteten Maßnahmen zur weiteren Optimierung bestehen unter anderem aus der Errichtung neuer Rettungswachen.

Das Berichtsjahr war nach sieben regulären Vertragsjahren das erste Jahr der interimistischen Vertragsverlängerung der Leistungsverträge zur Sicherstellung des bodengebundenen Rettungsdienstes.

Die Entgeltverhandlungen mit den Kostenträgern gestalteten sich für das Berichtsjahr komplizierter als in den Vorjahren. Aufgrund der interimistischen Vertragsverlängerung wurden die Entgelte nicht klassisch verhandelt, sondern prospektiv auf Basis der Vorjahre prozentual angepasst. Dieses Procedere hatte zur Folge das Leistungserbringer, welche bereits in den letzten Vertragsjahren wirtschaftliche Schwierigkeiten hatten, für das Berichtsjahr ihre Nichtauskömmlichkeit anzeigten und die Entgelte in Absprache angepasst werden mussten. Die daraus resultierenden Entgeltanpassungen der Leistungserbringer waren nicht Bestandteil des Entgeltes für das Jahr 2023. Die Refinanzierungsphase erstreckt sich somit über das Jahr 2024 und wird voraussichtlich erst Bestandteil des Neuen Benutzungsentgeltes für bodengebundene Rettungsmittel im Wirtschaftsjahr 2025.

Die Umlageentwicklung im Bereich IRLS Zwickau und im Bereich des nichtentgeltrelevanten Rettungsdienstes bestätigt den Trend der Kostensteigerung der vergangenen Wirtschaftsjahre.

Die Umlageentwicklung im Bereich des nichtentgeltrelevanten Rettungsdienstes stellt sich wie folgt dar:

	2018	2019	2020	2021	2022	2023
Umlage	155.040,95	197.562,03	266.858,00	260.969,16	331.489,00	326.722,00
davon Vogtlandkreis	74.309,30	93.706,85	127.289,00	116.975,96	147.022,00	144.590,00
davon LK Zwickau	80.731,65	103.855,18	139.569,00	149.993,20	184.467,00	182.132,00

ZWECKVERBÄNDE

Die Umlage für den Teil Feuerwehr der IRLS Zwickau hat sich wie folgt entwickelt:

	2018	2019	2020	2021	2022	2023
Umlage	2.253.239,81	2.692.259,63	2.810.005,00	2.878.301,49	3.028.583,00	3.335.769,00
davon Vogtlandkreis	940.051,65	1.124.556,85	1.173.806,00	1.202.316,35	1.265.286,00	1.390.703,00
davon LK Zwickau	1.313.188,16	1.567.702,78	1.636.199,00	1.675.985,14	1.763.297,00	1.945.066,00

Wirtschaftliche Lage

Der Verband hat in 2023 Erträge von T€ 66.329 erzielt und Aufwendungen von T€ 66.329 ausgewiesen.

Die Finanzierung der laufenden Kosten sowie der Investitionen erfolgte je nach Art und Verursachungsgebiet durch die Kostenträger der GKV, die Verbandsmitglieder sowie Fördermaßnahmen. Die verursachungsgerechte Darstellung der Kosten und Erträge wird über eine Aufschlüsselung nach Kostenträger gewährleistet.

Direkt dem Rettungsdienst zurechenbare Aufwendungen werden vollständig von der GKV getragen. Der Finanzierungsrückfluss erfolgt über das Entgelt.

Die Kosten der IRLS Zwickau sowie bei anderen Mischfinanzierungen werden je zur Hälfte von den Verbandsmitgliedern und der GKV getragen.

Das ermittelte Jahresdefizit im Bereich Rettungsdienst beläuft sich im Verhandlungsergebnis auf 8.028.034,72 €. Es wurde beschlossen dieses aus der Entgeltrücklage zu entnehmen. Da diese zum 01.01.2023 nur 5.986.110,89 € betrug, wurde die Differenz i. H. v. 2.041.923,83 € eine Forderung gegenüber den Kostenträgern gebildet.

Bei den liquiden Mitteln ist ein Abfall von 5.613.637,89 € zu verzeichnen. Dieser begründet sich zum einen durch erhöhte Auszahlungen für die Investitionen im KFZ-Bereich, welche nicht kreditiert werden. Zum anderen durch nicht im Entgelt geplante Mehrausgaben im Bereich Rettungsdienst wie die Zahlung von Inflationsausgleichen, Nachberechnungen aus Vorjahren sowie Mehraufwand für Dienstbekleidung.

Prognose-, Chancen- und Risikobericht

Das Risikomanagement des RettZV „SWS“ befindet sich weiterhin im Aufbau. Eine Ableitung der Chancen und Risiken findet daher nur aus den Grundüberlegungen und den derzeit laufenden, vorbereitenden Tätigkeiten des Risikomanagements statt.

Der RettZV agiert weiterhin an den beiden durch die Verbandssatzung festgesetzten Standorten in Plauen und Zwickau und betreibt vor Ort jeweils eine Geschäftsstelle.

Die Verbesserung der Rettungswachenstruktur hat weiterhin eine hohe Priorität. Einerseits gibt es Standorte, die nach Gutachten der Firma ORGAKOM für die Einhaltung der Hilfsfrist nicht optimal sind und andererseits gibt es Rettungswachen deren baulicher Zustand dringenden Sanierungsbedarf aufweisen. Zur kurzfristigen Verbesserung der Arbeitsbedingungen wurden bereits Containerlösungen umgesetzt, welche dann jedoch zusätzliche Miet- und Betriebskosten verursachen.

Des Weiteren ist der RettZV „SWS“ bestrebt, den hohen Erfüllungsgrad zur Einhaltung der gesetzlichen Hilfsfrist weiter zu steigern und letzten Endes die rettungsdienstliche Versorgung der Bevölkerung bestmöglich zu gewährleisten.

Ein branchenspezifisches Risiko stellt die Vorbereitung für ein erneutes Ausschreibungsverfahren für die Vergabe der rettungsdienstlichen Aufgaben im Verbandsgebiet dar.

ZWECKVERBÄNDE

ANMERKUNGEN

Die Feststellung des Jahresabschlusses für das Wirtschaftsjahr 2024 steht noch aus. Aus diesem Grund beziehen sich die Angaben auf den Lagebericht des Jahresabschlusses 2023.

FINANZDATEN

FINANZBEZIEHUNGEN

Alle Angaben in EUR

	2024 (IST)
Leistungen des Landkreises	
Laufende Umlage	2.124.609,00

ZWECKVERBÄNDE

6.10. ZWECKVERBAND FÜR TIERKÖRPERBESEITIGUNG SACHSEN

FIRMENDATEN

ANSCHRIFT	Staudaer Weg 1
FIRMENSITZ	01561 Priestewitz/OT Lenz
TELEFON	035249 735-0
TELEFAX	035249 735-25
E-MAIL	info@tba-sachsen.de
WEBSEITE	http://www.tba-sachsen.de
RECHTSFORM	KdöR
GRÜNDUNGSDATUM	21.02.1991
GESCHÄFTSJAHRESBEGINN	Januar

MITGLIEDER/STIMMEN

	Anteil in %	Stimmen
Erzgebirgskreis	7,69	1
Landkreis Bautzen	7,69	1
Landkreis Görlitz	7,69	1
Landkreis Leipzig	7,69	1
Landkreis Meißen	7,69	1
Landkreis Mittelsachsen	7,69	1
Landkreis Nordsachsen	7,69	1
Landkreis Sächsische Schweiz - Osterzgebirge	7,69	1
Landkreis Zwickau	7,69	1
Stadt Chemnitz	7,69	1
Stadt Dresden	7,69	1
Stadt Leipzig	7,69	1
Vogtlandkreis	7,69	1
Gesamt		13

UNTERNEHMENSgegenstand

Der Verband führt die seinen Verbandsmitgliedern nach den geltenden tierkörperbeseitigungsrechtlichen Vorschriften der Europäischen Union, des Bundes und des Freistaates Sachsen obliegenden Aufgaben an deren Stelle durch.

Er verarbeitet und beseitigt unschädlich die im Verbandsgebiet anfallenden Tierkörper, Tierkörperteile, Erzeugnisse und tierischen Nebenprodukte, deren Beseitigung nach den geltenden tierkörperbeseitigungsrechtlichen Vorschriften in einer Tierkörperbeseitigungsanstalt zu erfolgen hat.

Der Verband errichtet oder erwirbt und betreibt die hierfür erforderlichen Anlagen entweder selbst oder betreibt sie durch Dritte. Auch im Übrigen kann sich der Verband zur Erfüllung seiner Aufgaben Dritter bedienen.

Der Verband kann weitere Aufgaben übernehmen, die mit seiner Zweckbestimmung im Zusammenhang stehen.

ZWECKVERBÄNDE

GESCHÄFTSFÜHRUNG

GESCHÄFTSFÜHRER/-IN

Frau Sylvia Schäfer

VERBANDSVERSAMMLUNG

VORSITZ

Herr Michael Geisler

LAGEBERICHT (AUSZUGSWEISE WIEDERGABE)

Geschäftsverlauf des Beseitigungsbetriebs

Der Entsorgungsbetrieb lief im Jahr 2024 technisch und wirtschaftlich stabil.

Die Energiepreise haben sich gegenüber dem Extremjahr 2023 merklich verbilligt.

Die Erträge für den Verkauf von Tierfett sind allerdings auch merklich gefallen, was auch mit an den Rohölnotierungen liegt [...]. Das Tierfett dient als Rohstoff für die Biodieselproduktion.

Der Erlös für Tierkörpermehl ist gegenüber dem Vorjahr um ca. 3 % gefallen [...]. Die Transportkosten für das Tiermehl haben sich aber erheblich erhöht.

Der Ertrag durch den Verkauf von Tierhäuten hat sich von geringer Basis mehr als verdoppelt. Weitere Steigerungen sind aber nicht zu erwarten.

Die Verarbeitung lief üblicherweise durchgängig von Montagnachmittag bis Sonnabendmorgen, wobei die Anlage je nach Rohwareaufkommen zur Wochenmitte für einige Stunden außer Betrieb genommen wurde. Aus der Verarbeitung der Rohware fielen 7.695 t Tiermehl und 2.973 t Tierfett an.

Der seit 2013 in Oelsitz/Erzg. genutzte LKW-Stellplatz ermöglicht den Einsatz von sog. Wechselcontainern. Die Überführung zum Verarbeitungsbetrieb mittels Anhängerfahrzeug verringert den Transportaufwand.

Trotz stetigem Mengenrückgang seit 2022 verursachte die Entsorgung von Wildschweinkörpern und Wildschweinaufbruch (Schlachtabfall) aus den Landkreisen Görlitz, Bautzen und Meißen sowie von Wildschweinkörpern als sog. FUK- Tiere (Fallwild, Unfallwild, krank erlegtes Wild) in ganz Sachsen hohen Aufwand, da aus hygienischen Gründen separate Touren organisiert werden mussten. Die Erfolge bei der Bekämpfung der Afrikanischen Pest verringern aber ab 2025 diesen höheren Aufwand.

Lage des Zweckverbands

Das Rohwarenaufkommen sicherte eine planmäßige Anlagenauslastung. Die Verarbeitungsmenge blieb nahezu konstant mit 30.439 t (Vorjahr: 30.534; -0,3 %). Technisch bedingte Stillstände waren nicht zu verzeichnen.

Die Anlagen zur Verarbeitung tierischer Nebenprodukte unterliegen hohen Beanspruchungen. Daraus resultiert ein hoher Instandhaltungsaufwand und die Notwendigkeit des periodischen Wechsels von Verschleißteilen und ganzen Baugruppen.

Die Planansätze für Reparaturen technischer Anlagen wurden im Berichtsjahr unterschritten (Plan: T€ 1.100; Ist: T€ 1.002). [...] Grundsätzlich verbleibt der Reparaturaufwand aber auf hohem Niveau.

Planmäßig wurden drei neue LKW beschafft, wobei die speziellen Transportaufbauten teilweise wiederverwendet wurden.

Der Gesamtansatz der Investitionen wurde weit unterschritten, da sich vor allem die Planungsarbeiten für die Steuerung im Kesselhaus verzögert haben.

Der ZV ist nach § 11 der Verbandssatzung umlagefinanziert. Er deckt finanzwirtschaftlich nur seine Aufwendungen und erzielt keine Gewinne. Die Erfolgsrechnung hat daher unter Berücksichtigung

ZWECKVERBÄNDE

der Verbandsumlage grundsätzlich ein ausgeglichenes Ergebnis auszuweisen. Dem entspricht der Jahresabschluss 2024.

Gesamtaussage

Die Vermögens- und Finanzlage kann als gut eingeschätzt werden. Das Rohwareaufkommen ist nahezu konstant und damit zur wirtschaftlichen Betriebsführung weiterhin ausreichend.

Das vorhandene Finanzanlagevermögen bietet ausreichend Sicherheit auch für unvorhersehbare Situationen.

Chancen und Risikobericht

Risiken für die Betriebsführung bestehen in der Möglichkeit verringerter Mengen an Schlacht- und Ei-Abfällen, wenn die Produktion in den betreffenden wenigen Betrieben kurzfristig verringert oder gar eingestellt oder Pflichtware ausnahmsweise nach außerhalb des Verbandsgebiets verbracht werden würde. Ein weiteres Risiko stellt der Rückgang der Tierbestände in der Landwirtschaft dar. Weitere Risiken bestehen in fallenden Marktpreisen für den Verkauf der Produkte Tiermehl und Tierhäute.

Risiken bestehen in Preissteigerungen für den Bezug von Energie (Erdgas, Heizöl, Diesel, Strom) bzw. die im Zusammenhang mit Energieknappheit infolge internationaler Verwerfungen mögliche zeitweise Sperrung des Energiebezugs, insbesondere von Erdgas. Zur Vorsorge existiert ein Öltank, um alternativ Heizöl zur Dampferzeugung zu nutzen.

Als ein weiteres Risiko gelten Preissteigerungen für die Verbrennung unseres Tiermehls. Durch den zukünftigen Verzicht auf Kohleverstromung werden mit den Kohlekraftwerken mögliche Abnehmer wegfallen.

Solange sich die rechtlichen Rahmenbedingungen in Bezug auf den Einzugsbereich für Material der Kategorien 1 und 2 nicht ändern, besteht nicht das Risiko, dass die Rohware in andere Verarbeitungsanlagen abwandert. Darüber hinaus hat der Betrieb für den Ausbruch von Tierseuchen Verarbeitungskapazitäten vorzuhalten.

Daneben ist die technische Verarbeitungssicherheit jederzeit zu gewährleisten. Durch die Auslegung der Schlüsselaggregate als redundante Systeme, also der Vorhaltung von mehrfachen, unabhängig voneinander wirkenden Anlagen, z. B. von zwei Dampfkesseln, und der Beschäftigung erfahrener technischer Fachkräfte wird dieses Risiko minimiert. Es gibt keine Hinweise auf technische Einschränkungen.

FINANZDATEN

FINANZBEZIEHUNGEN

Alle Angaben in EUR

	2024 (IST)
Leistungen des Landkreises	
Laufende Umlage	98.190,00

7. Formelverzeichnis

$$\text{Anlagendeckung I in \%} = \frac{\text{Eigenkapital}}{\text{Anlagevermögen}} \cdot 100$$

$$\text{Vermögensstruktur in \%} = \frac{\text{Anlagevermögen}}{\text{Gesamtkapital}} \cdot 100$$

$$\text{Eigenkapitalquote in \%} = \frac{\text{Eigenkapital}}{\text{Gesamtkapital}} \cdot 100$$

$$\text{Eigenkapitalrendite in \%} = \frac{\text{Jahresergebnis}}{\text{Eigenkapital}} \cdot 100$$

$$\text{Fremdkapitalquote in \%} = \frac{\text{Fremdkapital}}{\text{Gesamtkapital}} \cdot 100$$

$$\text{Gesamtkapitalrendite in \%} = \frac{\text{Jahresergebnis} + \text{Fremdkapitalzinsen}}{\text{Gesamtkapital}} \cdot 100$$

$$\text{Liquidität 1. Grades in \%} = \frac{\text{Flüssige Mittel}}{\text{kurzfristige Verbindlichkeiten}} \cdot 100$$

$$\text{Pro-Kopf-Umsatz in EUR} = \frac{\text{Umsatz}}{\text{Mitarbeiteranzahl}} \cdot 100$$

8. Kennzahlen

Anlagendeckung I	Die Kennzahl erfasst, in welcher Höhe das Anlagevermögen durch Eigenkapital gedeckt ist. Das Ziel ist es, einen Anlagendeckungsgrad I von 70 bis 100 % zu erreichen.
Vermögensstruktur	Prozentualer Anteil des Anlagevermögens am Gesamtvermögen des Unternehmens.
Eigenkapitalquote	Diese Kennziffer gibt Auskunft darüber, wie hoch das Eigenkapital an dem Gesamtkapital der Gesellschaft ist. Je höher die Eigenkapitalquote ausfällt, um so solider ist die Finanzausstattung des Unternehmens.
Eigenkapitalrendite	Die Kennzahl drückt aus, in welcher Höhe sich das im Unternehmen eingesetzte Eigenkapital verzinst. Bei Jahresverlusten ergibt sich eine negative Kennziffer.
Fremdkapitalquote	Die Fremdkapitalquote gibt an, mit welchem Anteil das Fremdkapital am Gesamtkapital eines Unternehmens beteiligt ist. Je geringer die Fremdkapitalquote ausfällt, um so unabhängiger ist ein Unternehmen.
Gesamtkapitalrendite	Die Kennzahl gibt Auskunft darüber, wie sich das Gesamtkapital eines Unternehmens verzinst. Bei Jahresverlusten ist diese Kennzahl negativ.
Liquidität 1. Grades	Mit der Kennzahl soll die Zahlungsfähigkeit eines Unternehmens bewertet werden. Beträgt die Liquidität 1. Grades z. B. über 100 % können allein mit den liquiden Mitteln alle kurzfristigen Verbindlichkeiten (zum Stichtag der Betrachtung) gedeckt werden. Kurzfristige Verbindlichkeiten sind Zahlungsverpflichtungen mit einer Fristigkeit von unter einem Jahr.

9. Fachbegriffe

Abschreibung	Methode zur Ermittlung des Betrages, der bei Gegenständen des Anlagevermögens die im Laufe einer Nutzungsdauer durch Nutzung eingetretenen Wertminderungen an den einzelnen Vermögensgegenständen erfassen soll und als Aufwand in der Gewinn- und Verlustrechnung angesetzt wird.
Anlagevermögen	Sind nur die Gegenstände auszuweisen, die bestimmt sind, dauernd dem Geschäftsbetrieb zu dienen (§ 247 Abs. 2 HGB). Das Anlagevermögen ist gemäß § 266 Abs. 2 HGB in der Bilanz auf der linken Seite (Aktiva) unter Punkt A. folgendermaßen darzustellen: • immaterielle Vermögensgegenstände (Konzessionen, Patente) • Sachanlagen (Grundstücke, Bauten, technische Anlagen und Maschinen, Betriebs- und Geschäftsausstattung) • Finanzanlagen (Anteile und Ausleihungen an verbundene Unternehmen, Beteiligungen, langfristige Wertpapiere)
Bilanzsumme	Ist die Schlusssumme der linken (Aktiva) und der rechten Seite (Passiva) der Bilanz.
Eigenkapital	Mittel, die von den Eigentümern einer Unternehmung zu deren Finanzierung aufgebracht oder als erwirtschafteter Gewinn im Unternehmen belassen wurden (Selbstfinanzierung). Das Eigenkapital sollte in Höhe des langfristig gebundenen Vermögens vorhanden sein (goldene Bilanzregel). Gemäß § 266 Abs. 3 HGB ist das Eigenkapital auf der rechten Seite (Passiva) in der Bilanz unter Punkt A. wie nachstehend gegliedert darzustellen: • gezeichnetes Kapital • Kapitalrücklage • Gewinnrücklagen • Gewinnvortrag/Verlustvortrag • Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag • Sonderposten (Fördermittel und Zuschüsse für Investitionen, sofern dem Eigenkapital zugeordnet, ansonsten Fremdkapital)
Flüssige Mittel	Bestand an Geld- und Vermögenswerten, die bei Bedarf in Geld gewandelt werden können.
Fremdkapital	Bezeichnung für die in der Bilanz ausgewiesenen Schulden der Unternehmung gegenüber Dritten, die rechtlich entstanden oder wirtschaftlich verursacht sind. Fremdkapital dient der Finanzierung des Unternehmensvermögens. Aufgrund des § 266 Abs. 3 HGB ist das Fremdkapital auf der rechten Seite (Passiva) der Bilanz wie folgt detailliert aufzugliedern: • Sonderposten (Fördermittel und Zuschüsse für Investitionen, sofern dem Fremdkapital zugeordnet, ansonsten Eigenkapital) • Rückstellungen (Verluste oder Aufwand, die hinsichtlich ihrer Entstehung oder Höhe ungewiss sind z. B. Garantieverpflichtungen, Steuerrückstellungen) • Verbindlichkeiten

Gesamtkapital	Ist die Summe aus Eigenkapital, Fremdkapital sowie Rechnungsabgrenzungsposten und somit die Schlusssumme der rechten Seite der Bilanz (Passiva).
Investition	Im Sinne der Betriebswirtschaftslehre - Anschaffung eines langfristig nutzbaren Produktionsmittels. Investitionsgüter werden in der Bilanz in das Anlagevermögen aufgenommen und gelten somit als Wertgegenstand im Besitz des Unternehmens. Sie werden über den erwarteten Nutzungszeitraum abgeschrieben.
Jahresergebnis	Das Jahresergebnis ist der während des Geschäftsjahres erwirtschaftete Überschuss oder Fehlbetrag, ergibt sich als Differenz zwischen den Erträgen und Aufwendungen.
Jahresfehlbetrag	Begriff der handelsrechtlichen Gewinn- und Verlustrechnung für Kapitalgesellschaften gemäß § 275 HGB, weist den in der Abrechnungsperiode eingetretenen Verlust aus.
Jahresüberschuss	Als Jahresüberschuss bezeichnet man das nach handelsrechtlichen Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätzen ermittelte positive Ergebnis eines Geschäftsjahres. Als Ergebnis der Gewinn- und Verlustrechnung zeigt es an, welchen Gewinn ein Unternehmen in dem laufenden Geschäftsjahr erwirtschaftet hat.
kurzfristige Verbindlichkeiten	Sind Verbindlichkeiten mit der Fälligkeit bis zu einem Jahr (z. B. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen, Umsatzsteuerverbindlichkeiten).
Umsatz	Erlös, wertmäßige Erfassung des Absatzes eines Unternehmens.
Verbindlichkeiten	Summe der am Bilanzstichtag noch offenen finanziellen Verpflichtungen eines Unternehmens gegenüber seinen Lieferanten und sonstigen Gläubigern. Verbindlichkeiten sind in der Bilanz auf der rechten Seite (Passiva) unter Punkt C. aufgeführt (§ 266 Abs. 3 HGB): • Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten • Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen • Verbindlichkeiten gegenüber Träger/Gesellschafter oder anderen Unternehmen • sonstige Verbindlichkeiten (Steuern und im Rahmen der sozialen Sicherheit).

10. Abkürzungen

Abs.	Absatz
ADAC	Allgemeiner Deutscher Automobil Club
AO	Abgabenordnung
BgA	Betrieb gewerblicher Art
BGBI	Bundesgesetzblatt
BIC	Business and Innovation Centre Zwickau GmbH
BTHG	Bundesteilhabegesetz
bzw.	beziehungsweise
dar.	darunter
ca.	circa
d. h.	das heißt
e. V.	eingetragener Verein
EGZ	Entsorgungsgesellschaft Zwickauer Land GmbH
EU	Europäische Union
EUR/€	Euro
ff.	folgende
FIA	Federation Internationale de l'Automobile (Motorsport-Weltverband)
Fr.	Frau
GAFUG mbH	Gemeinnützige Aus-, Fortbildungs- und Umschulungsgesellschaft mbH Oberlungwitz
gem.	gemäß
gGmbH	Gemeinnützige Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GKV	Gesetzliche Krankenversicherung
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GmbH & Co. KG	Gesellschaft mit beschränkter Haftung & Compagnie Kommanditgesellschaft
GVWG	Gesundheitsversorgungsweiterentwicklungsgesetz
HBK	Heinrich-Braun-Klinikum gGmbH
HeilbZuG	Gesetz über den Vollzug des Berufsrechts der akademischen Heilberufe und der Gesundheitsfachberufe sowie der arzneimittel- und apothekenrechtlichen Vorschriften (Heilberufezuständigkeitsgesetz)
HGB	Handelsgesetzbuch
Hr.	Herr
IHK	Industrie- und Handelskammer
i. H. v.	in Höhe von
i. L..	in Liquidation
inkl.	inklusive
IRLS	Integrierte Regionalleitstelle
IT	Informationstechnik
i. V. m.	in Verbindung mit
KdöR	Körperschaft des öffentlichen Rechts
Kfz	Kraftfahrzeug
kg	Kilogramm
KHEntgG	Krankenhausentgeltgesetz
KHG	Krankenhausgesetz
Kita	Kindertagesstätte
km	Kilometer
KrWG	Kreislaufwirtschaftsgesetz
KSV	Kommunaler Sozialverband Sachsen
KTW	Krankentransportwagen
KV	Kassenärztliche Vereinigung
kWp	Kilowattpeak

ABKÜRZUNGEN

I	Liter
LaSuV	Landesamt für Straßenbau und Verkehr
LBlindG	Gesetz über die Gewährung eines Landesblindengeldes und anderer Nachteilsausgleiche
LJHG	Landesjugendhilfegesetz
LK	Landkreis
LKW	Lastkraftwagen
lt.	laut
Mio.	Million
NEF	Notarzteinsatzfahrzeug
Nr.	Nummer
MVZ	Medizinisches Versorgungszentrum
ÖPNV	Öffentlicher Personennahverkehr
ÖPNVFinVO	Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr zur Finanzierung des öffentlichen Personennahverkehrs
ÖPNVG	Gesetz über den öffentlichen Personennahverkehr
OT	Ortsteil
PP	Pappe und Papier
PPK	Pappe, Papier und Karton
rd.	rund
RettZV „SWS“	Rettungszweckverband „Südwestsachsen“
RTW	Rettungswagen
RVW	Regionalverkehr Westsachsen
SächsABG	Sächsisches Abfallwirtschafts- und Bodenschutzgesetz
SächsABl.	Sächsisches Amtsblatt
SächsAGSGB	Sächsisches Gesetz zur Ausführung des Sozialgesetzbuches
SächsBRKG	Sächsisches Gesetz über den Brandschutz, Rettungsdienst und Katastrophenschutz
SächsDGBVG	Gesetz zur Durchführung des Bundesversorgungsgesetzes und weiterer sozialer Entschädigungsgesetze
SächsEigBVO	Sächsische Eigenbetriebsverordnung
SächsGemO	Sächsische Gemeindeordnung
SächsGVBl	Sächsisches Gesetz- und Verordnungsblatt
SächsKomHVO	Sächsische Kommunalhaushaltsverordnung
SächsKomSozVG	Gesetz über den Kommunalen Sozialverband Sachsen
SächsKomZG	Sächsisches Gesetz über kommunale Zusammenarbeit
SächsKRG	Sächsisches Kulturraumgesetz
SächsLKrO	Sächsische Landkreisordnung
SächsKrwBodSchG	Sächsisches Kreislaufwirtschafts- und Bodenschutzgesetz
SächsLPIG	Sächsisches Landesplanungsgesetz
SächsLRettDPVO	Sächsische Landesrettungsdienstplanverordnung
SchulG	Schulgesetz
SEG	Schnelle-Einsatz-Gruppe
SGB	Sozialgesetzbuch
SK	Stammkapital
sog.	sogenannt
SoPo	Sonderposten
SPNV	Schienenpersonennahverkehr
SSH	Senioren- und Seniorenpflegeheim gGmbH Zwickau
t	Tonne
TEUR/TE	Tausend Euro
TVöD	Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst
u. a.	unter anderen
UV	Umlaufvermögen

ABKÜRZUNGEN

u. v. m.	und vieles mehr
Vblk.	Verbindlichkeiten
v. H.	von Hundert
Vj.	Vorjahr
VK	Vollkräfte
VMS	Verkehrsverbund Mittelsachsen
VSZ	Verkehrssicherheitszentrum
ZAS	Zweckverband Abfallwirtschaft Südwestsachsen
z. B.	zum Beispiel
ZV	Zweckverband

11. Impressum

HERAUSGEBER

Landkreis Zwickau
Landratsamt
Robert-Müller-Straße 4-8
08056 Zwickau

Der Landkreis Zwickau ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts, vertreten durch den Landrat Herrn Michaelis.

www.landkreis-zwickau.de

12. Anlagen

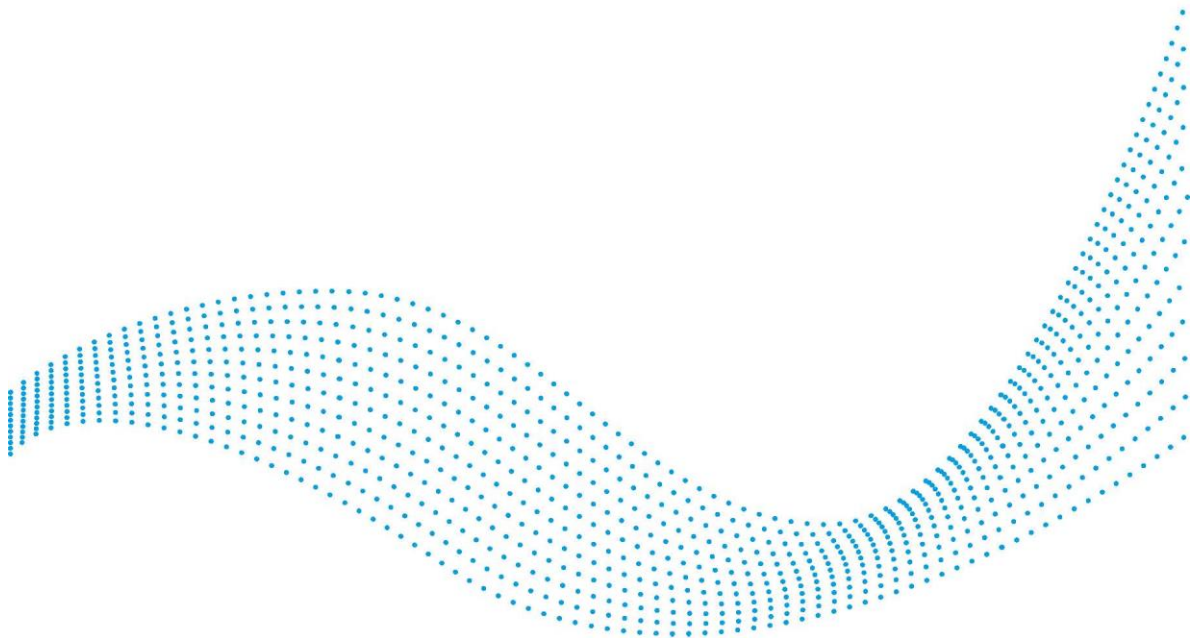
ANLAGE 1: BETEILIGUNGSBERICHT DES ZWECKVERBANDES KOMMUNALE
INFORMATIONSVERRARBEITUNG SACHSEN (KISA)



Kommunale Informationsverarbeitung Sachsen · KISA

BETEILIGUNGSBERICHT

für das Berichtsjahr 2024



Abkürzungsverzeichnis

GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
HRB	Handelsregisterblatt
HGB	Handelsgesetzbuch
KDN	Kommunale DatenNetz GmbH
KISA	Kommunale Informationsverarbeitung Sachsen
OZG	Gesetz zur Verbesserung des Onlinezugangs zu Verwaltungsleistungen
RAP	Rechnungsabgrenzungsposten
SAKD	Sächsische Anstalt für Kommunale Datenverarbeitung
VIS	Verwaltungsinformationssystem

Inhaltsverzeichnis

1	Vorwort.....	4
2	Gesamtüberblick über die Beteiligungen der KISA	5
3	Die Unternehmen im Einzelnen	6
3.1	KDN GmbH (Kommunale DatenNetz GmbH)	6
3.1.1	Beteiligungsübersicht	6
3.1.2	Finanzbeziehungen	6
3.1.3	Organe	7
3.1.4	Sonstige Angaben	7
3.1.5	Bilanz- und Leistungskennzahlen.....	8
3.1.6	Lagebericht für das Geschäftsjahr 2024	9
3.2	Lecos GmbH	14
3.2.1	Beteiligungsübersicht	14
3.2.2	Finanzbeziehungen	15
3.2.3	Bilanz- und Leistungskennzahlen.....	15
3.2.4	Lagebericht für das Geschäftsjahr 2024	16
3.3	ProVitako eG	25
3.3.1	Beteiligungsübersicht	25
3.3.2	Finanzbeziehungen	25
3.3.3	Bilanz- und Leistungskennzahlen.....	26
3.3.4	Lagebericht für das Geschäftsjahr 2024	26
3.4	Komm24 GmbH.....	36
3.4.1	Beteiligungsübersicht	36
3.4.2	Finanzbeziehungen	37
3.4.3	Bilanz- und Leistungskennzahlen.....	37
3.4.4	Lagebericht für das Geschäftsjahr 2024	38
3.4.5	Organe	44
4	Anteile der mittelbaren Beteiligung der Verbandsmitglieder zum Stichtag 31.12.2024	45

1 Vorwort

Der Beteiligungsbericht ist am Ende eines Geschäftsjahres entsprechend den Anforderungen aus § 99 der Sächsischen Gemeindeordnung aufzustellen.

Dabei werden im Wesentlichen folgende Inhalte dargestellt:

- die Beteiligungsübersicht zum 31. Dezember 2024 unter Angabe der Rechtsform, des Unternehmensgegenstandes, des Unternehmenszwecks und des Stamm- oder Grundkapitals sowie des prozentualen Anteils,
- die Finanzbeziehungen, insbesondere die Summe der Gewinnabführungen und der Verlustabdeckungen, die Summe sonstiger Zuschüsse, gewährten Vergünstigungen sowie die Summe der übernommenen Bürgschaften und sonstigen Gewährleistungen und
- den Lagebericht der Beteiligungen.

Für Beteiligungen mit mindestens 25 Prozent werden darüber hinaus folgende Informationen bereitgestellt:

- die Organe der Beteiligungen,
- die wichtigsten Bilanz- und Leistungskennzahlen für das Berichtsjahr und der beiden vorangegangenen Jahre und
- die Bewertung der Kennzahlen.

Der Beteiligungsbericht wird der Rechtsaufsichtsbehörde zugeleitet. Den Mitgliedern des Zweckverbandes Kommunale Informationsverarbeitung Sachsen (KISA) wird der Beteiligungsbericht im Zusammenhang mit der Einladung zur Verbandsversammlung zur Verfügung gestellt. In der Verbandsversammlung wird über den Bericht mündlich informiert.

Ziel des Beteiligungsberichtes ist die Darstellung der Finanzbeziehungen des Zweckverbandes zu beteiligten Unternehmen sowie der Ausweis der Anteile der Mitglieder am Zweckverband. Zusammenfassend soll der Bericht ein Bild über die Lage im Unternehmensverbund ergeben.

Leipzig, den 24.07.2025

gez. Andreas Bitter
Geschäftsführer

2 Gesamtüberblick über die Beteiligungen der KISA

Die Struktur der Beteiligungen inkl. der prozentualen Anteile stellt sich wie folgt dar:



Tabelle 1: Struktur Beteiligungen

3 Die Unternehmen im Einzelnen

3.1 KDN GmbH (Kommunale DatenNetz GmbH)

Eine unmittelbare Beteiligung von KISA besteht an der Kommunalen DatenNetz GmbH (KDN GmbH) mit Sitz in Dresden (HRB 20074). KISA ist an der KDN GmbH mit 100 % beteiligt.

3.1.1 Beteiligungsübersicht

Name:	KDN - Kommunale DatenNetz GmbH
Anschrift:	Saydaer Straße 6 01257 Dresden
Telefon:	0351 3156950
Telefax:	0351 3156966
Internet	www.kdn-gmbh.de
Rechtsform:	Gesellschaft mit beschränkter Haftung (Kapitalgesellschaft im Sinne des § 267 Abs. 1 HGB)
Gesellschafter:	Kommunale Informationsverarbeitung Sachsen (KISA)
Stammkapital:	60.000,00 Euro
Anteil KISA:	60.000,00 Euro (100%)

Unternehmensgegenstand:

Die Geschäftstätigkeit der Gesellschaft umfasst die Bereitstellung und den Betrieb eines Daten-netzes für den kommunalen Bedarf sowie die Entwicklung, die Bereitstellung und den Vertrieb von über dieses Datennetz abzurufenden Netzdiensten und den Betrieb der diesen Zwecken dienenden Anlagen.

3.1.2 Finanzbeziehungen

Zwischen KISA und der KDN GmbH liegen folgende Finanzbeziehungen vor:

- Gewinnabführungen: 0 €
- Verlustabdeckungen: 0 €
- sonstige Zuschüsse: 0 €
- übernommene Bürgschaften: 0 €
- sonstige Vergünstigungen: 0 €

Zwischen KISA und der KDN GmbH bestehen mehrere Verträge über die Erbringung von Dienstleistungen. Die KDN GmbH nutzt zum Beispiel das Verfahren zur Personalabrechnung, während KISA über die KDN GmbH an das Kommunale Datennetz angebunden wird. Die Abrechnung erfolgt dabei jeweils auf der Grundlage der Preislisten, welche in beiden Häusern vorliegen.

3.1.3 Organe

Als Geschäftsführer war im Berichtszeitraum bestellt:

	Eintrag im Handelsregister
Herr Frank Schlosser, Limbach-Oberfrohna, Dipl.-Ing.-Ökonom	30. Januar 2008

Der Aufsichtsrat setzt sich wie folgt zusammen:

Herr Franz-Heinrich Kohl, Aue-Bad Schlema, Oberbürgermeister	Vorsitzender
Frau Veronica Müller, Dresden, Stellvertretende Geschäftsführerin Sächsischer Landkreistag e. V. (SLKT)	1. Stellvertreterin
Herr Ralf Rother, Wilsdruff, Bürgermeister	2. Stellvertreter
Herr Thomas Weber, Bischofswerda, Sächsische Anstalt für kommunale Datenverarbeitung, Direktor (seit 01.09.2024 Direktor a.D.)	
Herr Ralf Leimkühler, Dresden, Stellvertretender Geschäftsführer Sächsischer Städte- und Gemeindetag e. V. (SSG)	
Herr Prof. Dr. Lothar Ungerer, Meerane, Bürgermeister a.D	

3.1.4 Sonstige Angaben

Zur KDN GmbH liegen folgende sonstige Angaben vor:

Abschlussprüfer im Berichtsjahr: Schneider + Partner GmbH

Anzahl Mitarbeiter: 3 Mitarbeiter

Beteiligungen: keine Beteiligungen

Die Gesellschaft ist ab dem 1. Januar 2021 Organgesellschaft in einer umsatzsteuerlichen Organshaft. Organträger ist die Kommunale Informationsverarbeitung Sachsen (KISA), Leipzig.

3.1.5 Bilanz- und Leistungskennzahlen

Folgende Werte der Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung für das Berichtsjahr und der beiden Vorjahre liegen vor:

KDN GmbH	Ist 2022 in T€	Ist 2023 in T€	Ist 2024 in T€	Plan 2025 in T€
Bilanz:				
Anlagevermögen	4	4	6	KeinePlanbi- lanz vorhan- den
Umlaufvermögen	791	963	586	
aktiver RAP	1,5	1,5	0,9	
Summe Aktiva	797	967	593	
Eigenkapital+ Sonderposten	64	62	66	
Rückstellungen	48	48	48	
Verbindlichkeiten	684	857	478	
passiver RAP	-	-	-	
Summe Passiva	796	967	593	
Gewinn- und Verlustrechnung:				
Umsatz	1.314	1.297	1.310	
sonstige Erträge	2.953	3.210	3.259	
Materialaufwand	3.409	3.377	3.432	0
Personalaufwand	273	289	301	396
Abschreibungen	4,8	2,8	5,5	0
sonst. Aufwand	580	838	830	0
Zinsen / Steuern	0	0	1	0
Ergebnis	0	0	0	0
Sonstige:				
Zugang Investitionen	0	0,4	10	
Mitarbeiter	3	3	3	3

Aufgrund der vorliegenden Zahlen ergeben sich folgende Kennzahlen:

KDN GmbH	Ist 2022	Ist 2023	Ist 2024	Plan 2025
Vermögenssituation				Berechnung aufgrund fehlender Planbilanz nicht möglich
Vermögensstruktur	0%	0%	1%	
Kapitalstruktur				
Eigenkapitalquote	8%	6%	10%	
Fremdkapitalquote	92%	94%	89%	
Liquidität				
Liquidität	116%	112%	122%	
Effektivverschuldung	keine	keine	keine	
Geschäftserfolg				
Pro-Kopf-Umsatz	438	433	437	121
Arbeitsproduktivität	4,81	4,49	4,35	0,91

3.1.6 Lagebericht für das Geschäftsjahr 2024

Aus dem vorliegenden Jahresabschluss 2024 werden nachfolgend die wesentlichen Bestandteile des Lageberichtes vorgestellt:

Gesamtwirtschaftliche Rahmenbedingungen und Branchenentwicklung

Gemäß den Verlautbarungen der Kommunalen Spitzenverbände zur Prognose der Kommunalfinanzen vom 18. Juli 2023 haben die wirtschaftlichen Folgen der Corona-Pandemie sowie der Inflation der Jahre 2023 und 2024 die öffentlichen Haushalte vor große Herausforderungen gestellt. Die finanzielle Lage der Kommunen hat sich laut eines Rundschreibens des Hauptgeschäftsführers des Deutschen Städtetags, Helmut Dedy vom 2. April 2025 sich noch schlechter als prognostiziert dargestellt. "Die Zahlen übersteigen unsere ohnehin schon schlimmen Erwartungen. Die Lage der kommunalen Haushalte ist katastrophal. Das ist ein historisch hohes Defizit." Dedy weiter: "Besonders dramatisch ist, dass dieses Defizit weitreichende strukturelle Gründe hat, vor denen wir seit Jahren warnen: Die Ausgaben steigen und steigen, die Einnahmen der Kommunen stagnieren. Im Ergebnis übersteigen die Ausgaben der Kommunen ohne eigenes Verschulden ihre Einnahmen inzwischen deutlich. Bund und Länder haben uns in der Vergangenheit immer mehr Aufgaben zugewiesen, ohne gleichzeitig dafür zu sorgen, dass sie finanziert werden können. Die Kommunen tragen etwa ein Viertel der gesamtstaatlichen Ausgaben, haben aber nur ein Siebtel der Steuereinnahmen. Das kann so nicht weitergehen."

Dabei werden die Aufgaben für die Kommunen nicht weniger. Die Herausforderung der Digitalisierung der Verwaltungsprozesse, zum Beispiel die Umsetzung des Online-Zugangsgesetzes (OZG), ist für viele Kommunen noch zu meistern. Unverzichtbar sind daher für die Kommunen weiterhin sichere und leistungsfähige IT-Infrastrukturen und Vernetzungen. Im Rahmen des Projektes SVN 2.0/KDN III wurden entsprechende Anforderungen berücksichtigt. In Vorbereitung der Vergabe des Nachfolgenetzes SVN NG / KDN IV sind erhöhte und neue Anforderungen zu berücksichtigen. Dies sind zum einen steigende Bandbreitenanforderungen auf Grund wachsender online-Lösungen, Unified Communication und Collaboration wie flächendeckender Einsatz von Webkonferenzen, mobile Working oder massiv steigender Nutzung von Cloud-Angeboten von SaaS und PaaS. Dazu gehören aber ebenfalls höhere Anforderungen an die Informationssicherheit auf Grund der weltweit gestiegenen Bedrohungslage.

Auf Grund der spezifischen Ausrichtung der KDN GmbH als IT-Dienstleister, ganz speziell für sächsische Kommunen, wird die KDN GmbH die Kommunen hierbei maßgeblich unterstützen und den Verbreitungsgrad ihrer Lösungen weiter erhöhen.

Wichtig ist dafür die weitere Absicherung der Leistungen der KDN GmbH aus den Mitteln des Finanzausgleichsgesetzes (FAG), um Unterschiede zwischen großen und kleinen Kommunen im Steueraufkommen nicht auf die IT-technische und IT-sicherheitstechnische Leistungsfähigkeit der Kommunen durchschlagen zu lassen.

Geschäftsverlauf

Insbesondere die Informationssicherheit gewinnt auf Grund immer vielfältigerer Angriffsversuche eine entscheidende Bedeutung. Durch den Ukrainekrieg hat sich die Bedrohungslage weiter verschärft. Mit dem Schritt zum KDN IV werden die sächsischen Kommunen für die in den nächsten Jahren anstehenden Herausforderungen im IT-Netzbereich gerüstet.

Insbesondere zu den im Jahr 2024 durchgeführten Europa- und Landtagswahlen war das SVN / KDN massiven Angriffen aus dem Internet ausgesetzt, welche aber keinen Schaden anrichten konnten.

Um alle gestiegenen Anforderungen für das neue KDN IV im Vergabeverfahren zu berücksichtigen, wurde der Zeitraum für das Vergabeverfahren bis März 2028 verlängert. Ebenso wurden die Verträge zum KDN III mit den Dienstleistern Deutsche Telekom Business Solution und Vodafone Deutschland GmbH verlängert.

Des Weiteren wurden und werden im KDN die Bereiche, welche ein umfangreiches mobiles Arbeiten ermöglichen, weiter ausgebaut, um den erhöhten Lastanforderungen gerecht zu werden.

Im September ist die KDN GmbH in neue Geschäftsräume in Dresden gezogen, da der Mietvertrag der bisherigen Geschäftsräume endete und durch die Vermieterin nicht verlängert wurde.

Finanzlage

Die KDN GmbH kann ohne Zuwendungen aus dem FAG ihre wirtschaftliche Tätigkeit nicht entfalten. Im Wirtschaftsplan 2024 und in den Finanzplänen der Folgejahre sind geschätzte Größenordnungen angegeben. Im Ergebnis wurden die Zuwendungen nicht in der geplanten Höhe benötigt bzw. abgerufen. Die Erträge von den Kommunen betrugen 1.309.751,62 EUR. Die notwendigen abgerufenen Zuwendungen zum kostendeckenden Betrieb einschließlich Investitionen im Geschäftsjahr 2024 beliefen sich auf 3.257.809,54 EUR. Das Geschäftsergebnis 2024 war ausgeglichen. Es wurde weder ein Jahresfehlbetrag noch ein Jahresüberschuss erzielt.

Mit Schreiben vom 12. Oktober 2017 wurde der KDN GmbH vom Sächsischen Staatsministerium der Finanzen mitgeteilt, dass für die reguläre Vertragslaufzeit des KDN III von April 2017 bis März 2023 30,5 Mio EUR als außerplanmäßige Verpflichtungsermächtigungen in den sächsischen Staatshaushalt eingestellt wurden und damit die haushaltstechnischen Voraussetzungen für das KDN III vorliegen. Mit Schreiben vom 27. Dezember 2017 wurde KDN GmbH vom Sächsischen Staatsministerium der Finanzen mitgeteilt, dass für die Verlängerung der Vertragslaufzeit des KDN III von April 2023 bis März 2025 weitere 16,904 Mio EUR als Verpflichtungsermächtigungen eingestellt wurden und damit die haushaltstechnischen Voraussetzungen für die vorzeitige Vertragsverlängerung des KDN III bis März 2025 vorliegen. Die Verlängerungsoption wurde seitens der KDN GmbH am 28. Dezember 2017 gezogen.

Diese Finanzierungszusage deckt eine flächendeckende Versorgung der kreisangehörigen Städte und Gemeinden mit eigenen Verwaltungsaufgaben mit Breitband 50 Mbit/s synchron und für kreisfreie Städte und Landkreise mit 100 Mbit/s ab. Kreisangehörige Städte und Gemeinden haben einen Eigenanteil in Höhe von 10 % zu tragen.

Mit Schreiben vom 27. Juni 2023 des Sächsischen Staatsministerium der Finanzen wurde der KDN GmbH die Verlängerung der Mittel gemäß des Sächsischen Finanzausgleichsgesetzes bis März 2028 zugesagt.

Im Zuge der Finanzierung konnten wesentliche Risiken wie mangelnde xDSL-Versorgung minimiert werden.

Nach wie vor besteht das Risiko des sehr geringen Budgets für die GmbH-Kosten selbst, welches der Gesellschaft nur bedingt Spielräume hinsichtlich Investitionen und Qualifizierungsmaßnahmen für die Mitarbeiter sowie der Ausgestaltung des Geschäftsbetriebes lässt.

Ertragslage

Die für das Geschäftsjahr 2024 geplanten Umsätze konnten von 323 TEUR auf 1.310 TEUR gesteigert werden. Dies liegt darin begründet, dass eine ganze Reihe von Verwaltungen in höhere Bandbreiten und Außenstellenanschlüsse investiert haben.

Chancen- und Risikobericht

Die Risiken im Geschäftsjahr 2024 sind auf Grund der FAG-Finanzierung der Basisanschlüsse im Vergleich zum Vorjahr auf niedrigem Niveau geblieben.

Als Risiko wird das sehr geringe Budget für die GmbH-Kosten selbst eingeschätzt, welches der Gesellschaft nur bedingt Spielräume hinsichtlich Investitionen und Qualifizierungsmaßnahmen für die Mitarbeiter sowie der Ausgestaltung des Geschäftsbetriebes lässt.

Ein weiteres Risiko ist die relativ geringe personelle Ausstattung der GmbH, welche eine Kompensation längerer Ausfälle, sowohl im Tagesgeschäft als auch bei Einführungsprojekten sehr erschwert. Wie bereits erwähnt erschwert der Fachkräftemangel eine kompetente Besetzung der dritten Stelle für einen Netzwerkmanager.

Die erhöhten Basisbandbreiten bergen das Risiko, dass die geplante Dimensionierung der zentralen Netzwerkkomponenten und des zentralen Internetübergangs in der Laufzeit des KDN III nicht mehr ausreicht und angepasst werden muss. Dieses Risiko wurde bei der Beantragung der FAG-Finanzierung betrachtet und in die beantragte und wie o. a. zugesagte Summe aus dem FAG eingepreist.

Chancen werden in der Erbringung bzw. dem Ausbau von weiteren Leistungen, insbesondere im Bereich IT-Sicherheit, der verstärkten Bereitstellung von Lösungen für mobiles Arbeiten sowie der Bereitstellung von zusätzlichen KDN-Anbindungen für Außenstellen und für kommunale Institutionen, die nicht von der FAG-Finanzierung umfasst sind, z. B. Zweckverbände gesehen. Auch hier wird sich der begonnene Trend zu Anbindungen von Außenstellen, der im Jahr 2018 begonnen hat, weiter fortsetzen.

Bund und Freistaat setzten mit ihren E-Government-Vorhaben sowie den E-Government-Gesetzen Impulse, für die eine gesicherte Vernetzung Voraussetzung ist und daher ein Anschluss an das KDN III eine notwendige Basis darstellt.

Letztlich werden alle Risiken als beherrschbar und die künftige Geschäftstätigkeit der Kommunalen DatenNetz GmbH entsprechend dem Gesellschaftszweck als geordnet eingeschätzt.

Prognosebericht

Das Jahr 2025 wird neben dem stabilen Netzbetrieb im Wesentlichen von der weiteren Bereitstellung neuer Dienste wie UC/VoIP geprägt sein. Hinzu kommt als Schwerpunkt in den Sommermonaten die Verhandlungen im Rahmen des Vergabeverfahrens des Nachfolgenetzes, welche bis zu vier Verhandlungstagen pro Woche umfassen kann. Beide Netzwerkmanager und auch der Geschäftsführer sind in Teilprojekten des SVN NG/KDN IV und im Kernteam in hohem Maße eingebunden.

Die Beratungsleistungen der KDN GmbH für ihre Kunden hinsichtlich möglicher Anschlusslösungen und zur IT-Sicherheit werden fortgeführt. Zur Stärkung der IT-Sicherheit wurde für das Jahr

2019 eine neue Stelle im Netzwerkmanagement geplant. Diese konnte aber auf Grund des eklatanten Fachkräftemangels bisher nicht besetzt werden.

Die Finanzierung der KDN GmbH wird für die Folgejahre auch weiterhin eine Mischfinanzierung sein. Der überwiegende Teil der Finanzmittel kommt aus der Förderung durch das Finanzausgleichsgesetz über den Zuwendungsgeber SAKD für den Basisanschluss der Kommunen. Darauf aufbauend werden Zusatzleistungen durch eigene Erträge von den Kommunen und kommunalen Einrichtungen finanziert.

Wesentliche Entwicklungen seit dem 31. Dezember 2024

Gemeinsam mit dem Staatsbetrieb Sächsische Informatikdienste (SID) und der Sächsischen Staatskanzlei (SK) sowie den beauftragten externen Beratungsfirmen wurden im Projekt SVN NG/KDNIV wesentliche Fortschritte erzielt und der Teilnahmewettbewerb abgeschlossen.

Anfang März 2025 wurde endlich die seit Jahren offene Stelle im Netzwerkmanagement besetzt und am 4. März Herr Jan Lieder als Prokurist im technischen Bereich bestellt.

3.2 Lecos GmbH

Eine unmittelbare Beteiligung von KISA besteht an der Lecos GmbH mit Sitz in Leipzig (HRB 17608). KISA hält zum Stichtag 31. Dezember 2024 einen Anteil von 10 %.

3.2.1 Beteiligungsübersicht

Name:	Lecos GmbH
Anschrift:	Prager Str. 8 04103 Leipzig
Telefon:	0341 2538 0
Internet	www.lecos-gmbh.de
Rechtsform:	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
Gesellschafter:	Stadt Leipzig Kommunale Informationsverarbeitung Sachsen
Stammkapital:	200.000 EUR
Anteil KISA:	20.000 EUR (10,00 %)

Geschäftsmodell und Aufgaben der Lecos:

Die Lecos GmbH hat sich gegenüber ihrem 90 %-Gesellschafter und Kunden, der Stadt Leipzig, als IT-Volldienstleister erwiesen, der die besonderen Kundenwünsche umsetzen und weiterentwickeln konnte. Hinsichtlich der Weiterentwicklung der IT-Strategie der Stadt Leipzig beobachtet die Lecos GmbH zukunftsweisend den Markt für den Auftraggeber und berücksichtigt die hieraus gewonnenen Erkenntnisse in der Weiterentwicklung der angebotenen IT-Dienstleistungen und der zum Einsatz kommenden Technologiefelder. Dabei spielen insbesondere die wachsenden Herausforderungen der Veränderung der Arbeitswelten, das Angebot von digitalen Dienstleistungen, des Cloud-Computing, die Automatisierung von Prozessen sowie die Vernetzung von Daten und Anwendungen aus Sicht der Kunden, insbesondere auch im Lichte der Datenschutzgrundverordnung sowie die stetig steigenden Anforderungen an die IT-Sicherheit, als auch aus Sicht der Lecos GmbH im Sinne des steigenden Wettbewerbes eine wesentliche Rolle.

Die Leistungen mit weiteren Kundengruppen des Gesellschafters Stadt Leipzig, u.a. Unternehmen der L-Gruppe und Eigenbetrieben, konnten weiter ausgebaut werden und stellen somit dauerhaft einen wesentlichen Anteil zum Erfolg der Lecos GmbH dar.

Die Strategie aus 2010, durch eine Beteiligung des Zweckverbandes KISA an der Lecos GmbH eine Umsatzstabilisierung zu erreichen und die Inhousefähigkeit zu festigen, hat sich auch im Geschäftsjahr 2024 bestätigt. Der Umsatz für IT Dienstleistungen mit dem Zweckverband KISA konnte auch für das abgelaufene Wirtschaftsjahr wesentlich zum geschäftlichen Erfolg des Unternehmens beitragen. Auf Basis der im Jahr 2024 geschlossenen Kooperationsvereinbarung

wird ein gemeinsamer Ausbau des Leistungsportfolio in den Fokus genommen, um die Kommunen auf dem Weg zur Kommune der Zukunft aktiv begleiten zu können.

Als IT-Volldienstleister ist die Gesellschaft vorrangig für ihre Gesellschafter tätig.

3.2.2 Finanzbeziehungen

Zwischen KISA und der Lecos GmbH liegen folgende Finanzbeziehungen vor:

- Gewinnabführungen: 0 €
- Verlustabdeckungen: 0 €
- sonstige Zuschüsse: 0 €
- übernommene Bürgschaften: 0 €
- sonstige Vergünstigungen: 0 €

Zwischen KISA und der Lecos GmbH bestehen mehrere Verträge über die Erbringung von Dienstleistungen. Die Lecos GmbH stellt den Betrieb der Rechenzentrumsverfahren der KISA sicher. Die Abrechnung erfolgt dabei jeweils auf der Grundlage der abgeschlossenen Verträge.

3.2.3 Bilanz- und Leistungskennzahlen

Folgende Werte der Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung für das Berichtsjahr und der beiden Vorjahre liegen vor:

Lecos GmbH	Ist 2022 in T€	Ist 2023 in T€	Ist 2024 in T€
Umsatz	45.957	49.498	55.979
sonstige Erträge	261	1.332	1.112
Materialaufwand	10.384	11.996	16.732
Personalaufwand	21.429	22.167	26.324
Abschreibungen	4.289	4.484	5.096
sonst. Aufwand	9.170	11.401	7.460
Zinsen / Steuern	466	529	840
<u>Ergebnis</u>	<u>480</u>	<u>253</u>	<u>639</u>
<u>Bilanzsumme</u>	<u>22.463</u>	<u>25.081</u>	<u>26.440</u>

3.2.4 Lagebericht für das Geschäftsjahr 2024

Aus dem vorliegenden Jahresabschluss 2024 werden nachfolgend die wesentlichen Bestandteile des Lageberichtes vorgestellt:

Gesamtwirtschaftliche Entwicklung

Im Jahr 2024 haben sich die besonderen gesellschaftlichen Herausforderungen weiter fortgesetzt und die deutsche Wirtschaft mit einem preisbereinigten Bruttoinlandsprodukt von 0,1 % eine Stagnation gezeigt (Herbstprognose ifo Institut). Die Krise ist nach Ansicht des ifo Instituts in erster Linie struktureller Natur. Dekarbonisierung, Digitalisierung, demografischer Wandel, Corona-Pandemie, Energiepreisschock und eine veränderte Rolle Chinas in der Weltwirtschaft setzen etablierte Geschäftsmodelle unter Druck und zwingen Unternehmen, ihre Produktionsstrukturen anzupassen. Deutschland ist von diesen Veränderungen im Vergleich zu anderen Ländern besonders stark betroffen. Das ifo Institut sieht aber auch konjunkturelle Faktoren. Die Auslastung der vorhandenen gesamtwirtschaftlichen Produktionskapazitäten sinkt seit mehr als zwei Jahren und die Unterauslastung hat zuletzt nochmals spürbar zugenommen. Laut der jüngsten ifo Konjunkturumfragen klagen die Unternehmen in allen Wirtschaftsbereichen über eine hartnäckige Nachfrageschwäche.

Rahmenbedingungen der IT Branche

Nach einem Wachstum von 4,3 % für 2024 erwartet der Branchenverband Bitkom für 2025, dass die Umsätze im Vergleich zu 2024 um 4,7 % wachsen und voraussichtlich ein Volumen von 235,4 Milliarden Euro erreichen werden. Im laufenden Jahr 2024 werden laut Bitkom am stärksten die Umsätze mit Software wachsen (+9,8 % auf 46,6 Milliarden Euro). Besonders stark legen die Umsätze von Plattformen für die Entwicklung, das Testen und die Bereitstellung von Software zu (+12,8 % auf 12,6 Milliarden Euro). Künstliche Intelligenz wächst innerhalb dieses Segments massiv um 39,2 % auf 1,5 Milliarden Euro. Ebenfalls stark legen die Geschäfte mit Software für die Systeminfrastruktur von Unternehmen (+8,4 % auf 10,4 Milliarden Euro) zu. Sicherheits-Software steht dabei mit plus 12,7 % auf 4,7 Milliarden Euro an der Wachstumsspitze. Die Umsätze mit IT-Dienstleistungen steigen im laufenden Jahr um 4,5 % auf 51,6 Milliarden Euro.

Die IT-Branche im öffentlichen Umfeld hat sich mit Blick auf die Digitalisierungsanforderungen erneut überwiegend positiv entwickelt. Die im Jahr 2020 begonnenen Maßnahmen zur Flexibilisierung der Beschäftigungsorte sowie der Aufrechterhaltung der Leistungsfähigkeit der Kunden wurden auch 2024 gefestigt und weiterentwickelt. Vor dem Hintergrund dieser Rahmenbedingungen hat die Digitalisierung von Verwaltungen genauso wie die Leistungen für eine Digitale Schule einen großen Schub erhalten. Dabei stellen auch weiterhin die zur Verfügung gestellten Fördermittel einen großen Anreiz und gleichzeitig große Herausforderungen in der Umsetzung bis Ende 2024 dar. Gleichzeitig hat sich bestätigt, dass eine Veränderung von Arbeitsweisen sowie die Anforderungen das Angebot von digitalen Verwaltungsdienstleistungen, u.a. auch durch das Onlinezugangsgesetz, eingefordert werden und einen konsequenten Ausbau der Infrastrukturen und der Vernetzung von Daten erfordern. Dies muss im Kontext der stetig steigenden Komplexität der

Anforderungen und Vernetzung von Daten insbesondere durch intensive Beratungsleistungen unterstützt werden. Ziel bleibt dabei, die Digitalisierung der Verwaltungen vor allem aus Sicht der Kunden der Verwaltungen als auch der Verwaltung mit neuen Technologien, wie z. B. KI und Cloud-Computing, selbst kontinuierlich voranzutreiben.

Geschäftsverlauf

Für die für das Geschäftsjahr 2024 festgelegten operativen Ziele zum Ausbau sowie zur Stabilisierung der bisherigen Geschäftsaktivitäten der Lecos GmbH bleibt festzuhalten, dass diese auch unter den Herausforderungen 2024 über die Planung hinaus ausgebaut werden konnten. Die Erbringung der In-House Leistungen gegenüber den Gesellschaftern ist wesentlicher nichtfinanzieller Leistungsindikator.

Durch die konsequente Umsetzung der Rollout-Vorgaben für die Verwaltung und die Schulen konnte beim größten Kunden der Lecos GmbH der sehr hohe Standardisierungsgrad in Hardware und Standardsoftware sowie der Ausbau mobiler Arbeitsfähigkeit (u.a. zur Absicherung von Home-Office) weiter ausgebaut und im Rahmen der konzeptionellen Weiterentwicklung eines Arbeitsplatzes der Zukunft fortgeführt werden. Die Ausweitung auf die Schulkabinette wurde erfolgreich fortgesetzt und ist vertraglich für die folgenden Jahre fixiert. Dabei werden die Erfahrungen der Pandemie sowie des weiteren Ausbaus der Leistungen im Rahmen des Digitalpakt Schulen konsequent verfolgt und in der weiteren Entwicklung berücksichtigt. Ziel ist dabei, die besten Voraussetzungen für die Umsetzung von „Digitaler Bildung“ zu schaffen. Des Weiteren konnte der stabile Betrieb der Kulturhäuser Gewandhaus zu Leipzig, Theater der Jungen Welt, Oper Leipzig und Schauspiel Leipzig gefestigt und vertraglich für die Jahre 2025 – 2029 gesichert werden. Das Geschäft mit dem zweiten Gesellschafter (10 %) des Unternehmens, der KISA, konnte auch im Geschäftsjahr 2024 weiter konsequent umgesetzt werden. Mit dem Abschluss einer Kooperationsvereinbarung wurde die Grundlage für einen gemeinsamen Ausbau der Geschäftsfelder in den Jahren 2025 ff. gelegt. Dies betrifft die strategischen Fragestellungen der Zusammenarbeit und gemeinsamen Leistungserbringung. Dabei steht auch hier die Digitalisierung der Verwaltungen, das Onlinezugangsgesetz sowie die IT-Sicherheit mit Blick auf die „Kommune der Zukunft“ im Vordergrund.

Darüber hinaus wurde die Umsetzung des Digitalpaktes Schulen auf Basis der Erkenntnisse der Pilotschulen intensiv fortgeführt. Dies stellt die Basis für die weitere Umsetzung in allen Schulen ab 2025 dar.

Die Leistungen mit weiteren Kundengruppen des Gesellschafters Stadt Leipzig, u.a. Unternehmen der L-Gruppe und Eigenbetrieben, konnten weiter ausgebaut werden und stellen somit dauerhaft einen wesentlichen Anteil zum Erfolg der Lecos GmbH dar. Das Umsatzvolumen stieg von EUR 3,6 Mio. im Vorjahr auf EUR 3,7 Mio. leicht im Geschäftsjahr.

Die Strategie aus 2010, durch eine Beteiligung des Zweckverbandes KISA an der Lecos GmbH eine Umsatzstabilisierung zu erreichen und die Inhouse-Fähigkeit zu festigen, hat sich auch im Geschäftsjahr 2024 bestätigt. Der Umsatz mit dem Zweckverband KISA in Höhe von EUR 3,9 Mio. (Vorjahr: EUR 2,9 Mio.) konnte auch für das abgelaufene Wirtschaftsjahr wesentlich zum geschäftlichen Erfolg des Unternehmens beitragen. Auf Basis der im Jahr 2024 geschlossenen Ko-

operationsvereinbarung wird ein gemeinsamer Ausbau des Leistungsportfolio in den Fokus genommen, um die Kommunen als Verbandsmitglieder der KISA auf dem Weg zur Kommune der Zukunft aktiv begleiten zu können.

Die Beteiligung der Lecos GmbH an der Komm24 GmbH hat sich 2024 ebenfalls als Erfolg dargestellt, d.h. sowohl aus wirtschaftlicher Sicht als auch um der Treiber für die Umsetzung des Onlinezugangsgesetz zu werden. Hierbei agiert die Lecos GmbH in einem hoch komplexen Umfeld, sowohl in der Rolle als Gesellschafter der Komm24 GmbH als auch in der Rolle des Dienstleisters im Infrastruktur- sowie im Beratungs- und Entwicklungsumfeld.

Über das Onlinezugangsgesetz hinaus konnten weitere Leistungen über die Komm24 GmbH vertraglich fortgeführt werden. Damit werden neben dem stabilen Betrieb des Sächsischen Melderegister (SMR) auch Outputleistungen für die Landeshauptstadt Dresden sowie der Betrieb des Kommunalarchiv Sachsen ausgebaut und abgesichert.

Darüber hinaus konnten neben der aktiven Mitarbeit in der Genossenschaft govdigital im Jahr 2024 auch Leistungen für die govdigital erbracht werden. Damit trägt die Mitgliedschaft in der Genossenschaft zur positiven Entwicklung sowohl aus technologischer als auch wirtschaftlicher Sicht bei.

Schwerpunkt der Geschäftstätigkeit im abgelaufenen Geschäftsjahr 2024 war die Weiterführung der IT-Leistungen für die Stadt Leipzig, vornehmlich bei der Anwendungs-/Verfahrensentwicklung und Anwendungs-/Verfahrensbetreuung, bei der Beratung der Kunden zur Optimierung ihrer Organisation durch weitere IT-Nutzung, bei den Rechenzentrumsservices, Endgeräteservice und Daten- und Sprachnetzleistungen, der Benutzerunterstützung sowie dem konsequenten Ausbau der Leistungen für die Schulen der Stadt Leipzig. Insbesondere die Beratungsleistungen und Vorarbeiten im Rahmen der Digitalisierung der Verwaltung, die in Umsetzung befindliche forcierte Einführung der eAkte und dem damit verbundenen Ausbau des Scanvolumens sowie der Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes, stellen die Grundlage für die nächsten Projektschritte sowie die mittelfristige Haushaltsplanung der Stadt Leipzig dar.

Besonders hervorzuheben sind die weiteren umgesetzten Projekte zur Einführung der Personalmanagementsoftware Loga in der L-Gruppe und deren konsequenter Ausbau des Geschäftes rund um das Personalmanagement. Darüber hinaus lag ein wesentlicher Fokus auf Beratungsleistungen zur Digitalisierung der Verwaltung.

Das Geschäft mit den Eigenbetrieben der Stadt Leipzig wurde konsequent weiter ausgebaut und mit den Kulturhäusern der Stadt Leipzig vertraglich bis 2029 gesichert.

Für die KISA lag der Schwerpunkt im Geschäftsjahr 2024 auch in der Bereitstellung des Rechenzentrumsservice im Rahmen der vereinbarten Leistungsscheine für den Anwendungsbetrieb der zentralen Fachverfahren sowie der Absicherung der Wahlen. Die gemeinsame strategische Ausrichtung wurde in den Fokus genommen, um gemeinsam die Digitalisierung der Kommunen sowohl aus der Anwendungs- als auch der Infrastruktursicht voranzubringen.

Weitere Aktivitäten im Geschäftsjahr 2024 waren:

- Die Dienstleistung für die Leipziger Schulen im Umfeld der Informationstechnik wurde mit dem zweiten Rollout Zyklus fortgeführt und wird auch weiterhin für die Schulkabinette fortgesetzt werden.
- Im Jahr 2024 wurden 20 Schulen und Sporthallen mit einer Breitbandanbindung, aktiver Netzwerktechnik und WLAN ausgestattet. Darüber hinaus wurden 4 Schulen im Rahmen des Pilotvorhabens zur Zentralisierung der Schulverwaltungen ertüchtigt. Auf Basis der Erkenntnisse aus dem Pilotvorhaben wird das Vorhaben zur Zentralisierung der Schulverwaltungen 2025 mit 15 Schulen fortgesetzt. Zusätzlich sollen 10 Schulen und Sporthallen mit einer Breitbandanbindung, aktiver Netzwerktechnik und WLAN ausgestattet werden. Für 70 Schulen ist eine Erneuerung der Firewall geplant.
- Die Fachanwendung für den Anmelde- und Vergabeprozess von Kitaplätzen KIVAN konnte auch in 2024 erfolgreich weiterentwickelt und in 10 Bundesländern vertrieben werden. Zusätzlich zum Kernprozess Anmelde- und Vergabe wird zwischen Jugendämtern, Trägern/Einrichtungen und Eltern auch die Abrechnung der Kostenbeiträge der Personensorgeberechtigten in 6 Bundesländern automatisiert erfolgreich eingesetzt. Der in 2022 gewonnene Kunde Frankfurt/Main ist der größte KIVAN (und Lecos) Kunde mit ca. 1.000 Einrichtungen und konnte Ende 2024 erfolgreich produktiv genommen werden. Auch die erfolgreiche Produktivsetzung in der Stadt Halle/Saale bestätigt den Weg zu einer Standardanwendung und macht deutlich, dass mit einer Standardisierung und strukturierten Projektarbeit zügige Implementierungen möglich sind. Die Partnerschaft mit Carlo & Friends bezüglich des Einsatzes der Care-App (Kommunikationsapp) wird weiter fortgeführt, um die Stärken dieser Kommunikationsapp im Bereich Träger und Einrichtungen mit der Datenbasis aus dem Anmelde- und Vergabeprozess zu verknüpfen.
- Parallel zu den aktuell ca. 30 Einführungsprojekten wird die Produktweiterentwicklung der Fachanwendung intensiv vorangetrieben.
- Die Facility-Management-Anwendung FAMOS-LE ist im Rahmen des Ausbaus des zentralen Gebäudemanagements in der Stadt Leipzig als strategisches Produkt positioniert und wird in mehreren Ämtern der Stadt Leipzig betrieben. Es erfolgt eine zentrale Steuerung der Weiterentwicklung in enger Abstimmung zwischen der Lecos GmbH und der Stadt Leipzig.
- Es erfolgte auch 2024 eine kontinuierliche Erneuerung der Telekommunikationsanlagen in den Schulen der Stadt Leipzig, welche im Wesentlichen mit den durch die Stadt Leipzig durchgeführten Sanierungs- und Baumaßnahmen sowie im Zusammenhang mit den Maßnahmen des Digitalpaktes Schulen verbunden wurden.

- Mit der weiteren Produktivsetzung neuer Module im Zusammenhang mit der Einführung der Personalmanagementsoftware Loga in der L-Gruppe konnte 2024 der Ausbau des Geschäftsfeldes weiter im Fokus bleiben und dabei auch Maßnahmen zur digitalen Personalakte gemeinsam weiterbearbeitet werden.
- Mit der „Digitalen Werkstatt“ wurde mit der Stadt Leipzig der Rahmen für eine Entwicklung von innovativen Lösungen für die Kunden der Stadt Leipzig gelegt. 2024 stand erneut im Fokus der KI-Technologie. Darüber hinaus konnten weitere Technologieberatungen sowie Methodentransfer durchgeführt werden.
- Unter dem Dach der ProVitako Marketing- und Dienstleistungsgesellschaft der kommunalen IT-Dienstleister e.G. wurde die Beteiligung an einer kommunalen Cloud fortgeführt und darin verschiedene Produkte bzw. Dienstleistungen eingestellt, die auch konkret von der Lecos GmbH für seine Kunden genutzt werden.
- Im Jahr 2024 konnte das erste Überwachungsaudit unter Berücksichtigung des hohen Schutzbedarfes im Rahmen der Zertifizierung nach ISO27001 auf Basis BSI-Grundschutz erfolgreich durchgeführt werden.

Die Geschäftstätigkeit führte mit einem Umsatz von EUR 56 Mio. zu einer Überschreitung des geplanten Umsatzvolumen von EUR 51,2 Mio. Wesentliche Einflussfaktoren auf die deutliche Überschreitung der Prognose waren der Abschluss von Umsetzungen des Digitalpaktes Schulen mit EUR 2,6 Mio. und Einführung des KM-StA mit EUR 1,2 Mio. Das Jahresergebnis lag mit EUR 0,6 Mio. in Folge verschiedener Sondereffekte über der Planung und Prognose von EUR 0,3 Mio. Im Wesentlichen führten auch Rückstellungsaufösungen für Risikovorsorgen zu Sondererträgen mit positivem Einfluss auf das Jahresergebnis.

Der geplante Liquiditätsaufbau um ca. EUR 0,5 Mio. im Geschäftsjahr 2024 wurde erreicht. Die Kreditverbindlichkeiten liegen zum Bilanzstichtag mit EUR 12,5 Mio. nur unwesentlich über dem Planansatz von EUR 12,4 Mio. Zur Finanzierung von Investitionen in IT und Gebäudetechnik wurden im Geschäftsjahr operative Leasingverträge mit einem Volumen von EUR 0,9 Mio. geschlossen. Die Volumenausweitung der Geschäftstätigkeit konnten damit finanziert werden. Die nichtfinanziellen Ziele der Personalentwicklung eines Aufbaus um 15 Stellen wurde mit einem Mitarbeiterbestand inklusive Auszubildenden von 325 (Vorjahr: 301) am Jahresende erreicht bzw. bedarfsgerecht überschritten.

Lage der Gesellschaft

Ertragslage

Der Gesamtumsatz der Lecos GmbH betrug im Geschäftsjahr 2024 TEUR 55.979 und lag damit um TEUR 6.481 über dem Vorjahr. Die Umsatzsteigerung entfiel im Wesentlichen auf die Umsetzung von Kundenaufträgen der Stadt Leipzig im Zusammenhang mit Einführung KM-StA (TEUR 882) und dem Digitalpakt Schulen (TEUR 1.939), sowie auf Umsätze mit der Komm24 aus der Dienstleistung für die Entwicklungen und Umsetzungen des Online Zugangsgesetzes (TEUR 358) und Umsatzerlöse aus Aufgaben für die Landtagswahl in Sachsen (TEUR 330).

Die Zusammensetzung der Umsatzerlöse nach Bereichen stellt sich im Wesentlichen wie folgt dar:

Rechenzentrumsdienstleistungen und Anwendungsentwicklung und -betreuung	65,61% (61,45%)
Sonstiges	6,42% (7,74%)
Telekommunikations-, Netz- und Serverbereitstellung sowie die Endgerätebetreuung	27,97% (30,81%)

Aktuell beträgt der Anteil des Umsatzes mit der Stadt Leipzig am Gesamtumsatz ca. 84,9 % (Vorjahr: 86,3 %), 7,0 % (Vorjahr: 5,9 %) mit der KISA und der Komm24 GmbH sowie GovDigital eG 4,3% (Vorjahr: 5,1 %). Die verbleibenden 3,7 % (Vorjahr: 2,7 %) Umsatzanteile entfallen auf sonstige Kunden.

Im Materialaufwand werden vor allem Hardware und Telekommunikationsanlagen ausgewiesen sowie Leasings- und Wartungs- bzw. Lizenzkosten für Hard- und Software ausgewiesen. Den Hauptanteil hierbei haben Beschaffungen im Bereich Endgeräteservice (Präsentationstechnik, Tablets) und Telekommunikationstechniken für die Stadt Leipzig und die Ausstattung der Eigenbetriebe und Netz Leipzig GmbH mit aktiven Komponenten. Darüber hinaus sind auch die Leistungen für Datenfernübertragungen, Portoaufwendungen und umsatzrelevanten Fremdleistungen für Kundenprojekte enthalten. Der Materialaufwand sank auf TEUR 16.732 und damit zum Umsatz unterproportional. Die Entwicklung führt zu einem gestiegenen Rohertrag von TEUR 39.247 und einer gestiegenen Rohertragsquote von 70,1 % und ist auf eine Verschiebung in den Leistungskomponenten zurückzuführen und berücksichtigt auch eine Kompensation der erwarteten erhöhten Personalaufwendungen.

Die Steigerung der Personalaufwendungen um TEUR 4.157 auf TEUR 26.324 ergibt sich im Wesentlichen aus Neueinstellungen, der Tarifierhöhung des TVöD (Tarifvertrag im öffentlichen Dienst) und Erhöhungen im Lecos GmbH Vergütungssystem. Die Personalkostenquote ist infolge der Entwicklung auf 47,0 % (Vorjahr: 44,8 %) angestiegen.

Der sonstige betriebliche Aufwand liegt über dem Vorjahresniveau und enthält im Wesentlichen Leitungsmieten, Ausbildungs- und Reisekosten, Personaldienstleistungen und Raummieten und Verwaltungskosten.

Das Betriebsergebnis beträgt TEUR 1.479 (Vorjahr: TEUR 782) und war im Geschäftsjahr wesentlich beeinflusst durch Sonderträge aus Rückstellungsaufösungen in Höhe von TEUR 783.

Investitionen

Die Bilanz zum 31. Dezember 2024 weist einen Anstieg des Anlagevermögens um TEUR 1.520 auf TEUR 13.081 aus. Das Anlagevermögen umfasst mit EUR 4 Mio. im Wesentlichen an Kunden überlassene IT Hard- und Software, die Gegenstand der Leistungserbringung sind. Die Gesamtinvestitionen betrugen im Geschäftsjahr 2024 TEUR 8.011.

Schwerpunkte waren auch 2024 Investitionen für neue Aufträge und Hardware für das Roll-Out in der Stadt Leipzig, insbesondere den Schulkabinetten sowie die Erneuerung von Hardware im Rechenzentrum.

Vermögens- und Finanzlage

Aufgrund einer konsequenten Liquiditätsüberwachung, einem regelmäßigen Forderungsmanagement und der planmäßigen Kreditaufnahme konnte die Zahlungsfähigkeit im Jahr 2024 gesichert werden.

Die Gesellschaft verfügt über eine geordnete Vermögens-, Finanz- und Ertragslage. Zum Bilanzstichtag bestehen Kreditlinien in Höhe von TEUR 700, die nicht in Anspruch genommen wurden.

Risiko- und Chancenbericht

Das Risikomanagement der Gesellschaft stützt sich vor allem auf die Managementstruktur, das Planungssystem sowie die eingesetzten Berichts- und Informationssysteme. Die Ergebnisse und Maßnahmen des Risiko- und Schwachstellenmanagements aus den Berichts- und Informationssystemen liegen vor.

Das Berichtswesen wird ergänzt durch eine ständige Überwachung aller Finanzströme. Mit Hilfe dieses Risikomanagementsystems werden die Risikobetrachtungen durchgeführt und Strategien zur Risikominimierung entwickelt. Besondere Aufmerksamkeit wird dabei durch eine tägliche Liquiditätsüberwachung gewährleistet. Dieses geschieht vor dem Hintergrund der teilweise hohen Forderungen gegen die Kunden bei hohem Liquiditätsbedarf für die Zahlung der monatlichen Personalkosten sowie der Investitionsausgaben für die Umsetzung der Aufträge.

Die Risikoanalyse hat die folgenden Risiken bestimmt.

Operative Risiken der Geschäftstätigkeit

Die operativen Risiken aus der Tätigkeit eines IT-Dienstleisters umfassen:

- Risiken aus den leistungserbringenden und unterstützenden Prozessen
- Risiken aus der Informationssicherheit
- Risiken aus dem Notfallmanagement
- Risiken aus dem Datenschutzmanagement
- Beschaffungs- und Verfügbarkeitsrisiken
- IT-Sicherheitsrisiken
- Cyberrisiken

Die Organisationsstruktur und die Zuordnung von Verantwortlichkeiten in der operativen Tätigkeit und im Risikomanagement führen zu einer laufenden Verfolgung, Erkennen und Reagieren bei auftretenden Risikosituationen.

Im Personalbereich bestehen zum einen kurzfristige Verfügbarkeitsrisiken aus Ausfall von Mitarbeitern und Fluktuation. Aus strategischer Sicht ist der Wettbewerb um IT-Fachkräfte und Spezialisten zu nennen und damit das Risiko auch mittel- und langfristig eine notwendige Attraktivität als Arbeitgeber zu erhalten, um den Personalbedarf in entsprechender Qualität und Quantität zu halten und weiterzuentwickeln. Diesen vorgenannten Risiken wird durch ein aktives Personalmanagement bei einer offen und arbeitnehmerfreundlichen Unternehmenskultur begegnet.

Finanzwirtschaftliche Risiken bestehen in Liquiditätsrisiken bei einem steigenden bzw. hohen Forderungsbestand und gegebener Abrechnungszeiträume bei einer hohen Anzahl von Einzelabrechnungspositionen und hohen konstanten Personalauszahlungen. Bei weiter steigenden Investitionen für die an Kunden bereitzustellende Hard- und Software sowie Infrastruktur ist eine zeitgleiche Refinanzierung sicherzustellen, um eine Belastung der operativen Liquidität aus dem Investitionsprozess zu vermeiden. Die für die Investitionsfinanzierung erforderliche Bonität für eine auch mittel- und langfristige Kreditgewährung basiert auf der langfristigen Vertragsbindung mit den öffentlichen Kunden. Geschäftüblichen Liquiditätsschwankungen begegnet die Gesellschaft mit der Inanspruchnahme des Finanzmittelbestands sowie ggf. der Kreditlinien sowie der planmäßigen Aufnahme von Krediten für Investitionen. Unabhängig davon gewährleisten die Erlöse aus dem Betriebsleistungsvertrag mit der Stadt Leipzig und den Leistungsverträgen mit der KISA, der Kulturhäuser, der Komm24 GmbH sowie der SAKD (Sächsische Anstalt für kommunale Datenverarbeitung) eine kontinuierliche Liquiditätszufuhr.

Compliance Risiken bestehen in der Beachtung rechtlicher Vereinbarungen vorrangig von Lizenz- und Nutzungsbedingungen und rechtlicher Vorgaben wie vor allem der Datenschutzgrundverordnung beim Umgang mit vertraulichen Daten.

Als Ergebnis unserer Risikoanalysen ergibt sich, dass wesentliche oder den Bestand des Unternehmens gefährdende Risiken derzeit nicht bestehen.

Chancen für die Lecos GmbH bestehen in der Nutzung von kommunalen Umsätzen aus dem Gesellschaftsumfeld, um damit zusätzliche Deckungsbeiträge zu gewinnen. Damit entstehen auch Synergien zur Absicherung der Zukunftsfähigkeit der Stadt Leipzig durch die Weiterentwicklung der IT als Grundlage für Rationalisierungen, Prozessoptimierungen und -automatisierungen bzw. der grundsätzlichen Digitalisierung der Verwaltung, der Entwicklung zu einem Kompetenzzentrum für die Entwicklung, Einführung, Betrieb und Betreuung kommunaler Anwendungen sowie den weiteren Ausbau der Dienstleistungen für die Schulen.

Die Lecos hat in 2024 ein zentrales Transformationsprojekt „Lecos 5.0“ initiiert. Dieses Vorhaben hat grundsätzliche Auswirkungen auf die gesamte Ablauf- und Aufbauorganisation sowie das Führungsmodell der Lecos und führt damit zu einer Hebung von Ertragspotentialen und Absicherung operativer Risiken. Ziel des Projektes sind (a) die Entwicklung und Umsetzung einer optimierten und skalierbaren Aufbau- und (b) Ablauforganisation sowie (c) eines Führungs- und Steuerungsmodells für die Lecos. Das Projekt verläuft unter starker Mitarbeiterbindung und -beteiligung, damit die getroffenen Maßnahmen langfristig positive Wirkungen entfalten. Für die Projektbearbeitung wurde ein festes Projektteam installiert, das durch externe Dienstleister ergänzt wird. In diesem Projekt werden alle bereichs- und teamübergreifenden Transformations- und Organisationsmaßnahmen gebündelt - daher werden sämtliche aktuell laufenden Organisations- und Transformationsmaßnahmen, die bereichs- bzw. teamübergreifend sind, in das Transformationsprojekt „Lecos 5.0“ überführt. Die aktive Projektlaufzeit beträgt nach derzeitigem Kenntnisstand bis Juli 2026; daran schließen sich Nacharbeiten an.

Umweltschutz und Nachhaltigkeit

Basierend auf dem Sonderpreis für das Primärrechenzentrum der Lecos GmbH der deutschen Umwelthilfe (DUH) im Rahmen des Wettbewerbes „Bundeshauptstadt im Klimaschutz 2010“ wurde das systematische Vorgehen im Bereich der Klimatisierung auch auf alle weiteren Bereiche der energierelevanten Wirkungskette übertragen. Von den Applikationen und dem Daten-Management über die IT-Hardware und Stromversorgung bis hin zur Kühlung und Gebäudeplanung sind Möglichkeiten zur Optimierung der Energieeffizienz gesucht und Einsparpotenziale konsequent umgesetzt und weiterentwickelt worden.

Im Rahmen von Ausschreibungen, wie auch bei sonstigen Investitionen für die IT sowie bei der Erneuerung des Fuhrparks, berücksichtigt die Lecos GmbH die gesetzlich vorgesehenen und aktuellen Umweltschutzrichtlinien.

In 2023 wurde gemäß § 8 EDL-G wiederholt ein freiwilliges Energieaudit nach DIN EN 16247-1 durchgeführt mit dem Ziel, die Verbesserung der Energieeffizienz sowie Senkung des Energieverbrauchs unter fachlicher Betreuung zu erreichen. Die Überprüfung und Fortschreibung der gesteckten Ziele erfolgt alle vier Jahre. In den erfassten Verbrauchsgruppen sind die Kosten für Strom mit rund 79 % der größte Kostenblock, gefolgt von 17 % für Fernwärme und Transport (4%). Die größten Verbraucher USV und RLT-Anlagen werden als sehr gut und energieeffizient eingeschätzt. In Folge des Beschlusses der Bundesregierung zum Klimapaket ist die Bepreisung von CO₂ eingeleitet. In Folge, insbesondere vor dem Hintergrund der gesamtgesellschaftlichen Entwicklungen, hat sich bestätigt, dass Strom seit 2022 jährlich teurer werden wird. Maßnahmen zum kosteneffizienten Umgang der Kostensteigerungen können hierbei Beachtung bei der Vertragsgestaltung mit den Energielieferanten auf die Umsetzung der CO₂-Bepreisung bzw. Bezug von erneuerbaren Energieträgern als auch Einsatz von Technologien für die Nutzung erneuerbarer Energien (bspw. Photovoltaik u.a.) finden. Geeignete Förderprogramme werden auch zukünftig auf deren Teilnahmeberechtigungen der Lecos GmbH geprüft und können Maßnahmen zur Minimierung der erwarteten Kostensteigerungen unterstützen. Schlussendlich werden die Energiekosten in den kommenden Jahren weiter zunehmen und zu einem erheblichen Kostentreiber werden. Konkret gehen die Elektroladesäulen für den Fuhrpark zum Jahresanfang 2025 in Betrieb.

Für das 3. Quartal 2025 ist die Errichtung einer PV-Anlage ohne Einspeisung mit ca. 100kWp geplant.

3.3 ProVitako eG

Im Jahr 2012 erwarb KISA 10 Geschäftsanteile an der ProVitako eG.

3.3.1 Beteiligungsübersicht

<i>Name:</i>	ProVitako Marketing- und Dienstleistungsgesellschaft der kommunalen IT-Dienstleister eG
<i>Anschrift:</i>	Markgrafenstraße 22 10117 Berlin
<i>Telefon:</i>	030 2063156-0
<i>Homepage:</i>	www.provitako.de
<i>Rechtsform:</i>	Eingetragene Genossenschaft
<i>Stammkapital:</i>	225.500 EUR
<i>Anteil KISA:</i>	5.000 EUR

Unternehmensgegenstand:

Gegenstand der Gesellschaft ist die Unterstützung beim Einkauf von Investitionsgütern einschließlich Hard- und Software, Waren sowie Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe durch kooperatives Einkaufsmarketing für die Mitglieder sowie weiterer Servicedienstleistungen. KISA und somit auch die Kunden von KISA profitieren an den von der ProVitako eG ausgeschriebenen Rahmenverträgen, insbesondere bei der Beschaffung von Hardware.

3.3.2 Finanzbeziehungen

Zwischen KISA und der ProVitako eG liegen folgende Finanzbeziehungen vor:

- Gewinnabführungen: 0 €
- Verlustabdeckungen: 0 €
- Sonstige Zuschüsse: 0 €
- Übernommene Bürgschaften: 0 €
- Sonstige Vergünstigungen: 0 €

KISA ist Genossenschaftsmitglied in der ProVitako eG. Die ProVitako eG erhielt bei Einkäufen von Technik im Jahr 2024 eine Provision von 0,1%.

3.3.3 Bilanz- und Leistungskennzahlen

Folgende Werte der Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung für das Berichtsjahr und der beiden Vorjahre liegen vor:

ProVitako eG	Ist 2022 in T€	Ist 2023 in T€	Ist 2024 in T€
Umsatz	2.360	7.810	39.787
sonstige Erträge	14	106	128
Materialaufwand	1.305	6.136	36.606
Personalaufwand	440	885	1.360
Abschreibungen	9	8	22
sonst. Aufwand	851	1.007	1.425
Zinsen / Steuern	- 62	1	88
<u>Ergebnis</u>	<u>-169</u>	<u>-118</u>	<u>418</u>
<u>Bilanzsumme</u>	<u>2.080</u>	<u>5.049</u>	<u>10.544</u>

3.3.4 Lagebericht für das Geschäftsjahr 2024

Aus dem vorliegenden Jahresabschluss 2024 werden nachfolgend die wesentlichen Bestandteile des Lageberichtes vorgestellt:

Unternehmensgegenstand/ öffentlicher Zweck

Der Zweck der Genossenschaft liegt in der wirtschaftlichen Förderung und Betreuung der Mitglieder. Dies geschieht durch den gemeinsamen Einkauf von Investitionsgütern einschließlich Hard- und Software, Waren sowie Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffen für die Genossenschaftsmitglieder. ProVitako unterstützt darüber hinaus die Mitglieder durch kooperatives Einkaufsmarketing sowie weitere Serviceleistungen, wie z. B. Schulung, Beratung und Betreuung in Unternehmensfragen.

Rahmenbedingungen und Gesamteinschätzung der Lage der Gesellschaft

Die Gesellschaft finanziert sich zu geringen Anteilen aus Mitgliedsbeiträgen und größtenteils aus Margen, die für die Nutzung von Leistungen der einzelnen Geschäftsarten erhoben werden.

Gesamtwirtschaftliche Entwicklung

Die preisbereinigte gesamtwirtschaftliche Bruttowertschöpfung in Deutschland ging im Jahr 2024 um 0,4 % zurück. Dabei zeigten sich deutliche Unterschiede zwischen den einzelnen Wirtschaftsbereichen.

Die Dienstleistungsbereiche entwickelten sich im Jahr 2024 insgesamt positiv (+0,8 %), jedoch uneinheitlich. Der Wirtschaftsbereich Information und Kommunikation setzte dagegen seinen Wachstumskurs fort (+2,5 %). Dies galt auch für die vom Staat geprägten Wirtschaftsbereiche: Neben der öffentlichen Verwaltung selbst wuchsen auch die Bereiche Erziehung und Unterricht sowie Gesundheitswesen weiter. Die Bruttowertschöpfung dieser Bereiche zusammen nahm im Vergleich zum Vorjahr deutlich zu (+1,6 %).

(Quelle: https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2025/01/PD25_019_811.html)

Generelle Entwicklungen in der (kommunalen) IT-Branche

Das Jahr 2024 brachte in Deutschland eine Reihe bedeutender Entwicklungen und Ereignisse in der IT-Branche mit sich. Von neuen Gesetzesinitiativen über sicherheitsrelevante Vorfälle bis hin zur weiteren Etablierung von künstlicher Intelligenz und nachhaltigen Technologien.

Einhergehend mit dem seit 2022 andauernden Angriffskrieg von Russland gegen die Ukraine ist eine signifikante Steigerung von Cyberangriffen zu beobachten, die auch im kommunalen Bereich zu Beeinträchtigungen geführt hat und denen sich die IT Dienstleister stellen müssen.

Im Bereich der kommunalen IT ist eine stabile Nachfrage und bei der ProVitako auch eine gut wahrnehmbare Steigerung der über sie bezogenen Leistungen erkennbar. Treiber für diese Nachfrage sind weiterhin die Ausstattungen in den Schulen, durch die dafür erforderliche Infrastruktur, die Präsentationstechnik und die Schülerendgeräte. Wahrnehmbar ist auch eine sich abzeichnende Austauschwelle bei den Arbeitsplatzgeräten in der Verwaltung und bei zentralen Infrastrukturkomponenten in den Rechenzentren.

Insgesamt ist das über ProVitako organisierte Beschaffungsvolumen im Jahr 2024 gestiegen und ProVitako konnte sich als kompetenter Partner für kommunale Beschaffungen etablieren. Gerade bei neuen Beschaffungsvorhaben zeigt sich ein höheres Beschaffungsvolumen, welches durch die Mitgliederanzahl und das Mitmachverhalten (Mitmachquote) getrieben wird. Die ProVitako eG nimmt zunehmend eine führende Position als deutschlandweite zentrale Beschaffungsstelle für kommunale ITK-Produkte ein.

ProVitako-Portfolio: Bedürfnisse erkennen & Bedarfslagen befriedigen

Im Verlauf des Geschäftsjahres wurde ein Fokus auf die Portfoliostrategie der ProVitako gerichtet und diese neu gefasst. Ebenso wurde die Beschaffungsstrategie auf herstellerspezifische Beschaffungsvorhaben unter dem Aspekt eines Multi-Vendor-Ansatzes ausgeweitet, um unseren Mitgliedern eine durchgängige Betriebs- und Serviceinfrastruktur zu ermöglichen. Mit den konkreten Beschaffungsvorhaben in 2024 wurden die akuten Bedarfslagen im Bereich IT-Personal, Security und Finanzierung umgesetzt und die Nachfolgebeschaffungen für Endgeräte, Server, interaktive Schultafeln und RZ-Virtualisierung auf den Weg gebracht.

Parallel hat sich die ProVitako als Gesicht & Stimme für den kommunalen Public Sector Markt insgesamt engagiert und mit den führenden IT-Herstellern für Server & Storage (Dell, Fujitsu, HPE und Lenovo) sogenannte Konditionenvereinbarungen geschlossen. Diese sollen allen selbst beschaffenden Kommunen auch außerhalb der ProVitako-Community bessere Bezugskonditionen bei deren Eigenbeschaffungen bieten. Innerhalb der ProVitako-Community sind diese Hersteller über bestehende und geplante Rahmenverträge – bedingt durch das hierrüber gebündelte Volumen - zu darüber hinausgehenden Vorteilsbedingungen abrufbar.

Mit der laufenden strategischen Neuausrichtung (Programm ProVi 2025), die im Kern auf die Digitalisierung der Beschaffung mit einem eigenen Marktplatz, der Gestaltung eines umfassenden Beschaffungssystems und eines ganzheitlichen kommunalen ITK-Portfolioansatzes gerichtet ist, soll ein größerer Nutzen für die ProVitako-Community erzeugt werden. Die daraus erhofften Effekte stellen sich bereits früher als erwartet ein. Das Programm ist damit auf einem guten Weg und wir gehen von einem planmäßigen Abschluss in 2025 aus.

Die Erfolge lassen sich insbesondere an den Mitmachquoten – Anzahl teilnehmender Mitglieder an einem Beschaffungsvorgang – erkennen. Dieser Trend ist ungebrochen und führt auch in der Außenwirkung zu einer stärkeren Wahrnehmung der ProVitako als Kompetenzträger für öffentliche Ausschreibungen. Das Auftragsvolumen der einzelnen Ausschreibungen steigt kontinuierlich an und führt bei den Herstellern und Systemhäusern zu einem verstärkten Interesse an der Zusammenarbeit. Konkret wirkt sich die gebündelte Nachfragemacht zunehmend positiv sowohl auf den Preis bzw. die erzielten Rabattsätze als auch auf den Liefer-/Verfügbarkeitsstatus der einzelnen Rahmenvertragsprodukte für unsere Mitglieder aus.

Die Neugestaltung des ProVitako-Beschaffungssystems hin zu einer möglichst weiten Öffnung der Bezugsmöglichkeiten für alle unsere Mitglieder aus den verfügbaren Rahmenverträgen einerseits und die Etablierung einer „mitlernenden-Option“ bei langlaufenden Rahmenverträgen (bis zu vier Jahren) andererseits wurde abgeschlossen und in die Umsetzung gebracht.

Die neu entwickelten Geschäftsarten werden von den Mitgliedern gut angenommen und sind Treiber der weiterhin steigenden Nachfrage bei der ProVitako. Insbesondere die Reseller-Tätigkeit der ProVitako (Streckengeschäft) wird dabei besonders geschätzt.

Die notwendigen Entscheidungen zum Programm ProVi 2025 wurden im Aufsichtsrat und der Generalversammlung vorgestellt, erörtert und soweit notwendig beschlossen. Die daraus resultierende Transition in die Linienorganisation bei der ProVitako wurde bereits in der zweiten Welle in die Umsetzung gebracht.

Geschäftsverlauf - Ertragslage, Finanzlage und Vermögenslage

Zur Neuausrichtung der ProVitako wurde das Programm ProVi 2025 gestaltet und gemeinsam durch Vorstand und Aufsichtsrat auf den Weg gebracht und in der Gesellschafterversammlung am 11.05.2022 vorgestellt. Das Programm ist mit einem B-Case ausgestattet, welcher die Jahre des Invests (2022 - 2024) und die Finanzierung auf Basis des Bilanzgewinnvortrags aufzeigt und die erwartete Entwicklung für 2025 und 2026 darstellt.

Dieser B-Case stellt den Referenzrahmen für die Umsetzung im Zuge der Wirtschaftspläne dar und sieht bewusst ein negatives Ergebnis für die Jahre 2022, 2023 und 2024 sowie die Rückkehr in die Gewinnzone in 2025 und den Ausbau der Ertragslage in 2026 vor.

Der Business-Case des Programms ProVi2025 sieht folgende jährlichen Entwicklungsschritte vor.

Wirtschaftsjahr	Umsatz	Aufwand	(Roh-)Ertrag	Jahresergebnis
2022	71 T€	241 T€	-170 T€	-169 T€
2023	1.640 T€	1.821 T€	-181 T€	-119 T€
2024	2.155 T€	2.180 T€	-25 T€	476 T€
2025	2.654 T€	2.502 T€	152 T€	offen
2026	3.230 T€	2.664 T€	566 T€	offen

(jeweils vor Steuer)

Die Finanzierung des Programms ProVi 2025 erfolgt aus dem zum Ende 2021 bestehenden Bilanzgewinn in Höhe von 387.286,73 €. Ein Rückgriff auf die satzungsmäßigen bzw. die gesetzlichen Rücklagen ist nicht geplant.

Über das Programm und die damit einhergehende Entwicklung wird kontinuierlich dem Aufsichtsrat gegenüber berichtet und in der Generalversammlung im Zuge der Wirtschaftspläne und der Jahresabschlüsse entschieden.

Als Referenzrahmen für die Jahressicht haben wir jeweils die konsolidierte Sicht der Wirtschaftsplanung und der Programmplanung ProVi 2025 zu Grunde gelegt.

Die Umsatzerlöse der Genossenschaft haben sich im Geschäftsjahr 2024 gegenüber der Planung deutlich besser entwickelt. Der Planansatz ging von einem Umsatzerlös von 10.935 T€ aus, welcher im Ergebnis um 28.852 T€ überschritten wurde. Vergleicht man die Umsatzerlöse der Jahre 2023 und 2024 miteinander, so lässt sich feststellen, dass eine Steigerung um ca. 400% gegenüber dem Vorjahr zu verzeichnen ist. Bereits heute lässt sich erkennen, dass das Programm seine Wirkung zeigt und sich die getätigten Investitionen bereits zum Ende des dritten Jahres des Programms mehr als nur eingespielt haben.

Innerhalb der einzelnen Geschäftsarten sind die Veränderungen (Plan und Ist) wie folgt. Für den Bereich der Margen aus Rahmenverträgen ist das Abrufverhalten rund 26 Prozent geringer ausgefallen, als die Planungen die wir erwartet haben. Dies liegt mit einem Anteil von ca. 16 Prozent daran, dass sich das Geschäft vom unmittelbaren Abruf aus Rahmenverträgen hin zum Streckengeschäft verlagert hat.

Im Bereich des Marktplatzes sind wir mit der Ausweitung hin zu den kommunalen Bedarfsträgern bedingt durch den Sicherheitsvorfall bei der SIT nicht signifikant vorangekommen, da zunächst

der Rollout zu den Mitgliedern nachgezogen werden musste. Erste Erlöse für die Unterstützung konnten erzielt werden.

Der Leistungsaustausch innerhalb der Genossenschaft entsprach in Bezug auf die internen Leistungsbeziehungen weitestgehend den aufgestellten Planungen. Es ist ein positiver Trend für diesen Leistungsbezug zu erkennen, der sich aber erst im Folgejahr 2025 deutlicher auswirken sollte. Nicht den Erwartungen entsprechend entwickelte sich die geplante Zusammenarbeit mit govdigital. Der Vorstand hatte eine intensivere Zusammenarbeit erhofft und dies auch wie im Vorjahr mit einem Anteil von 50.000 Euro in die Planungen genommen. Diese hat sich leider bislang nicht eingestellt und auch govdigital hat seine in 2023 noch geleistete Zahlung für den vorbereiteten Leistungsbezug in 2024 eingestellt.

Betrachtet man die Aufwandsseite können folgende Feststellungen getroffen werden:

Insgesamt blieben die Aufwände hinter den aufgestellten Planungen zurück. Beim Personal konnten im Laufe des Jahres 2024 weitere Mitarbeitende eingestellt werden. Es fand eine Aufstockung in den Bereichen Vertrags- und Lieferantenmanagement, Personal- und Organisation, Kundenmanagement sowie im Rechnungswesen statt. Dies führt zu gestiegenen Aufwänden in den personalbezogenen Positionen wie Reisekosten, Telefonkosten, Bürobedarfen sowie den Abschreibungen auf Büroausstattungen. Die Aufwände in den Fortbildungskosten sind gegenüber dem Plan gesunken.

Passend zur Neuausrichtung wurde die Webseite überarbeitet und neugestaltet. Darüber hinaus bestand der Bedarf die Abrechnungen der Margen aus Rahmenverträgen zu vereinfachen. Hierzu wurde ein Werkzeug für ProVitako entwickelt, das auf die künftige ERP-Landschaft einzahlt. In diesem Zuge entstanden Mehraufwände, die durch Einsparungen an anderen Positionen finanziert wurden.

Der Aufwand für Steuer- und Rechtsberatungskosten ist im Jahr 2024 deutlich höher ausgefallen als dies ursprünglich geplant war. Der Vorstand hat unter juristischer Begleitung die gesamte Geschäftsstrategie der ProVitako in einem Gutachtenprozess überprüfen lassen und den Bereich der Zusammenarbeit der Mitglieder im Leistungsaustausch, in einer neuen Struktur aufgesetzt. Hiermit laufen wir jetzt wieder konform zu den OLG Entscheidungen im Kontext von Inhouse Zusammenarbeit.

Aufgrund des gestiegenen Umfangs sind die Prüfungsaufwände für die Vorbereitung des Jahresabschlusses sowie der Prüfprozess des Genoverbandes gegenüber den Planungen angestiegen.

Mit der Etablierung von zwei Beschaffungskonferenzen und einer Hausmesse, in deren Rahmen die Mitglieder ihre Lösungen darstellen können, sind die entsprechenden Aufwände gestiegen. Die Veranstaltungen erfreuen sich einer regen Beteiligung und sorgen für einen intensiven Dialog innerhalb der ProVitako-Community.

Durch die verzögerte Inbetriebnahme des Marktplatzes entstanden der ProVitako im Jahr 2024 geringere Servicekosten, die zu entsprechenden Minderausgaben führten.

Die ProVitako verfügt zum Jahresende 2024 über einen Auftragsbestand aus Rahmenverträgen in Höhe von rd. 18,7 Mio Euro. Das Anlagevermögen beträgt 131 TEUR. Die Eigenkapitalquote

beträgt 12 % (Vj. 15%) der Bilanzsumme. Wir beurteilen die Eigenkapitalausstattung als noch angemessen.

Insgesamt ging der Planansatz von einem Rohertrag von 3.045 T€ aus, welcher im Ergebnis um 135 T€ überschritten wurde. Vergleicht man den Rohertrag der Jahre 2023 und 2024 miteinander, so lässt sich feststellen, dass ein deutlicher Anstieg von rund 90 Prozent gegenüber dem Vorjahr zu verzeichnen ist.

Der deutliche Anstieg der Forderungen auf 7.572 T€ (Vj. 4.056 T€) als auch der Verbindlichkeiten 8.424,5 T€ (Vj. 3.921 Teuro) aus Lieferungen und Leistungen resultiert im Wesentlichen aus der Intensivierung des Streckengeschäfts sowie der nachläufigen Rechnungslegung gegenüber der ProVitako.

Die Genossenschaft war im Laufe des Geschäftsjahres 2024 in der Lage, ihren Zahlungsverpflichtungen aus eigener Liquidität nachzukommen. Kredite wurden bislang nicht in Anspruch genommen.

Zusammenfassende Beurteilung von Lage und Geschäftsverlauf

In der Gesamtbetrachtung beurteilt der Vorstand die Lage und den Geschäftsverlauf für das Geschäftsjahr 2024 als überdurchschnittlich erfolgreich.

Der Vorstand schlägt vor, den Gewinn in Höhe von 417.272,25 Euro anteilig der gesetzlichen Rücklage (51.634,91 Euro) und der satzungsmäßigen Rücklage (51.634,91 Euro) satzungsgemäß zuzuweisen. Der Bilanzgewinn in Höhe von 413.079,28 Euro soll auf neue Rechnung vorgetragen werden.

Finanzielle Leistungsindikatoren

Die wirtschaftliche Planung und Steuerung des Unternehmens werden durch den Vorstand verantwortet. Die ProVitako konzentriert sich auf die wesentlichen finanziellen Steuerungsgrößen Umsatzerlöse und Liquidität. Die Kennzahlen sind alle im positiven Bereich und zufriedenstellend. Unsere wirtschaftliche Lage kann insgesamt als gut bezeichnet werden.

Risiko-, Chancen- und Prognosebericht

Risikobericht

Im Zuge einer Risikoinventur wurden die Rahmenbedingungen der Genossenschaft betrachtet und in die folgenden Bereiche gegliedert. Über die wesentlichen Risiken wird wie folgt berichtet.

a) betriebsspezifische Risiken

Die Genossenschaft führt Vergabeverfahren mit teils sehr großen Volumen und hoher Marktreichweite durch. Daher sind Anbieter sehr aufmerksam und greifen diese Vorgänge mit Rügen und ggfls. Nachprüfungsverfahren an. Der Vorbereitung der Ausschreibung

(Leistungsverzeichnis, Kalkulation und Losbildung) kommt hohe Bedeutung zu, die eine interne wie externe Qualitätssicherung durchlaufen, um daraus resultierende Fehler, die zur Aufhebung führen könnten, zu vermeiden und auch Vermögensschäden aus fehlenden Rahmenvertragsabrufen im späteren Verlauf des Vertrages nicht entstehen zu lassen.

Der sorgfältige Umgang mit bzw. die bewusste Manipulation von Unternehmensdaten sind durch ein Berechtigungskonzept abgesichert und die Veränderungen im Mitarbeiterstamm werden durch entsprechende Prozesse (Einstellung, Änderung, Kündigung) begleitet. Gleiches gilt für die Anwendungen der Genossenschaft, für die jeweils ein Sicherheitskonzept erstellt wird. Die datenschutzrechtliche Sicht wird über einen eigenen Datenschutzbeauftragten abgedeckt. Das Risiko der Personalbeschaffung im Falle von Kündigungen und Krankheitsfällen hat sich aufgrund der Arbeitsmarktsituation leicht erhöht.

b) finanz- und steuerrechtliche Risiken

Die Genossenschaft hat in 2022 das Programm ProVi 2025 aufgesetzt, welches über einen Business-Case die einzelnen Handlungsfelder abbildet und den Finanzierungsrahmen darstellt. Dieses Programm ist für die Genossenschaft sehr herausfordernd und geht durch die angestrebte Veränderung einerseits von wachsenden Erlösen, aber andererseits auch von steigenden Aufwendungen aus.

Der operative Start des ProVi-Marktplatzes als „Produkt“ hat sich aufgrund eines Sicherheitsvorfalls beim Dienstleister Südwestfalen IT auf das erste Halbjahr 2024 verschoben. Zur Minimierung weiterer Sicherheitsrisiken wurde vom Vorstand eine Betriebsverlagerung zur Deutschen Telekom (Cloud) gefordert und durch den Dienstleister umgesetzt. Zwischenzeitlich ist der Marktplatz mit seinen Produkten Bedarfsmanager und Vergabemanager bei allen Mitgliedern im Einsatz.

Die generelle Beobachtung von Rechtsänderungen (Gesetzen, wie auch aktuellen Rechtsprechungen) werden durch externe Beratung abgesichert, um frühzeitig informiert zu sein und steuernd eingreifen zu können.

In der operativen Abwicklung der Geschäftstätigkeit kommt es immer wieder dazu, dass erbrachte Leistungen erst verspätet durch den Lieferanten abgerechnet werden und ProVitako damit die Umsatzsteuer vorleisten muss, bis der Kunde die Rechnung begleicht. Dies führt zu einer verminderten Liquidität, die zukünftig durch einen Liquiditätskredit ausgeglichen wird.

c) Leistungs- und prozessorientierte Risiken

Um die ausgewogene Entwicklung (Erlös wie Aufwand) zu monitoren, werden sowohl die Erlöse – für alle Geschäftsarten getrennt und insgesamt – als auch die Aufwände – nach Kostenstellen und insgesamt - reportet und komprimiert in den Organen (Vorstand und Aufsichtsrat) berichtet. Den gängigen Risiken wird mit entsprechenden Maßnahmen entgegengetreten.

d) Rechtsrisiken

Die Rechtsrisiken lassen sich in die Bereiche allgemeine Rechtsrisiken und vergaberechtliche Risiken gliedern:

○ allgemeine Rechtsrisiken

Unter die allgemeinen Rechtsrisiken lassen sich Rechtsstreitigkeiten und andere Konflikte fassen, die evtl. in einer gerichtlichen Auseinandersetzung enden. Derzeit sind keine Rechtsrisiken erkennbar und keine Streitfälle anhängig. Es besteht über die übliche Betriebshaftpflichtversicherung hinaus ein Versicherungsschutz, der auch Schäden im Leistungsaustausch der Mitglieder untereinander abdeckt.

○ vergaberechtliche Risiken

Zur Absicherung der Geschäftstätigkeit der ProVitako wurde ein externes Rechtsgutachten erstellt, dass die einzelnen Geschäftsarten aus vergaberechtlicher Sicht beurteilt.

Die Genossenschaft ProVitako schreibt den Bezug von Leistungen europaweit aus. Bei diesen Ausschreibungsprozessen besteht seitens der Anbieter ein Nachprüfungs- bzw. nachgelagert ein Klagerecht bei vermuteten Rechtsverstößen im Zuge von Vergabeentscheidungen. Derartige Nachprüfungsverfahren gehen mit entsprechenden finanziellen Aufwänden für erforderliche Rechtsberatungen einher. ProVitako sichert dieses Risiko durch eine umfassende juristische Begleitung der Vergabeverfahren ab und reduziert auf diesem Wege das Risiko für die Genossenschaft. Durch dieses Vorgehen entsteht eine juristische Qualitätssicherung, die jedoch nicht zu einer abschließenden Rechtssicherheit führt.

Ein geringes vergaberechtliches Risiko besteht aufgrund der privaten Mitgliedschaft von Vorstandsmitgliedern. Dieses Risiko wird als gering angesehen, da die Mitgliedschaft nur der Bestellung als Vorstand dient und keinerlei anderweitige Nutzung von Leistungen der Genossenschaft bestehen.

Die Genossenschaft agiert im Umfeld der Leistungsaustauschbeziehungen gegenüber ihren Mitgliedern im Rahmen von Inhousegeschäften. Dieses Privileg der vergabefreien Beschaffung unterliegt immer wieder einer Prüfung durch den Gesetzgeber und die Nachprüfungsinstanzen.

ProVitako übernimmt hier die Aufgabe, Anbieter und Nachfrager zusammen zu bringen und unterstützt dabei, Leistungsangebote zu definieren und zu bündeln. Spezialisierungen werden möglich und Kompetenzen gebündelt. Die Idee des Inhouse-Leistungsaustauschs findet Zuspruch bei den Genossenschaftsmitgliedern und dieser positive Trend setzt sich auch in 2024 fort.

Aufgrund der geänderten Rechtslage hat ProVitako im Zuge der Überprüfung der Geschäftstätigkeit diesen Bereich neu strukturiert und agiert nunmehr mittels Rahmenverträgen zu den Mitgliedern. Dieser neue Weg ist aus Sicht der Rechtsberatung mit der aktuellen Rechtslage konform und wird von uns weiterhin beobachtet.

Derzeit findet unter dem Titel der Vergaberechtsmodernisierung eine Neugestaltung der Rahmenbedingungen statt, die u.a. auch Auswirkungen auf das ProVitako Vorgehen haben kann. Die Genossenschaft beteiligt sich gemeinsam mit anderen großen IT Dienstleistern der VITAKO an dieser Diskussion und beurteilt die Situation gemeinsam mit der externen Rechtberatung.

- *Gesamtbild der Risikolage*

In Kenntnis der beschriebenen Risiken und auf Basis der mittelfristigen Planung sieht der Vorstand gegenwärtig keine gravierenden Gefährdungen für die künftige Entwicklung, die einzeln oder in Wechselwirkung mit anderen Risiken zu einer dauerhaften oder bestandsgefährdenden Beeinträchtigung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage führen können.

Prognosebericht

Die Chancen der Genossenschaft liegen in folgenden Bereichen:

1. Begründet durch den Mitgliederzuwachs wie auch die weiterhin steigende Beteiligung der Mitglieder an den Beschaffungsvorhaben können Ausschreibungen mit immer höheren Volumina am Markt platziert werden, die auf Grund der hohen Volumina zu besseren Einkaufskonditionen führen und so den wirtschaftlichen Effekt für die Mitglieder steigern. Der Vorstand wirbt aktiv um das Mitmachen bei Beschaffungsvorhaben und richtet das Portfolio der Genossenschaft kontinuierlich anhand der Erwartungen und den Bedürfnissen der Mitglieder aus. Aus der steigenden Mitmachquote resultiert perspektivisch ein höheres Abrufvolumen und damit verbunden eine verbesserte Margenentwicklung.
2. In der Vergangenheit wurde für die Genossenschaft eine Konzeption zur Einführung eines digitalen Marktplatzes erarbeitet und erprobt. Zwischenzeitlich ist der ProVi-Marktplatz an die Mitglieder ausgerollt – er umfasst das Bedarfsmanagement, zur Erhebung der Beschaffungsbedarfe für Rahmenverträge, sowie das Einkaufsmanagement zum Abruf (Bestellung) der IT-Produkte aus den Rahmenverträgen.

Mit der Nutzung ProVi-Marktplatzes über alle Beschaffungsebenen hinweg entsteht eine deutlich engere Verzahnung der Genossenschaft mit den Bedarfsträgern, die in der Folge die Beschaffung deutlich optimiert und die Zusammenarbeit dauerhaft stärken wird. Mit dem ProVi-Win-Modell stellt ProVitako ihren Mitgliedern zudem eine Option zur Nutzung des Marktplatzes für eigene Zwecke und zur durchgängigen digitalen Abbildung der Beschaffungsprozesse bereit. Dieses wird perspektivisch die wirtschaftlichen Ergebnisse der Genossenschaft verbessern.
3. Aus der ganzheitlichen Gestaltung des Beschaffungssystems der ProVitako werden neue Geschäftsarten erschlossen. Es besteht die Möglichkeit ad hoc Bedarfe direkt bei der ProVitako aus den bestehenden Rahmenverträgen zu beschaffen; die ProVitako wird hier in der Rolle des Enablers tätig und ermöglicht dem Mitglied den Bezug der verfügbaren IT-Produkte (Streckengeschäft). Diese Geschäftsart ist außerordentlich erfolgreich und wird sich auch im Jahr 2025 weiter positiv entwickeln.

Die „mitlernende-Option“ bei langlaufenden Rahmenverträgen, die Entwicklungen, die eng mit den Rahmenvertragsprodukten einhergehen, aufnimmt und den Bezug dieser Produkterweiterungen/-ergänzungen im Zuge von Fulfillmentvereinbarungen an den bestehenden Rahmenvertrag koppelt, konnte erfolgreich ausgeweitet werden; hier wird eine weiterhin steigende Nachfrage gesehen.

Mit dem ProVi-Marktplatz wird der Beschaffungsprozess digitalisiert und eine weitere Beschaffungsoption bereitgestellt. Der sogenannte Best-Preis-Katalog eröffnet die Möglichkeit einen Preisvergleich über mehrere von den IT-Systemhäusern bereitgestellten Zubehör-Katalogen (C-Artikel) zu nutzen um Angebotsvergleiche mit Dokumentation der Vergabeentscheidung durchzuführen. Damit entsteht ein schlanker Beschaffungsprozess für C-Artikel, der vergabekonform ist und den besten Preis gewährleistet. Die Nutzung dieses Beschaffungsweges wird immer wieder nachgefragt und bildet eine große Chance für die Genossenschaft in ihrem Angebotsportfolio. An der Umsetzung dieser Möglichkeit wird mit Hochdruck gearbeitet, um diese in 2025 verfügbar zu machen.

Für das Geschäftsjahr 2025 erwartet der Vorstand einen weiteren Zuwachs in den unterschiedlichen Geschäftsarten, die zu höheren Margen führen werden. Insgesamt ergeben sich für das Geschäftsjahr 2025 geplante Umsatzerlöse in Höhe von 35.299.220,49 €. Darin ist ein Materialanteil von 30.646.230,38 € enthalten. ProVitako plant somit einen Rohertrag in Höhe von 4.652.990,11 € (Vj. 3.045.447,33 €). Beim Jahresergebnis (vor Steuern, Prämien und Rücklagen) planen wir für 2025 mit einem Erlös in Höhe von 170 T€. Die aktuellen Werte nach Q1/2025 sind plankonform.

3.4 Komm24 GmbH

Eine unmittelbare Beteiligung von KISA besteht an der Komm24 mit Sitz in Dresden (HRB 39020). KISA hält zum Stichtag 31. Dezember 2024 einen Anteil von 20 %.

3.4.1 Beteiligungsübersicht

<i>Name:</i>	<i>Komm24 GmbH</i>
<i>Anschrift:</i>	<i>Blasewitzer Straße 41 01307 Dresden</i>
<i>Telefon:</i>	<i>0351 21391030</i>
<i>Homepage:</i>	<i>www.komm-24.de</i>
<i>Rechtsform:</i>	<i>Gesellschaft mit beschränkter Haftung</i>
<i>Stammkapital:</i>	<i>25.000 EUR</i>
<i>Anteil KISA:</i>	<i>5.000 EUR (20 %)</i>

Unternehmensgegenstand:

Die Komm24 GmbH ist eine im Jahr 2019 gegründete gemeinsame Tochter der kreisfreien Städte Chemnitz und Dresden, der Lecos GmbH sowie dem Zweckverband Kommunale Informationsverarbeitung Sachsen (KISA) und der Sächsischen Anstalt für kommunale Datenverarbeitung (SAKD) und hat laut Gesellschaftsvertrag vom 17. Juni 2019 den Unternehmenszweck, gemeinsame Vorhaben der sächsischen Kommunen, insbesondere zur Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes (OZG) und der E-Government-Gesetze des Bundes sowie des Freistaates Sachsen zu realisieren sowie andere IT-Leistungen für ihre Gesellschafter zu erbringen.

Das Geschäft der Komm24 war 2024 im Gegensatz zu den Vorjahren weniger geprägt durch die Erst- und Weiterentwicklung von Online-Antragsassistenten. Während es noch im Geschäftsjahr 2023 67 neue Anträge waren, wurden im vergangenen Geschäftsjahr lediglich 19 Antragsassistenten fertig gestellt. Ein wesentlicher Schwerpunkt waren Projekte zu begleitenden Aktivitäten zur Einführung von EfA-Leistungen, wobei es hier zu Anfang des Jahres eine hohe Erwartungshaltung gab, die am Ende nur teilweise eingetreten war. Das Geschäft der Komm24 war auch zunehmend von der Weiterentwicklung bestehender Antragsassistenten geprägt, da sich hier in den vergangenen Jahren ein erheblicher Backlog gebildet hatte. Es wurde auch zunehmend Augenmerk auf solche Themen wie End-to-End Lösungen, Automatisierung von Verwaltungsvorgängen sowie auf eine größere Flächendeckung und Nutzung der Anträge gelegt. Alle Leistungen im Geschäftsfeld OZG wurden im Auftrag der Sächsischen Anstalt für kommunale Datenverarbeitung (SAKD) erbracht. Die Leistungserbringung für das Rollout, dem Betrieb und dem Support erfolgte vollständig und für die Erst- und Weiterentwicklung größtenteils durch die Gesellschafter der

Komm24 als Subunternehmer. Die hierfür notwendige übergreifende Steuerung aller Leistungen sowie die Buchhaltung und das Controlling wird durch die Komm24 selbst übernommen.

Darüber hinaus betreibt die Komm24 noch das Geschäftsfeld der Leistungsvermittlung in der Rolle als Vermittler von Verträgen zwischen den Gesellschaftern zur Erbringung verschiedener Leistungen.

Zum Ende des Geschäftsjahres 2024 hatte die Komm24 fünf Mitarbeiter (inkl. Geschäftsführer) und einen Werkstudenten.

Die Komm24 hat ihren Sitz in Dresden und keine weiteren Standorte.

Im abgelaufenen Geschäftsjahr fanden vier reguläre und eine außerordentliche Aufsichtsratssitzung sowie zwei Versammlungen der Gesellschaftervertreter statt.

3.4.2 Finanzbeziehungen

Zwischen KISA und der Komm24 liegen folgende Finanzbeziehungen vor:

- Gewinnabführungen: 0 €
- Verlustabdeckungen: 0 €
- Sonstige Zuschüsse: 0 €
- Übernommene Bürgschaften: 0 €
- Sonstige Vergünstigungen: 0 €

3.4.3 Bilanz- und Leistungskennzahlen

Folgende Werte der Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung für das Berichtsjahr und der beiden Vorjahre liegen vor:

Komm24 GmbH	Ist 2022 in T€	Ist 2023 in T€	Ist 2024 in T€
Umsatz	4.643	5.475	5.491
Bestandsveränderungen	-7	80	-80
sonstige Erträge	16	10	17
Materialaufwand	3.839	4.344	4.398
Personalaufwand	332	663	566
Abschreibungen	47	2	491
sonst. Aufwand	149	289	217
Zinsen / Steuern	90	83	82
<u>Ergebnis</u>	<u>195</u>	<u>184</u>	<u>165</u>
<u>Bilanzsumme</u>	<u>1.450</u>	<u>1.781</u>	<u>2.169</u>

3.4.4 Lagebericht für das Geschäftsjahr 2024

Aus dem vorliegenden Jahresabschluss 2024 werden nachfolgend die wesentlichen Bestandteile des Lageberichtes vorgestellt:

Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

Deutschland nimmt im europäischen Rahmen bei der Verwaltungsdigitalisierung Platz 23 von 27 Ländern ein, hinter Griechenland und vor der Slowakei, Italien, Zypern und Rumänien.¹

Diese schlechte Position Deutschlands kommt nun zunehmend auch in der Bundes- und Landespolitik ins Bewusstsein. Das OZG Änderungsgesetz wurde endgültig am 14. Juni 2024 durch Bundestag und Bundesrat beschlossen. Wesentliche Änderungen sind unter anderem die Einführung einer DeutschlandID (Weiterentwicklung der BundID), die Durchsetzung des Once Only Prinzips sowie die Verpflichtung des Bundes, verbindliche Standards und Schnittstellen festzulegen. Nach spätestens fünf Jahren sollen alle unternehmensbezogenen Verwaltungsleistungen elektronisch angeboten werden.

Im Auftrag des Sächsischen Städte- und Gemeindetages wurde 2024 ein Governance-Check durchgeführt, um nach Wegen zu suchen, wie durch eine Bündelung der Ressourcen und des Knowhows der kommunalen IT-Dienstleister und Stakeholder die Verwaltungsdigitalisierung in Sachsen noch schneller und effizienter vorangetrieben werden kann. Im Ergebnis entstand der Vorschlag, dass sich die wesentlichen kommunalen IT-Dienstleister unter dem Schirm einer zu gründenden Anstalt öffentlichen Rechts (AöR) in einer gemeinsamen Struktur wiederfinden und operativ gesteuert werden sollen. Die Gründung einer entsprechenden AöR hat auch im Koalitionsvertrag der Sächsischen CDU und SPD Eingang gefunden.² Im Koalitionsvertrag wird weiterhin ausgeführt, dass „bis 2030 sämtliche Verwaltungsleistungen im Freistaat Sachsen online zugänglich“ gemacht werden sollen.

Der Beschluss zu tiefgreifenden Maßnahmen und Änderungen zum Aufbau einer digitalen Verwaltung ist grundsätzlich der richtige Weg. Jedoch wird dieser Weg ein sehr langer sein, denn eine Koordination der vielen Stakeholder im Rahmen einer föderalen Struktur sowie zahlreiche juristische und verwaltungsrechtliche Vorschriften stellen ein nicht unerhebliches Hindernis für eine schnelle Umsetzung dar.³ Auch die Einführung von neuen Standards und Schnittstellen bringt teilweise erhebliche Umstellungsaufwände bestehender Systeme mit sich.

¹ „Mehr Wettbewerb in der Verwaltungsdigitalisierung“ Studie des Kronberger Kreises 74 2024 ISBN: 3-89015-137-X

² „Mutig neue Wege gehen. In Verantwortung für Sachsen.“ Koalitionsvertrag für die 8. Legislaturperiode des Sächsischen Landtages 2024 bis 2029 Seite 54

³ Siehe auch: „20 Thesen zur digitalen Zeitenwende in Deutschland (Dresdner Forderungen 2.0)“ Gesellschaft für Informatik, Fachgruppe Verwaltungsinformatik (FG VI) Oktober 2024

Geschäftsverlauf und Lage

Im Geschäftsjahr 2024 konnte die Komm24 insgesamt 19 neue Online-Antragsassistenten fertig stellen. Mit 43 bestehenden Antragsassistenten, welche 2024 weiterentwickelt wurden, konnte die Usability und die Aktualität wesentlich verbessert werden. Hervorzuheben ist auch die Weiterentwicklung des Wohngeldantrages, mit 15.337 Aufrufen in 2024 der meistgenutzte Online-Antrag der Komm24, welcher nun fast alle Wohngeldanträge und Wohngeldfolgeanträge unterstützt.

In einigen Projekten wurden insgesamt 4 EfA-Leistungen mit teilweise mehreren Online-Anträgen, bei denen eine Nutzung im Freistaat erwogen wird, analysiert auf die Verfügbarkeit, Anwendbarkeit und entstehenden Kosten in Sachsen. Zur Unterstützung für eine Entscheidungsfindung bei den Kommunen zur Nutzung von EfA-Leistungen wurden 30 Steckbriefe auf www.saechsisch-direkt.de veröffentlicht.

Zur Verbesserung der Nutzbarkeit wurden 2024 10 Antragsassistenten an die Basiskomponente ePayBL angeschlossen, so dass nun ein Zahlungsverkehr über den Online-Antrag möglich ist.

Das bereits 2023 entwickelte Konzept für eine automatische Bereitstellung der Online-Antragsassistenten auf Amt24 wurde 2024 aufgrund hoher Komplexität und der Abhängigkeit von Dritten nur teilweise umgesetzt. Die Arbeiten hierzu werden im laufenden Geschäftsjahr fortgesetzt und abgeschlossen. Das Produkt- und Servicemanagement wurde umgebaut, sowohl auf den Webseiten von Sächsisch Direkt als auch von Komm24 gibt es nun übersichtliche Produktseiten zu allen Online-Antragsassistenten mit allen notwendigen fachlichen und technischen Informationen. Die Bestellung eines neuen Antrags durch die Kommune wurde sehr stark vereinfacht, mit nur wenigen Mausklicks wird der Bereitstellungsprozess bei KISA ausgelöst.

Im Jahr 2024 standen für den Betrieb, dem Rollout, und dem Support und Service ein Budget von 2,4 Mio. Euro (Brutto) zur Verfügung. Diese Leistungen wurden von den Gesellschaftern und Dienstleistern Lecos GmbH und KISA vollständig übernommen. Die Qualität der Serviceleistungen konnte 2024 wesentlich verbessert werden. Mit insgesamt 266 neu ausgerollten Online-Anträgen für sächsische Kommunen wurde ein gutes Ergebnis, aber noch nicht der angestrebte Durchbruch erreicht.

a) Ertragslage

Die Komm24 hatte im Jahr 2024 zwei wesentliche Geschäftsfelder. Die Leistungsvermittlung zwischen den Gesellschaftern, die über die Komm24 im Inhouse-Verfahren Verträge abschließen können und die Umsetzung von OZG-Projekten, beauftragt durch die SAKD.

Der Umsatz im Geschäftsfeld Leistungsvermittlung betrug 2024 1.658 TEuro (Plan: 1.375 TEuro) mit einem Rohertrag von 62,8 TEuro (Plan 56 TEuro). Die Umsatzabweichung ergibt sich aus höheren Umsätzen aus den Verträgen zum Sächsischen Melderegister, dem elektronischen Kommunalarchiv und dem Dokumenten-Managementsystem VIS. Auf diese Umsätze hat die Komm24 keinen Einfluss. Im Jahr 2024 kamen im Geschäftsbereich Leistungsvermittlung keine wesentlichen neuen Verträge hinzu.

Im Geschäftsfeld OZG konnte für die Erst- und Weiterentwicklung im Jahr 2024 ein Umsatz von 2.319 TEuro (Plan: 2.488 TEuro) erzielt werden. Die geringeren Umsätze sind einerseits mit einem

geringeren Auftragseingang (verzögerte Klärung zur Beauftragung von Analysen zu EfA-Leistungen) im ersten Halbjahr 2024 zu erklären, andererseits hatte die Komm24 im Geschäftsjahr 2024 drei Mitarbeiter verloren, was die Kapazitäten zur Umsetzung von Projekten verringerte.

Die bezogenen Leistungen für die Erst- und Weiterentwicklung lagen mit 1.386 TEuro ebenso unter Plan (1.729 TEuro). Trotz geringerem Umsatz wird hier eine größere Rohmarge als geplant erzielt, aufgrund von anteilig höheren Eigenleistungen, sowie einigen Festpreisprojekten aus 2023, die noch Anfang 2024 abgerechnet wurden.

Beim OZG-Betrieb liegen die Umsatzerlöse mit 1.515 TEuro leicht unter Plan (1.624 TEuro), es wurden durch den Dienstleister weniger Tickets abgerechnet als geplant. Die bezogenen Leistungen für den OZG-Betrieb sind adäquat zum Umsatz mit 1.415 TEuro auch etwas unter Plan (1.452 TEuro).

Der Gesamtumsatz für 2024 liegt mit 5.491 TEuro fast genau im Plan (5.488 TEuro).

Im Jahr 2024 wurden 200 TEuro Eigenmittel geplant für Leistungen der Komm24 zur Geschäftsentwicklung im Wesentlichen zur Einführung einer automatisierten Bereitstellung von Online-Antragsassistenten. Von diesen geplanten 200 TEuro wurden in Geschäftsjahr 2024 ca. 99 TEuro in Anspruch genommen.

Die Personalkosten der Komm24 im Jahr 2024 liegen mit 565 TEuro erheblich unter Plan (713 TEuro), begründet durch den Weggang von drei Mitarbeitern im Laufe des Jahres 2024.

Die sonstigen betrieblichen Aufwände sind mit 217 TEuro (Plan: 213 TEuro) höher als geplant, im Wesentlichen begründet durch weniger Ausgaben im Marketing, Rechts- und Beratungskosten und der Personalbeschaffung, die jedoch die periodenfremden Aufwendungen nicht kompensieren konnten.

Durch die geringeren bezogenen Leistungen bei den OZG-Projekten, den geringeren Personalkosten, weniger Eigenmittelverwendung und eingesparten sonstigen betrieblichen Aufwänden liegt das Ergebnis der Geschäftstätigkeit mit 164,6 TEuro 302,8 TEuro über Plan (-138,2 TEuro).

b) Finanzlage

Die Finanzlage wird als gut eingeschätzt. Der Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit beträgt im Berichtsjahr 164,3 TEuro.

Der Gesamtcashflow beträgt 163,9 TEuro.

c) Vermögenslage

wesentliche Bilanzposten

Aktiva	TEuro
kurzfristige Vermögenswerte	1.661,6
liquide Mittel	501,1
Rechnungsabgrenzungsposten	6,4
Passiva	
Eigenkapital	693,5
Rückstellungen	204,7
kurzfristige Verbindlichkeiten	1.270,8
Bilanzsumme	2.169,0

Das gesamte Eigenkapital beläuft sich zum Ende des Geschäftsjahres auf 693,5 TEuro. Die Eigenkapitalquote liegt bei 32,0 % (Vorjahr: 29,7 %).

Gesamtaussage

Unsere Vermögens-, Finanz- und Ertragslage schätzen wir als stabil und gesichert ein. Unser Finanzmanagement ist darauf ausgerichtet, Verbindlichkeiten stets innerhalb der Zahlungsfrist zu begleichen und Forderungen innerhalb der Zahlungsziele zu vereinnahmen. Die kurzfristigen Verbindlichkeiten sowie die Rückstellungen sind durch die Forderungen und liquiden Mittel gedeckt.

Prognosebericht

Grundsätzlich ist die Finanzierung der Geschäftstätigkeit der Komm24 für das Jahr 2025 gesichert. Dies war, begründet durch die Unsicherheiten in der Haushaltslage und den Landtagswahlen noch bis September 2024 nicht klar. Die Sicherheit für Komm24 ergibt sich aus einem sehr großen Auftragsüberhang (ca. 1,5 Mio. Euro) aus dem Budget von 2024, welches bis zum 30. Juni 2025 abgearbeitet werden muss. Derzeit gibt es keine Anzeichen, dass der sächsische Doppelhaushalt 2025/2026 nicht bis ca. Mitte des Jahres verabschiedet werden kann, sodass ab dann eine Finanzierung aus dem Budget 2025 möglich ist. Entsprechende Mittel sind im Haushalt eingestellt, ein Zuwendungsvertrag hierüber wurde bereits zwischen der SAKD und der Sächsischen Staatskanzlei abgeschlossen.

Das Budget für den OZG-Betrieb wird ab 2025 zu 100% aus FAG-Mitteln bereitgestellt und ist damit unabhängig vom sächsischen Haushalt. Mit einer noch zu beschließenden Änderung des § 29 SächsFAG könnte sogar eine dauerhafte Finanzierung des OZG-Betriebs abgesichert werden.

Die Wirtschaftsplanung für 2025 sieht eine Gesamtleistung von 5.478 TEuro vor, wobei zum Zeitpunkt der Planung lediglich von einem Auftragsüberhang aus 2024 in Höhe von ca. 703 TEuro

ausgegangen wurde und damit die Umsatzerwartung für das erste Halbjahr entsprechend niedriger ausfiel. Mit dem nun vorhandenen Überhang von ca. 1.500 TEuro wird der Umsatz im ersten Halbjahr wesentlich höher ausfallen und sich damit auch ein besseres Gesamtergebnis als geplant (8,2 TEuro) ergeben.

Die Aufgaben und Projekte der Komm24 befinden sich – wie bereits im Vorjahr begonnen – im Wandel. Der Schwerpunkt liegt nicht mehr unbedingt in der Entwicklung zahlreicher neuer Online-Antragsassistenten für Amt24, sondern eher in der Schaffung durchgehender und möglichst für große wie kleine Kommunen passenden Lösungen, welche nicht nur die Online-Anträge abdecken, sondern auch greifbare Vorteile für die Kommunen bringen, wie z. B. effizientere Verwaltungsarbeit und damit Personaleinsparung. Dabei sollen die Themen End-to-End-Digitalisierung, Automatisierung von Verwaltungsvorgängen und der Einsatz von KI betrachtet werden. Schwerpunkt in der Arbeit der Komm24 werden auch Projekte sein, die den Zugang der Kommunen zu den Antragsassistenten bzw. Lösungen wesentlich zu erleichtern und einfacher gestalten.

Jedoch gibt es nach wie vor keine grundlegende konkrete Strategie, wie die Umsetzung der Verwaltungsdigitalisierung in Sachsen beschleunigt und effizienter gestaltet werden kann. Bei der Einführung von EfA-Leistungen für die Kommunen gab es bisher noch keine großen Fortschritte, die Verantwortungsbereiche und Zuständigkeiten sind hier sehr verteilt. Eine Konsolidierung der über 400 in den Kommunen verwendeten Fachverfahren hat noch nicht ansatzweise begonnen, die Registermodernisierung soll frühestens 2028 abgeschlossen sein (Voraussetzung für die Einführung des Once Only Prinzips). Die Unsicherheit über den Einsatz von Digitalisierungslösungen ist in den meisten Kommunen groß. Mit der angestrebten Konsolidierung der kommunalen IT-Landschaft im Ergebnis des Governance-Checks (geschätzt nicht vor 2028) wird zwar die strukturelle Voraussetzung für eine erfolgreiche Digitalisierung geschaffen, es fehlt aber immer noch an einer übergreifenden Strategie.

Chancen- und Risikobericht

a) Risiken aus operativer Tätigkeit

Umfeld-/ Marktrisiken

Derzeit besteht eine große Unsicherheit über den Einsatz und die weitere Verwendung von Online-Antragsassistenten, da hier verschiedene Lösungen miteinander konkurrieren: Die Online-Anträge auf Amt24, entwickelt von Komm24, EfA-Leistungen verschiedener bundesweiter Anbieter mit verschiedenen Zuständigkeiten in Sachsen, Eigenentwicklung von Online-Anträgen durch die Kommunen auf FormCycle, einer Basiskomponente des Freistaates Sachsen oder auch Online-Lösungen von Fachverfahrensherstellern unabhängig von der sächsischen IT-Infrastruktur. Alle diese Lösungen erfordern unterschiedliche Ansätze für die technische Umsetzung, haben komplett unterschiedliche Betriebskonzepte und unterscheiden sich auch von der Administration und den Stakeholdern grundlegend. Hinderlich für eine zentrale Steuerung ist in diesem Fall die Entscheidungsfreiheit der Kommunen zum Einsatz bestimmter Lösungen.

Damit ergibt sich für Komm24 das Risiko, dass für die Zukunft nicht klar ist, ob und welche Leistungen durch die Komm24 entwickelt und angeboten werden sollen. Mittelfristig ist auch nicht

klar, welche Rolle die Komm24 in einer konsolidierten kommunalen IT-Landschaft einnehmen wird.

Risiken in den Leistungsbeziehungen

Auch mit einem verstärkten Einsatz eigener Mitarbeiter der Komm24 in den Projekten und zur Steuerung der Projekte sowie dem Produkt- und Servicemanagement gibt es nach wie vor eine starke Abhängigkeit von der Verfügbarkeit der Ressourcen bei den Dienstleistern der Komm24. Die Verfügbarkeit dieser Ressourcen kann aber nur sichergestellt werden, wenn es eine verlässliche mittelfristige Planung über deren Einsatz gibt. Darüber hinaus besteht das Problem, dass durch die Änderung der Inhalte der Beauftragungen (Querschnittsprojekte, Analysen, Projekte zu anderen Themen) nicht die hierfür geeigneten Ressourcen zur Verfügung stehen.

Darüber hinaus ist die Komm24 nach wie vor abhängig von einer Auftragserteilung für OZG-Projekte durch die SAKD. Es gibt zwar einen Rahmenvertrag über das gesamte, der Komm24 zur Verfügung stehende Budget, jedoch hängen die Anzahl und die Art der Einzelabrufe von einer Vielzahl an Faktoren ab.

b) Risikomanagementsystem

Alle erkennbaren Risiken für das Geschäft, der Liquidität und der Haftung werden durch den Geschäftsführer der Komm24 laufend identifiziert und in regelmäßigen Beratungen und Abstimmungen mit den Mitarbeitern der Komm24 bzw. den Geschäftsleitungen der Gesellschafter dargelegt und erforderliche Maßnahmen gemeinsam abgestimmt und festgelegt. Im Jahr 2024 wurde gemeinsam mit Führungskräften der Komm24 das bestehende Komm24 interne Risikomanagementsystem aktualisiert. In einer Risiko-Matrix werden die strategischen, Markt-, Finanz-, regulatorischen, Leistungs- und sonstigen Risiken betrachtet und regelmäßig angepasst. Darüber hinaus wurde in einem Dokument: „Geschäftsfortführungsplan der Komm24 GmbH 2025/2026 mit einer Risikobetrachtung“, welches zuletzt im September 2024 aktualisiert wurde, die Risiken einer fehlenden zukünftigen Finanzierung behandelt.

Das Gesamtrisiko für den generellen Fortbestand der Komm24 wird als gering eingeschätzt.

c) Chancen

Sehr viele Stakeholder im Umfeld der Verwaltungsdigitalisierung unterstützen den Kurs der Komm24 und setzen sich ebenso für eine Fortführung der Finanzierung eigenentwickelter Online-Antragsassistenten für die Kommunen ein. Komm24 ist einer der ganz wenigen sächsischen IT-Dienstleister, welcher in größerem Umfang Online-Antragsassistenten für die Kommunen anbietet und hier auch in der Lage ist, auf neue Anforderungen schnell und effizient zu reagieren. Mit der angestrebten dauerhaften Finanzierung des Betriebs der bestehenden Online-Antragsassistenten aus FAG-Mitteln ist der Fortbestand gesichert und die Akzeptanz der Kommunen würde sich signifikant verbessern.

Mit der Umsetzung der Ergebnisse des Governance Checks, könnten sich neue Möglichkeiten eröffnen, durch Zusammenschlüsse oder Änderungen in der Gesellschafterstruktur die Geschäftsfelder der Komm24 fortzuführen mit mehr Leistungsfähigkeit und als Teil einer Gesamtlösung für die Verwaltungsdigitalisierung.

d) Einschätzung

Die Perspektiven für die Entwicklung des Unternehmens sind aus Sicht der Geschäftsführung trotz der derzeit herrschenden Unsicherheiten über die weitere Strategie zur Umsetzung des OZG sowie der Umsetzung der Ergebnisse des Governance-Checks in Sachsen gut.

Die Komm24 wird mit hoher Sicherheit auch in Zukunft eine wesentliche Rolle spielen in der kommunalen IT-Landschaft. Eine wichtige Rolle wird die intensive Zusammenarbeit und strategische Partnerschaft mit vor allem kommunalen Stakeholdern spielen.

Unterstützend wirkt hier auch das Geschäft der Vermittlung von IT-Leistungen zwischen den Gesellschaftern der Komm24.

3.4.5 Organe

Geschäftsführer im Geschäftsjahr 2024 war: Herr Dr. Thomas Schmidt, Dr.-Ing. Informationstechnik, Pulsnitz

Die Gesellschaft macht hinsichtlich der Angaben zu den Bezügen der Geschäftsführung gemäß § 285 Nr. 9a HGB von der Schutzklausel gemäß § 286 Abs. 4 HGB Gebrauch.

Der Aufsichtsrat setzte sich im Geschäftsjahr 2024 wie folgt zusammen:

Aufsichtsratsvorsitzender:	Herr Ulrich Hörning, 1. Bürgermeister Dezernat 1, Stadt Leipzig
Stellvertreter:	Herr Andreas Bitter, Geschäftsführer KISA, Leipzig
Weitere Aufsichtsratsmitglieder:	Herr Thomas Weber, Direktor SAKD (bis 31.07.2024) Herr Mischa Woitscheck, Geschäftsführer des SSG (ab 01.08.2024 bis 31.12.2024) Herr Thomas Berndt, Direktor SAKD (ab 01.01.2025) Herr Jan Pratzka, Beigeordneter für Wirtschaft, Digitales, Personal und Sicherheit der Landeshauptstadt Dresden Herr Ralph Burghart, Bürgermeister Dezernat 1 der Stadt Chemnitz

4 Anteile der mittelbaren Beteiligung der Verbandsmitglieder zum Stichtag 31.12.2024

Nr.	Mitglieder	Stimmen	Anteil KISA in %	Anteil KDN GmbH in €	Anteil Lecos GmbH in €	Anteil ProVitako eG in €	Anteil Komm24 GmbH in €
1	LRA Altenburger Land	30	0,858	514,58 €	171,53 €	42,88 €	42,88 €
2	LRA Dahme-Spreewald	12	0,343	205,83 €	68,61 €	17,15 €	17,15 €
3	LRA Erzgebirgskreis	30	0,858	514,58 €	171,53 €	42,88 €	42,88 €
4	LRA Görlitz	30	0,858	514,58 €	171,53 €	42,88 €	42,88 €
5	LRA Gotha	20	0,572	343,05 €	114,35 €	28,59 €	28,59 €
6	LRA Leipzig	30	0,858	514,58 €	171,53 €	42,88 €	42,88 €
7	LRA Meißen	30	0,858	514,58 €	171,53 €	42,88 €	42,88 €
8	LRA Nordhausen	20	0,572	343,05 €	114,35 €	28,59 €	28,59 €
9	LRA Nordsachsen	20	0,572	343,05 €	114,35 €	28,59 €	28,59 €
10	LRA Saale-Holzland	30	0,858	514,58 €	171,53 €	42,88 €	42,88 €
11	LRA Saale-Orla-Kreis	20	0,572	343,05 €	114,35 €	28,59 €	28,59 €
12	LRA Saalfeld-Rudolstadt	20	0,572	343,05 €	114,35 €	28,59 €	28,59 €
13	LRA Sächsische Schweiz-Osterzgebirge	20	0,572	343,05 €	114,35 €	28,59 €	28,59 €
14	LRA Vogtlandkreis	30	0,858	514,58 €	171,53 €	42,88 €	42,88 €
15	LRA Weimarer Land	30	0,858	514,58 €	171,53 €	42,88 €	42,88 €
16	LRA Zwickau	30	0,858	514,58 €	171,53 €	42,88 €	42,88 €
17	SV Altenberg	12	0,343	205,83 €	68,61 €	17,15 €	17,15 €
18	SV Altenburg	12	0,343	205,83 €	68,61 €	17,15 €	17,15 €
19	SV Annaberg-Buchholz (Große Kreisstadt)	20	0,572	343,05 €	114,35 €	28,59 €	28,59 €
20	SV Aue-Bad Schlema (Große Kreisstadt)	30	0,858	514,58 €	171,53 €	42,88 €	42,88 €
21	SV Augustusburg	12	0,343	205,83 €	68,61 €	17,15 €	17,15 €

ANLAGEN

Nr.	Mitglieder	Stimmen	Anteil KISA in %	Anteil KDN GmbH in €	Anteil Lecos GmbH in €	Anteil ProVitako eG in €	Anteil Komm24 GmbH in €
22	SV Bad Dübén	3	0,086	51,46 €	17,15 €	4,29 €	4,29 €
23	SV Bad Lausick	12	0,343	205,83 €	68,61 €	17,15 €	17,15 €
24	SV Bad Muskau	8	0,229	137,22 €	45,74 €	11,44 €	11,44 €
25	SV Bad Schandau	20	0,572	343,05 €	114,35 €	28,59 €	28,59 €
26	SV Bautzen (Große Kreisstadt)	20	0,572	343,05 €	114,35 €	28,59 €	28,59 €
27	SV Belgern-Schildau	12	0,343	205,83 €	68,61 €	17,15 €	17,15 €
28	SV Bernstadt a. d. Eigen	8	0,229	137,22 €	45,74 €	11,44 €	11,44 €
29	SV Böhlen	20	0,572	343,05 €	114,35 €	28,59 €	28,59 €
30	SV Borna (Große Kreisstadt)	30	0,858	514,58 €	171,53 €	42,88 €	42,88 €
31	SV Brandis	20	0,572	343,05 €	114,35 €	28,59 €	28,59 €
32	SV Burgstädt	20	0,572	343,05 €	114,35 €	28,59 €	28,59 €
33	SV Chemnitz	30	0,858	514,58 €	171,53 €	42,88 €	42,88 €
34	SV Coswig (Große Kreisstadt)	12	0,343	205,83 €	68,61 €	17,15 €	17,15 €
35	SV Crimmitschau	30	0,858	514,58 €	171,53 €	42,88 €	42,88 €
36	SV Dahlen	20	0,572	343,05 €	114,35 €	28,59 €	28,59 €
37	SV Delitzsch (Große Kreisstadt)	30	0,858	514,58 €	171,53 €	42,88 €	42,88 €
38	SV Dippoldiswalde (Große Kreisstadt)	8	0,229	137,22 €	45,74 €	11,44 €	11,44 €
39	SV Döbeln (Große Kreisstadt)	5	0,143	85,76 €	28,59 €	7,15 €	7,15 €
40	SV Dohna	20	0,572	343,05 €	114,35 €	28,59 €	28,59 €
41	SV Dommitzsch	12	0,343	205,83 €	68,61 €	17,15 €	17,15 €
42	SV Frankenberg/Sa.	20	0,572	343,05 €	114,35 €	28,59 €	28,59 €
43	SV Frauenstein	8	0,229	137,22 €	45,74 €	11,44 €	11,44 €
44	SV Freiberg (Große Kreisstadt)	30	0,858	514,58 €	171,53 €	42,88 €	42,88 €

Nr.	Mitglieder	Stimmen	Anteil KISA in %	Anteil KDN GmbH in €	Anteil Lecos GmbH in €	Anteil ProVitako eG in €	Anteil Komm24 GmbH in €
45	SV Freital (Große Kreisstadt)	30	0,858	514,58 €	171,53 €	42,88 €	42,88 €
46	SV Gera	20	0,572	343,05 €	114,35 €	28,59 €	28,59 €
47	SV Geringswalde	1	0,029	17,15 €	5,72 €	1,43 €	1,43 €
48	SV Geyer	8	0,229	137,22 €	45,74 €	11,44 €	11,44 €
49	SV Glashütte	30	0,858	514,58 €	171,53 €	42,88 €	42,88 €
50	SV Glauchau (Große Kreisstadt)	20	0,572	343,05 €	114,35 €	28,59 €	28,59 €
51	SV Görlitz (Große Kreisstadt)	20	0,572	343,05 €	114,35 €	28,59 €	28,59 €
52	SV Grimma (Große Kreisstadt)	20	0,572	343,05 €	114,35 €	28,59 €	28,59 €
53	SV Gröditz	8	0,229	137,22 €	45,74 €	11,44 €	11,44 €
54	SV Groitzsch	20	0,572	343,05 €	114,35 €	28,59 €	28,59 €
55	SV Großenhain (Große Kreisstadt)	30	0,858	514,58 €	171,53 €	42,88 €	42,88 €
56	SV Großröhrsdorf	12	0,343	205,83 €	68,61 €	17,15 €	17,15 €
57	SV Großschirma	8	0,229	137,22 €	45,74 €	11,44 €	11,44 €
58	SV Hainichen (Große Kreisstadt)	12	0,343	205,83 €	68,61 €	17,15 €	17,15 €
59	SV Hartenstein	12	0,343	205,83 €	68,61 €	17,15 €	17,15 €
60	SV Hartha	12	0,343	205,83 €	68,61 €	17,15 €	17,15 €
61	SV Harzgerode	3	0,086	51,46 €	17,15 €	4,29 €	4,29 €
62	SV Heidenau	12	0,343	205,83 €	68,61 €	17,15 €	17,15 €
63	SV Hohenstein-Ernstthal (Große Kreisstadt)	20	0,572	343,05 €	114,35 €	28,59 €	28,59 €
64	SV Hohnstein	12	0,343	205,83 €	68,61 €	17,15 €	17,15 €
65	SV Hoyerswerda (Große Kreisstadt)	12	0,343	205,83 €	68,61 €	17,15 €	17,15 €
66	SV Kamenz	8	0,229	137,22 €	45,74 €	11,44 €	11,44 €
67	SV Kirchberg	20	0,572	343,05 €	114,35 €	28,59 €	28,59 €

Nr.	Mitglieder	Stimmen	Anteil KISA in %	Anteil KDN GmbH in €	Anteil Lecos GmbH in €	Anteil ProVitako eG in €	Anteil Komm24 GmbH in €
68	SV Kitzscher	8	0,229	137,22 €	45,74 €	11,44 €	11,44 €
69	SV Kölleda	3	0,086	51,46 €	17,15 €	4,29 €	4,29 €
70	SV Königstein	20	0,572	343,05 €	114,35 €	28,59 €	28,59 €
71	SV Landsberg	20	0,572	343,05 €	114,35 €	28,59 €	28,59 €
72	SV Lauter-Bernsbach	8	0,229	137,22 €	45,74 €	11,44 €	11,44 €
73	SV Leipzig	30	0,858	514,58 €	171,53 €	42,88 €	42,88 €
74	SV Leisnig	20	0,572	343,05 €	114,35 €	28,59 €	28,59 €
75	SV Limbach-Oberfrohna	30	0,858	514,58 €	171,53 €	42,88 €	42,88 €
76	SV Lommatzsch	20	0,572	343,05 €	114,35 €	28,59 €	28,59 €
77	SV Löbnitz	12	0,343	205,83 €	68,61 €	17,15 €	17,15 €
78	SV Markneukirchen	8	0,229	137,22 €	45,74 €	11,44 €	11,44 €
79	SV Markranstädt	30	0,858	514,58 €	171,53 €	42,88 €	42,88 €
80	SV Meerane	12	0,343	205,83 €	68,61 €	17,15 €	17,15 €
81	SV Meißen (Große Kreisstadt)	20	0,572	343,05 €	114,35 €	28,59 €	28,59 €
82	SV Mittweida (Hochschulstadt)	1	0,029	17,15 €	5,72 €	1,43 €	1,43 €
83	SV Mügeln	12	0,343	205,83 €	68,61 €	17,15 €	17,15 €
84	SV Naumburg	20	0,572	343,05 €	114,35 €	28,59 €	28,59 €
85	SV Naunhof	12	0,343	205,83 €	68,61 €	17,15 €	17,15 €
86	SV Niesky (Große Kreisstadt)	20	0,572	343,05 €	114,35 €	28,59 €	28,59 €
87	SV Nordhausen	5	0,143	85,76 €	28,59 €	7,15 €	7,15 €
88	SV Nossen	20	0,572	343,05 €	114,35 €	28,59 €	28,59 €
89	SV Oberlungwitz	12	0,343	205,83 €	68,61 €	17,15 €	17,15 €
90	SV Oelsnitz/Erzgeb.	12	0,343	205,83 €	68,61 €	17,15 €	17,15 €

Nr.	Mitglieder	Stimmen	Anteil KISA in %	Anteil KDN GmbH in €	Anteil Lecos GmbH in €	Anteil ProVitako eG in €	Anteil Komm24 GmbH in €
91	SV Ostritz	8	0,229	137,22 €	45,74 €	11,44 €	11,44 €
92	SV Pegau	12	0,343	205,83 €	68,61 €	17,15 €	17,15 €
93	SV Pirna (Große Kreisstadt)	30	0,858	514,58 €	171,53 €	42,88 €	42,88 €
94	SV Plauen (Große Kreisstadt)	30	0,858	514,58 €	171,53 €	42,88 €	42,88 €
95	SV Pulsnitz	20	0,572	343,05 €	114,35 €	28,59 €	28,59 €
96	SV Rabenau	8	0,229	137,22 €	45,74 €	11,44 €	11,44 €
97	SV Radeberg (Große Kreisstadt)	20	0,572	343,05 €	114,35 €	28,59 €	28,59 €
98	SV Radebeul (Große Kreisstadt)	12	0,343	205,83 €	68,61 €	17,15 €	17,15 €
99	SV Radeburg	20	0,572	343,05 €	114,35 €	28,59 €	28,59 €
100	SV Regis-Breitingen	3	0,086	51,46 €	17,15 €	4,29 €	4,29 €
101	SV Reichenbach/Vogtland (Große Kreisstadt)	30	0,858	514,58 €	171,53 €	42,88 €	42,88 €
102	SV Reichenbach/O.L.	20	0,572	343,05 €	114,35 €	28,59 €	28,59 €
103	SV Riesa (Große Kreisstadt)	8	0,229	137,22 €	45,74 €	11,44 €	11,44 €
104	SV Roßwein	30	0,858	514,58 €	171,53 €	42,88 €	42,88 €
105	SV Rötha	20	0,572	343,05 €	114,35 €	28,59 €	28,59 €
106	SV Rothenburg/O.L.	8	0,229	137,22 €	45,74 €	11,44 €	11,44 €
107	SV Sayda	20	0,572	343,05 €	114,35 €	28,59 €	28,59 €
108	SV Schkeuditz (Große Kreisstadt)	30	0,858	514,58 €	171,53 €	42,88 €	42,88 €
109	SV Schöneck/Vogtl.	12	0,343	205,83 €	68,61 €	17,15 €	17,15 €
110	SV Schwarzenberg/Erzgeb. (Große Kreisstadt) f. GV Pöhla	30	0,858	514,58 €	171,53 €	42,88 €	42,88 €
111	SV Stollberg/Erzgeb.	3	0,086	51,46 €	17,15 €	4,29 €	4,29 €
112	SV Stolpen	20	0,572	343,05 €	114,35 €	28,59 €	28,59 €

Nr.	Mitglieder	Stimmen	Anteil KISA in %	Anteil KDN GmbH in €	Anteil Lecos GmbH in €	Anteil ProVitako eG in €	Anteil Komm24 GmbH in €
113	SV Strehla	8	0,229	137,22 €	45,74 €	11,44 €	11,44 €
114	SV Suhl	20	0,572	343,05 €	114,35 €	28,59 €	28,59 €
115	SV Taucha	30	0,858	514,58 €	171,53 €	42,88 €	42,88 €
116	SV Thalheim/Erzgeb.	8	0,229	137,22 €	45,74 €	11,44 €	11,44 €
117	SV Tharandt	20	0,572	343,05 €	114,35 €	28,59 €	28,59 €
118	SV Torgau (Große Kreisstadt) f. GV Pflückuff	1	0,029	17,15 €	5,72 €	1,43 €	1,43 €
119	SV Trebsen/Mulde	12	0,343	205,83 €	68,61 €	17,15 €	17,15 €
120	SV Treuen	20	0,572	343,05 €	114,35 €	28,59 €	28,59 €
121	SV Waldheim	20	0,572	343,05 €	114,35 €	28,59 €	28,59 €
122	SV Weimar	30	0,858	514,58 €	171,53 €	42,88 €	42,88 €
123	SV Weißenberg	8	0,229	137,22 €	45,74 €	11,44 €	11,44 €
124	SV Weißwasser/O.L. (Große Kreisstadt)	20	0,572	343,05 €	114,35 €	28,59 €	28,59 €
125	SV Werdau (Große Kreisstadt)	30	0,858	514,58 €	171,53 €	42,88 €	42,88 €
126	SV Wildenfels	8	0,229	137,22 €	45,74 €	11,44 €	11,44 €
127	SV Wilkau-Haßlau	20	0,572	343,05 €	114,35 €	28,59 €	28,59 €
128	SV Wilsdruff	30	0,858	514,58 €	171,53 €	42,88 €	42,88 €
129	SV Wolkenstein	8	0,229	137,22 €	45,74 €	11,44 €	11,44 €
130	SV Wurzen (Große Kreisstadt)	30	0,858	514,58 €	171,53 €	42,88 €	42,88 €
131	SV Zittau (Große Kreisstadt) f. GV Hirschfelde	20	0,572	343,05 €	114,35 €	28,59 €	28,59 €
132	SV Zschopau	20	0,572	343,05 €	114,35 €	28,59 €	28,59 €
133	SV Zwenkau	30	0,858	514,58 €	171,53 €	42,88 €	42,88 €
134	GV Amtsberg	1	0,029	17,15 €	5,72 €	1,43 €	1,43 €

ANLAGEN

Nr.	Mitglieder	Stimmen	Anteil KISA in %	Anteil KDN GmbH in €	Anteil Lecos GmbH in €	Anteil ProVitako eG in €	Anteil Komm24 GmbH in €
135	GV Arnsdorf	8	0,229	137,22 €	45,74 €	11,44 €	11,44 €
136	GV Auerbach/Erzgebirge	1	0,029	17,15 €	5,72 €	1,43 €	1,43 €
137	GV Bannewitz	12	0,343	205,83 €	68,61 €	17,15 €	17,15 €
138	GV Belgershain	1	0,029	17,15 €	5,72 €	1,43 €	1,43 €
139	GV Borsdorf	20	0,572	343,05 €	114,35 €	28,59 €	28,59 €
140	GV Boxberg/O.L.	12	0,343	205,83 €	68,61 €	17,15 €	17,15 €
141	GV Breitenbrunn/Erzgeb.	20	0,572	343,05 €	114,35 €	28,59 €	28,59 €
142	GV Burkau	8	0,229	137,22 €	45,74 €	11,44 €	11,44 €
143	GV Burkhardtsdorf	12	0,343	205,83 €	68,61 €	17,15 €	17,15 €
144	GV Callenberg	3	0,086	51,46 €	17,15 €	4,29 €	4,29 €
145	GV Claußnitz	5	0,143	85,76 €	28,59 €	7,15 €	7,15 €
146	GV Crottendorf	3	0,086	51,46 €	17,15 €	4,29 €	4,29 €
147	GV Cunewalde	5	0,143	85,76 €	28,59 €	7,15 €	7,15 €
148	GV Diera-Zehren	12	0,343	205,83 €	68,61 €	17,15 €	17,15 €
149	GV Doberschau-Gaußig	8	0,229	137,22 €	45,74 €	11,44 €	11,44 €
150	GV Dorfhain	5	0,143	85,76 €	28,59 €	7,15 €	7,15 €
151	GV Dürrröhrsdorf-Dittersbach	12	0,343	205,83 €	68,61 €	17,15 €	17,15 €
152	GV Ebersbach (01561)	12	0,343	205,83 €	68,61 €	17,15 €	17,15 €
153	GV Elstertrebnitz	3	0,086	51,46 €	17,15 €	4,29 €	4,29 €
154	GV Eppendorf	12	0,343	205,83 €	68,61 €	17,15 €	17,15 €
155	GV Erlau	3	0,086	51,46 €	17,15 €	4,29 €	4,29 €
156	GV Frankenthal	3	0,086	51,46 €	17,15 €	4,29 €	4,29 €
157	GV Gablenz	1	0,029	17,15 €	5,72 €	1,43 €	1,43 €

ANLAGEN

Nr.	Mitglieder	Stimmen	Anteil KISA in %	Anteil KDN GmbH in €	Anteil Lecos GmbH in €	Anteil ProVitako eG in €	Anteil Komm24 GmbH in €
158	GV Glaubitz	1	0,029	17,15 €	5,72 €	1,43 €	1,43 €
159	GV Göda	8	0,229	137,22 €	45,74 €	11,44 €	11,44 €
160	GV Gohrisch	1	0,029	17,15 €	5,72 €	1,43 €	1,43 €
161	GV Großharthau	8	0,229	137,22 €	45,74 €	11,44 €	11,44 €
162	GV Großpösna	20	0,572	343,05 €	114,35 €	28,59 €	28,59 €
163	GV Großpostwitz/O.L.	12	0,343	205,83 €	68,61 €	17,15 €	17,15 €
164	GV Großschönau	5	0,143	85,76 €	28,59 €	7,15 €	7,15 €
165	GV Grünhainichen(f. GV Borstendorf)	1	0,029	17,15 €	5,72 €	1,43 €	1,43 €
166	GV Hähnichen	1	0,029	17,15 €	5,72 €	1,43 €	1,43 €
167	GV Hartmannsdorf	5	0,143	85,76 €	28,59 €	7,15 €	7,15 €
168	GV Hartmannsdorf-Reichenau	1	0,029	17,15 €	5,72 €	1,43 €	1,43 €
169	GV Hochkirch	8	0,229	137,22 €	45,74 €	11,44 €	11,44 €
170	GV Hohendubrau	1	0,029	17,15 €	5,72 €	1,43 €	1,43 €
171	GV Kabelsketal	20	0,572	343,05 €	114,35 €	28,59 €	28,59 €
172	GV Käbschütztal	12	0,343	205,83 €	68,61 €	17,15 €	17,15 €
173	GV Klingenberg	8	0,229	137,22 €	45,74 €	11,44 €	11,44 €
174	GV Klipphausen	20	0,572	343,05 €	114,35 €	28,59 €	28,59 €
175	GV Königswartha	12	0,343	205,83 €	68,61 €	17,15 €	17,15 €
176	GV Kottmar	5	0,143	85,76 €	28,59 €	7,15 €	7,15 €
177	GV Krauschwitz	8	0,229	137,22 €	45,74 €	11,44 €	11,44 €
178	GV Kreba-Neudorf	5	0,143	85,76 €	28,59 €	7,15 €	7,15 €
179	GV Kreischa	20	0,572	343,05 €	114,35 €	28,59 €	28,59 €
180	GV Krostitz	8	0,229	137,22 €	45,74 €	11,44 €	11,44 €

ANLAGEN

Nr.	Mitglieder	Stimmen	Anteil KISA in %	Anteil KDN GmbH in €	Anteil Lecos GmbH in €	Anteil ProVitako eG in €	Anteil Komm24 GmbH in €
181	GV Kubschütz	8	0,229	137,22 €	45,74 €	11,44 €	11,44 €
182	GV Laußig	3	0,086	51,46 €	17,15 €	4,29 €	4,29 €
183	GV Leubsdorf	8	0,229	137,22 €	45,74 €	11,44 €	11,44 €
184	GV Leutersdorf	8	0,229	137,22 €	45,74 €	11,44 €	11,44 €
185	GV Lichtenau	20	0,572	343,05 €	114,35 €	28,59 €	28,59 €
186	GV Lichtentanne	3	0,086	51,46 €	17,15 €	4,29 €	4,29 €
187	GV Liebschützberg	8	0,229	137,22 €	45,74 €	11,44 €	11,44 €
188	GV Löbnitz	8	0,229	137,22 €	45,74 €	11,44 €	11,44 €
189	GV Lohsa	8	0,229	137,22 €	45,74 €	11,44 €	11,44 €
190	GV Lossatal	30	0,858	514,58 €	171,53 €	42,88 €	42,88 €
191	GV Machern	8	0,229	137,22 €	45,74 €	11,44 €	11,44 €
192	GV Malschwitz	12	0,343	205,83 €	68,61 €	17,15 €	17,15 €
193	GV Markersdorf	12	0,343	205,83 €	68,61 €	17,15 €	17,15 €
194	GV Mildena	12	0,343	205,83 €	68,61 €	17,15 €	17,15 €
195	GV Mockrehna	12	0,343	205,83 €	68,61 €	17,15 €	17,15 €
196	GV Moritzburg	12	0,343	205,83 €	68,61 €	17,15 €	17,15 €
197	GV Mücka	1	0,029	17,15 €	5,72 €	1,43 €	1,43 €
198	GV Müglitztal	3	0,086	51,46 €	17,15 €	4,29 €	4,29 €
199	GV Muldenhammer	3	0,086	51,46 €	17,15 €	4,29 €	4,29 €
200	GV Neschwitz	8	0,229	137,22 €	45,74 €	11,44 €	11,44 €
201	GV Neuensalz	1	0,029	17,15 €	5,72 €	1,43 €	1,43 €
202	GV Neuhausen/Erzgeb.	8	0,229	137,22 €	45,74 €	11,44 €	11,44 €
203	GV Neukieritzsch	12	0,343	205,83 €	68,61 €	17,15 €	17,15 €

Nr.	Mitglieder	Stimmen	Anteil KISA in %	Anteil KDN GmbH in €	Anteil Lecos GmbH in €	Anteil ProVitako eG in €	Anteil Komm24 GmbH in €
204	GV Neukirch/L.	12	0,343	205,83 €	68,61 €	17,15 €	17,15 €
205	GV Neukirchen	20	0,572	343,05 €	114,35 €	28,59 €	28,59 €
206	GV Niederau	12	0,343	205,83 €	68,61 €	17,15 €	17,15 €
207	GV Nünchritz	20	0,572	343,05 €	114,35 €	28,59 €	28,59 €
208	GV Obergurig	1	0,029	17,15 €	5,72 €	1,43 €	1,43 €
209	GV Oderwitz	3	0,086	51,46 €	17,15 €	4,29 €	4,29 €
210	GV Ottendorf-Okrilla	20	0,572	343,05 €	114,35 €	28,59 €	28,59 €
211	GV Otterwisch	1	0,029	17,15 €	5,72 €	1,43 €	1,43 €
212	GV Petersberg (f. VG Götschetal-Petersb.)	12	0,343	205,83 €	68,61 €	17,15 €	17,15 €
213	GV Pöhl	3	0,086	51,46 €	17,15 €	4,29 €	4,29 €
214	GV Priestewitz	12	0,343	205,83 €	68,61 €	17,15 €	17,15 €
215	GV Puschwitz	1	0,029	17,15 €	5,72 €	1,43 €	1,43 €
216	GV Quitzdorf am See	1	0,029	17,15 €	5,72 €	1,43 €	1,43 €
217	GV Rackwitz	12	0,343	205,83 €	68,61 €	17,15 €	17,15 €
218	GV Rammenau	1	0,029	17,15 €	5,72 €	1,43 €	1,43 €
219	GV Rathen (Kurort)	1	0,029	17,15 €	5,72 €	1,43 €	1,43 €
220	GV Rechenberg-Bienenmühle	20	0,572	343,05 €	114,35 €	28,59 €	28,59 €
221	GV Reinhardtsdorf-Schöna	1	0,029	17,15 €	5,72 €	1,43 €	1,43 €
222	GV Reinsdorf	12	0,343	205,83 €	68,61 €	17,15 €	17,15 €
223	GV Rietschen	8	0,229	137,22 €	45,74 €	11,44 €	11,44 €
224	GV Rosenbach (f. VV Rosenbach)	5	0,143	85,76 €	28,59 €	7,15 €	7,15 €
225	GV Schleife	8	0,229	137,22 €	45,74 €	11,44 €	11,44 €
226	GV Schmölln-Putzkau	8	0,229	137,22 €	45,74 €	11,44 €	11,44 €

Nr.	Mitglieder	Stimmen	Anteil KISA in %	Anteil KDN GmbH in €	Anteil Lecos GmbH in €	Anteil ProVitako eG in €	Anteil Komm24 GmbH in €
227	GV Schönauf-Berzdorf a. d. Eigen	1	0,029	17,15 €	5,72 €	1,43 €	1,43 €
228	GV Schwepnitz	8	0,229	137,22 €	45,74 €	11,44 €	11,44 €
229	GV Sehmatal	5	0,143	85,76 €	28,59 €	7,15 €	7,15 €
230	GV Steinberg	3	0,086	51,46 €	17,15 €	4,29 €	4,29 €
231	GV Steingtwolmsdorf	8	0,229	137,22 €	45,74 €	11,44 €	11,44 €
232	GV Striegistal	8	0,229	137,22 €	45,74 €	11,44 €	11,44 €
233	GV Tannenberg	5	0,143	85,76 €	28,59 €	7,15 €	7,15 €
234	GV Taura	1	0,029	17,15 €	5,72 €	1,43 €	1,43 €
235	GV Teutschenthal (f. VG Würde/Salza)	12	0,343	205,83 €	68,61 €	17,15 €	17,15 €
236	GV Trossin	1	0,029	17,15 €	5,72 €	1,43 €	1,43 €
237	GV Wachau	20	0,572	343,05 €	114,35 €	28,59 €	28,59 €
238	GV Waldhufen	1	0,029	17,15 €	5,72 €	1,43 €	1,43 €
239	GV Weinböhla	20	0,572	343,05 €	114,35 €	28,59 €	28,59 €
240	GV Weischlitz / Burgstein	30	0,858	514,58 €	171,53 €	42,88 €	42,88 €
241	GV Weißkeißel	3	0,086	51,46 €	17,15 €	4,29 €	4,29 €
242	GV Wernsdorf	20	0,572	343,05 €	114,35 €	28,59 €	28,59 €
243	GV Wiedemar	12	0,343	205,83 €	68,61 €	17,15 €	17,15 €
244	VV Diehsa	20	0,572	343,05 €	114,35 €	28,59 €	28,59 €
245	VV Eilenburg-West	20	0,572	343,05 €	114,35 €	28,59 €	28,59 €
246	VV Jägerswald	3	0,086	51,46 €	17,15 €	4,29 €	4,29 €
247	VG Kölleda	3	0,086	51,46 €	17,15 €	4,29 €	4,29 €
248	VG Oppurg	3	0,086	51,46 €	17,15 €	4,29 €	4,29 €
249	VG Triptis	3	0,086	51,46 €	17,15 €	4,29 €	4,29 €

Nr.	Mitglieder	Stimmen	Anteil KISA in %	Anteil KDN GmbH in €	Anteil Lecos GmbH in €	Anteil ProVitako eG in €	Anteil Komm24 GmbH in €
250	Verkehrsverbund Oberlausitz-Niederschlesien GmbH	3	0,086	51,46 €	17,15 €	4,29 €	4,29 €
251	ZV Verkehrsverbund Oberlausitz-Niederschlesien	1	0,029	17,15 €	5,72 €	1,43 €	1,43 €
252	Schulverband Treuener Land	3	0,086	51,46 €	17,15 €	4,29 €	4,29 €
253	AZV Elbe-Floßkanal	8	0,229	137,22 €	45,74 €	11,44 €	11,44 €
254	AZV "Gemeinschaftskläranlage Kalkreuth"	5	0,143	85,76 €	28,59 €	7,15 €	7,15 €
255	AZV „Oberer Lober“	1	0,029	17,15 €	5,72 €	1,43 €	1,43 €
256	AZV „Schöpsaue“ Rietzen	3	0,086	51,46 €	17,15 €	4,29 €	4,29 €
257	AZV „Untere Zschopau“	3	0,086	51,46 €	17,15 €	4,29 €	4,29 €
258	AZV "Unteres Pließnitztal-Gaule"	3	0,086	51,46 €	17,15 €	4,29 €	4,29 €
259	AZV „Weiße Elster“	8	0,229	137,22 €	45,74 €	11,44 €	11,44 €
260	AZV „Wilde Sau“ Wilsdruff	3	0,086	51,46 €	17,15 €	4,29 €	4,29 €
261	ZV Abfallwirtschaft Oberes Elbtal Dresden	5	0,143	85,76 €	28,59 €	7,15 €	7,15 €
262	ZV „Parthenaue“	3	0,086	51,46 €	17,15 €	4,29 €	4,29 €
263	ZV RAVON	5	0,143	85,76 €	28,59 €	7,15 €	7,15 €
264	ZV Regionaler Planungsverband Oberlausitz-Niederschlesien	3	0,086	51,46 €	17,15 €	4,29 €	4,29 €
265	ZV WALL	5	0,143	85,76 €	28,59 €	7,15 €	7,15 €
266	Trink-WZV Mildenau-Streckenwalde	1	0,029	17,15 €	5,72 €	1,43 €	1,43 €
267	WAZV „Mittlere Wesenitz“ Stolpen	3	0,086	51,46 €	17,15 €	4,29 €	4,29 €
268	JuCo-Soziale Arbeit gGmbH	1	0,029	17,15 €	5,72 €	1,43 €	1,43 €
269	Kommunaler Sozialverband Sachsen	12	0,343	205,83 €	68,61 €	17,15 €	17,15 €
270	Kommunaler Versorgungsverband Sachsen	30	0,858	514,58 €	171,53 €	42,88 €	42,88 €

ANLAGEN

Nr.	Mitglieder	Stimmen	Anteil KISA in %	Anteil KDN GmbH in €	Anteil Lecos GmbH in €	Anteil ProVitako eG in €	Anteil Komm24 GmbH in €
271	Kulturbetriebsgesellschaft Meißner Land mbH	1	0,029	17,15 €	5,72 €	1,43 €	1,43 €
272	Lecos GmbH	20	0,572	343,05 €	114,35 €	28,59 €	28,59 €
273	Stadtwerke Schkeuditz	3	0,086	51,46 €	17,15 €	4,29 €	4,29 €
274	Wasser Abwasser Betriebsgesellschaft Coswig mbH	1	0,029	17,15 €	5,72 €	1,43 €	1,43 €
275	Stiftung lebendige Gemeinde Neukieritzsch	1	0,029	17,15 €	5,72 €	1,43 €	1,43 €
276	Gesellsch.f.soziale Betreuung Bona Vita	1	0,029	17,15 €	5,72 €	1,43 €	1,43 €
Gesamt 2024:		3498	100	60.000,00 €	20.000,00 €	5.000,00 €	5.000,00 €

Überhänge entstehen aus Rundungen und sind nicht ausgeglichen.